

Gruppe Internationaler Kommunisten

GRUNDPINZIPIEN KOMMUNISTISCHER PRODUKTION UND VERTEILUNG

»So einfach die Grundlage für die Beherrschung der Arbeiterklasse ist, so einfach ist auch die *Formulierung* für die Aufhebung der Lohnsklaverei (auch wenn die praktische Umsetzung nicht so einfach ist!). Diese Aufhebung kann nur darin bestehen, dass die Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt aufgehoben wird, dass das *Verfügungsrecht* über das Arbeitsprodukt und daher auch über die Produktionsmittel wieder den Arbeitern zukommt.«



RED & BLACK BOOKS

Gruppe Internationaler Kommunisten
(Holland)

**Grundprinzipien
kommunistischer
Produktion und
Verteilung**

2. Auflage 1935

Gruppe Internationaler Kommunisten (Holland)
Grundprinzipien kommunistischer Produktion und
Verteilung
© 2020 Hermann Lueer (Hrsg.)
Red & Black Books
herluee@yahoo.com
Übersetzung aus dem Holländischen
Hermann Lueer
ISBN: 978-3-9822065-4-7

Zielsetzung

Die Entwicklung des Kapitalismus führt zu immer schwerwiegenderen Krisen, die sich in einer ständig steigenden Arbeitslosigkeit und einer immer tieferen Störung des Produktionssystems widerspiegeln, wodurch Millionen von Arbeitern außerhalb der Produktion stehen und dem Verhungern preisgegeben werden. Zugleich nehmen die Widersprüche zwischen den verschiedenen Nationen zu, als Folge dessen führt der Wirtschaftskrieg zu einem neuen Weltkrieg.

Zunehmende Verarmung und wachsende Existenzunsicherheit zwingen die Arbeiterklasse, den Kampf für die kommunistische Produktionsweise anzufangen. In diesem Kampf ermutigt die Gruppe Internationaler Kommunisten die Arbeiter, die Leitung und Verwaltung der Produktion und Distribution in Übereinstimmung mit allgemein geltenden gesellschaftlichen Regeln selbst zu übernehmen, um so die *Assoziation freier und gleicher Produzenten* zu verwirklichen.

Die GIK sieht den wesentlichen Fortschritt der Arbeiterbewegung in der Entwicklung des Selbstbewusstseins der Arbeiter. Deshalb konfrontiert sie die Führungspolitik der parlamentarischen Parteien und der Gewerkschaftsbewegung mit dem Slogan:

Alle Macht den Arbeiterräten

Die Produktion in die Hände der Betriebsorganisationen

GIK

Vorwort des Herausgebers _____	8
Vorwort zur ersten Ausgabe _____	13
Vorwort zur zweiten Auflage _____	15
1.	
Die Ausgangspunkte der Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung _____	20
2.	
Die sozialdemokratische "Revidierung" des Marxismus _____	30
3.	
Die Rechnungseinheit im Kommunismus _____	60
4.	
Der Fortschritt in der Problemstellung _____	73
5.	
Der libertäre Kommunismus _____	91
6.	
Der gesellschaftliche Produktionsprozess im Allgemeinen _____	110
7.	
Die kommunistische Produktion _____	114
8.	
Die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeits- stunde als Grundlage der Produktion! _____	134

9.	Die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde als Grundlage der Konsumtion _____	152
10.	Die allgemein gesellschaftliche Arbeit _____	175
11.	Die Buchführung als ideelle Zusammenfassung des Produktions- und Distributionsprozesses _	203
12.	Die Aufhebung des Marktes _____	213
13.	Die Erweiterung der Produktion _____	236
14.	Die Kontrolle des Betriebslebens _____	251
15.	Die Einführung des Kommunismus in der Landwirtschaft _____	282
16.	Die ökonomische Diktatur des Proletariats ____	300
17.	Abschließende Überlegungen _____	304
	Anhang _____	318
	Literatur _____	330

Vorwort des Herausgebers

Die Kapitalismuskritik von Karl Marx hat weltweite Beachtung erfahren – bei denen, die die kapitalistischen Verhältnisse überwinden wollen, aber auch bei bürgerlichen Intellektuellen, die von Kapitalismuskritik nichts halten.

Dass die bürgerlichen Intellektuellen sich nicht für die Alternative zum Kapitalismus interessieren, ist verständlich. Aber wie ist es zu erklären, dass die Alternative zum Kapitalismus, die sich aus der Marxschen Kritik des Kapitalismus ableiten lässt, keinerlei Beachtung bei den Kapitalismuskritikern gefunden hat? Wieso wird das, was Marx und Engels in Bezug auf ihre Kapitalismuskritik im Bild der »Assoziation freier und gleicher Menschen« selbst angedeutet haben, wenn überhaupt, dann nur als *idealistisches Zukunftsbild* ernstgenommen? Obwohl doch Marx und Engels mit dem Hinweis auf die Arbeitszeitrechnung als Basis für das Verhältnis zwischen Produzent und Produkt selbst die *ökonomische Grundlage* für das neue Produktionsverhältnis und damit für den selbständigen, unmittelbaren Aufbau des »Vereins freier und gleicher Menschen« benannt haben. Wie kommt es also, dass die erste wissenschaftliche Ausarbeitung dessen, was Marx und

Engels in Bezug auf ihre Kapitalismuskritik nur angedeutet haben, bei den sich auf Marx beziehenden Kapitalismuskritikern auf kein Interesse gestoßen ist?

Die Erklärung ist sehr einfach. Die kapitalismuskritischen Intellektuellen mögen die aufgezeigte Alternative nicht.

Für die um die Führungsmacht streitenden kommunistischen Parteien ist der Gedanke völlig selbstverständlich, dass die Arbeiter in den Betrieben die Macht übernehmen, um sie der intellektuellen Vorhut zu übergeben, damit diese dann im »Namen und zum Wohle der Arbeiterklasse« die neue Gesellschaft organisieren kann. Der Gedanke, dass die Arbeiter in den Betrieben die Macht übernehmen, um *selbst* auf der Grundlage der Arbeitszeitrechnung ihr Verhältnis von Produzent zu Produkt zu regeln, ohne hierfür einer privilegierten Führung zu bedürfen, passt nicht zu ihrer Vorstellung eines zentral aufgebauten Wirtschafts- und Verwaltungsapparates.

Aber auch die »libertären Kommunisten« halten von der durch Marx und Engels aufgezeigten *ökonomischen Grundlage* des »Vereins freier und gleicher Menschen« nichts. Sie wollen in einer kommunistischen Gesellschaft leben und zugleich frei von ihr sein. Über ihr von den ökonomischen Voraussetzungen unabhängiges Ideal einer selbstbestimmten Gesellschaft nach

dem Prinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« träumen sie von einem unmittelbaren Übergang zur Gesellschaft freier und gleicher Menschen, für die ihnen jede verbindliche ökonomische Grundlage als Widerspruch erscheint.

Die »Parteikommunisten« setzen auf die Diktatur über das Proletariat, an deren fernem Horizont die Freiheit aufscheint, nachdem unter der Führung der Partei über den langwierigen und komplizierten Weg der Entwicklung der Produktivkräfte das Reich der Notwendigkeit überwunden ist. Die »libertären Kommunisten« setzen auf die über der Ökonomie frei schwebende sozialistische Moral, um ohne das laut Marx *unvermeidbare* Maß der Arbeitszeitrechnung im Reich der Notwendigkeit das Reich der Freiheit zu errichten. Während die Versuche des Staatskommunismus mit der Diktatur über das Proletariat in einer Rückbesinnung auf den Kapitalismus endeten, endeten 1936 in Spanien die Versuche libertärer Kommunisten im ökonomischen Chaos, in dem die libertären Kommunisten selbst in Formen zentraler Zuteilung ihr Heil suchten.

Die »Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung« sind »*die letzte Botschaft, die die revolutio-*

*nären Bewegungen der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts uns hinterlassen haben.*¹ Sie zeigen die ökonomische Grundlage, auf der sich die Ausbeutung aufheben und die kommunistische Gesellschaft verwirklichen lässt, ohne im Chaos zu versinken und ohne die kommunistische Gesellschaft auf ein Ideal am fernen Horizont der Menschheitsgeschichte zu reduzieren. In diesem Sinne ist die hier erstmals vorliegende deutsche Übersetzung der zweiten vollständig überarbeiteten und erweiterten Auflage der »Grundprinzipien« zugleich eine grundlegende Kritik der verschiedenen Theorien und auch der Praktiken der verschiedenen Strömungen, die sich auf den Marxismus, den Anarchismus oder ganz allgemein den Sozialismus berufen. Eine Kritik, die bis zum heutigen Tag nichts von ihrer ursprünglichen Aktualität verloren hat. Oder, um es mit den Worten der GIK zu sagen:

»Die Diskussion über "Föderalismus oder Zentralismus" hat keinen Sinn, wenn man vorher nicht aufzeigt, was die ökonomische Basis dieses "Föderalismus" oder dieses "Zentralismus" sein wird. In Wirklichkeit sind die Organisationsformen einer gegebenen Ökonomie im Großen gesehen keine willkürlichen Formen, sie leiten sich eben aus den Prinzipien dieser Ökonomie selbst her. ... Deshalb ist es unzureichend, die Ökonomie des

¹ Henk Canne Meijer, Die Arbeiterrätebewegung in Deutschland (1918 - 1933)

Kommunismus nur als eine Negation des kapitalistischen Systems darzustellen: kein Geld, keinen Markt, kein Privat- oder Staatseigentum. Es ist notwendig, seine positiven Charaktere darzustellen, aufzuzeigen, was die ökonomischen Gesetze sein werden, die über die des Kapitalismus triumphieren werden. Verfährt man so, so ist es sehr wahrscheinlich, dass einem die Alternative "Föderalismus oder Zentralismus" als ein falsches Problem erscheint.»²

Februar 2020

Hermann Lueer

² Henk Canne Meijer, Die Arbeiterrätebewegung in Deutschland (1918 - 1933)

Vorwort zur ersten Auflage

Diese "Grundprinzipien" entstanden über im Laufe eines vierjährigen Diskussionsprozesses innerhalb der Gruppe Internationaler Kommunisten Holland.

Die Erstausgabe wurde 1930 in deutscher Sprache herausgegeben im Verlag der revolutionären Betriebsorganisationen, organisiert in der Allgemeinen Arbeiter Union Deutschlands (AAUD) – »Neuer Arbeiter-Verlag«, Berlin.

Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten war es uns nicht möglich, eine niederländische Ausgabe in gewöhnlicher Buchform herauszugeben. Daher haben wir auf eine weniger verbreitete Veröffentlichungsmethode zurückgegriffen, nämlich die teilweise Veröffentlichung als Anhang zum »Persmateriaal van de Internationale Communisten« (P.I.C.). Wir haben aus der Not eine Tugend gemacht, indem wir das gesamte Manuskript durchgesehen haben, so dass diese Ausgabe nicht mit der deutschen identisch ist. Inhaltlich wurden keine wesentlichen Änderungen vorgenommen, aber die Gliederung und verschiedene Formulierungen wurden geändert und, wie wir glauben, verbessert.

Wir hoffen, dass diese Grundprinzipien zu einer ausführlichen Diskussion führen und so zu mehr Klarheit

und Einigkeit beitragen, bezogen auf das Ziel des revolutionären Proletariats, so dass die Kräfte, die immer noch unterschiedlich ausgerichtet sind, sich in einer einheitlichen Strömung verbinden.

Juni 1931

GIK

Vorwort zur zweiten Auflage

Die Diskussion über die erste Ausgabe dieser "Grundprinzipien" hat gezeigt, dass dieses Buch oft als eine Art "Plan" gesehen wird, den man fleißig propagieren muss, bis sich die Massen mit dem Betriebsleben auf Grundlage der Arbeitszeit vertraut gemacht haben.

Dies kann natürlich niemals die Absicht der Autoren sein, die auf der Grundlage des historischen Materialismus stehen. Die Gesamtheit der Ansichten, die wir in einem Wort als "Zukunftsideal" zusammenfassen können, entsteht nicht "durch die Bücher" oder durch die mündliche Propaganda. Diese haben nicht viel mehr als eine ordnende Funktion. Sie können nur die Erfahrungswahrheit bewusst machen und sie in einen allgemeineren Kontext bringen. Die Massen lesen kaum oder gar nicht, doch aus der Praxis des Alltags werden bestimmte Ansichten als politisches und wirtschaftliches Ideal hervorgerufen. Gegenwärtig zielt das politisch-wirtschaftliche Ideal der Massen, sowohl der sozialistischen und kommunistischen als auch der katholischen, christlichen und neutralen Arbeiter darauf ab, dass der Staat der große, allgemeine Vertreter ihrer Interessen sein sollte. Der praktische Effekt davon ist, dass die Massen auf den Staatskapitalismus ausgerichtet sind, auch wenn sie sich dessen nicht bewusst sind.

Diese staatskapitalistische Orientierung der Massen ist nicht durch Propaganda oder "durch die Bücher" entstanden, sondern hat sich als die Erfahrungswahrheit der Zeit herauskristallisiert, die hinter uns liegt. In der vorangegangenen Ära der parlamentarischen Kämpfe für Sozialreformen, der Entwicklung der Gewerkschaften, in der die Gewerkschaften zu halbstaatlichen Körperschaften wurden, erlebten die Massen einen Anstieg ihres Lebensstandards, verglichen zum Beispiel mit 100 Jahren zuvor. Dies machte aus ihrer Sicht den Staat zum großen Hebel, der das gesellschaftliche Leben für ihre Erlösung zunehmend ordnen würde, und führte zu der Idee, dass der repressive Staat der Vergangenheit zum allgemeinen "Wohlfahrtsstaat" werden sollte. Deshalb konnte und kann sich der Nationalsozialismus so tief in den breiten Massen verankern.

In der kommenden Periode des Klassenkampfes sind die Kampfbedingungen völlig anders. Die parlamentarische Demokratie der politischen Parteien und die Wirtschaftsdemokratie der Tarifverträge wirken sich nicht mehr zum Vorteil der Massen aus, so dass sie unter ihrer eigenen Führung freiwillig oder widerwillig in Massenaktionen getrieben werden. Darüber erscheint der Staat nicht mehr als Verbesserer des Lebensstandards, sondern als direkter Vertreter des Großkapitals. In diesem gewaltigen Kampf zwischen

Kapital und Arbeit, der eine ganze Entwicklungsperiode einschließt, kehrt sich **mit** den Vorstellungen über den Klassenkampf das staatskapitalistische Zukunftsideal um. Jede Massenaktion unter ihrer eigenen Führung zeigt im Kleinen, was einmal das allgemeine Prinzip des gesellschaftlichen Lebens sein wird: Die Massen nehmen hier ihr eigenes Schicksal in die Hand, indem sie alle für den Kampf erforderlichen Aufgaben entweder selbst oder durch von ihnen ausgewählte, ihnen unterstellte Funktionäre ausüben. Der kommende Entwicklungsprozess ist ein Aufstieg zu diesem Wachstum der Klasseneinheit. Und erst wenn diese Klasseneinheit zum Gemeingut der Massen geworden ist, erst dann hat sie die Kraft, den Kapitalismus zu stürzen. Und nur in diesem Sinne kann gesagt werden, dass die neue Gesellschaft aus dem Mutterleib der alten geboren wird. Die Selbstbestimmung der Massen, geboren aus der Notwendigkeit des Kampfes, wird dann zum Leitprinzip der neuen Organisation des gesellschaftlichen Lebens. Deshalb ist der Klassenkampf selbst die eigentliche treibende Kraft bei der Zerstörung des staatskapitalistischen Zukunftsideals der Massen.

Dieses Buch kann diesen Klassenkampf also niemals ersetzen. Es will nur ökonomisch zum Ausdruck bringen, was politisch geschehen wird. Dazu war es notwendig, nicht die Abschaffung des Privateigentums an

Produktionsmitteln zum Ausgangspunkt zu nehmen, sondern die Aufhebung der Lohnarbeit.

Davon gehen alle Gedanken aus. Und unsere Forschung führt uns zu dem Schluss, dass die Arbeiter, die in Massenbewegungen an die Macht gekommen sind, diese politische Macht nur halten können, wenn sie die Lohnarbeit im Wirtschaftsleben abschaffen, indem sie die Arbeitszeit als zentrale Achse nehmen, um die sich das Wirtschaftsleben bewegt.

Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen. Die deutsche Ausgabe dieses Werkes, die 1930 von der Allgemeinen Arbeiter Union auf den Markt gebracht wurde, wurde beschlagnahmt und vernichtet. Eine kurze Zusammenfassung des Buches erschien in deutscher Sprache in *Kampfsignal* – (New York) und in englischer Sprache in *Council Correspondence* – (Chicago). Mit der Neuorientierung der revolutionären Gruppen innerhalb der deutschen Arbeiterklasse finden wir eine Gruppe, die zum ersten Mal in der deutschen Arbeiterbewegung den Kampf für die Arbeiterräte direkt mit der Einführung des Kommunismus auf der Grundlage der Arbeitszeit verbindet. Die Arbeit ist hier die zentrale Kategorie, die die gegenseitigen Beziehungen der Menschen im gesellschaftlichen Leben regelt; sie ist die Grundlage für die neuen Rechtsverhältnisse.

An dieser zweiten Auflage wurden im Vergleich zur ersten keine grundlegenden Änderungen vorgenommen. Einige Kapitel wurden etwas erweitert. Zum Beispiel "Staatskommunismus und Lohnarbeit", wobei besonderes Augenmerk auf die Tatsache gelegt wurde, dass das gleiche Recht auf Konsumgüter praktisch ein ungleiches Recht darstellt. Ein neues Kapitel zur Kontrolle der Produktion wurde hinzugefügt.

Januar 1935

GIK

1.

Die Ausgangspunkte der Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung

a. Die Arbeiterräte als organisatorische Grundlage

In unserer Schrift "Die Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung" wird die Durchführung des Kommunismus von einer ganz anderen Seite gesehen, als dies bis jetzt in der Arbeiterbewegung gebräuchlich war. Zu einem Teil ist der Verlauf der russischen Revolution die Ursache, welche die Notwendigkeit einer näheren Untersuchung der Probleme des kommunistischen Wirtschaftslebens auf die Tagesordnung stellte.

Ein weiterer Grund, der zu näherer Untersuchung zwang, liegt in der neuen Stellung der Agrarprobleme. In unserer Schrift: "Entwicklungslinien in der Landwirtschaft" haben wir gezeigt, dass die agrarische Produktion vollkommen vergesellschaftet ist, - dass der Bauernbetrieb zur "industriellen Produktion" übergegangen ist, aber dass trotzdem die Agrarfrage das große Hindernis bleibt, wodurch eine Durchführung

des "Sozialismus" oder "Kommunismus" der gebräuchlichen Auffassung unmöglich wird. Der Bauernbetrieb lässt sich nicht organisch in die "kommunistische Wirtschaft" aufnehmen. Wir schließen daraus, dass dann die gesamte Auffassung dieses Kommunismus falsch sein muss.

Der dritte und wohl der wichtigste Grund, wodurch eine Untersuchung der Probleme der kommunistischen Produktion notwendig wurde, lag in der Erscheinung, dass die Arbeiterklasse **in der Revolution** andere Organisationsformen gebrauchte als in dem Zeitabschnitt ruhiger "Verbesserung der Arbeitsbedingungen". Die organisatorische Struktur der revolutionären Arbeiterbewegung findet ihre Erscheinungsform in den **Betriebsorganisationen und Arbeiterräten**.

Zwischen der organisatorischen Struktur einer Bewegung und den Ideologien, der Gedankenwelt, wodurch sie getragen wird, ist aber ein enger Zusammenhang. Dieser Zusammenhang ist so innig, dass man die Struktur eine Funktion ihrer Ideologien nennen kann. Die organisatorische Struktur der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung läuft denn auch parallel zu den verschiedenen Anschauungen, die wir über den Bau der kommunistischen Gesellschaft antreffen. Sehen wir auch im Klassenkampf Strukturveränderungen auftreten, dann wird damit angezeigt, dass

wichtige ideologische Umformungen stattgefunden haben, die nun ihren organisatorischen Ausdruck finden.

In revolutionären Perioden finden wichtige ideologische Umformungen statt, die sich mit ungekannter Schnelligkeit vollziehen. Die Zielstellung der Arbeiter wird eine vollkommen andere, sie wird völlig radikalisiert. Eine der wichtigsten Lehren, die die revolutionäre Periode von 1917-23 uns gebracht hat, ist wohl diese, dass die umgeformten Ideologien einen anderen organisatorischen Ausdruck haben, als die alte Arbeiterbewegung. In der heftigsten Weise, selbst in blutigem Kampf, wird gegen die alte Arbeiterbewegung aufgetreten, weil diese sich der neugeformten Gedankenwelt der radikalisierten Arbeiter widersetzt. Die *Betriebsorganisationen* und *Arbeiterräte* sind die organisatorischen Waffen, womit die Arbeiter die Revolution durchführen.

Welche Bedeutung man dem Rätegedanken im Beginn der revolutionären Periode beimaß, zeigt sich z.B. aus einer Übersicht von D.J. Struik in "De Nieuwe Tijd" (Jahrgang 1919, S. 466) aus Anlass der damals von der KPH angenommenen Resolution über die Räte:

»Nichts zeigt klarer den Fortschritt, den wir in der Erkenntnis der Gesetze der sozialen Revolution gemacht haben, als unsere Erklärung über das Räte-system. Selbst vor zwei Jahren war

diese Erklärung noch schlechthin unmöglich, und vor drei Jahren konnten selbst die klarsten Köpfe der Internationale über die Bedeutung der Räte, so wie wir sie jetzt sehen, nahezu nichts sagen. Es wird schwer fallen, in der Literatur vor dem Kriege Äußerungen in diesem Geiste zu finden ... Überall bleibt es bis zu der Februarrevolution von 1917 bei einer simplen Vermeldung der notwendigen Veränderung ... der politischen und ökonomischen Formen, in die sich die Revolution hüllen sollte. Nähere Andeutungen hierüber sind, soweit wir wissen, nicht gewagt worden, wenigstens nicht auf dieser Seite der Weichsel. Rosa Luxemburg schreibt in ihrer ganzen Broschüre über den Massenstreik nur ein einziges Mal beiläufig über den Rat der Arbeiterdelegierten von 1905. Trotzki behandelt in seinem Buch über die erste russische Revolution wohl ausführlich die Geschichte, die Bedeutung und die Macht dieses ersten Rates, aber er vertieft sich nicht in eine Untersuchung des Räteystems selbst. Und selbst in den marxistischen Schriften, die während der ersten Hälfte des Weltkrieges erschienen, im "Vorboten", "Lichtstrahlen" usw. fehlt jeder Hinweis auf den Petrograder Sowjet von 1905. Dass kurz nach dem Ausbruch der Februarrevolution von 1917 der Sowjetgedanke begann, ein solch festes Fundament zu bekommen, ist ausschließlich eine Folge der Praxis der Revolution ... Wenn jemals das Wort von Mehring, dass die "Intuition der handelnden Massen genialer sein kann denn das größte Genie", bewahrheitet ist, dann in diesem Falle.«

Das Wichtigste, Positivste, das die revolutionäre Periode von 1917-23 uns gebracht hat, ist, dass wir die

Formen gesehen haben, in denen die proletarische Revolution sich vollzieht, während sich zugleich die Ideologien zeigten, deren Ausdruck die neuen Formen sind. Die Übernahme des gesellschaftlichen Produktionsapparates wird vollzogen durch die Betriebsorganisationen und deren Zusammenschluss, die Arbeiterräte. Darum muss eine Untersuchung der Probleme kommunistischer Produktion und Verteilung von dieser Grundlage ausgehen.³

b. Die marxistische Erklärung der Beherrschung der Arbeiterklasse

Neben der Betriebsorganisation haben wir als zweiten Ausgangspunkt für die Grundprinzipien des kommunistischen Wirtschaftslebens die marxistische Erklärung von der **Beherrschung** und **Ausbeutung** der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft. Es handelt sich dabei nicht in erster Linie um Ausdeutung von "Marx-Zitaten", sondern vielmehr um den allgemeinen Gedankengang, das Wesentliche seiner Analyse.

Die Beherrschung und Ausbeutung sind in ihren Ursachen außergewöhnlich einfach und für jedermann

³ Der im holländischen Original an dieser Stelle eingefügte Auszug aus dem Gedicht "De Arbeidersraad" von Herman Gorter wurde hier weggelassen, da es sich nicht angemessen ins Deutsche übertragen lässt.

sofort zu begreifen: Sie sind eingeschlossen in der Tatsache, dass der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt ist. Der Kapitalist ist Besitzer der Produktionsmittel - der Arbeiter besitzt nur seine Arbeitskraft; der Kapitalist besitzt die Bedingungen, unter denen der Arbeiter arbeiten muss. Dadurch ist der Arbeiter *ökonomisch* vollkommen rechtlos (möge die politische Demokratie auch bis zur äußersten Vollendung durchgeführt sein), er ist abhängig vom Kapital. Mit dem **Verfügungsrecht** über die Produktionsmittel hat die besitzende Klasse zugleich die Verfügung über die Arbeitskraft; das heißt, sie **herrscht über die Arbeiterklasse**.

Das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel, von der herrschenden Klasse ausgeübt, bringt die Arbeiterklasse in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Kapital.

Das ist das Wesentliche!

Die Tatsache, dass die Arbeiterklasse von den Produktionsmitteln getrennt ist, schließt ein, dass sie nicht über das verfertigte Produkt verfügt. Die Arbeiter haben mit den durch sie hergestellten Gütern nichts zu tun, sie gehören nicht ihnen, sondern ihrem "Brot Herrn". Was damit weiter geschieht, ist nicht ihre Sache; sie haben nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen und empfangen dafür ihren "Lohn": Sie sind **Lohnarbeiter**.

Das kann nicht anders sein. Die Verfügung über den Produktionsapparat schließt die Verfügung über das verfertigte Produkt ein. Es sind zwei verschiedene Seiten derselben Sache. Sie sind funktionell abhängig, das Eine ist nicht ohne das Andere; das Eine besteht nur *durch* das Andere. *Weil* die Arbeiter die Verfügung über den Produktionsapparat nicht haben, *darum* haben sie auch nicht die Verfügung über das verfertigte Produkt; *dadurch* werden sie beherrscht, *dadurch* sind sie Lohnarbeiter.

Die *Lohnarbeit* ist der Ausdruck der Tatsache, dass die Arbeit von den Arbeitsprodukten geschieden ist, der Tatsache, dass die Arbeiter weder über das Produkt noch über den Produktionsapparat etwas zu sagen haben. Die *Lohnarbeit* ist das untrügliche Kennzeichen des "Nichtmündig-Seins" der Arbeiterklasse, ihrer Beherrschung durch diejenigen, die über den gesellschaftlichen Produktionsapparat und das gesellschaftliche Produkt verfügen.

So einfach die Grundlage für die Beherrschung der Arbeiterklasse ist, so einfach ist auch die *Formulierung* für die Aufhebung der Lohnsklaverei (auch wenn die praktische Umsetzung nicht so einfach ist!). Diese Aufhebung kann nur darin bestehen, dass die Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt aufgehoben wird, dass *das Verfügungsrecht* über das Arbeitsprodukt

und daher auch über die Produktionsmittel wieder den Arbeitern zukommt.

Das ist das Wesentliche der kommunistischen Produktion.

Dies kann natürlich nicht mehr in der Weise geschehen, wie früher der Handwerker die Verfügung über sein Werkzeug und sein Arbeitsprodukt hatte. Die heutige Gesellschaft kennt keine "individuelle", auf sich allein gestellte Arbeit mehr; sie ist übergegangen zur gesellschaftlichen Produktion, zum vergesellschafteten Arbeitsprozess, wo jeder nur ein Rädchen im großen Ganzen ist. Darum müssen die Arbeiter die Produktionsmittel jetzt *gemeinschaftlich* besitzen. Gemeinschaftlicher Besitz aber, der nicht zugleich das Verfügungsrecht darüber in sich schließt, verfehlt seinen Zweck.

Der Gemeinschaftsbesitz ist kein **Zweck** an sich, sondern nur das **Mittel**, um das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel für die Arbeiter möglich zu machen, um die Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt aufzuheben, um die Lohnarbeit abschaffen zu können.

c. Die Verwechslung von Ziel und Mittel

Hier liegt die schwache Stelle der heutigen Arbeiterbewegung. Man setzt sich **zum Ziel**, die Produktionsmittel in Gemeinschaftsbesitz zu bringen, und ahnt

nicht, dass dies überhaupt kein Ziel sein kann; man vermutet nicht, dass mit dem Übergang zum "Gemeinschaftsbesitz" das Problem einer neuen Produktionsweise erst gestellt ist. Die Arbeiterklasse lebt fälschlich in dem Vertrauen, dass der Kommunismus "von selbst" kommen muss, wenn der Privatbesitz an Produktionsmitteln aufgehoben ist. Aber die Voraussetzung, dass damit die Lohnarbeit notwendig verschwinden muss, ist falsch.

Die *wirkliche proletarische Zielstellung* kann nur sein, dass die Arbeiter das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel (und damit über das Produkt) erobern und dadurch in der Tat die Lohnarbeit abschaffen. Erst dadurch wird die Arbeiterklasse "frei". Die gemeinschaftlich ausgeübte Verfügung über die Produktion durch die *freien Produzenten*, das ist die Grundlage der kommunistischen Gesellschaft.

Die freien Produzenten können aber *nicht willkürlich* über die Produktionsmittel verfügen, so wie es die "freien Produzenten" im Kapitalismus (die Fabrikbesitzer oder Führer) tun. Ist die Verfügung willkürlich, dann kann von *einer gemeinschaftlichen Verfügung* keine Rede sein. Die erste Bedingung, um eine gemeinschaftliche Verfügung über den Produktionsapparat möglich zu machen, ist daher, dass die Produktion sich nach allgemein geltenden Regeln vollzieht; Regeln, auf denen *alle* gesellschaftliche Arbeit ruhen muss. Dann

erst ist ein gemeinschaftliches Beschließen und Handeln möglich. Die freien Produzenten müssen darum *gleiche Produktionsbedingungen* für alle Produzenten schaffen. Damit werden dann die freien Produzenten zugleich zu *gleichen Produzenten*. Die Betriebsorganisationen verkörpern so, in ihren Verbindungen der verschiedensten Art **"die Assoziation der freien und gleichen Produzenten"**.

Von diesem Gesichtswinkel aus gesehen, erscheint darum die Forderung der "Gleichheit" keinesfalls als eine "ethische" oder "moralische", sie entspringt vielmehr den notwendigen Produktionsbedingungen des kommunistischen Wirtschaftslebens. Die "Gleichheit" ist hier kein ethischer Begriff, sondern ein ökonomischer: Sie will nichts anderes zum Ausdruck bringen, als dass die Produktion in allen Betriebsorganisationen nach denselben Regeln verläuft, um eine gemeinschaftliche Verfügung über den Produktionsapparat möglich zu machen. Diese Regeln für die ganze Produktion bindend zu machen, das ist die wesentliche Aufgabe einer proletarischen Revolution.

So sehen wir, wie die moralische Forderung der Gleichheit, die wir an den Kommunismus stellen, die Forderung der gleichen Bedingungen zur Entfaltung der Individualität, ihren Grundpfeiler findet in der Gleichheit in der Produktion.

2.

Die sozialdemokratische "Revidierung" des Marxismus

a. Die gesellschaftliche Arbeit und die organisatorischen Formen, in denen das Kapital diese Arbeit beherrscht, werden miteinander verwechselt.

Sowohl die radikale Sozialdemokratie (Bolschewiki) wie auch die reformistische haben beide die marxistische Lehre gerade in dem entscheidenden Punkte der "Assoziation freier und gleicher Produzenten" revidiert. Die Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses ist in marxistischem Sinne nichts anderes als dass die "Warenproduktion" im Laufe der Entwicklung zur herrschenden Produktionsweise wird. Stets weitere Kreise von Produzenten arbeiten ausschließlich für den Markt. Jeder produziert, was er selber nicht verbraucht, das hergestellte Produkt ist für andere; - jeder verrichtet dadurch gesellschaftliche Arbeit, jeder arbeitet für die Gesellschaft. Der Kapitalismus ist selber der große Revolutionär, der die Produzenten im Laufe der Entwicklung von ihrer alten Produktionsweise losriss und sie im Dienste des Kapitals in einen Arbeitsprozess hineinwarf, der die alten, patriarchalen Ar-

beitsverhältnisse aufhob, der jede Beziehung zur Person oder Familie zerbrach. Der Kapitalismus brachte alle in einen Zustand, dass jeder, von allem Besitz entblößt, nichts hat als seine nackte Arbeitskraft, um am vergesellschafteten Arbeitsprozess teilzunehmen.

Die Sozialdemokratie machte (und macht) aus dem Prozess der Vergesellschaftung der Produktion etwas ganz anderes. Sie sah das stetige Weiterfortschreiten der gesellschaftlichen Produktion in dem fortwährenden Wachsen der Trust-, Syndikat- und Kartellbildung. Sie sah die Vergesellschaftung in der Form, worin die gesellschaftliche Produktionsweise *sich organisiert*. In Wirklichkeit ist das nichts anderes als die Form, worin das privat-kapitalistische (oder kollektiv-kapitalistische) *Verfügungsrecht* über die Produktionsmittel, über die gesellschaftliche Arbeit und über das gesellschaftliche Produkt *sich organisiert und konzentriert*. Die Sozialdemokratie verwechselt die spezifisch kapitalistischen Organisationsformen der Beherrschung der gesellschaftlichen Arbeit mit der gesellschaftlichen Arbeit selbst!

Diese Verwechslung findet auch bei den Bolschewiki statt; sie sehen den Kommunismus als "Volkswirtschaft" nach dem Vorbild moderner staatlicher Unternehmen wie Eisenbahn und Post.

Es ist kein Wunder, dass bei dieser Verwechslung der Begriffe die Auffassung vom Sozialismus auch eine ganz andere Richtung nimmt, als aus der marxistischen Anschauungsweise von der gesellschaftlichen Arbeit folgt. Sowohl für die radikale Sozialdemokratie als auch für die reformistische wird dadurch der *vertikale Trust* – die kapitalistische Bindungsform der Organisation des Produktionsprozesses vom Rohstoff bis zum Fertigungsprodukt – zum Idealzustand der kommunistischen Produktionsweise. »*Unser nächstes Ziel ist, die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren*«⁴

Es liegt auf der Hand, dass damit der Arbeiterklasse der Weg zum Sozialismus in dem Sinne vorgespiegelt wird, dass sie die politische Macht erobert, sich des Staates bemächtigt und damit zugleich den durch das Kapital selbst geschaffenen zentralen Apparat der Produktion in Händen hat.

So zeigt der bekannte linke Marxist "Parvus",

*»wie leicht der Übergang von der Großindustrie zur Staatsproduktion durchzuführen sei.«*⁵

Ebenso auch bei Rudolf Hilferding:

⁴ W. I. Lenin, Staat und Revolution, Werke Bd. 25, S. 440

⁵ Parvus, Der Staat, die Industrie und der Sozialismus, S. 112

»Das heißt nichts anderes, als dass unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewussten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln.«⁶

Dies ist die allgemeine Auffassung über die kommunistische Produktion, die wir bei allen Schattierungen innerhalb der Sozialdemokratie antreffen. Die Unterschiede treten erst dann auf, wenn es um die Mittel geht, um die Taktik, womit man diesen gesellschaftlichen Zustand erreichen will.

Die reformistische Sozialdemokratie will es auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechts, unter Ausnützung der bürgerlichen Demokratie. Sie will **diesen** bürgerlich-kapitalistischen Staat "erobern", und durch ihn die Organisationen des Kapitals unterwerfen. Der wirkliche Zustand ist, dass der Staat, mit den Sozialdemokraten in der Regierung, durch die Organisation des Kapitals unterworfen wird.

Die radikale Sozialdemokratie (Bolschewiki) bekämpft diese Politik mit aller Entschiedenheit. Sie propagiert die Vernichtung des bürgerlichen Staates in der Revolution und die Bildung einer neuen politischen Macht durch die politische Organisation der Arbeiterklasse –

⁶ Rudolf Hilferding, Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik, S. 6. Referat auf dem Parteitag zu Kiel, Mai 1927

den Staat der proletarischen Diktatur. Durch diesen Staat soll auf revolutionärem Wege eine zentrale ökonomische Organisation geschaffen werden – nach dem Vorbilde der kapitalistischen Trust (Lenin) – in welche die Betriebe und Industrien aufgenommen werden, soweit sie dafür "reif" sind. M.a.W.: Die Betriebszweige, die durch das Kapital genügend konzentriert sind, um in Staatsverwaltung aufgenommen werden zu können, sollen "nationalisiert" werden.

b. "Nationalisieren" und "Vergesellschaften"

Obwohl Marx keine "Schilderung" vom kommunistischen Wirtschaftsleben gegeben hat, kann kein Zweifel daran bestehen, dass nach seiner Ansicht die Regelung der Produktion

»nicht durch den Staat, sondern durch eine Verbindung der freien Assoziationen der sozialistischen Gesellschaft«⁷

zu Stande kommen sollte. Eine Auffassung, die Marx nach Ansicht des reformistischen Cunow von den liberal-anarchistischen Bewegungen seiner Zeit übernommen hat. Leitung und Verwaltung der Produktion sollten direkt den *Produzenten und Konsumenten selber* zufallen und nicht auf dem Umwege über den Staat. Die

⁷ H. Cunow: "Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie", Bd. 1, S. 309

Gleichstellung von Staat und Gesellschaft ist erst eine Erfindung der späteren Jahre.

In den Jahren 1880-90 wurde dieser Standpunkt denn auch noch durch die Sozialdemokratie eingenommen. So sagte z.B. der alte Liebknecht in einer Rede, anlässlich der Versuche, die Eisenbahnen, Kohlenbergwerke und andere große Industrien in Staatsverwaltung zu bringen: *»Je mehr die bürgerliche Gesellschaft einsieht, dass sie sich auf die Dauer nicht gegen den Ansturm der sozialistischen Ideen verteidigen kann, desto näher sind wir auch dem Moment, wo der Staatssozialismus in vollem Ernst proklamiert werden wird, und der letzte Kampf, den die Sozialdemokratie zu kämpfen hat, wird ausgefochten werden unter dem Schlachtrufe: "Hie Sozialdemokratie-- Hie Staatssozialismus".«*

Cunow bemerkt hierbei: *»Dementsprechend erklärte sich denn auch der Parteitag gegen die Verstaatlichung; denn Sozialdemokratie und Staatssozialismus seien "unversöhnliche Gegensätze".«⁸*

Dieser Standpunkt wurde um die Jahrhundertwende aufgegeben, dagegen das Verstaatlichen oder In-kommunale-Bewirtschaftung-Nehmen von Betrieben als ein allmähliches Aufrücken zum Sozialismus vorgestellt. In sozialdemokratischer Terminologie werden solche Betriebe denn auch "Gemeinschaftsbetriebe"

⁸ H. Cunow: "Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie", Bd. 1, S. 340

genannt, obwohl die Produzenten mit der Verwaltung und der Leitung nichts zu tun haben.

Auch die russische Revolution verlief ganz im Sinne der "Verstaatlichung" der Industrie. Auch hier wurden die "reifen" Industriezweige in den zentralen Staatsapparat aufgenommen. Im Jahr 1917 begannen die Produzenten, die Eigentümer verschiedener Unternehmen zu enteignen, sehr zum Unbehagen derer, die das Wirtschaftsleben „von oben“ leiten und verwalten wollten. Die Arbeiter wollten die Produktion auf neuen Grundlagen nach kommunistischen Regeln organisieren.

Statt dieser Regeln wurden sie mit leeren Worten abgespeist: Die Kommunistische Partei gab Richtlinien heraus, nach denen sich die Unternehmen zu Trusts zusammenschließen mussten, um sie unter zentrale Verwaltung zu bringen. Was nicht in das zentrale Verfügungsrecht einbezogen werden konnte, wurde den Eigentümern zurückgegeben, da diese Unternehmen noch nicht "reif" waren. Der erste Allrussische Kongress der Ökonomischen Räte fasste entsprechend den folgenden Beschluss:

»Auf dem Gebiet der Produktionsorganisation ist eine endgültige Nationalisierung notwendig. Es ist notwendig, von der Durchführung der Nationalisierung einzelner Unternehmungen (bisher 304) zur folgerichtigen Nationalisierung der Industrie

überzugeben. Die Nationalisierung darf keine gelegentliche Nationalisierung sein und nur vom Obersten Volkswirtschaftsrat oder vom Rat der Volksbeauftragten mit Genehmigung des Obersten Volkswirtschaftsrats vorgenommen werden.»⁹

Die Kommunistische Partei gab also keine Richtlinien, nach denen die Arbeiter *selbst* ihren Betrieb in das kommunistische Wirtschaftsleben einfügen konnten, sie gab keine Richtschnur, wonach Leitung und Verwaltung tatsächlich an die Gesellschaft übergang. Für sie war die Befreiung der Arbeiter nicht das Werk der Arbeiter selbst, sondern für sie war die Durchführung des Kommunismus eine Funktion der "Männer der Wissenschaft", der "Intellektuellen", der "Statistiker" usw. Die Kommunistische Partei glaubte nur nötig zu haben, die alten Industrieführer zu verjagen und die Kommandogewalt über die Arbeit selbst in die Hand zu nehmen, um alles in den sicheren Hafen des Kommunismus zu lotsen. Die Arbeiterklasse war gerade gut genug, die alten Beherrscher der Arbeit wegzufegen -- und neue dafür an deren Stellen zu setzen. Weiter reichte ihre Funktion nicht, und weiter konnte sie auch nicht reichen, weil die Basis für die *Selbst-Organisation*

⁹ Zitiert nach: A. Goldschmidt, Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Russlands, S. 42. Hervorhebung durch GIK

nicht durch allgemein geltende Produktionsregeln gegeben war.

Die Bolschewiki, die mit Kraft in die Welt hinausposaunen, dass sie konsequente Nachfolger von Marx seien, täten gut daran, etwas weniger laut zu sein. Sie sind konsequent im Revidieren von Marx, denn die Gleichsetzung von *Vergesellschaftung der Produktion*, wie Marx sie auffasste, mit der "Nationalisierung" der "reifen" Betriebe, das ist nichts anderes als das Aufgeben der proletarischen Revolution, das Aufgeben des Kommunismus selbst. In marxistischem Sinne gibt es keine "reifen", oder noch "nicht reifen" Betriebe, sondern ist die Gesellschaft **als Ganzes** reif für den Kommunismus. Sehr richtig bemerkt F. Oppenheimer in dem Sammelbuch von H. Beck über "Wege und Ziel der Sozialisierung" auf Seite 16/17:

»Man bildet sich ein, sich der marx'schen Vergesellschaftung schrittweise zu nähern, indem man die Verstaatlichung oder Kommunalisierung einzelner Betriebe als Vergesellschaftung bezeichnet. Dabei die sonst unverständliche geheimnisvolle Wendung von den "reifen" Betrieben. Vom Marx'schen Standpunkt aus ist das ... purer Unfug. Für ihn kann die sozialistische Gesellschaft nur als ein Ganzes "reif" sein. Einzelne Betriebe oder Betriebszweige können in seinem Sinne gerade so wenig reif sein und "vergesellschaftet" werden, wie die einzelnen Organe eines Embryos im vierten Schwangerschaftsmonat reif sind und gesondert zu selbständiger Existenz entbunden werden können.«

c. Das Kommandorecht über die Arbeiterklasse im Staatskommunismus

Was in der Sozialdemokratie aller Schattierungen als Sozialismus oder Kommunismus gilt, ist nichts anderes als eine konsequente Einführung der Organisationsformen, die der Kapitalismus in und durch seinen Konzentrationsprozess annimmt. Was bedeutet aber die durch das Kapital geschaffene Organisation der Produktion? Was bedeutet sie einerseits aus dem Gesichtswinkel der Lohnarbeiter gesehen und andererseits vom Standpunkt der Kapitalisten aus?

Es ist die Beherrschung der Arbeit, die organisierte Beherrschung der Lohnarbeiter!!!

Die marxistische Erklärung des Kapitalismus lässt daran gar keinen Zweifel. Bei Marx ist die gesellschaftliche Stellung des Kapitalisten gegenüber dem Lohnarbeiter dadurch charakterisiert, dass er die Verfügung über die Arbeit, d.h. über die Arbeiter in der Produktion hat.

Die Sozialisierungs-Theorien aller Richtungen der Sozialdemokratie drehen sich alle um diesen einen Punkt der Beherrschung der Arbeiterklasse. Dass die Arbeit beherrscht und kommandiert werden muss, ist für sie selbstverständlich und dass dazu (weil es um ein gesellschaftlich unzerbrechbar verbundenes System

geht) eine straffe zentrale Organisation nötig ist, ist ebenso "natürlich". Die Aufgabe, die man sich stellt, besteht darin, das Kommando über die Arbeiter allumfassend und so zentral wie möglich zu organisieren; dieses Kommando selbst aber unter die Kontrolle des Parlaments (bei den Reformisten) oder des proletarischen Staates, der durch die politische Partei der Lohnarbeiter gebildet wird (Bolschewiki) zu stellen. Mit anderen Worten: Die Beherrschung der Arbeiterklasse soll gemildert werden durch die "Demokratie".

In diesem Rahmen bewegen sich die Richtungen der sogenannten "marxistischen" Arbeiterbewegung, von den waschechten Reformisten bis zu den ausgesprochenen Revolutionären, die die heutige ökonomische und politische Organisation der Gesellschaft vernichten wollen, um sie neu zu organisieren.

Das Resultat ist immer ein Apparat der Macht mit Befugnissen zur Kommandogewalt über die Lohnarbeit.

Soll nach diesen Sozialisierungs-Projekten das sozialistische Produktionssystem funktionieren, dann muss die Leitung vor allem darauf bedacht sein, die Verfügung über den Produktionsapparat und damit das Kommandorecht über die Arbeiter zu sichern. In der Theorie wird dieses gefordert, um sich gegen die Konterrevolution zu wehren; in der Praxis richtet es sich

auch gegen jede ungewünschte Einmischung von Seiten der Lohnarbeiter. Wenn die Arbeiter selbst über den Gang der Produktion bestimmen wollen, wird dieses Streben als ein Ausfluss bürgerlichen Denkens hingestellt und – diese Arbeiter werden als Konterrevolutionäre behandelt.

Die Entwicklung des russischen Staatskommunismus gibt dafür ein lehrreiches Beispiel!

Was soll nun mit der durch das Parlament oder der politischen Partei der Lohnarbeiter eingerichteten zentralen Leitung des Wirtschaftslebens erreicht werden? Die Ausbeutung soll aufgehoben werden, darin sind sich alle einig. Die Reformisten glauben, dieses Ziel erreichen zu können unter Beibehaltung der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Warenproduktion. Die Ausbeutung soll aufgehoben werden, indem die Ausbeutung durch den Staat betrieben wird, und die erzielten Gewinne auf dem Wege "sozialer Einrichtungen" und Reformen den Arbeitern wieder zugeführt werden.

Die Bolschewiki versuchten, die Bewegungsgesetze des heutigen Produktionssystems aufzuheben und das gesellschaftliche Produkt, sowohl über die Betriebe als auch an die Konsumenten, *in natura* zu verteilen. Das erwies sich sehr bald als unmöglich, man ging daher zu obengenannter reformistischer Methode über. Das

Resultat ist in beiden Fällen dasselbe: Staatskapitalismus.

d. Die Distribution der Produktionsmittel und Konsumgüter in natura als bolschewistisches Ideal¹⁰

Die Bolschewiki hatten als Ziel einen Zustand vor Augen, in dem Lohnarbeit und Ausbeutung aufgehoben sein sollten. Sie steuerten dabei zielbewusst auf eine Abschaffung des Geldes hin, die durch eine gewaltige "Inflation" des Tauschmittels zu Stande kommen sollte. Die Staatsdruckereien arbeiteten Tag und Nacht, um stets mehr Papiergeld zu drucken, welches der Staat für Zahlungen gebrauchte, aber wofür er keinen Gegenwert garantierte.

»Noten werden fabriziert ... Man kann gar nicht genug Noten drucken. Der Bedarf ist noch ungeheurer als die Fabrikationsmöglichkeit.«¹¹

Mit dem Zunehmen des Totalbetrages an ausgegebenem "Geld", sank natürlich der "Tauschwert", die Kaufkraft des Rubels. Die Warenpreise gingen täglich sprungweise nach oben, eine Erscheinung, die wir auch aus der deutschen Inflationszeit kennen. Der

¹⁰ Siehe auch Kapitel 11 - Die Abschaffung des Marktes

¹¹ A. Goldschmidt, Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Russlands, S. 138

"Wert" des Tauschmittels ging so schnell zurück, dass diejenigen, die etwas zu verkaufen hatten, ihre Ware nicht mehr gegen Geld abgeben wollten. Sie wollten ihre Güter wohl abgeben, aber nur direkt gegen andere Güter, ohne die Zwischenform Geld zu gebrauchen: sie wollten nur Güter "in natura" tauschen.

Dies war es gerade, was die Bolschewiki wollten. In einer Gedenkschrift des russischen Finanzkommissariats, welche an alle Teilnehmer des 3. Kongresses der III. Int. im Jahre 1921 in Moskau verteilt wurde, wird *diese Politik der Inflation als eine bewusst angewandte Methode zur Einführung des Kommunismus gerühmt.*

Diese Art Kommunismus würde dann so aussehen, dass der zentrale ökonomische Rat des Sowjetstaates die Güterproduktion und Distribution in die Hand nimmt, unter Ausschaltung des Geldes und des Handels. Er hätte für alle Einwohner festzustellen, wieviel Brot, Butter, Kleider usw. jeder einzelne bekommen kann, und ihm diese Güter "in natura" zuweisen. Dies sollte möglich gemacht werden *durch eine gewissenhafte Produktions- und Verbrauchsstatistik.*

»Die proletarische Wirtschaft ist prinzipiell Güterwirtschaft, Naturalwirtschaft. Mit dem Ausbau der staatlichen Wirtschaft verschwindet vor allem das Geld aus dem Verkehr der gemeinwirtschaftlichen Betriebe untereinander. Die Kohlengruben beliefern die Bahnen und Eisenwerke mit Kohle ohne

*Preisverrechnung. Die Eisenhütten liefern das Eisen an die Maschinenfabriken, diese die Maschinen an die staatlichen, landwirtschaftlichen Betriebe ohne Vermittlung des Geldes. Die Arbeiter erhalten einen stets größeren Teil ihres Lohnes in Naturalform: Wohnen, Heizung, Brot, Fleisch usw. ... Das Geld stirbt auch als Zirkulationsmittel ab.*¹²

Die Produktions- und Distributionsberechnung würde also nicht geschehen in Geld, oder einem anderen allgemeinen Maß, sondern nur in Gütersummen. Man würde rechnen in Kilogramm, Meter, Tonnen, usw. oder schließlich nur nach Anzahl Stück Gebrauchsgüter. Man würde mit einem Wort "zur Naturalwirtschaft" übergehen, die durch Otto Neurath folgendermaßen charakterisiert wird:

*»Die Lehre von der sozialistischen Wirtschaft kennt nur einen einzigen Wirtschaftler – die Gesellschaft – welcher ohne Gewinn- oder Verlustrechnung, ohne Zirkulation eines Geldes – sei es nun Metallgeld oder Arbeitsgeld – auf Grund eines Wirtschaftsplanes, **ohne Zugrundelegung einer Recheneinheit** die Produktion organisiert und die Lebenslagen nach sozialistischen Grundsätzen verteilt.«¹³*

Von 1917 bis 1921 haben die Bolschewiki versucht, dieses Prinzip zu verwirklichen, und die genannte

¹² Eugen Varga, Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, S. 138

¹³ Otto Neurath, Wirtschaftsplan und Naturalrechnung, S. 84

Gedenkschrift ist noch als ein letzter Ausläufer dieser Versuche anzusehen: Im Jahre 1921 erfolgte die Stabilisierung des Rubels; man kehrte zum "wertbeständigen Geld" zurück.

Es war keinesfalls das Ausbleiben der Weltrevolution, noch war der individuelle Bauernbetrieb der Grund dafür, dass der Sowjetstaat seine Pläne für eine "geldlose Produktion und Verteilung" mittels Berechnung "in Naturalien" aufgeben musste und den Rubel stabilisieren musste. Es zeigte sich nur, dass Produktion und Distribution auf dieser "kommunistischen Grundlage" unmöglich waren.

Die russische Revolution hat praktisch bewiesen, dass eine Produktion ohne Recheneinheit Wahnsinn ist!

Bei den Versuchen, das russische Wirtschaftsleben in neue Bahnen zu lenken, ging man sehr richtig von einem im Voraus festgesetzten Plan aus. Die einzelnen Betriebe machten ihre Haushaltspläne, die dann von der zentralen Trustleitung zu einem allgemeinen Trustplan verarbeitet wurden. Die Zusammenstellung aller Trustpläne gab dem Obersten Volkswirtschaftlichen Rat eine Übersicht über den gesamten, im Staat zusammengefassten Produktionsapparat, woraus ein allgemeiner Produktionsplan für die ganze Staatsindustrie zusammengestellt werden konnte.

Alle diese Pläne fußten auf der Berechnung in Rubel. Und warum nicht auf der Berechnung in "natura"? Weil man keine Kilos Eisen und Tonnen Stahl zusammenzählen kann. Der Wert des Rubels ging aber schnell zurück und die Preise der Produkte dadurch ebenso schnell nach oben. Die Haushaltspläne standen dadurch nur auf Papier - sie hatten keinen Wert für den wirklichen Produktionsgang.

Varga, der die Verdienste der "Inflationmethode" anerkennt, findet hierin denn auch ihre größte Schatten-
seite. Er sagt:

»Die rasche und fortgesetzte Entwertung des Geldes ist insofern von Nachteil, als sie die Stabilisierung der Lohnhöhe verhindert, Lohnbewegungen und Misshelligkeiten zwischen den Arbeitern des Staates und dem proletarischen Staat selbst verursacht, zu fortwährenden Lohnerböhrungen zwingt, die Kalkulation sehr erschwert und die Aufstellung eines regelrechten Staatshaushaltsplanes, besonders aber die Einhaltung desselben unmöglich macht.«¹⁴

Hierin liegt denn auch eine der praktischen Gründe, warum der Sowjetstaat von der Vernichtung des "wertbeständigen Geldes" ablassen musste. Bereits 1919 konstatiert man, dass *»die Berechnung des Wertes des*

¹⁴ Eugen Varga, Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, S. 138

Produkts täglich notwendiger wird«, so dass der 2. ökonomische Kongress (1919) bereits beschloss, »*die Berechnungen wichtiger Staatsausgaben nach dem Werte der Produkte*« vorzunehmen. (Goldschmidt, S. 133). Natürlich ist dies nur möglich, wenn die ganze Produktion auf der Grundlage des Wertes steht. Die allgemeine Stabilisierung des Geldes musste also notwendig folgen.

Die Stabilisierung des Rubels bedeutete daher, dass der Staatskapitalismus, der unmittelbar während der Durchführung der Revolution organisiert wurde, im Laufe seiner Entwicklung seine eigenen Bewegungsgesetze stabilisierte.

In der russischen Wirtschaft sind die industriellen Produktionsmittel in die Hände des Staates übergegangen. Die Entscheidung darüber sowie über die Arbeit (und damit über die Arbeiter) und über das Arbeitsprodukt liegt in den Händen des Obersten Volkswirtschaftsrates.

Die Produzenten haben keine Kontrolle über das Produkt. Die Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt ist das wesentliche Merkmal der Produktion!

Der Oberste Volkswirtschaftsrat kann die Produktion nur auf der Grundlage *des Werts der Produkte* lenken und steuern. Er muss daher auch *den Wert der Arbeitskraft* berücksichtigen; er muss dem Arbeiter im Austausch

für seine Arbeitskraft so viel Anrecht für das gesellschaftliche Produkt geben, wie der Wert der Arbeitskraft beträgt. Das ist sein Lohn. Der Arbeiter ist daher Lohnarbeiter.

Der Oberste Volkswirtschaftsrat muss die Arbeitskraft auf dem Markt kaufen und dabei die Methode des Tarifvertrages mit den Gewerkschaften anwenden, die auch im westlichen Kapitalismus angewendet wird.

e. Lohnarbeit und Staatskommunismus

Es ist erstens wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, dass eine Produktion, die auf den Wert der Arbeitskraft, d.h. der **Lohnarbeit**, basiert, niemals zu etwas anderem führen kann als zur Entrechtung der Arbeiter. Der Grund dafür liegt nicht in der Schlechtigkeit der staatlichen Verwalter, sondern in den Bewegungsgesetzen des Systems.

Der springende Punkt ist, dass es einen Widerspruch zwischen dem Wert der Arbeitskraft und **der Arbeit** gibt, die der Arbeiter täglich an seinen Chef liefert. Wir werden nie für unsere **Arbeit** bezahlt, aber im Austausch für unsere Arbeitskraft bekommen wir so viel, wie zur Erhaltung der notwendigen Lebensmittel erforderlich ist.¹⁵

¹⁵ Siehe: Kapitel 7 g. "Der Wert der Arbeitskraft im Kapitalismus nach Marx"

Mit unserem Arbeitslohn nehmen wir jede Woche eine Reihe von Gütern vom Markt, in denen beispielsweise nicht mehr als 24 Stunden gesellschaftliche Arbeit steckt. In Wirklichkeit haben wir in dieser Woche 40, 50, 60 oder mehr Stunden gearbeitet. Die **Arbeit**, die wir der Gesellschaft auf diese Weise mehr geben, als wir durch unseren Lohn bekommen, nennt man **Mehrarbeit**, die dann für die Eigentümer der Produktionsmittel oder für den Staat einen **Mehrwert** darstellt. Je niedriger die Löhne und je länger der Arbeitstag, desto größer ist der Mehrwert, der dem Staat oder den Kapitalisten zufällt.

Fälschlicherweise wird die Meinung verbreitet, dass die Schaffung von Mehrwert an sich gut ist, dass dieser Mehrwert jedoch nicht der besitzenden Klasse angehören sollte, sondern vom kommunistischen Staat durch die Sozialgesetzgebung an die Arbeiter zurückgegeben werden sollte.

Diese Ansicht ist falsch, weil sie die gesellschaftliche Bedeutung der Lohnarbeit nicht berücksichtigt.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass es einen Gegensatz zwischen dem **Wert der Arbeitskraft** und der tagtäglichen **Arbeit** gibt. Die Besonderheit besteht darin, dass die Menge an **Arbeit**, die wir der Gesellschaft geben, nichts mit der Menge an Gütern zu tun hat, die wir über unsere Löhne vom Markt nehmen.

Mit anderen Worten, es gibt keinen direkten Zusammenhang zwischen dem von uns produzierten Güterreichtum und unserem Arbeitslohn. Der Arbeiter bestimmt durch seine Arbeit **nicht** zugleich seinen Anteil am produzierten Produkt.

Nicht unsere **Arbeit**, sondern *der Wert unserer Arbeitskraft* bestimmt, welchen Teil des Güterreichtums wir erhalten werden.

Aus Sicht des Lohnarbeiters ist sein Anteil am Sozialprodukt damit praktisch ein Schlag in die Luft. Sein Lohn wird um den Wert der Arbeitskraft schwanken, aber er wird dafür kämpfen müssen, unabhängig davon, ob es sich um einen kapitalistischen oder einen "kommunistischen" *Staat* handelt. Weil Fakten besser sprechen als die graue Theorie, werden wir dies im Lichte der russischen Erfahrungen demonstrieren.

Die Besonderheit, dass die Menge an **Arbeit**, die wir der Gesellschaft geben, nichts mit dem Arbeitslohn zu tun hat, hat eine viel größere Bedeutung als allein die Frage der Verteilung. Das bedeutet, dass der Lohnarbeiter mit dem gesellschaftlichen Produkt nichts zu schaffen hat. Es ist Ausdruck der Tatsache, dass der Produzent vom gesellschaftlichen Produkt getrennt ist. Es bedeutet:

*Dass der Produzent **nichts** mit der Leitung und Verwaltung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses zu schaffen hat.*

Das ist die wesentliche Bedeutung einer Produktion, in der die Arbeitskraft auf der Grundlage des Werts bezahlt wird!

Es bedeutet auch gesellschaftliche Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse, gesellschaftliche Gegensätze zwischen den Arbeitern und den "roten Direktoren" der Fabriken. Es bedeutet den Kampf der Arbeiter gegen "ihren" Staat.

*Der **Wert** der **Arbeitskraft** ist der Träger all dieser Konflikte.*

Das liegt daran, dass **nicht** unsere **Arbeit** unsere Beziehung zum gesellschaftlichen Produkt bestimmt!!

Die Arbeiter, die glauben, dass es für eine kommunistische Revolution nur darum geht, den Mehrwert der Eigentümer an den Staat weiterzugeben, irren sich daher zutiefst.

Grundsätzlich wollen die Arbeiter ihre Beziehung zum gesellschaftlichen Produkt in einer kommunistischen Produktion neu ordnen. Und sie denken, sie haben eine neue Beziehung aufgebaut, wenn sie die Kapitalisten vom Mehrwert ausschließen, um diesen an den Staat fließen zu lassen. Was tatsächlich geschieht, ist eine neue Verteilung des Mehrwerts in der Gesellschaft. Aber was bedeutet dies für die Lohnarbeiter?

Ein neues Verhältnis von Produzent zu gesellschaftlichem Produkt ergibt sich darüber nicht. Im Kapitalismus wurde dieses Verhältnis durch den Wert der Arbeitskraft bestimmt und im sogenannten "Kommunismus" – *auch*. Für die Lohnarbeiter kann das Ziel der proletarischen Revolution daher nur darin bestehen, **eine neue Beziehung zwischen dem Produzenten und dem gesellschaftlichen Produkt** herzustellen.

Für den Proletarier kann das Ziel der sozialen Revolution kein anderes sein, als durch seine **Arbeit** zugleich sein Verhältnis zum gesellschaftlichen Produkt zu bestimmen. Das bedeutet:

Abschaffung der Lohnarbeit!

Die Arbeit ist das Maß des Konsums!

Es ist die einzige Voraussetzung dafür, dass Leitung und Verwaltung der gesellschaftlichen Produktion in die Hände der Arbeiter selbst gelegt werden.

Als die Russen dazu übergingen, die Produktion auf der Grundlage des Wertes zu betreiben, proklamierten sie damit die Enteignung der Arbeiter von den Produktionsmitteln, sie verkündeten damit, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Reichtum der zu produzierenden Güter und dem Anteil der Arbeiter am gesellschaftlichen Produkt geben würde.

Alle kapitalistischen Elemente schlichen sich so in die Ökonomie ein, sobald **der Wert** und **der Mehrwert** ihre ordnende Arbeit wieder aufnahmen. Es ist die geheime Kraft, die überall wirkt und nirgendwo konkret zu fassen ist, die das gesellschaftliche Leben mit unsichtbarer Hand steuert.

Deshalb musste Lenin seufzen:

»Das Steuer entgleitet den Händen: Scheinbar sitzt ein Mensch da, der den Wagen lenkt, aber der Wagen fährt nicht dorthin, wohin er ihn lenkt, sondern dorthin, wohin ein anderer ihn lenkt – jemand, der illegal ist, der gesetzwidrig handelt, der von Gott weiß woher kommt, Spekulanten oder Privatkapitalisten, oder die einen und die andern zugleich –, jedenfalls fährt der Wagen nicht ganz so und sehr häufig ganz und gar nicht so, wie derjenige, der am Steuer dieses Wagens sitzt, sich einbildet. (...) wer leitet da und wer wird geleitet? Ich bezweifle sehr, ob man sagen könnte, dass die Kommunisten diesen Haufen leiten. Um die Wahrheit zu sagen, nicht sie leiten, sondern sie werden geleitet.«¹⁶

Der Wert der Arbeitskraft "ordnet" die Löhne:

»Die ausländischen Besucher wundern sich über nichts so sehr wie über die großen Lohnunterschiede zwischen gebildeten und

¹⁶ W. I. Lenin, XI. Parteitag der K.P.R.(B), Politischer Bericht des Zentralkomitees der K.P.R.(B), 27. März 1922, in: Werke, Band 33. – Berlin : Dietz Verlag, 1962. – S. 266 und 275

ungelernten Arbeitern, die bei uns ... einen so großen Unterschied aufweisen wie nirgendwo sonst in Westeuropa.»¹⁷

Als nächstes wollen wir veranschaulichen, wie der Kampf, die Löhne nicht unter den Wert der Arbeitskraft fallen zu lassen, in Russland fortgesetzt wurde:

»Während der Kommunist in den kapitalistischen Ländern die Lohnforderungen unterstützen muss, kann er unter der proletarischen Diktatur nicht so handeln. ... Hier müssen die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Akkumulation in Einklang gebracht werden. Als im Juli (1926) die Lohnforderungen angehoben wurden, unterstützte daher keine der Gewerkschaften diese Forderungen. Der Zentralrat der Gewerkschaften konnte sie nicht unterstützen ... weil es seit dem Frühjahr eine Preiserhöhung gegeben hatte. ... Unter diesen Umständen bedeutete die Forderung einer Lohnerhöhung: Der tatsächliche Lohn muss angepasst werden, wenn der Preis steigt. Aber das würde die offizielle Anerkennung des Geldwertverfalls bedeuten ... und dazu konnten wir uns nicht äußern.«¹⁸

¹⁷ Tomski - beim 7. Gewerkschaftskongress. Eine nähere Betrachtung der Bewegung der Löhne kann man finden in der Broschüre »De Beweging van het kapitalistisch Bedrijfsleven«, zweites Kapitel »Die marxistische Lohngesetze«. Ausgabe der G.I.C. (Holland)

¹⁸ Tomski - 7. Gewerkschaftskongress, Protokoll S. 49 [übersetzt aus dem NL, deutsche Fassung unbekannt]

1921 wurde die Berechnung nach dem Wert eingeführt. Die Güterpreise stiegen. 1921 betrug der Index für die Einzelhandelspreise 139 und 1922 – 198. Da die **Arbeit** des Arbeiters nichts mit dem Reichtum der produzierten Güter zu tun hat, sind die Löhne weit hinter den Preiserhöhungen zurückgeblieben. Infolgedessen kam es zu größeren Streiks, um den Preis der Arbeitskräfte nicht zu sehr unter ihren Wert fallen zu lassen. Diese Streiks waren fast alle "wilde" Streiks und nur in wenigen Fällen, zum großen Ärger der zentralen Gewerkschaften, wurden sie von den lokalen Gewerkschaften unterstützt. Das Gewerkschaftsorgan "Voprocy Truda" 1924 Nr. 7/8 liefert die folgenden Informationen zu diesem Thema, wobei die Redaktion feststellt, dass die Statistiken nicht vollständig sind:

Im Jahr 1921 wurden 477 Streiks mit 184.000 Streikenden durchgeführt.

Im Jahr 1922 wurden 505 Streiks mit 154.000 Streikenden durchgeführt.

95 % der Streikenden gehörten den staatlichen Unternehmen an. Von all diesen Streiks wurden nur 11 von den Gewerkschaften unterstützt. Dogadov liefert

dann auf dem 7. Gewerkschaftskongress die folgenden Informationen:

Im Jahr 1924 wurden 267 Streiks durchgeführt, davon 151 in staatlichen Unternehmen.

Im Jahr 1925 wurden 199 Streiks durchgeführt, davon 99 in staatlichen Unternehmen.

Keiner dieser Streiks wurde von den Gewerkschaften unterstützt.

Dass die Gewerkschaften diese Lohnbewegungen nicht unterstützten, liegt natürlich daran, dass sie im Staatsapparat inkorporiert waren. Am 11. Parteitag der KPR (März-April 1922) erkennt der Gewerkschafter Andrejew »den schwierigen materiellen Zustand der Arbeiter« an, beanstandet jedoch, dass die Gewerkschaften »übermäßige Lohnforderungen an den Staat stellen und von ihm verlangen so viel wie möglich zu bekommen.« Andrejew erklärte, dass verschiedene Gewerkschaften die Lohnforderungen unterstützen, weil der Gewerkschaftsapparat von ehemaligen Menschewiki und Sozialrevolutionären durchdrungen sei. Es folgte eine "Säuberung" des Gewerkschaftsapparats.

Die Produktion auf der Grundlage des Wertes der Arbeitskraft bestimmt, dass die Arbeiter nichts mit der Verwaltung und Leitung der Produktion zu tun haben.

Aus russischer Erfahrung:

» ... die dringende Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität zu steigern, verlustlos zu arbeiten und die Rentabilität jedes Betriebes zu erreichen ... führt unausbleiblich zu einem gewissen Gegensatz der Interessen in Fragen der Arbeitsbedingungen im Betrieb zwischen den Arbeitermassen und den Direktoren, den Leitern der Staatsbetriebe oder den Behörden, denen diese Betriebe unterstehen. Deshalb haben die Gewerkschaften hinsichtlich der sozialisierten Betriebe die unbedingte Pflicht, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen ...«¹⁹

Dies war in der Tat notwendig, weil der Zentralrat der Gewerkschaften feststellte, dass sich der Oberste Volkswirtschaftsrat beim Thema Arbeitsschutz *»nicht von den Interessen der Arbeitnehmer, sondern von den finanziellen Interessen der Industrie«* leiten ließ. ("Trud" - 1928, Nr. 31)

Dies bedeutete, dass der Oberste Volkswirtschaftsrat nicht genügend Geldmittel für den Arbeitsschutz in Betrieben zur Verfügung stellte. Aber die "roten Direktoren" machten es noch schöner. Sie nutzten nur einen kleinen Teil der zu knappen Mittel für den Arbeitsschutz. Den Rest haben sie wahrscheinlich in den

¹⁹ Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik, Resolution des XI Parteitag KPR März-April 1922, www.verlag-benariobaum.de

Betrieb gesteckt. So gibt beispielsweise die "Trud" - 1928, Nr. 32, die folgenden Zahlen an:

Der ukrainische Staatstrust verbrauchte 20 %. Daher ist es wahrscheinlich, dass 80 % der für den Arbeitsschutz vorgesehenen Mittel in die Betriebe investiert wurden. Der Uraler Asbesttrust verbrauchte nur 28 %, der Donugol 18,7 %, der Jugostahl 14,8 % und das Jushni-Rudnitrust nur 4,9 %. In der Tat eine sparsame Betriebsführung!

Die Folgen blieben nicht aus: **Arbeitsunfälle** ("Trud", 1928, Nr. 159)

Im Donugol-Trust hatten 1925 - 18,7% aller Arbeiter einen Unfall; 1926 waren es 26,3% oder 18.821 Mann. Im Jahr 1927 stieg es auf 25.749 Mann.

Anzahl der Unfälle in der Montan-Industrie:

1923 11,5%

1925 18%

1926 25%

Schließlich noch einige Zahlen aus der "Trud" - 1928, Nr. 280: Anzahl der Unfälle im Bergbau 1927/1928:

Oktober-Dezember 1927 - 8,3%

Januar-März 1928 - 9,3%

April-Juni 1928 - 10%

Die Zahl der Unfälle stieg daher in jedem Quartal um rund 1%. In der Metallindustrie betrug die Zahl der Unfälle im selben Zeitraum 6,8%, 7,1% und 7,9%. Auch hier ein regelmäßiger Anstieg.

Das ist die ordnende Funktion von Wert und Mehrwert!

Wir wollen es dabei belassen. Für uns geht es nur darum, diese Dinge aus einem bestimmten Blickwinkel zu sehen. Und das ist hier, dass diese Vorgehensweise in Russland nicht der Bosheit der russischen Staatsverwalter zugeschrieben werden kann, sondern dass es eine notwendige Folge einer Produktion ist, in der die Arbeitskraft als Handelsware auftritt, unabhängig davon, ob ein Staat diese Arbeitskraft kauft oder ein Privatunternehmer. Es hat auch überhaupt nichts damit zu tun, ob der Mehrwert für Privatpersonen oder für den Staat entsteht. **Der Wert** führt seine Ordnungsfunktion aus. Und dann muss man mit Lenin sagen:

»Ich bezweifle sehr, ob man sagen könnte, dass die Kommunisten diesen Haufen leiten. Um die Wahrheit zu sagen, nicht sie leiten, sondern sie werden geleitet.«²⁰

²⁰ W. I. Lenin, XI. Parteitag der K.P.R.(B), Politischer Bericht des Zentralkomitees, 27..3.1922, in: Werke, Band 33, S. 275

3.

Die Rechnungseinheit im Kommunismus

a. Die Regelung der Produktion

Bei der "marxistischen Erklärung der Beherrschung der Arbeiterklasse" haben wir gesehen, dass das eigentliche Problem des Kommunismus in dem Aufheben der Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt liegt. Nicht der eine oder andere Oberste Volkswirtschaftsrat, sondern die Produzenten müssen durch ihre Betriebsorganisationen *selber* die Verfügung über das Arbeitsprodukt haben. Nur dadurch werden sie zu freien Produzenten und können sich dann in gegenseitigem Zusammenhang als Assoziationen von freien und gleichen Produzenten gruppieren. Weil die heutige Technik die ganze Produktion vergesellschaftet hat, alle Betriebe technisch vollkommen voneinander abhängig *sind* und zusammen einen ununterbrochenen Arbeitsprozess bilden, so ist es die Aufgabe der Revolution, sie auch *ökonomisch* aneinander zu schmieden. Das ist aber nur möglich, wenn *ein allgemeines ökonomisches Gesetz* den ganzen Wirtschaftsprozess vereinigt.

Dieser Zusammenschluss ist von ganz anderer Art, als wie ihn die sogenannten "Sozialisierungs-Theorien"

darstellen. Diese haben nie etwas anderes im Auge gehabt als den *organisatorischen* Zusammenschluss der verschiedenen Produktionszweige. Sie beschäftigen sich mit der Frage, *welche* Industrien vereinigt werden müssen und wie das Problem organisatorisch-technisch gelöst wird. Mit den Bewegungsgesetzen eines neuen Wirtschaftssystems hat das nichts zu tun. Das neue allgemeine ökonomische Gesetz, das den ganzen Wirtschaftsprozess vereint, sagt daher noch nichts über den organisatorischen Zusammenschluss der Wirtschaft. Es setzt nur die Bedingungen fest, unter denen die in den Betriebsorganisationen vereinigten Produzenten am großen allgemeinen Wirtschaftsprozess teilnehmen. Diese Bedingungen müssen in erster Linie für jeden Teil des Totalprozesses dieselben sein. Im Gegensatz zu Lenin, der von dem Grundsatz ausgeht:

»Unser nächstes Ziel ist, die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren«,²¹

sagen wir:

Gleiche ökonomische Bedingungen für alle Teile der gesellschaftlichen Produktion, das ist unsere erste Forderung.

Dann erst kann zu der Frage der Organisationstechnik Stellung genommen werden.

²¹ W. I. Lenin, Staat und Revolution, Werke 25, S. 440

Gleiche ökonomische Bedingungen – das bezieht sich in erster Linie auf die Durchführung eines allgemein geltenden festen Maßes, wonach alle Berechnungen in Produktion und Verteilung vorgenommen werden. Dieses Maß kann nicht mehr das Geld sein, weil sich keine "dritte Person" mehr zwischen den Arbeiter und sein Produkt einschleibt. Der Arbeiter steht hier dem gesellschaftlichen Arbeitsprodukt nicht "fremd" gegenüber. Wohl konsumiert der Arbeiter nicht direkt das durch ihn selbst hergestellte Produkt; aber sein Produkt trägt etwas in sich, das alle gesellschaftlichen Güter gemeinsam haben: die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die ihre Herstellung kostete. Alle Güter sind also *gesellschaftlich gesehen* qualitativ vollkommen gleich. Sie unterscheiden sich nur in der Menge gesellschaftlicher Arbeit, welche sie im Produktionsprozess aufgenommen haben.

So wie der Maßstab für die individuelle Arbeitszeit die Arbeitsstunde ist, so muss der Maßstab für die Menge gesellschaftlicher Arbeit, die in den Produkten enthalten ist, die

gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde sein.

So zeigt sich als zwingende Forderung der proletarischen Revolution, dass alle Betriebsorganisationen verpflichtet sind, für die durch sie hergestellten Pro-

dukte zu berechnen, wieviel gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit sie in der Produktion aufgenommen haben, und zugleich ihr Produkt entsprechend diesem "Preis" an die anderen Betriebe oder an die Konsumenten abzugeben. Ferner bekommen die Betriebsorganisationen dafür das Recht, zu einem gleichen Betrag an gesellschaftlicher Arbeit in der Form anderer Produkte zu beziehen, um den Produktionsprozess in der gleichen Weise fortsetzen zu können. So nehmen alle unter gleichen ökonomischen Bedingungen am Produktionsprozess teil. Ist diese Regelung der Distribution und Produktion durchgeführt, dann ist das ganze Wirtschaftsleben, welches durch Teilarbeit bereits gesellschaftlich *verbunden* ist, nun auch ökonomisch, d.h. gesellschaftlich *geregelt*.

Der Kapitalismus versucht diese Regelung auf organisatorischem Wege, durch verstärkte Konzentration seiner Macht in der Industrie durchzuführen. Was ihm gelingt, das ist nur die Organisation des Konkurrenzkampfes auf stets höherer Stufe, mit stets gewaltigeren Katastrophen im Gefolge. Man versucht auf politischem Wege, nach den Regeln der "Demokratie", eine Milderung der Gegensätze zu erreichen, aber diese dient schließlich nur dazu, den letzten und tiefsten Gegensatz, den zwischen besitzender Klasse und Proletariat zu organisieren und seinen weiteren Bestand zu sichern. Dieser gesellschaftliche Zustand kann nur

überwunden werden, wenn die Arbeiter sich "frei" machen; wenn sie das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel erobern und unter gleichen ökonomischen Bedingungen am Wirtschaftsprozess teilnehmen.

Die Revolution besteht aber nicht nur in einer Umwälzung der ökonomischen Bedingungen der Produktion, sie bringt auch für die individuelle Konsumtion neue ökonomische Bedingungen. Haben die Arbeiter das Verfügungsrecht über das Arbeitsprodukt in Händen, dann muss ihr Verhältnis zu diesem Produkt auf neuer Grundlage *festgelegt und geregelt* werden. Denn, wohl haben die Arbeiter das Verfügungsrecht über das Produkt, aber doch nicht mehr in dem Sinne des Privatkapitalismus mit *willkürlich-freier Verfügung*. Die Verfügung über das Produkt kann sich nur unter gesellschaftlichen und für alle gleichen Bedingungen vollziehen. Die Produzenten und Konsumenten sind wohl frei, aber doch nur durch ihre gesellschaftliche Gebundenheit. Die gleichen Bedingungen für die individuelle Konsumtion können wiederum nur liegen in dem gleichen Maßstab für die Konsumtion. So wie die individuelle Arbeitsstunde der Maßstab ist für die individuelle Arbeit, so ist die individuelle Arbeitsstunde zugleich der Maßstab für die individuelle Konsumtion. Hiermit ist auch die Konsumtion *gesellschaftlich geregelt* und bewegt sich in vollkommen exakten Bahnen.

Die Durchführung der sozialen Revolution ist also im Wesen nichts anderes als die Durchführung der Arbeitsstunde als Maßstab im gesamten Wirtschaftsleben. Sie dient als Maß in der Produktion und zugleich wird mit ihr das Recht der Produzenten auf gesellschaftliches Produkt gemessen.

Das Wesentliche hierbei aber ist, dass diese Kategorie von den Produzenten und Konsumenten selbst durchgeführt wird.

Und dies geschieht nicht, weil es eine "ethische" oder "moralische" Forderung des Kommunismus ist, sondern weil es ökonomisch nicht anders möglich ist. Tatsächlich ist die Beseitigung der Bevormundung der Arbeit, die Entfaltung und das Aufblühen des freien Menschen, auch eine ethische Forderung. Aber damit wird nur erneut bewiesen, dass Wirtschaft und Ethik sich nur gegenseitig verwirklichen können - sie werden beide zur Einheit verschmolzen.

b. Die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit bei Marx und Engels

Bei unserer Analyse der Bedingungen der kommunistischen Produktion und Verteilung gingen wir von der marxistischen Analyse der Beherrschung der Arbeiterklasse aus und hielten, wie oben erwähnt, nicht an Zitaten fest, weil sie niemals die Richtigkeit einer Ansicht beweisen, sondern höchstens eine Darstellung klären

können. Für diejenigen, die bei uns „gravierende anarchistische Abweichungen“ feststellen, wollen wir unsere Sichtweise mit der von Marx und Engels konfrontieren. Es wird sich zeigen, dass diese "Abweichungen" ihre wesentliche Sicht auf die kommunistische Gesellschaft waren.

In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, dass die bolschewistische Dummheit einer Warenproduktion ohne "Rechnungseinheit" für Marx und Engels ein völlig fremdes Element ist.

Engels gibt die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit eindeutig als Rechnungseinheit an:

*»Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte usw. stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanten, die sie alsdann absolut und direkt kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß **der Zeit** . . . Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werte zu.«²²*

²² Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 288

Auch Marx gibt sehr deutlich die Arbeitsstunde als Recheneinheit an. Bei der Besprechung des bekannten „Robinson auf der Insel“ sagt er von diesem Inselbewohner, der selber sein ganzes ökonomisches Leben aufbaute:

»Die Not selbst zwingt ihn, seine Zeit genau zwischen seinen verschiedenen Funktionen zu verteilen. Ob die eine mehr, die andere weniger Raum in seiner Gesamttätigkeit einnimmt, hängt ab von der größeren oder geringeren Schwierigkeit, die zur Erzielung des bezweckten Nutzeffekts zu überwinden ist. Die Erfahrung lehrt ihn das, und unser Robinson, der Uhr, Hauptbuch, Tinte und Feder aus dem Schiffbruch gerettet, beginnt als guter Engländer bald Buch über sich selbst zu führen. Sein Inventarium enthält ein Verzeichnis aller Gebrauchsgegenstände, die er besitzt, der verschiedenen Verrichtungen, die zu ihrer Produktion erbeischt sind, endlich der Arbeitszeit, die ihm bestimmte Quanta dieser verschiedenen Produkte im Durchschnitt kosten. Alle Beziehungen zwischen Robinson und den Dingen, die seinen selbstgeschaffenen Reichtum bilden, sind hier so einfach und durchsichtig, dass selbst Herr M. Wirth sie ohne besondere Geistesanstrengung verstehen dürfte.«²³

²³ Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, S. 91

»Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gesellschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Alle Bestimmungen von Robinsons Arbeiten wiederholen sich hier, nur gesellschaftlich statt individuell.«²⁴

Wir sehen hier, dass Marx für "eine Vereinigung von freien Menschen" ebenso gut eine Produktionsberechnung kennt, und zwar *auf der Basis der Arbeitsstunde*.

Wo Marx an die Stelle von Robinson die freien Menschen setzt, wollen wir nun die Buchhaltung der Gesellschaft als wie folgt lesen:

Ihr Inventarium enthält ein Verzeichnis der Gebrauchsgegenstände, die sie besitzt, der verschiedenen Verrichtungen, die zu ihrer Produktion erheischt sind, endlich *der Arbeitszeit, die sie bestimmte Quanten dieser verschiedenen Produkte im Durchschnitt kosten*. Alle Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft und den Sachen sind hier so einfach, dass ein jeder sie begreifen kann.

Marx nimmt diese Buchhaltung der Gesellschaft *allgemein* an für einen Produktionsprozess mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln; also gleich, ob der

²⁴ Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, S. 92

Kommunismus noch "wenig" entwickelt ist, oder ob er schon seine höchste Entwicklung erreicht hat. Das heißt, dass das ökonomische Leben im Kommunismus verschiedene Entwicklungsstadien durchlaufen kann, wobei jedoch die Kategorie der *gesellschaftlichen durchschnittlichen Arbeitszeit der ruhende Pol bleibt*.

Wenn wir nun zur individuellen Verteilung des gesellschaftlichen Produkts kommen, dann sehen wir bei Marx die Arbeitszeit auch als Maß für den individuellen Konsum:

»Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach, in der Produktion sowohl als in der Distribution.«²⁵

²⁵ Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, S. 93

Auch anderswo zeigt sich, dass Marx die Arbeitszeit als Grundkategorie der kommunistischen Ökonomie sieht:

»Das Geldkapital fällt bei gesellschaftlicher Produktion fort. ... Die Produzenten mögen meinetwegen papierne Anweisungen erhalten, wofür sie den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehen. Diese Anweisungen sind kein Geld. Sie zirkulieren nicht.«²⁶

Die gesamte kommunistische Wirtschaft ist in diesen Sätzen eingeschlossen! Soll die individuelle Arbeitszeit *der Maßstab* sein für das individuell zu konsumierende Produkt, dann muss die Produktenmasse auch mit demselben Maß gemessen werden. Mit anderen Worten: an den Produkten muss ausgedrückt sein, wieviel menschliche Arbeitskraft, gemessen an der Zeit, wieviel gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunden sie enthalten. Das setzt allerdings voraus, dass die anderen Kategorien der Produktion (Produktionsmittel, Roh- und Hilfsstoffe) mit demselben Maß gemessen sind, so dass die ganze Produktionsberechnung in den Betrieben auf der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitsstunde basieren muss!

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass Marx die Verteilungsfrage nicht absolut gestellt hat, sondern den

²⁶ Karl Marx, Das Kapital Bd. 2, S. 358

Eindruck erweckt, dass tatsächlich eine andere Verteilungsmethode möglich wäre, wenn er sagt:

»Die Produzenten mögen meinetwegen papierne Anweisungen erhalten ...«,

oder bezogen auf die Arbeitszeit:

»Nur zur Parallele mit der Warenproduktion«

Wenn man das Maß des individuellen Verbrauchs nimmt, dann scheint es, als gäbe es eine "freie Wahl" des Verteilungssystems. Marxistisch gesehen ist dies jedoch keineswegs der Fall. Die Ursache für diese "Mehrdeutigkeit" liegt in der Tatsache, dass Marx den vollwertigen Kommunismus als ein "Nehmen nach Bedarf" ansah, bei dem die Arbeitszeit daher nicht das Maß des individuellen Verbrauchs wäre. Dieses Maß hätte nur Gültigkeit *für die Übergangszeit vom Kapitalismus zum reifen Kommunismus*. Dies kommt in den sogenannten Randglossen deutlich zum Ausdruck.

Dies wirft auch ein Licht auf den "Marxismus" derer, die im Staatskapitalismus eine Form des Übergangs zum Kommunismus sehen.

*»Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage **entwickelt** hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft **hervorgeht**, (Hervorhebung von Marx) also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig,*

noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent - nach den Abzügen - exakt zurück, was er ihr gibt. ... Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln so viel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück. ... In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtsbhorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!«²⁷

²⁷ Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 20f

4.

Der Fortschritt in der Problemstellung

a. Der Kommunismus als »negatives System«

Nach dieser vorläufigen Orientierung zu unserem Thema, in dem wir als Merkmale für das kommunistische Betriebsleben die *Selbstverwaltung* durch die Betriebsorganisationen mit einem exakten Verhältnis von Produzent zu Produkt auf der Grundlage der Arbeitszeitrechnung aufgezeigt haben, ist es wichtig zu untersuchen, wie die Bolschewiki ihr Traumbild von einer Produktion ohne "Rechnungseinheit" entwickelt haben. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass es sich hierbei keineswegs um eine spezifisch bolschewistische Sichtweise handelte, sondern dass diese Sicht die gesamte Arbeiterklasse dominierte, von den Sozialdemokraten bis zu den Anarchisten. Zugegebenermaßen sprachen sie nicht alle offen darüber, noch kam es zu einem direkten Kampf gegen die Position. In Wahrheit bedeutet das, dass die Arbeiterbewegung noch nicht soweit war!

Auf den ersten Blick ist ein Teil der englischen Arbeiterbewegung eine Ausnahme, da englische Gewerk-

schafter bereits vor 1914 Versuche in Richtung des sogenannten "Gildensozialismus" unternommen haben. Der Name, erweckt vielleicht den Eindruck, dass England, das auf dem Gebiet der sozialistischen Theorie immer sehr zurückgeblieben war, in diesen Fragen weit über die Festlandbewegung hinausging. Die Erklärung des Falls liegt jedoch in der Tatsache, dass die englischen Gewerkschaften bereits vor 1914 bei ihrer Aufgabe der "Verbesserung der Arbeitsbedingungen" stecken blieben. Sie kamen keinen Schritt weiter und mussten daher nach "anderen Mitteln" suchen.

Sicherlich wird niemand, von den englischen Gewerkschaften einen revolutionären Angriff auf das kapitalistische System erwarten. Der "Gildensozialismus" ist tatsächlich nichts anderes als der englische Name für die Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit, wie er hier im Land unter "Arbeitermitbestimmung" verstanden wird.

Egal wie lächerlich es im Nachhinein sein mag, es ist auf jeden Fall erklärbar, dass man glaubte, dass der Kommunismus ohne eine Rechnungseinheit erreicht werden könnte. Es wurde angenommen, dass sich der Kapitalismus selbst zu einem solchen Zustand entwickeln musste. Und diejenigen, die die Dummheit einer solchen Ansicht sofort sahen, hielten es für völlig überflüssig, sich in "Utopien" zu verlieren, weil diese

Dinge natürlich *von selbst* ihre Lösung finden würden.
In der Tat gibt es immer von selbst eine Lösung!

Nur: Da wir wissen, dass die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die Überführung der Produktionsmittel in "Gemeinschaftseigentum" keineswegs zum Kommunismus führen muss, glauben wir, dass wir dieses Problem nicht ignorieren können.

Diejenigen unter den Marxisten, die jede weitere Untersuchung der Gesetze der Bewegung des kommunistischen Betriebslebens für überflüssig halten, die in einer solchen Untersuchung nur die Auferstehung einer widerlegten Position, einen Rückfall in den utopischen Sozialismus sehen, erinnern wir an die große wissenschaftliche Tat von Marx und Engels, die den Kommunismus im Gegenteil von der Utopie zur Wissenschaft führten. Die Verwirklichung des Kommunismus hängt nicht von wohlwollenden Menschen ab, die einen vorbestimmten "Plan" verwirklichen werden, die ein bestimmtes Produktionssystem "ausgearbeitet" haben, in dem alle Übel des Kapitalismus beseitigt werden. Er muss sich mit natürlicher Notwendigkeit aus den Bewegungsgesetzen des Kapitals entwickeln. Der Kapitalismus gräbt sich sein eigenes Grab. Die Akkumulation des Kapitals, die Existenzbedingung des gegenwärtigen Systems, ist zugleich die Voraussetzung seines Sterbens.

Die Akkumulation des Kapitals bedeutet nur die Akkumulation des Elends der Arbeiterklasse, die uns vor die Wahl stellt, die Bewegungsgesetze der Warenproduktion, der Rentabilität des Kapitals aufzuheben, indem wir den Kommunismus verwirklichen oder in die Barbarei versinken.

Die Verarmung der Massen ist nichts anderes als Ausdruck der Tatsache, dass die gesellschaftlichen Produktivkräfte mit den Eigentumsverhältnissen in Konflikt geraten sind, so dass sie nicht mehr im Rahmen des Privateigentums angewendet werden können. Die Produktivkräfte sprengen somit die Eigentumsverhältnisse, worüber die Produktionsmittel in den Gemeinschaftsbesitz überführt werden. Dann ist der Kommunismus da!!!

Wozu sich also die Mühe machen, die Bewegungsgesetze der kommunistischen Produktion zu untersuchen? Wozu die bestehenden Utopien um eine weitere ergänzen? Wozu soll sich der Marxismus von der Wissenschaft zur Utopie entwickeln?

Die Propaganda verlangte aber nach einer detaillierteren Erklärung der kommenden neuen Ordnung. Die bürgerlichen Kritiker hörten nicht auf, immer wieder zu fragen, wie die neue Ordnung aussehen würde, so dass die Theoretiker gezwungen waren, ein wenig von

dem mysteriösen Schleier zu lüften. Mit einem verächtlichen Schulterzucken erklärten sie, dass der Kommunismus für sie kristallklar sei.

Marx hat es doch gelehrt:

»Das Geld verschwindet in der kommunistischen Produktion.«

und darüber hinaus hatten sie gelesen, dass die Arbeit selbst, obwohl sie ein wertbildendes Element ist, selbst keinen Wert besitzen kann, dass also auch

»... ein bestimmtes Quantum Arbeit keinen Wert haben kann, der sich in ihrem Preise ausdrückt, in ihrer Äquivalenz mit einem bestimmten Quantum Geld.«²⁸

Dementsprechend erklärte Kautsky:

»Der Wert ist die historische Kategorie, die nur für die Warenproduktion gilt.«²⁹

Damit wären auch die "Preise" der Produkte abgeschafft, ganz zu schweigen vom "Markt".

Auf die Frage, wie das kommunistische Betriebsleben aussehen würde, konnten die marxistischen Ökonomen für ihr eigenes Gefühl eine sehr zufriedenstellende Antwort geben, obwohl dies in der Tat keine Antwort war. Sie sagten immer, wie es **nicht** sein

²⁸ Karl Marx, Das Kapital Bd. 2, S. 35

²⁹ Karl Kautsky, Karl Marx` Ökonomische Lehren, S. 20

würde: **kein Geld, kein Wert, kein Markt, kein Preis.**

Der bürgerliche Schriftsteller Erich Horn, der sehr gerne wissen möchte, wie es sein wird, charakterisiert den Kommunismus daher als »*ein negatives System*«. ³⁰

Seine Neugierde wurde geweckt, weil er zu dem Schluss gekommen ist, dass er möglicherweise auch Kommunist ist! Er hat überhaupt nichts gegen die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln einzuwenden, er ist, wenn nötig, dafür, sie dem "Gemeinschaftsbesitz" zu überlassen, aber das bedeutete keineswegs *die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise!!!* ³¹

b. Das Generalkartell von Hilferding

Rudolf Hilferding verdient die zweifelhafte Ehre, der selbstgefälligen Oberflächlichkeit des "negativen Systems" eine "theoretische" Grundlage gegeben zu haben. Er löste die Schwierigkeiten auf erstaunlich einfache Weise, so einfach, dass ein Kind die Bewegung des neuen Produktionssystems verstehen kann.

³⁰ E. Horn, Die ökonomische Grenzen der Gemeinwirtschaft S. 3

³¹ Wie zuvor, S. 5, 51 und 52

Hilferding wies darauf hin, dass sich das Geldkapital im Zuge der kapitalistischen Entwicklung *selbst* zerstört, denn die immer stärkere Konzentration von Unternehmen und Branchen macht Geld und die Verrechnung zwischen den einzelnen Unternehmen seiner Meinung nach überflüssig. In den Trusts entstehen riesige Industriezentren, in denen Transportmittel, Kohle- und Eisenbergwerke, Hochöfen usw., ja sogar die Verteilung des Endprodukts an die Verbraucher, in einer Hand organisiert, verwaltet und gesteuert werden. In diesem gewaltigen Apparat gehen die Produkte zur kontinuierlichen Weiterverarbeitung von einem Unternehmen zum anderen, ohne jedes Mal "verkauft" zu werden, denn der Trust verkauft nun einmal nichts an sich selbst.

Innerhalb des Trusts hat die Geldbewegung (nach Hilferding!) aufgehört. Ja, die Produkte in den einzelnen Unternehmen haben nicht einmal mehr einen "Preis": *Der Trust hat innerhalb seines Produktionskreislaufs auf die Produktion von Gütern "in Naturalien" umgestellt.* Um die Produktion innerhalb des Trusts zu regeln, entscheidet das oberste Trust-Management, in welchem Unternehmen und wie viele neue Produktionsmittel hinzugefügt werden und was und wieviel in den einzelnen Unternehmen produziert wird.

Das ist die erstaunlich einfache Lösung für das kommunistische Wirtschaftsleben! Je mehr sich das Kapital in Trusts organisiert, je weiter das Kapital selbst das Geld zerstört, in desto größerem Umfang geht die Gesellschaft auf die Rechnung "in Naturalien". Schließlich würde sich theoretisch herausstellen, dass die gesamte Weltproduktion ein ehrfurchtgebietender Monster-Trust sei, bei dem Produktion und Vertrieb bewusst geregelt werden, aber auf kapitalistischer Basis! Das heißt, die Eigentümer des Monster-Trusts lassen den gesamten Apparat für ihre privaten Zwecke arbeiten. Doch hier ist das Geld verschwunden, Geld ist nicht mehr da, Preise und der "Markt" existieren nicht. Die Trust-Leiter würden Preise für die Verteilung von Konsumgütern an die Arbeitnehmer festlegen, aber diese würden in keiner Weise mit dem "Wert" in Beziehung stehen: Sie wären nur willkürlich festgelegt worden, gemäß den von den Herren festgelegten Standards.

Hilferding erzählt von diesem Monstertrust oder, wie er es nennt, vom "Generalkartell" folgendes:

»Die ganze kapitalistische Produktion wird bewusst geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen Sphären bestimmt. Dann wird die Preisfestsetzung rein nominell (hier: willkürlich – G.I.K.) und bedeutet nur mehr die Verteilung des Gesamtprodukts auf die Kartellmagnaten einerseits, auf die Masse aller anderen Gesellschaftsmitglieder andererseits. Der

Preis ist dann nicht Resultat einer sachlichen Beziehung, die die Menschen eingegangen sind, sondern bloß rechnungsmäßige Art der Zuteilung von Sachen durch Personen an Personen. Das Geld spielt dann keine Rolle. Es kann völlig verschwinden, da es sich um Zuteilung von Sachen und nicht von Werten handelt. Mit der Anarchie der Produktion schwindet der sachliche Schein, schwindet die Wertgegenständlichkeit der Ware, schwindet also das Geld. Das Kartell verteilt das Produkt. Die sachlichen Produktionselemente sind wieder produziert worden und zu neuer Produktion verwendet. Von der Neuproduktion wird ein Teil auf die Arbeiterklasse und die Intellektuellen verteilt, der andere fällt dem Kartell zu, zu beliebiger Verwendung. Es ist die bewusst geregelte Gesellschaft in antagonistischer Form. Aber dieser Antagonismus ist Antagonismus der Verteilung. Die Verteilung selbst ist bewusst geregelt, und damit die Notwendigkeit des Geldes vorüber. Das Finanzkapital in seiner Vollendung ist losgelöst von dem Nährboden, auf dem es entstanden. Die Zirkulation des Geldes ist unnötig geworden; der rastlose Umlauf des Geldes hat sein Ziel erreicht, die geregelte Gesellschaft und das Perpetuum mobile der Zirkulation findet seine Ruh.»³²

Als die "marxistischen Ökonomen" dies gelesen hatten, sahen sie sich über ihre Brille sehr bedeutungsvoll an. Ja, ja, Marx hatte Recht, dass der Kapitalismus sein

³² Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, S. 314

eigenes Grab gräbt und dass eine neue Gesellschaft im Mutterleib der alten geboren wird. Jede weitere Trustificierung bedeutet einen weiteren Schritt zur Selbstzerstörung des Kapitals! Und wie einfach war der Kommunismus!

Die Arbeiterklasse hatte nur das Hindernis des Privateigentums an den Produktionsmitteln, das die Umsetzung des "allgemeinen Kartells" verhinderte, aus dem Weg zu räumen, um das gesamte Wirtschaftsleben in einer Hand zu vereinen und so das kommunistische System zu schaffen, in dem es **kein Geld, keinen Markt, keinen Wert** und **keine Preise** geben würde.

Dass noch an jedem einzelnen Produkt gemessen werden muss, wieviel Arbeit es verkörpert, war offenbar ein Irrtum von Marx und Engels, der wohl mit ihrem einfachen Gedankengang über die "Vereinigung freier und gleicher Produzenten" zusammenhing. Aber schließlich war ihnen auch das zu vergeben, denn sie lebten in der Blütezeit des Kapitals und hatten daher die gewaltige Bildung von Trusts und Monopolen nicht erlebt.

Ja, bei näherer Betrachtung beruhte die ganze Formulierung von Marx, dass der Kapitalismus sein eigenes Grab gräbt, auf einem Missverständnis, denn dieses Totengräberwerk hatte für Marx eine ganz andere Bedeutung!

Bei Marx gräbt er sich sein eigenes Grab, da das Kapital, das in die Produktionsmittel fließt, immer schneller wächst, während zugleich die Zahl der Arbeiter, die den Mehrwert produzieren müssen, ständig anteilig abnimmt. Schließlich entsteht damit ein Punkt, an dem die Rentabilität des Kapitals unmöglich wird, so dass das System unter schrecklichen Krisen zusammenbricht. Es gibt dann große, einsatzbereite Fabrikkomplexe, aber die Arbeiter sind millionenfach überflüssig, weil das Kapital keine Rendite abwirft.

Für die Schüler von Marx ist das Graben des Grabes viel gemütlicher. Hier ist "Stinnes der größte Sozialist" (dieser Ausdruck wurde in der Tat im "Vorwärts" verwendet! Leider wissen wir nicht, in welcher Nummer) und führt die Organisation des Kapitalismus "allmählich" in den Kommunismus.

Wir müssen hier absehen von einer werttheoretischen Kritik des "Generalkartell", da dies nicht in direktem Zusammenhang mit unserem Thema steht. Wir wollten nur zeigen, wie das "Generalkartell" theoretisch begründet wurde, wie die allgemein akzeptierte Auffassung des Kommunismus zustande kam. Eine sehr gute Kritik ausgehend von der Werttheorie finden wir in: H. Grossmann "Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems".³³

³³ Verlag Hirschfeld, Leipzig, 1929, p. 603

Nach dieser theoretischen Begründung eines Kommunismus, wo es kein Geld, keinen Markt, keinen Wert und keine Preise geben würde, ist die praktische Seite nur eine Frage der Organisation. Es ist die Umstellung des Apparates auf die Bedürfnisse der Menschen, eine Umstellung, die die Führer von Produktion und Distribution vornehmen müssen. Die Staatsbeamten müssen eine genaue Statistik über die Bedürfnisse erstellen, woraufhin die zentrale Leitung sicherstellt, dass die Produkte hergestellt und an die Arbeiter verteilt werden. Also kommt es darauf an:

»Wie, wo, wie viel, mit welchen Mitteln aus den vorhandenen natürlichen und künstlichen Produktionsbedingungen neue Produkte hergestellt werden, entscheidet der Pater familias oder die kommunalen, Landes- oder Nationalkommissare der sozialistischen Gesellschaft, die, sei es aus persönlicher Erfahrung die Bedürfnisse und Hilfsquellen der Familie kennend, sei es mit allen Mitteln einer organisierten Produktions- und Konsumtionsstatistik die gesellschaftlichen Erfordernisse erfassend, in bewusster Voraussicht das ganze Wirtschaftsleben nach den Bedürfnissen ihrer in ihnen bewusst vertretenen und durch sie bewusst geleiteten Gemeinschaften gestalten.«³⁴

Die russische Revolution hat diesem schönen Traum ein Ende gesetzt! Die Fabriken wurden zwar in "Gemeinschaftseigentum" überführt, das Hilferdingsche

³⁴ Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, S. 1

"Generalkartell" wurde in der staatlichen Industrie umgesetzt, aber es hat die Bewegungsgesetze des Kapitals nicht aufgehoben. Die zentrale Trustverwaltung muss die Arbeitskraft auf dem Markt zu dem Preis kaufen, der in den kollektiven Arbeitsverträgen mit den staatlichen Gewerkschaften festgelegt ist.

Die russische Revolution machte einen dicken Strich durch die Segnungen des "Generalkartells" und zwang uns, die Bewegungsgesetze der kommunistischen Wirtschaftswelt genauer zu untersuchen.

c. Die bürgerliche Kritik am "Generalkartell"

Die Entwicklung der Wissenschaft, welche sich mit der kommunistischen Wirtschaft beschäftigt, zeigt also keine gerade Linie, sondern von der Arbeitszeitrechnung bei Marx und Engels biegt sie zur Rechnung "in Naturalien" ab, um ungefähr um 1920 wieder in ihre alte Bahn gebracht zu werden.

Es ist sicher bittere Ironie, dass gerade bürgerliche Ökonomen die Wissenschaft des Kommunismus, sei es denn auch ungewollt, ein gutes Stück vorwärtsgebracht haben. Als es den Anschein hatte, dass der Untergang des Kapitalismus in greifbare Nähe gerückt war und der Kommunismus die Welt im Sturmschritt zu erobern schien, traten Max Weber und Ludwig Mises mit ihrer Kritik an diesem Kommunismus vor, wo-

bei natürlich zuallererst das Hilferdingsche "Generalkartell", das ist der russische Kommunismus, leiden musste. Ihre Kritik gipfelte in der Beweisführung, dass *eine Wirtschaft ohne Verrechnungsmethode, ohne allgemeinen Nenner, um den Wert der Produkte zu messen, unmöglich ist.*

Und sie hatten es richtig getroffen! Große Verwirrung im "marxistischen" Lager. Es war völlig klar, dass das Chaos der kapitalistischen Produktion im Vergleich zur "Güterproduktion" ohne Rechnungseinheit ein geordnetes System war.

Nur ein kleiner Teil der Sozialdemokraten hielt an der alten Liebe fest (Neurath), während die Mehrheit die Notwendigkeit eines allgemeinen Maßstabes im Wirtschaftsleben erkannte. Auch Kautsky war schockiert und musste nun von seiner alten Methode, mit einem Vorwand eine Sache zu ignorieren, abweichen und "Farbe bekennen". Das machte er auch. Der Wert ist nun plötzlich keine "historische Kategorie" mehr, weil die "Verrechnung" *auf der Grundlage von Geld* erfolgen wird, da es *»als Wertmaßstab für die Buchführung und die Berechnung der Austauschverhältnisse in einer sozialistischen Gesellschaft«* und ebenso *»als Zirkulationsmittel«* unentbehrlich ist.³⁵ Wie das Geld in der "zweiten Phase" des Kommunismus aussehen wird, ist für ihn eine offene Frage, denn wir wissen nicht einmal, *»ob sie jemals mehr*

³⁵ K. Kautsky, Die proletarische Revolution ... , S. 318

sein wird als ein frommer Wunsch, ähnlich dem Tausendjährigen Reich».³⁶

Weber und Mises hatten die Schlacht gewonnen: Der Kommunismus war besiegt. Nun mussten sie sich aber noch mit Marx und Engels auseinandersetzen, denn diese hatten nie an der Dummheit einer Produktion ohne Rechnungseinheit teilgenommen, sondern die Arbeitszeit als Maßstab festgelegt. Das taten sie dann auch so gründlich, dass Block in »Die Marxsche Geldtheorie«, S. 125, es für unnötig hielt, auf die Arbeitszeitrechnung im Detail einzugehen. In der Tat blieb kein Stück der Arbeitszeitrechnung heil, aber nur, weil Weber und Mises so viel oder besser gesagt so wenig von dieser Sache verstanden wie Kautsky: überhaupt nichts!

Als erste Frucht von Webers Kritik erschien die hervorragende Arbeit von Otto Leichter: Die Wirtschaftsrechnung in der Sozialistischen Gesellschaft, Wien, 1923. Weil er die Produktion auf die Arbeitszeitrechnung gründet, macht der Kommunismus hier einen großen Sprung nach vorne. Er will die Produktion in die Hände der Produzenten legen, aber weil er die Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit nicht einführen kann oder will, läuft die Sache trotzdem auf den Staatskapitalismus hinaus.

³⁶ ebenda, S. 317

Aus seiner Schrift vernehmen wir auch, dass er nicht der erste war, der die Produktion auf die Arbeitszeitabrechnung gründete: Diese Denkweise wurde nicht nur von Marx, sondern um 1900 auch von Maurice Bourguin entwickelt, dessen Gedankengänge nach Leichters Erklärung "fast haargenau" mit seinen eigenen übereinstimmen. Darüber hinaus gibt es noch weitere Autoren, die die Arbeitszeit eine wichtige Rolle in der Produktion spielen lassen, aber da *keiner von ihnen die Produktionsmittel* in seine Berechnungen einbezieht, führen ihre Überlegungen nicht weiter. Auch die Erklärung von Varga in »Kommunismus«, 2. Jahrgang Nr. 9/10, leidet an diesem Mangel, so dass dies auch bei der weiteren Untersuchung nicht berücksichtigt werden muss.

d. Der Fortschritt

Der Fortschritt in der Problemstellung offenbart sich aber nicht nur von der ökonomischen Seite, sondern auch von der Seite der "Politik". Das revolutionäre Proletariat hat bereits darauf hingewiesen, dass der Produktionsapparat "gesellschaftlicher Besitz" sein kann, während er doch weiter als Beherrschungs- und Ausbeutungsapparat fungiert. So hat die russische Revolution die Probleme von der politischen Seite aus gestellt. Wir fordern nun *Garantien*, dass wir das Entscheidungsrecht über die Produktionsmittel *behalten*.

Deshalb fordern wir jetzt *allgemein gültige Regeln*, worüber die Produzenten die Produktion selber leiten und verwalten, wobei es eine genaue Kontrolle geben muss, um sicherzustellen, dass diese Regeln auch tatsächlich eingehalten werden.

Die Art des Syndikalismus, der eine "freie" Entscheidung über den Betrieb anstrebt, muss daher ernsthaft bekämpft werden.

Neben den Garantien zur Aufrechterhaltung des Verfügungsrechtes über den Produktionsapparat fordern wir nun auch *Garantien*, dass die Ausbeutung tatsächlich aufgehoben wird. Und diese Garantien können nicht in der "Demokratie" liegen, in der Beeinflussung der "leitenden Instanzen" auf dem Weg der Wahlen für alle Arten von Räten, sondern wir fordern diese Garantie über den sachlichen Gang des Produktions- und Distributionsapparates, der über jede Demokratie hinausgeht:

Wir verlangen ein exaktes Verhältnis des Produzenten zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt!

Die Grundlage für diese Garantien liegt darin, dass wir »wissen müssen, wie viel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf.«³⁷

³⁷ Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW 20, S. 288

Das ist seine **Produktionszeit!**

Und so sind wir zu einer ganz klaren Zielsetzung für unsere weitere Forschung gekommen: Wir müssen untersuchen, wie sich die Kategorie der *gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit* im kommunistischen Betriebsleben entwickelt.

Unsere Schrift wird diesem Thema weiter gewidmet sein. Wir konstruieren also keineswegs eine "Vision der Zukunft". Wir "erfinden" kein "kommunistisches System". Wir untersuchen nur die Bedingungen, unter denen die zentrale Kategorie - die gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitsstunde - eingeführt werden kann. Wenn dies nicht möglich ist, dann ist das exakte Verhältnis von Produzent zu Gesamtprodukt nicht durchführbar, dann wird die Verteilung nicht mehr durch den sachlichen Gang des Produktionsapparates bestimmt, dann bekommen wir eine Verteilung *durch Personen an Personen*, dann können Produzenten und Konsumenten den Verlauf des Betriebslebens nicht mehr bestimmen, aber dann wird dieser auf die diktatorische Macht der "zentralen Organe" verlagert, dann tritt der Staat **mit** der "Demokratie" in das Betriebsleben ein, dann ist der Staatskapitalismus unvermeidlich.

5.

Der libertäre Kommunismus

a. "Besetzt die Betriebe", "Nehmt nach Bedarf"

Es ist traurig, es feststellen zu müssen, aber es lohnt kaum der Mühe, die verschiedenen Bewegungen innerhalb der Arbeiterbewegung einzeln im Hinblick auf ihre Ansichten über das kommunistische Betriebsleben zu betrachten. Es ist eine unfruchtbare Ödnis der Gleichförmigkeit.

In allen Strömungen finden wir *dieselben ökonomischen Prinzipien*, die nur in verschiedenen Phrasen dargestellt werden. Sozialdemokratie, Bolschewismus, Syndikalismus, die Kreuzung von "Marxismus" und Syndikalismus, die wir Gildensozialismus nennen, Anarchismus: Es ist alles aus einem Guss.

Wenn wir die sozialdemokratische Arbeiterbewegung vorerst verlassen, um den "libertären Kommunismus" (Syndikalismus und Anarchismus) genauer zu betrachten, dann fällt die föderalistische Struktur dieser Bewegung sofort ins Auge. Daraus lässt sich unmittelbar ableiten, dass die kommunistische Wirtschaft auch hier als föderative Zusammenfassung der Produzenten und Konsumenten aufgefasst wird. Diese Richtung ist

daher stark gegen den Staat gerichtet, während die *Selbstverwaltung* eines der charakteristischen Merkmale ist.

Obwohl es keine fundierte ökonomische Theorie des libertären Kommunismus gibt, kann die allgemeine Denkweise, wie sie unter den Arbeitern existiert, kurz zusammengefasst werden.

Im Grunde genommen geht die "Theorie" nicht über den Slogan hinaus: *"Die Betriebe den Arbeitern"*. Die wechselseitige Beziehung zwischen den Betrieben wird durch die *"freie Vereinbarung"* "geregelt" und wie die Beziehung zwischen den Produzenten und dem gesellschaftlichen Produkt aussehen wird, darüber hören wir die vagsten Gerüchte. Man geht teilweise davon aus, dass Betriebe zu produktiven Assoziationen werden, in denen die Arbeiter dann "die Arbeitserlöse" verteilen, und Teil der Idee ist, dass Betriebe durch die "freie Vereinbarung" einen direkten Güterverkehr eingehen und ihr Produkt einfach an den Ort liefern, an dem es angefordert wird, ohne Verrechnung. Ein weiteres Merkmal des libertären Kommunismus ist, dass er es oft schafft, die Frage des individuellen Konsums ganz einfach mit der Formel *"Jeder nimmt nach seinen Bedürfnissen!"* zu lösen.

Obwohl der libertäre Kommunismus aufgrund der *Forderung nach Selbstverwaltung* der marxistischen Vereinigung freier und gleicher Produzenten ziemlich nahe-zustehen scheint, ist dies keineswegs der Fall. In diesem Lager gibt es keine Vorstellung davon, was *freie* Produzenten und was *gleiche* Produzenten sind. Im libertären Kommunismus hat der Slogan "Die Betriebe den Arbeitern" den Sinn, dass die Arbeiter die Betriebe als ihren "Besitz" ansehen, über den sie willkürlich verfügen können. Im marxistischen Sinne besteht das neue Rechtsverhältnis jedoch darin, dass die Betriebe der *Gemeinschaft* angehören. Maschinen und Rohstoffe sind *gesellschaftliche Güter*, die von den Arbeitern kontrolliert und den Arbeitern anvertraut werden, die für die Produktionsleitung verantwortlich sind. Dies bedeutet unmittelbar, dass die *Gemeinschaft auch die Kontrolle* über die ordnungsgemäße Verwaltung ihrer Produkte haben muss. Der libertäre Kommunismus lehnt eine solche Kontrolle jedoch entschieden ab, da die Arbeiter dann wieder "keine Chefs im eigenen Haus" sind.

Diesen ideologischen Widerspruch finden wir auch *in der freien Vereinbarung*. Der Kommunismus kennt diese Kategorie nicht. Es kennt nur *gleiche* Produzenten, gleich, weil sie ihren Betrieb nach allgemein gültigen Regeln führen *müssen*. *Nur auf dieser Grundlage* können sie Verbindungen zu anderen Betrieben eingehen. Die

sogenannte "freie Vereinbarung" widerspricht jeder allgemein gültigen gesellschaftlichen Regelung und ist daher antikommunistisch.

b. Libertärer Staatskapitalismus

Die Schwäche des sogenannten libertären Kommunismus wird sofort sichtbar, sobald ihre Vertreter beginnen, ihre "Grundprinzipien" positiv auszuarbeiten. Dies wollen wir mit dem Buch des berühmten französischen Anarchisten Sebastian Faure „Das universelle Glück“ belegen, das 1921 erschien und 1927 von der "Roode Bibliotheek" in niederländischer Sprache veröffentlicht wurde.

Faure informiert uns über den Zweck seiner Arbeit wie folgt:

»Diese Arbeit beschreibt das Leben einer großen Nation unter libertär-kommunistischer Herrschaft in einer einfachen, klaren und attraktiven Form und soll zeigen, dass die Anarchisten einen reichlich studierten Sozialplan haben.«³⁸

Wenn wir den libertären Kommunismus unter dem Gesichtspunkt der Regulierung der Produktion betrachten, geht es ihm nicht darum, gleiche wirtschaft-

³⁸ Sebastian Faure „Het universele geluk“, S.5

liche Bedingungen zu schaffen, in denen alle Produzenten die Produktion *selbst* steuern, verwalten und organisieren, nicht im Geringsten.

Natürlich finden wir auch kein genaues Verhältnis des Produzenten zum gesamten gesellschaftlichen Produkt, denn das System arbeitet nach dem Motto "Nehmen nach Bedarf". Zum Zeitpunkt der Machtübernahme kann dieses Verteilungssystem jedoch noch nicht angewendet werden. In dieser Phase werden Konsumgüter nach einem Standard rationiert, der von den Herren der Statistik für uns festgelegt wurde. Sie "teilen uns zu", wie viel wir verwenden können. In klare marxistische Sprache übertragen bedeutet dies, dass das Produkt den Arbeitern **nicht** zur Verfügung steht und sie deshalb auch nicht über die Produktionsmittel verfügen. Übrigens, wie wir sehen werden, lässt der libertäre Kommunismus von Faure keinen Zweifel daran!

Die Regulierung des Betriebslebens wird hier in der üblichen sozialdemokratischen Form verstanden, in der der Kommunismus nur eine Frage der Organisations technik ist.

Während diese Zusammenfassung der Produktion im Staatskommunismus von der Autorität des Staates durchgeführt wird, wird sie bei Faure durch »*die freie und brüderliche Vereinbarung*« (S. 6) geschaffen. Faure ist

aber gegen jede "Autorität", und deshalb sagt er von diesen mannigfaltigen Verbindungen im Betriebsleben: *»diese ganze Organisation fußt auf dem beseelenden Prinzip der freien Zusammenwirkung«* (S. 213 der holländischen Übersetzung).

Die Phrase ersetzt hier die wirtschaftliche Realität. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass ein Wirtschaftssystem auf *Wirtschaftsgesetzen* und nicht auf einer Art inspirierendem Prinzip beruht. Dies kann *keine Grundlage* für einen Produktions- und Reproduktionsprozess sein. Wollen die Produzenten ihre Rechte gesichert haben, mit oder ohne "beseelendes Prinzip", dann muss die ganze Organisation auf einer sehr materiellen Grundlage stehen, dann muss zumindest vorerst die Arbeitszeit der *Maßstab* für den Anteil am gesellschaftlichen Konsum sein. Das scheint uns ziemlich eindeutig zu sein.

c. Die freie Vereinbarung

Für das gegenseitige Verhältnis der Produzenten, die Verhältnisse zwischen den verschiedenen Betrieben, finden wir denselben schwankenden, schwammigen Boden wieder in der "freien Vereinbarung".

Es ist alles sehr angenehm und gemütlich.

»Die Leute suchen, tasten, fassen zusammen und probieren die Ergebnisse der verschiedenen Methoden aus. Die Vereinbarung

erscheint, bietet sich an, drängt sich durch ihre Ergebnisse auf und gewinnt.« (S. 334)

Faure findet diese Grundlage der "Freiheit für alle durch Einigung unter allen" sehr "natürlich". Denn, sagt er, ist es nicht dasselbe in der Natur?

»Das Beispiel der Natur ist da: klar und deutlich. Alles ist da verbunden durch freie und spontane Vereinbarung . . . Die unendlich kleinen Dinge, eine Art von Stäubchen, suchen einander, ziehen einander an, häufen sich an und formen einen Kern« (S. 334).

Dazu müssen wir bemerken, dass der Natur entlehnte Beispiele, immer sehr gefährlich sind, und gerade in diesem besonderen Fall zeigt sich leider *klar und deutlich*, wie völlig unzureichend die libertäre Methode ist. *»Alles ist da verbunden durch freie und spontane Vereinbarung.*« Es ist es schon wunderbar zu sehen, wie gedankenlos der menschliche Begriff der "Freiheit" auf die Natur übertragen wird, aber in metaphorischer Sicht ist es notwendig.

Aber – Faure übersieht hier völlig das entscheidende Moment der "freien Vereinbarung" in der Natur. Und das ist, dass diese "freie Vereinbarung" bestimmt wird von den gegenseitigen Kräften der Bundesgenossen. Wenn die Sonne und die Erde die freie Vereinbarung abschließen, dass die Erde in 365 1/4 Tagen um die Sonne laufen soll, so wird dies u. a. bestimmt von **der**

Masse worüber Sonne und Erde verfügen. *Auf dieser Grundlage wird die "freie" Vereinbarung abgeschlossen.*

So geht es in der Natur allezeit. Die Atome oder Elektronen oder was man auch nur nimmt, stehen in gegenseitigem Zusammenhang. Die Art dieses Zusammenhanges wird bestimmt von den Kräften, über welche die Bundesgenossen verfügen. Und darum wollen wir das Beispiel aus der Natur gerne übernehmen, aber um daran zu zeigen, dass es ein *exaktes Verhältnis* von Produzent zum Produkt und ein exaktes Verhältnis zwischen den verschiedenen Produkten geben muss, wenn die "freie Vereinbarung" in der Gesellschaft abgeschlossen werden soll. Damit wird dann diese Vereinbarung gleich von einer Phrase zu einer Realität.

d. Die zentrale staatliche Produktion

Wenn wir nun zur organisatorischen Zusammenfassung des Betriebslebens kommen, um den Apparat für die Bedürfnisse der Menschen nutzbar zu machen, entwirft Faure ein Bild, auf das die Bolschewiki stolz sein könnten, denn es ist nicht anders als "Generalkartell" von Hilferding!

Die Produktion wird für den Bedarf arbeiten und

»man muss also vor allem das Gesamt des Bedarfes und die Quantität jedes Bedürfnisses feststellen« (S. 215)

Dies geschieht dadurch, dass jede Gemeinde die Bedürfnisse nach der Einwohnerzahl dem "Hauptadministrationsbüro der Nation" angibt, wodurch die Beamten dort einen Überblick über den Gesamtbedarf der ganzen Bevölkerung bekommen. Dann gibt jede Kommune eine zweite Liste heraus mit der Angabe, wieviel sie produzieren kann, womit die "Hauptadministration" nun die Produktivkräfte der "Nation" kennt.

Die Lösung der Sache ist sehr deutlich. Die oberen Beamten sollen jetzt feststellen, welcher Teil der Produktion auf jede Kommune fällt, und "*welchen Teil der Produktion sie für sich selbst behalten können.*" (S. 216)

Dieser Verlauf ist genau derselbe, wie die Staatskommunisten es sich vorstellen. Unten die Masse, oben die Beamten, welche Leitung und Verwaltung von Produktion und Verteilung in den Händen haben. Damit ist die Gesellschaft nicht begründet in ökonomischen Realitäten, sondern abhängig von dem guten oder schlechten Willen bzw. der Fähigkeit bestimmter Personen. Um jeden Zweifel in Bezug auf das zentrale Verfügungsrecht zu nehmen, fügt er noch hinzu:

»Die Hauptadministration weiß, wie groß die Gesamtproduktion und der Gesamtbedarf ist und muss darum jedem Bezirkskomitee mitteilen, über wieviel Produkt es verfügen kann, und wieviel Produktionsmittel es beschaffen muss.« (S. 218).

Wo der "libertär-kommunistische" Teil des Systems jetzt liegt, entgeht uns völlig. Vielleicht sind unsere Leser schlauer, so dass sie das Rätsel für uns auflösen können. Um diese Lösung zu vereinfachen, drücken wir hier noch mal die sozialdemokratische Position von Hilferding ab:

»Wie, wo, wie viel, mit welchen Mitteln aus den vorhandenen natürlichen und künstlichen Produktionsbedingungen neue Produkte hergestellt werden, ... entscheiden die kommunalen, Landes- oder Nationalkommissare der sozialistischen Gesellschaft, die, ... mit allen Mitteln einer organisierten Produktions- und Konsumtionsstatistik die gesellschaftlichen Erfordernisse erfassend, in bewusster Voraussicht das ganze Wirtschaftsleben nach den Bedürfnissen ihrer in ihnen bewusst vertretenen und durch sie bewusst geleiteten Gemeinschaften gestalten.«³⁹

Solange unsere Leser das Rätsel für uns noch nicht gelöst haben, stellen wir fest, dass **das Verfügungsrecht** über den Produktionsapparat denen zugewiesen wird, die mit den Kniffen der Statistik vertraut sind. Und so

³⁹ Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital S. 1

viel haben wir vielleicht von der politischen Ökonomie gelernt, dass diese damit *über die Macht* in der Gesellschaft verfügen.

Diese "Hauptadministration" **muss** sich die Mittel verschaffen, um sich durchzusetzen, d. h., **sie muss einen Staat schaffen, gegenüber den Arbeitern, die durch ein anderes Prinzip "beseelt" werden**, die eine exakte Beziehung von Produzent zu Produkt herstellen wollen!

Das ist eins der Bewegungsgesetze dieses "libertären" Systems, ob Faure es so meint oder nicht.

Auch macht es keinen Unterschied, ob das Gericht mit der Sauce von "freien Vereinbarungen" bzw. mit "beseelendem Prinzip" serviert wird. Das stört die politischen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten nicht.

Man kann Faure keinen Vorwurf daraus machen, dass er die ganze Wirtschaft zu einer Einheit zusammenschmiedet. Aber diese Zusammenfassung ist *ein Entwicklungsprozess*, den die Produzenten innerhalb der Betriebe *selbst* durchführen müssen. Als erste Anforderung ist daher festzuhalten, dass die Grundlage gegeben sein muss, auf der sie dies auch *selbst können*, d.h. *die Einführung der Arbeitszeitrechnung ist die erste Anforderung!*

Dann hat keine "Hauptadministration" mehr etwas zuzuweisen.

e. Anarcho-Syndikalismus

1927 veröffentlichte der "Gemengd Syndicalistisch Verbond" eine Broschüre von Müller Lehning mit dem Titel "Anarcho-Syndicalisme", um die Prinzipien der anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsbewegung zu verbreiten, wie sie in der Internationale Arbeit-Assoziation (IAA-Sitz Madrid) organisiert sind.

Zunächst kritisiert der Autor die Anarchisten auf eine unmissverständliche Weise, eine Kritik, die in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet als: Ihr seid nur Phrasologen. Die Anarchisten sollten daher die Phrasen fallen lassen und zu praktischen Menschen, zu Anarcho-syndikalisten werden.

Er tritt der bekannten Auffassung entgegen, dass es zunächst darauf ankommt, alles zu zertrümmern, um später zu sehen, wie die Sache wieder in Ordnung kommt (S. 4). Notwendig ist ein Programm, »*wie die Verwirklichung des Anarcho-Syndikalismus nach der Revolution zustande kommt*« (S. 5).

Es genügt nicht, die ökonomische Revolution nur zu propagieren, »*man muss auch untersuchen, wie sie durchgeführt werden muss*« (S. 6).

Die Anarchisten in Russland stellten die Selbstinitiative der Massen in den Vordergrund, »aber was diese Initiative sein musste, was die Massen zu tun hatten, heute und morgen, das blieb alles verschwommen und wenig positiv« (S. 7).

»Es erschienen wohl viele Manifeste, aber auf die Frage der täglichen Praxis konnten nur Wenige eine klare und deutliche Antwort geben« (S. 8).

»Wir dürfen sagen, dass die russische Revolution einmal und für immer die Frage gestellt hat:

Was sind die praktischen und ökonomischen Grundlagen einer Gesellschaft ohne Lohnsystem?

Was ist zu tun am Tage nach der Revolution? Der Anarchismus wird diese Frage beantworten müssen, er wird die Lehre ziehen müssen aus diesen letzten Jahren, wenn nicht das völlige Versagen in unwiderruflichem Bankrott auslaufen soll.

Die alten anarchistischen Losungen, wieviel Wahrheit sie auch enthalten mögen, und wie oft sie auch wiederholt werden, sie lösen kein einziges der Probleme, welche das wirkliche Leben stellt. Sie lösen insbesondere kein einziges der Probleme, welche von der sozialen Revolution der Arbeiterklasse gestellt werden.« (S. 10)

Und Müller Lehning geht weiter:

»Ohne diese praktischen Realitäten bleibt alle Propaganda negativ und bleiben alle Ideale Utopien. Das ist die Lehre, die der Anarchismus aus der Geschichte zu lernen hat, und die, es kann nicht genügend wiederholt werden, durch die tragische Entwicklung der russischen Revolution von neuem nachgewiesen wird.«
(S. 11)

Was setzt der Anarchismus-Syndikalismus dem gegenüber? Was sind die praktischen Grundlagen für eine Gesellschaft ohne Lohnsystem?

Der Anarchosyndikalismus schweigt darüber genauso hartnäckig wie der Anarchismus. Der Autor entwickelt eine Art Programm zum Aufbau des anarcho-syndikalistischen Betriebslebens, aber es enthält kein einziges Wort über die *ökonomischen Grundlagen!*

Das Problem wird wieder einmal aus sozialdemokratischer Sicht betrachtet: aus der Sicht der *organisatorischen* Zusammenfassung des Betriebslebens.

Gerade die russische Revolution hat gezeigt, dass das Problem nicht darin besteht: Wie bauen wir das Betriebsleben auf, ob föderal oder zentral, sondern die Frage ist: Welchen *ökonomischen* Bedingungen unterliegt das Betriebsleben, damit die Arbeiter die Produktion **selbst** steuern und leiten können?

Müller Lehning entwickelt dann als Organisationsprogramm:

»Die ökonomischen Organisationen haben das Ziel, Staat und Kapitalismus zu enteignen. An die Stelle der Organe von Staat und Kapitalismus müssen die produktiven Assoziationen der Arbeiter treten, als Träger des ganzen wirtschaftlichen Lebens. Die Grundlage muss der Betrieb sein, die Betriebsorganisation muss die Keimzelle bilden für die neue ökonomische gesellschaftliche Organisation. Auf Föderation von Industrie und Landwirtschaft muss das ganze Produktionssystem aufgebaut werden.« (S.18)

Es sei darauf hingewiesen, dass es sich dabei um den Aufbau der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung handelt. Die Arbeitnehmer müssen sich in Industrie- und Landwirtschaftsverbänden organisieren, damit **ihre** Organisationen nach der Revolution das Betriebsleben übernehmen können. Das Transportunternehmen steht dann unter der Leitung des Verkehrsverbandes, die Minen unter der Leitung des Bergarbeiterverbandes usw.

Mit anderen Worten, die anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsbewegung versteht sich als der zukünftige Träger des Wirtschaftslebens.

Aus dieser Sicht kann es nur dann eine proletarische Revolution geben, wenn die anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsbewegung stark genug ist, um das Betriebsleben führen zu können.

Deshalb schreibt Muller Lehning:

»Der Zweck der ökonomischen Organisationen ist es, Staat und Kapitalismus zu enteignen.«

Damit wird der organisatorische Umfang der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung zum **Maßstab**, mit dem die "Reife" für die soziale Revolution bestimmt wird.

In den nördlichen Ländern Europas, in denen der Anarcho-Syndikalismus keine organisatorische Bedeutung hat, fühlen die Arbeiter, die diese Bewegung vertreten, sehr wohl, dass ihre Organisation kein Maßstab für die Revolution sein kann, und lehnen daher diese Konsequenz ab. Aber weil sie keine Ahnung von den *wirtschaftlichen* Grundlagen des kommunistischen Betriebslebens haben, haben sie keinen Boden unter den Füßen und können schließlich nichts anderes, als sich auf die organisatorische Beherrschung der Revolution durch die Gewerkschaftsbewegung zu verlassen.

Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsbewegung lässt sich daher am besten untersuchen, wo sie tatsächlich von Bedeutung ist. Und das ist in Spanien.

Natürlich kann es hier nicht unsere Absicht sein, die anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsbewegung in Spanien, die C.N.T., einer allgemeinen Kritik zu unterziehen. Uns interessiert an dieser Stelle nur, welche Überlegungen hier im Hinblick auf die Umsetzung der kommunistischen Wirtschaft vorherrschen. Und da scheint es nicht den geringsten Zweifel zu geben, dass die C.N.T. *als Gewerkschaft* die Leitung und Verwaltung des Wirtschaftslebens für sich fordert.

Das zeigt sich zum Beispiel schon an der Tatsache, dass sie fordert:

»...die Kontrolle der Gewerkschaft über die Produktion.«
("De Syndicalist", 19. September 1931)

und nicht die Kontrolle der breiten Massen durch ihre Räte.

Auch der Verlauf des C.N.T.-Kongresses im Juni 1931 lässt in dieser Hinsicht keine Zweifel aufkommen. In der französischen syndikalistischen Zeitschrift "La Revolution Proletarienne" vom Juli 1931 gibt es einen Bericht über diesen Kongress, dem wir entnehmen:

»Der Kongress zeigt, dass die C.N.T. eine enorme Kraft ist. Es bleibt bloß noch, seine Maßnahmen zur Übernahme der Industrie zu präzisieren und praktisch umzusetzen.«

Man sieht, dass die C.N.T. die Inbesitznahme durchführen muss. Deshalb schrieb Müller Lehning:

»Die ökonomischen Organisationen haben als Ziel, Staat und Kapitalismus zu enteignen.«

Und außerdem heißt es in dem französischen Bericht über den C.N.T.-Kongress:

»Der Kongress hat beschlossen, die Enteignung alle Domänen über 50 Hektar zu fordern, indem Land, Vieh und Ausrüstung an die Gewerkschaften der Landarbeiter übergeben werden.«

Und um Missverständnisse über die Sozialisierungspläne der anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsbewegung auszuräumen, berichtet der "Syndikalist" vom 29. August 1931:

»Es gibt eine Reihe von Kämpfern im Nationalkomitee der C.N.T., die nicht glauben, dass die C.N.T. in ihrem gegenwärtigen Zustand so weit ist, die Produktion zu übernehmen.«

Was für ein Missverständnis über die grundlegenden Probleme des sozialen Umbruchs!

Warum weigert sich der Anarchosyndikalismus, einen Blick unter den mysteriösen Schleier zu werfen, der über dem Güterverkehr zwischen den Betrieben in der kommunistischen Wirtschaft liegt?

Auf welchen wirtschaftlichen Grundlagen findet der Konsum statt?

Was ist die wirtschaftliche Grundlage des Produzenten im Verhältnis zum gesellschaftlichen Reichtum an Gütern?

Wir hören nichts davon! Das ist ein schlechtes Zeichen. Denn das bedeutet nichts anderes, als dass man sich hier auf die "wirtschaftlichen" Grundlagen des libertären Kommunismus des französischen Anarchisten Faure beruft. Es gibt keinen anderen Weg. Deshalb wenden wir als ökonomische Kritik des Anarchosyndikalismus genau das ein, was wir schon zu Faure geschrieben haben. Die ökonomische Kritik am libertären Kommunismus Faures ist auch die Kritik am Anarchosyndikalismus.

6.

Der gesellschaftliche Produktionsprozess im Allgemeinen

a. Produktion und Reproduktion

Die Menschheit hat sich durch ihren Produktionsapparat ein Organ geschaffen, um ihren vielfältigen Bedürfnissen gerecht zu werden. Mit Hilfe von Maschinen und Werkzeugen kämpft die menschliche Arbeitskraft gegen die Natur, um aus den natürlichen Rohstoffen einen Strom von Arbeitsprodukten über die Erde zu verteilen. Dieser Arbeitsprozess ist der *Produktionsprozess*. Er erzeugt nicht nur Güter, sondern verbraucht auch viele Maschinen und Werkzeuge sowie die Arbeitskraft selbst. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Produktionsprozess ein Prozess des *Abbruchs*, der *Vernichtung*. Aber gleichzeitig schaffen wir in diesem Prozess der Vernichtung neue Werte: Maschinen, Werkzeuge und unsere Arbeitskraft werden verbraucht, aber gleichzeitig erneuert, wiederhergestellt, reproduziert. Der gesellschaftliche Produktionsprozess verläuft wie der Lebensprozess im menschlichen Körper: durch Selbstvernichtung zum Selbstaufbau in fortlaufend komplizierterer Form.

»Welches immer die gesellschaftliche Form des Produktionsprozesses ist, er muss kontinuierlich sein oder periodisch stets von neuem dieselben Stadien durchlaufen . . . In einem stetigen Zusammenhang und dem beständigen Fluss seiner Erneuerung betrachtet, ist jeder gesellschaftliche Produktionsprozess daher auch zugleich Reproduktionsprozess.«⁴⁰

b. Die kapitalistische Produktion

Gerade in den Bewegungsgesetzen dieser ständigen Erneuerung, in den Bewegungsgesetzen der Reproduktion, präsentiert sich der Kapitalismus als unkontrolliertes und revolutionäres System. Er kennt keinen Stillstand. Er wird ständig von seinen alten Fundamenten gezogen, um ein neues Gleichgewicht auf einem höheren Niveau, mit einer höheren Kapazität zu finden. Er *muss* immer mehr und immer größere Unternehmen gründen, er *muss* die Produktion in immer größerem Maßstab reproduzieren, oder, um es kapitalistisch auszudrücken: Das Kapital muss ständig *akkumulieren*.

Denn die Rentabilität des Kapitals ist der Zweck der kapitalistischen Produktion, und deshalb ist der *Gewinn* die treibende Kraft. Und weil nur die lebendige Arbeitskraft einen *Mehrwert* erzeugen kann, muss jeder Kapitalist bestrebt sein, so viele Arbeiter wie möglich

⁴⁰ Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, S. 591

zu beschäftigen, d.h. er muss in möglichst großem Umfang produzieren.

In diesem Streben nach Gewinn stehen die verschiedenen Unternehmensgruppen einander gegenüber. Jede Gruppe will sich so viel wie möglich von dem Mehrwert sichern, der aus der Arbeiterklasse herausgepresst wird. Die Jagd nach der Beute wird zu einem *gegenseitig ausgetragenen Kampf um die Beute*, oder um es einfach zu sagen, sie konkurrieren gegeneinander.

Dieser Kampf um die Beute ist der große Revolutionär in der Produktion. Jedes Unternehmen muss bereit sein, immer billiger zu produzieren als seine Wettbewerber, so dass die Jagd nach Gewinn das Streben nach technischen Verbesserungen bedeutet und immer neuere, arbeitssparende Maschinen die alten ersetzen müssen. Wenn es einem Unternehmen, zum Beispiel in der Stahlindustrie, gelingt, eine neue, billigere Produktionsmethode zu finden, hat dieses Unternehmen den Wert des Kapitals aller seiner Wettbewerber reduziert. Die anderen Kapitale sind veraltet, oder, wie Marx es nennt, das Opfer von "moralischem Verschleiß". Das bedeutet jedoch nur, dass die Rentabilitätsbasis dieser Kapitalien verschwunden ist, so dass neues Kapital hinzugefügt werden muss, wenn das alte nicht vollständig zerstört werden soll.

Es geht über den Rahmen unserer Überlegungen hinaus, auf die immense Verschwendung von gesellschaftlichen Gütern einzugehen, ebenso wie auf die Krise und andere Katastrophen, die der Kampf um Beute mit sich bringt. Für unser Thema ist es nur wichtig, darauf hinzuweisen, dass die ständige Erneuerung, die *Reproduktion* des Arbeitsgerätes, *eine individuelle Funktion der Kapitalisten* ist. Es liegt an ihnen zu entscheiden, *ob* und *inwieweit* es erneuert wird, wobei sie natürlich nicht die Bedürfnisse der Menschen als Leitfaden nehmen können, sondern sich auf die Gewinnmöglichkeiten konzentrieren *müssen*, die der Kampf um die Beute zu diesem Zeitpunkt bietet.

7.

Die kommunistische Produktion

a. Die Weitergabe der Güter

Bevor wir uns die allgemeinen Regeln für Produktion und Verteilung genauer ansehen, müssen wir für ein gutes Verständnis erst verstehen, warum der Kommunismus keinen **Austausch** und keinen **Wert** kennt. Wir haben gesehen, dass die Erklärung der offiziellen Textinterpreten unter Bezugnahme auf das Hilferding'sche "Generalkartell" im marxistischen Sinne nicht korrekt sein kann. Zu Recht stellt sich also die Frage: Wenn es so *nicht* ist, wie ist es *dann*?

Trotz aller gelehrten Bücher, die zu diesem Thema geschrieben wurden, ist die Aufhebung dieser Kategorien immer noch in der tiefsten Dunkelheit verborgen. Dabei ist es jedoch besonders wichtig, die Dinge nicht schwieriger zu machen, als sie wirklich sind. Der Punkt ist, dass man etwas *besitzen* muss, um es austauschen zu können. Diejenigen, die nichts haben, die nichts besitzen, die haben auch nichts zu tauschen. Der Austausch ist also nicht nur ein wirtschaftlicher Akt, sondern vielmehr ein Transfer *auf der Grundlage von Privateigentum*. Der Austausch ist somit ein wirtschaftlicher Akt, der *das soziale Verhältnis* zum Ausdruck bringt,

dass die Arbeitsprodukte in Privatbesitz sind. Die soziale Revolution, die Revolution in den sozialen Beziehungen, die Revolution in den gegenseitigen Beziehungen der Menschen im gesellschaftlichen Betriebsleben, hebt *diese soziale Beziehung auf*. Sie bringt die Arbeitsprodukte in den gemeinschaftlichen Besitz. Der Austausch, der eine Funktion des Privateigentums ist, ist damit aufgehoben,

»... weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der Einzelnen übergeben kann außer individuellen Konsumtionsmitteln.«⁴¹

Im Kommunismus sind Betriebsorganisationen gleichwertige Teile eines geschlossenen Ganzen, des gesamten Produktions- und Verteilungsprozesses. Jede Betriebsorganisation übt nur eine Teiltätigkeit aus, indem sie ihr Produkt an die andere weitergibt, bis es für den Konsum geeignet ist.

Dieser Güterverkehr ist jedoch kein "Tausch", denn die "Eigentümer" der Produkte wechseln nicht im Güterfluss. *Das neue Rechtsverhältnis* der Produzenten zum gefertigten Produkt ist daher dasselbe wie in Bezug auf die Produktionsmittel: *Es gehört der Gemeinschaft*. So wie Betriebsorganisationen Maschinen, Gebäude und Rohstoffe erhalten, um sie nach bestimmten Regeln

⁴¹ Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 20

selbstständig für die Gemeinschaft zu verarbeiten, müssen sie ihre Produkte auch *selbstständig* nach den im Produktionsprozess oder in der Konsumtion geltenden Regeln *weitergeben*. Die Betriebsorganisationen lenken und steuern damit die Produktion **und** die Verteilung ihrer Produkte "im Namen der Gesellschaft", d.h. in Verantwortung *gegenüber* der Gesellschaft.

Der Sprachgebrauch unterscheidet jedoch nicht so genau zwischen ökonomischen Begriffen. Im gewöhnlichen Sprachgebrauch wird daher nur auf die Beschaffenheit des Gütertransfers geachtet, der natürlich auch im Kommunismus ständig stattfindet, und hier wird vielleicht auch weiterhin dieser **Austausch** genannt, auch wenn dieser Transfer inzwischen einen ganz anderen Inhalt angenommen hat. Wir wollen jedoch nicht mit schlechtem Beispiel vorangehen, indem wir ein altes Wort für einen neuen Begriff verwenden, und deshalb sprechen wir ständig über die *Übertragung* von Gütern.

b. Die Produktionszeit

Die gleiche Begriffsumwandlung findet bezogen auf den **Wert** statt. Der Austausch von Gütern findet nicht willkürlich statt, sondern wird in einem bestimmten Verhältnis durchgeführt. Der Austausch erfolgt auf der Grundlage, dass die Waren *dieselbe* Menge an gesellschaftlicher Arbeit verkörpern. Diese Menge an

Arbeit ist ihr Wert. Der Wert ist also die gesellschaftlich notwendige Menge an Arbeit, die in einem Produkt steckt.

Es fällt jedoch sofort auf, dass es gerade eine Forderung der kommunistischen Wirtschaft ist, dass wir »wissen müssen, wie viel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf.« (Engels)⁴²

Es ergibt sich also, dass der Güterverkehr im Kapitalismus auf der Grundlage der in den Produkten enthaltenen gesellschaftlichen Arbeit zustande kommt, – und im Kommunismus auch! So wie der Güterverkehr im Kapitalismus auf der Grundlage des Wertes zustande kommt, so *scheint* es auch im Kommunismus so zu sein.

Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Der Widerspruch der kapitalistischen Produktion lautet: *gesellschaftliche Produktion* auf der einen Seite, *Privateigentum* auf der anderen Seite.

Die Güterbewegung findet statt, weil private Eigentümer **ihre** Güter "*tauschen*".

Das Verhältnis, in dem die Güter ausgetauscht werden, wird durch ihren *Wert* bestimmt, d.h. durch die gesellschaftlich notwendige Arbeit, die für ihre Pro-

⁴² Friedrich Engels, Anti-Dühring, MEW 29, S. 288

duktion benötigt wird. Privateigentum an Produktionsmitteln bedeutet aber auch, dass die gesellschaftliche Arbeit selbst, als Arbeitskraft zu Wert wird - d.h. sie wird von den Lohnarbeitern auf der gleichen Grundlage wie die Güter ausgetauscht.

In der Güterbewegung des Kapitalismus drückt sich damit die Gegensätzlichkeit der kapitalistischen Produktion erneut aus: Austausch von Werten - d.h. gesellschaftliche Arbeit als Privateigentum.

Im Kommunismus wurde die Trennung zwischen Produzenten und Produktionsmitteln aufgehoben. Die Produktionsmittel sind nicht mehr das Eigentum einer gesonderten Klasse; die gesellschaftliche Produktion wird gemeinschaftlich verwaltet.

Die Produkte werden nicht von privaten Eigentümern *ausgetauscht*, sondern innerhalb der Gemeinschaft *weitergegeben*. Dieser Güterverkehr erfolgt auf der Grundlage der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

Im Kommunismus wurde der Gegensatz: gesellschaftliche Produktion - Privateigentum, aufgehoben.

In der Güterbewegung unter dem Kommunismus - der Verteilung von Gütern - kommt daher die Einheit von gemeinschaftlicher Leitung und gesellschaftlicher Produktion zum Ausdruck.

Daraus können wir ersehen, dass im kommunistischen Betriebsleben der Arbeitsaufwand, der für die Herstellung der einzelnen Gebrauchsgegenstände erforderlich ist, etwas ganz anderes bedeutet als der "Wert". Und jetzt ist es wieder gut möglich, dass im gewöhnlichen Sprachgebrauch auch vom "Wert" der Güter im Kommunismus gesprochen wird, obwohl der Begriff dabei eine ganz andere Bedeutung bekommen hat. Auch hier wollen wir kein schlechtes Beispiel geben, indem wir ein altes Wort für einen neuen Begriff verwenden, so dass wir von der **Produktionszeit** der Güter sprechen.

Anstelle der Ausdrucksweise, dass sich der Güterstrom durch den *Austausch* auf der Grundlage des *Wertes* bewegt, sagen wir daher, dass der Güterstrom auf der Grundlage der *Produktionszeit weitergegeben* wird. Obwohl die Bewegung äußerlich die gleiche ist wie im Kapitalismus, wurde die Form der Bewegung im Wegfallen der Wertform des Geldes und im *Inhalt* des Begriffs durch den Übergang zum gemeinschaftlichen Besitz völlig verändert. Oder wie Marx es ausdrückt:

*»In der genossenschaftlichen (Hervorhebung GIK) auf dem Gemeingut an Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebenso wenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als **Wert** dieser Produkte als eine von ihnen besessene sachliche Ei-*

gesellschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg (der Umweg des Privateigentums – GIK), sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.«⁴³

»Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warentausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der Einzelnen übergeben kann außer individuellen Konsumtionsmitteln.«⁴⁴

Daraus können wir ersehen, dass der Kommunismus bei Marx keineswegs ein "negatives System" ist. Anstelle der regulierenden Funktionen des Geldes tritt die Registrierung des Güterstroms, die gesellschaftliche Buchführung, auf der Grundlage der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit und damit auf der Grundlage der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit, die im *genossenschaftlichen Zusammenhang* von Produzenten und Konsumenten durchgeführt wird. Der Markt, der für die Kapitalisten ein Maß der Bedürfnisse ist, wird vollständig abgeschafft – er wird durch die direkte Verbindung zwischen Verbraucherorganisationen und Produktion aufgehoben.

⁴³ Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 19f

⁴⁴ Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 20

Diese Verbindung ist das eigentliche Thema der *planmäßigen Produktion*. Obwohl die sozialistischen Ökonomen gerade in diesem Gebiet über ihre Fantasien hinausgehen, wird die planmäßige Produktion in einer späteren Betrachtung des "Marktes" von uns nur am Rande behandelt. Der Grund dafür ist, dass sie nicht in den Rahmen dieser Schrift fällt: Sie fällt außerhalb der *Grundprinzipien* des Betriebslebens. Die geplante Produktion kann nur auf der Grundlage wirtschaftlicher Prinzipien aufgebaut werden. Deshalb müssen diese Grundsätze zunächst geklärt werden. Die planmäßige Produktion ist daher ein ganz anderes Thema, kann aber seit den Erfahrungen der Russischen Revolution auch in den Bereich der exakten Forschung fallen. Siehe dazu: Friedrich Pollock, Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927. Diese Arbeit liefert keine Kritik an Russland, sondern will nur zeigen, wie der Kampf um die Marktkontrolle im Laufe der genannten 10 Jahren stattfand und immer noch stattfindet.

c. Die Untersuchungsmethode

Um die *Weitergabe* von Gütern auf der Grundlage der *Produktionszeit* weiter untersuchen zu können, bedienen wir uns der üblichen Methode der Vereinfachung. Daher werden wir vorerst auf alle Arten von Komplikationen verzichten, die eine Veränderung der durchschnittlich gesellschaftlichen Produktionszeit mit sich

bringen, wie z.B. die Verbesserung der Rationalität des Betriebes und des technologischen Fortschritts, um die Auswirkungen dieser Faktoren schrittweise zu untersuchen. Wir gehen vorerst von einer einfachen Reproduktion aus, d.h. wir gehen davon aus, dass die Gesellschaft *nicht* beschließt, den Produktionsapparat zu erweitern, um uns in einem späteren Kapitel der Funktionsweise mit der Produktion auf einer erweiterter Grundlage zu beschäftigen.

d. Die kommunistische Reproduktion

Nach diesen Vorbemerkungen können wir den Verlauf des kommunistischen Wirtschaftslebens in einer sehr einfachen und übersichtlichen Form darstellen. Jeder Betrieb berechnet, wie viel Arbeitszeit in seinem Produkt steckt, d.h. er bestimmt, wie viele Arbeitsstunden von "festen" Produktionsmitteln (Maschinen und Gebäude), wie viele Arbeitsstunden von "zirkulierenden" Produktionsmitteln (Rohstoffe und Verbrauchsmaterialien) und wie viel direkt verbrauchte Arbeitsstunden in das Produkt einfließen. Unabhängig von der Art des Betriebes, ob es sich nun um eine Zuckerfabrik, eine Eisenbahngesellschaft oder eine Verwaltungsbehörde handelt, verbraucht es immer Produktionsmittel, Rohstoffe und Verbrauchsmaterialien sowie direkt ausgeführte Arbeit, so dass jeder Betrieb die Anzahl der Arbeitsstunden bestimmen kann, die

das Produkt an die Gesellschaft weitergibt. Oder anders ausgedrückt:

Jeder Betrieb arbeitet nach der *Produktionsgleichung*:

$$p + r + a = \text{Produkt}$$

(Maschinen und Gebäude) + (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) + (Arbeit) = Produkt

Hinweis: Transportbetriebe und Verwaltungsbehörden stellen nicht wirklich ein "Produkt" zur Verfügung, sondern erbringen eine "Dienstleistung". Das ändert jedoch nichts: Wir werden später darauf zurückkommen.

Ersetzen wir der Deutlichkeit wegen die Buchstaben durch fiktive Zahlen, dann würde die Produktion z. B. in einer Schuhfabrik im folgenden Schema wiedergegeben:

$$(p + r) + a = \text{Produkt}$$

$$1.250 \text{ Arbeitsstunden} + 61.250 \text{ Arbeitsstunden} + 62.500 \text{ Arbeitsstunden} = 125.000 \text{ Arbeitsstunden}$$

Maschinen etc. + Rohstoffe + Arbeit = 40.000 Paar Schuhe

Das sind durchschnittlich 3,125 Stunden pro Paar.

Wenn der Schuhbetrieb jedoch eine neue Produktionsperiode beginnen will, muss er alles wieder auffüllen, was in der Produktion verloren gegangen ist. Er muss seinen Verschleiß an Produktionsmitteln (1.250 Stunden) wiederherstellen, Rohstoffe wieder einkaufen (61.250 Stunden) und 62.500 Arbeitsstunden der Arbeiter wieder einsetzen. Danach kann die Produktion auf *dieselbe Weise* von vorne beginnen. Die Produktionsgleichung erweist sich so unmittelbar als *Reproduktionsformel*.

Jeder Betrieb reproduziert sich selbst. Und damit wird das gesamte gesellschaftliche Wirtschaftsleben reproduziert.

Um der gesamten Wirtschaft eine übersichtliche Form zu geben, verwenden wir die gleiche Produktionsgleichung wie für jeden einzelnen Betrieb. In dieser Formel finden wir daher *alle* Produktionsmittel, über die die Gesellschaft verfügt, sowie *alle* Roh- und Hilfsstoffe sowie *alle* Arbeitsstunden, die die Arbeiter direkt in der Produktion verwenden. Das gesamte Wirtschaftsleben wird somit abgebildet durch:

$$(P_t + R_t) + A_t = \text{Gesamtprodukt}$$

Hinweis: Der t -Index bedeutet: gesamt (total).

Wenn wir aus Gründen der Genauigkeit fiktive Zahlen für diesen Zweck verwenden, erhalten wir zum Beispiel:

$P_t + R_t + A_t = \text{Gesamtprodukt}$

108 Millionen + 650 Millionen + 650 Millionen =
1.408 Millionen Arbeitsstunden

Die Produktmasse des gesamten gesellschaftlichen Produkts umfasst somit 1.408 Millionen Arbeitsstunden. Alle Betriebe zusammen entnehmen nun 108 Millionen Arbeitsstunden an Produktionsmitteln aus dieser Masse, weitere 650 Millionen an Roh- und Hilfsmitteln, während der Rest oder 650 Millionen auf den individuellen Verbrauch der Arbeiter entfällt. Das bedeutet, dass das gesamte gesellschaftliche Produkt verbraucht wird, während *alle* Betriebe reproduziert wurden, so dass eine neue Produktionsperiode beginnen kann.

e. Die Reproduktion der Arbeitskraft

Dennoch ist es notwendig, den individuellen Konsum für einen Moment zu berücksichtigen. Es stimmt, dass in unserem Beispiel 650 Millionen für diesen Zweck verfügbar sind, aber damit ist nicht gesagt, wie das Produkt unter den Arbeitern verteilt wird!

Es ist z. B. sehr gut möglich, dass ungelernete, gelernte und intellektuelle Arbeit verschieden bewertet wird. Die Verteilung könnte z.B. sein, dass der Ungelernte $\frac{3}{4}$ Stunden für eine geleistete Arbeitsstunde ausgezahlt erhält, der Gelernte gerade eine Stunde, der

Beamte $1\frac{1}{2}$ und der Betriebsleiter 3 Stunden. Im Betrieb wird eine 40-Stunden-Woche in den Betriebsbüchern erfasst: für die ungelerten 30 Stunden, für die Fachkräfte 40 Stunden, für den Beamten 60 Stunden und für die Führungskräfte 120 Stunden.

Tatsächlich stehen die Herren Ökonomen auf diesem Standpunkt. Es fällt ihnen nicht ein, die Arbeit gleich zu "werten", also jedem den gleichen Anteil am gesellschaftlichen Produkt zu geben. Das ist denn auch die Bedeutung der Neurathschen "**Lebenslagen**". (Siehe Kap.2d in dieser Schrift).

Die "Ernährungsphysiologen" werden ein Existenzminimum feststellen, das das "Einkommen" der Ungelernten vorstellt, während die anderen nach Verhältnis ihres Fleißes, ihrer Fähigkeiten und der Wichtigkeit ihrer Arbeit mehr erhalten.

Diese Verschiedenheit der "Entlohnung" hält Kautsky für "notwendig", weil er meint, dass doch *»für unangenehme oder schwere Arbeiten höhere Löhne zu zahlen wären als für angenehme und leichte«*.⁴⁵

Er meint auch, dies wäre ein Grund, dass die Arbeitszeitrechnung nicht praktisch durchführbar sei. Mit sei-

⁴⁵ Karl Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm, Edition Dietz, Stuttgart, 1922, S. 318

nem Kollegen Leichter geht er soweit, die Lohnverschiedenheit selbst innerhalb eines Berufes beizubehalten, weil die individuellen Löhne mit der Routine des Facharbeiters über den Grundlohn steigen müssten. So stehen sie z. B. auf dem Standpunkt der Beibehaltung der Akkordarbeit im Kommunismus. Dagegen bemerkt Leichter zu Recht, dass dies keine Behinderung für die Arbeitszeitrechnung ist, wie auch wir aus unserem Beispiel ersehen können. Er sagt:

»Es bleibt lediglich die rein technische, auch im Kapitalismus vorhandene Schwierigkeit bestehen, die Löhne für die einzelnen Arbeitsverrichtungen festzusetzen, aber das bedeutet keine Komplikation gegenüber der kapitalistischen Methode.«⁴⁶

Wir stellen also fest, dass von dieser Sorte Kommunisten die verschiedene Zahlung der verschiedenen Arten von Arbeit, ja sogar die der individuellen Verschiedenheiten innerhalb derselben Art von Arbeit im Prinzip für richtig gehalten wird. Das besagt aber nichts anderes, als dass bei ihnen auch im Kommunismus der *»Kampf für bessere Arbeitsbedingungen«* nicht aufgehört hat, dass die Verteilung des gesellschaftlichen Produktionsproduktes antagonistischen Charakter trägt und dass *der Kampf um die Verteilung des Produkts*

⁴⁶ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 76

weitergeführt wird. Dieser Kampf ist ein Kampf um die Macht und wird auch als solcher geführt werden.

Sicher kann nicht deutlicher demonstriert werden, dass diese Herren sich keine Gesellschaft denken können, in der die Arbeiterklasse nicht beherrscht wird. Für sie sind die Menschen einfach zu *Objekten* geworden. Die Menschen sind nichts mehr als Teile des Produktionsapparates, wofür die Ernährungsphysiologen berechnen sollen, wieviel Lebensmittel diesem Material zugeführt werden muss (Existenzminimum), um die Arbeitskraft neu zur Verfügung zu haben. Die Arbeiterklasse muss mit der größten Energie gegen eine solche Auffassung ankämpfen und für alle den gleichen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum fordern.

f. Der Wert der Arbeitskraft im Lebenslagen-Kommunismus

Der Grund dafür, dass die "kommunistischen" Ökonomen von der Verschiedenheit der Bewertung der Arbeitskraft nicht loskönnen, liegt, meinen wir, in ihrem Klassengefühl. Eine gleichmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Produkts widerspricht völlig diesem mächtigen Bollwerk der Begriffsbildung und erscheint ihnen daher als "unmöglich". Nun ist es aber, wenn auch kein alter, so doch jedenfalls ein richtiger Grundsatz, dass die Gedankenwelt in der Hauptsache von der Gefühlswelt gelenkt wird und der Verstand nicht

viel anderes finden wird, als der Gefühlswelt entspricht. Daraus lässt sich erklären, dass z.B. Leichter den Wertbegriff für die sachliche Produktion aufheben will, aber sich bezüglich der Arbeitskraft nicht davon frei machen kann. Der Unterschied in der Wertschätzung der verschiedenen Arten von Arbeitskraft im Kapitalismus beruht auf der Tatsache, dass Arbeitskraft eine "Ware" ist, die man kaufen kann, genau wie andere "Waren". Der Durchschnittspreis, den der Unternehmer dafür zahlt, ist so hoch, wie es für die Reproduktion der Arbeitskraft erforderlich ist. Für den ungelerten Arbeiter ist der Wert so hoch wie die Lebensmittelkosten für das niedrigste "Existenzminimum". Die Kinder der Ungelernten können im Allgemeinen keinen Beruf lernen, weil sie sofort und so viel wie möglich verdienen müssen. Damit haben die Ungelernten selbst wieder die ungelerte Arbeitskraft reproduziert.

Für die Reproduktion der gelernten Arbeitskraft ist mehr nötig. Hier lernen die Kinder einen Beruf und damit haben die Gelernten selbst die gelernte Arbeitskraft reproduziert. Für Intellektuelle gilt dasselbe. Dieser "Warencharakter der Arbeitskraft" gilt bei Leichter auch für den "Sozialismus". Er sagt:

»verschieden qualifizierte Arbeitskräfte (Hafenarbeiter, Beamte, Ingenieure – G.I.K.) brauchen zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft einen verschieden großen Aufwand. Qualifizierte

Arbeiter benötigen mehr, um ihre Arbeitskraft für den nächsten Tag für das nächste Jahr zu reproduzieren, d. h. ihre laufenden Ausgaben sind größer. Es ist aber überhaupt mehr Aufwand notwendig, um eine qualifizierte Arbeitskraft als Ganzes, d. h. einen Menschen mit dem gleichen Bildungsgrad und den Kenntnissen wieder heranzubilden, wenn der bisherige Träger dieser Arbeitskraft nicht mehr arbeitsfähig ist. All dies muss in die verschiedenen Bewertungen der Arbeitskraft einbezogen werden.«⁴⁷

g. Der Wert der Arbeitskraft im Kapitalismus nach Marx

Wenn wir uns hier die marxistische Analyse des Wertes der Arbeitskraft ansehen, ist es völlig klar, dass die *Lohngesetzmäßigkeiten* für den Kapitalismus und für den Lebenslagen-Kommunismus völlig identisch sind! Marx sagt:⁴⁸

»Welches sind nun die Produktionskosten der Arbeit selbst? Es sind die Kosten, die erbeischt werden, um den Arbeiter als Arbeiter zum erhalten und um ihn zum Arbeiter auszubilden. Je weniger Bildungszeit eine Arbeit daher erfordert, desto geringer sind die Produktionskosten des Arbeiters, umso niedriger ist der

⁴⁷ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 61

⁴⁸ Marx geht hier davon aus, dass der Preis mit dem Wert übereinstimmt, d.h. dass auf dem Arbeitsmarkt ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage besteht.

Preis seiner Arbeit, sein Arbeitslohn. In den Industriezweigen, wo fast keine Lernzeit erforderlich ist und die bloße leibliche Existenz des Arbeiters genügt, beschränken sich die zu seiner Herstellung erforderlichen Produktionskosten fast nur auf die Waren, die erforderlich sind, um ihn am arbeitsfähigen Leben zu erhalten.

Der Preis seiner Arbeit wird daher durch den Preis der notwendigen Lebensmittel bestimmt sein.

Es kommt indes noch eine weitere Rücksicht hinzu. Der Fabrikant, der seine Produktionskosten und darnach den Preis der Produkte berechnet, bringt die Abnutzung der Arbeitsinstrumente in Anschlag. Kostet ihm eine Maschine z.B. 1000 Francs, und nutzt sich diese Maschine in zehn Jahren ab, so schlägt er 100 Francs jährlich in den Preis der Ware, um nach zehn Jahren die abgenutzte Maschine durch eine neue ersetzen zu können. In derselben Weise müssen in den Produktionskosten der einfachen Arbeitskraft die Fortpflanzungskosten eingerechnet werden, wodurch die Arbeiter race instand gesetzt wird, sich zu vermehren und abgenutzte Arbeiter durch neue zu ersetzen. Der Verschleiß des Arbeiters wird also in derselben Weise in Rechnung gebracht, wie der Verschleiß der Maschine. Die Produktionskosten der einfachen Arbeitskraft belaufen sich also auf die Existenz- und Fortpflanzungskosten des Arbeiters. Der Preis dieser Existenz- und Fortpflanzungskosten bildet den Arbeitslohn. Der so bestimmte

*Arbeitslohn heißt das Minimum des Arbeitslohnes.*⁴⁹

So wie die Reproduktion des "sachlichen" Teils des Produktionsapparates eine *individuelle Funktion des Kapitalisten* ist, so ist die Reproduktion der Arbeitskraft eine *individuelle Funktion des Arbeiters*. Aber so, wie die Reproduktion des sachlichen Teils des Produktionsapparates im Kommunismus zur gesellschaftlichen Funktion wird, so wird auch die Reproduktion der Arbeitskraft zur gesellschaftlichen Funktion. Sie wird nicht mehr den einzelnen Individuen aufgebürdet, sondern von der Gesellschaft getragen. Der Unterricht ist nicht mehr gebunden an Papas Geldbeutel, sondern allein abhängig von Veranlagung und physischer Beschaffenheit des Kindes. Es kann dem Kommunismus nicht einfallen, den Individuen, die von der Natur mit günstigerem Erbliehkeitsfaktoren oder günstigeren Fähigkeitsanlagen ausgestattet sind und dadurch die Möglichkeit haben, im vollsten Maße alle Errungenschaften der menschlichen Gesellschaft auf dem Gebiete der Kultur, Kunst und Wissenschaft in sich aufzunehmen, obendrein noch einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Produkt auszuliefern.

Aber es gibt noch etwas anderes.

⁴⁹ Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital, MEW 6, S.406

Die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts im Kommunismus ist nicht eine einfache Reproduktion der Arbeitskraft: Es ist die Verteilung aller sachlichen und geistigen Reichtümer, die die Menschheit mit ihrer Technologie produziert und damit weit über die einfache Reproduktion der Arbeitskraft hinausgeht. Was "Kommunisten" à la Kautsky, Leichter, Neurath mit ihren "Lebenslagen" wollen, läuft darauf hinaus, dass sie dem "niederen" Arbeiter ein "Existenzminimum" sicherstellen, auf der Grundlage der Ernährungsphysiologie, während die "höheren" den Überfluss verzehren. Das heißt:

Sie denken in Wirklichkeit nicht daran, die Ausbeutung aufzubeheben. Auf der Grundlage des Gemeinbesitzes an Produktionsmitteln wird die Ausbeutung fortgesetzt!!

In dem "Lebenslagen-Kommunismus" geben die Produzenten ihre Arbeitskraft einem Großen, undefinierbaren "Etwas", das man euphemistisch "Gesellschaft" nennt. Wo aber dieses "Etwas" in Erscheinung tritt, ist es ein den Produzenten fremdes Element, das sich über sie erhebt, sie ausbeutet und über sie herrscht, als "Etwas", das der eigentliche Beherrscher des Produktionsapparats ist, als eine "Gemeinschaft", in der sie als "sachliche" Produktionsfaktoren einbezogen sind.

8.

Die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde als Grundlage der Produktion!

a. Kautskysche Probleme

Zuvor haben wir darauf hingewiesen (siehe Kap. 4c), dass Max Weber und Ludwig Mises ihre Lorbeeren ernten konnten, indem sie die Arbeitszeitrechnung besiegten, und wie sich Kautsky als sehr verständiger Student erwies. In seinem Buch: »*Die proletarische Revolution und ihr Programm*«⁵⁰ gibt er einen Beweis dafür. Aber damit kommt er in die Schwierigkeit, dass er sich jetzt gegen Marx wenden muss. In seiner gewohnten Treue tut er das natürlich nicht, sondern erklärt die Arbeitszeitberechnung für theoretisch denkbar, aber ungeeignet für die praktische Umsetzung. Bevor er mit der Erläuterung dieser Überlegungen beginnt, gibt er zunächst eine Formulierung der Arbeitszeitrechnung an, aber es sei darauf hingewiesen, dass er zufällig vergisst zu erwähnen, dass dies der Standpunkt von Marx war.

⁵⁰ Karl Kautsky, *Die proletarische Revolution und ihr Programm*, Edition Dietz, Stuttgart, 1922

Kautsky zeigt zunächst die Unmöglichkeit einer Produktion ohne Recheneinheit und kommt darüber zu dem Schluss, dass

»die Fortdauer des Geldes als Wertmaßstab für die Buchführung und die Berechnung der Austauschverhältnisse in einer sozialistischen Gesellschaft unentbehrlich« ist.⁵¹

Aber dann fragt er:

»Wird dazu aber dasselbe Geld erforderlich sein, das heute noch besteht oder doch bestehen sollte, das Geld, das aus einer besonderen Ware, meist Gold, gebildet wird? Könnte man statt diesem Produkt und Repräsentanten menschlicher Arbeit nicht dieselbe selbst direkt als Wertmaßstab bestimmen und ein Arbeitsgeld schaffen, das direkt geleistete Arbeit bescheinigt? Das wäre etwa in der Form denkbar, dass jeder Arbeiter für jede Arbeitsstunde, die er geschafft hat, einen Schein erhält; für diesen erhält er das Anrecht auf das Produkt einer Arbeitsstunde. Für jedes Produkt wäre so zu berechnen, wieviel Arbeit es gekostet hat. Für den Lohn eines Arbeitstages könnte der Arbeiter stets Produkte kaufen, deren Herstellung einen Arbeitstag erheischt. Die Rechnung müsste stets glatt aufgehen, jede Ausbeutung wäre ausgeschlossen, und der Arbeiter besäße vollständige Freiheit darin, wie er seinen Lohn anlegen wolle. Jede Bevormundung durch eine Behörde, die dem einzelnen seine Rationen zuteilt, wäre

⁵¹ Ebenda, 1922, S. 318.

vermieden. Kein Zweifel, ein solches Geld wäre denkbar. Ließe es sich aber auch praktisch durchführen?»⁵²

Oh, nein! Wie schade, dass es nicht möglich ist! Und warum ist das nicht möglich? Weil Kautsky glaubt, dass die Lohn- und Akkordunterschiede dies verhindern, und weil er den Kommunismus immer noch als das Monsterkartell von Hilferding betrachtet, bei dem die Produktionsleiter von ihren zentralen Regierungsstellen aus die gesamte Wirtschaft kontrollieren! Auf diese Weise gelangt er zu einer völlig falschen Problemstellung. Seine Fragestellung hat folgenden Charakter:

Mit der Aufhebung des Privateigentums wird das gesamte gesellschaftliche Wirtschaftsleben zu einer Einheit vereint. Die Produkte wandern von einem Betrieb zum anderen, bis das "Endprodukt" zum Verzehr geeignet ist. Die ganze Welt ist am Transfer von Halbfabrikaten und Rohstoffen beteiligt: Tausende und Abertausende von Arbeitern haben ihre Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, bevor zum Beispiel ein Paar Schuhe für den Konsum gebrauchsfähig sind, bevor sie als "Fertigprodukt" in Erscheinung treten. *Doch wie viele Arbeitsstunden enthält dieses Endprodukt?*

So lautet die Formulierung des Kautskyschen Rätsels, und trostlos lässt er bei solch unmenschlicher Aufgabe

⁵² Ebenda S.318. Hervorhebung durch GIK

den Kopf sinken. Ja. theoretisch muss die Lösung natürlich möglich sein. Aber praktisch? Nein, es ist unmöglich

*»für jedes Produkt den Betrag der Arbeit zu berechnen, den es von seinen ersten Anfängen an bis zur völligen Fertigstellung samt Transport und anderen Nebenarbeiten gekostet hat.«⁵³.
»... die Schätzung der Waren nach der in ihnen enthaltenen Arbeit, (kann selbst) der ungebeuerste und vollkommenste statistische Apparat nicht ... leisten.«⁵⁴*

In der Tat, Kautsky hat vollkommen Recht, dass das auf *diese* Weise unmöglich ist. Allerdings: Eine derartige Methode der Produktionsberechnung gibt es nur in Kautskys Fantasie.

b. Die Antwort von Leichter

Mag Leichter auch mit Kautsky völlig darin übereinstimmen, dass eine Gesellschaft ohne Ausbeutung zu den Fantasien des Tausendjährigen Reiches gehört, so weiß er doch viel besser, wie die Berechnungen in der Produktion laufen, als sein grauer Parteikollege. Er weist mit größtem Nachdruck darauf hin, dass inner-

⁵³ Karl Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm, Edition Dietz, Stuttgart, 1922, S. 318

⁵⁴ Ebenda S. 321

halb eines Trusts oder Kartells Güter nie ohne "Verrechnung" übertragen werden und dass dies auch im Kommunismus der Fall sein wird.

»... es bestehen die Beziehungen zwischen den einzelnen Produktionsstätten, und diesen Bezug wird es in der Welt so lange geben, solange es Arbeitsteilung gibt und die Arbeitsteilung in diesem höheren Sinne wird sich mit dem Fortschritt der Technik noch weiter entwickeln.«⁵⁵

»Alle sachlichen Voraussetzungen der Produktion, alle halbfertigen Materialien, alle Rohstoffe, alle Hilfsmaterialien, die von anderen Produktionsstätten in die verarbeitende geliefert werden, werden ihr ja berechnet, fakturiert.«⁵⁶

»Die Kartellmagnaten oder – in einer sozialistischen Wirtschaft – die Leiter der gesamten Wirtschaft werden nicht verschiedene Betriebe mit demselben Programm nach verschiedenen Methoden und mit verschiedenen Kosten produzieren lassen. Das ist ja auch vielfach für schwache Unternehmer ein Anreiz, sich im Kapitalismus nolens volens von einem Riesenkonzern "schlucken" zu lassen, da sie hoffen, dass nun auch für "ihren" Betrieb die innerhalb des Kartells als zweckmäßigste anerkannte Organisation, die beste Fabrikationsmethode, die tüchtigsten

⁵⁵ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 54

⁵⁶ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 68

Beamten zur Hebung der Produktivität des Betriebes herangezogen werden.

*Dazu ist aber notwendig, die Ergebnisse aller Betriebe gesondert zu erfassen und so zu tun – gleichviel ob in kapitalistischer oder in sozialistischer Wirtschaft –, als ob jeder Betrieb einen eigenen Unternehmer hätte, der sich über das wirtschaftliche Ergebnis der Produktion klar werden will. Daher herrscht innerhalb des Kartells sehr strenge Verrechnung, und es gehört zu der laienhaften Vorstellung vom Kapitalismus und auch vom Sozialismus, wenn man meint, dass innerhalb des Kartells Waren ohne weitere Verrechnung verschoben werden können, kurz, dass die einzelnen Konzernbetriebe nicht sehr gut zwischen **"Mein und Dein"** zu scheiden wissen.⁵⁷*

Es gibt also eine "Verrechnung" zwischen den verschiedenen Betrieben, auch innerhalb jedes einzelnen Betriebes werden die Bücher nach den neuesten und genauesten Methoden geführt. Aus hier nicht näher zu untersuchenden Gründen war die kapitalistische Betriebsführung um 1921 gezwungen, zur Rationalisierung überzugehen, und so entstand um etwa 1922 eine ganz neue Literatur, welche die Methoden entwickelte,

⁵⁷ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 52f Hervorhebung durch GIK

für jedes einzelne Verfahren, für jede einzelne Teilarbeit vollkommen exakt den Kostenpreis zu berechnen. Dieser stellt sich aus vielen Faktoren zusammen: als Verbrauch von Produktionsmitteln, Roh- und Hilfsstoffen, einen bestimmten Standard für die Sozialversicherung sowie für den Beamtenapparat usw. Anhand allgemeiner Formeln können somit die "Produktionskosten" für jede einzelne Position berechnet werden.

Leichter sagt dazu:

»Die kapitalistische Verrechnung kann, wenn sie in einer Fabrik vollkommen und reibungslos durchgeführt ist, jederzeit den Wert eines Halbfabrikates, eines in der Erzeugung begriffenen Arbeitsstückes, die Kosten jeder einzelnen Arbeitsoperation genau ermitteln. Sie kann feststellen, in welcher von mehreren Werkstätten einer Fabrik, auf welcher von mehreren Maschinen, mit welcher von mehreren Arbeitskräften sich eine Arbeitsoperation billiger stellt; sie kann also jederzeit die Rationalität des Erzeugungsprozesses aufs höchste steigern. Dazu kommt noch eine andere Leistung der kapitalistischen Verrechnungsmethode; in jeder großen Fabrik gibt es eine Anzahl von Aufwendungen und Ausgaben, die nicht direkt in das tauschfähige Produkt eingehen. (Gemeint sind Gehälter der Beamten, Heizung

der Lokalitäten usw. GIK) ... Es gehört ebenfalls zu den großen Leistungen der kapitalistischen Verrechnungsmethode, diese Feinheiten in der Wirtschaftsrechnung ermöglicht zu haben.»⁵⁸

Allerdings sind die Formeln, wie sie derzeit in einem bestimmten Unternehmen gelten, im Kommunismus nicht verwendbar, weil verschiedene Faktoren, die jetzt in die Kostenrechnung einfließen, wie z.B. Kapitalzinsen, für uns wegfallen und weil sie auf dem gemeinsamen Nenner des *Geldes* basieren, aber *die Methode als solche ist ein bleibender Fortschritt*. Auch in dieser Beziehung wird die neue Gesellschaft geboren im Schoße der alten.

c. Der Fortschritt

Von diesem Gesichtswinkel aus gesehen, erscheint die unmöglich durchführbare Berechnung der Arbeit, welche in einem Produkt steckt, in einem ganz anderen Licht. Was Kautsky von seiner ökonomischen Zentrale aus nicht kann, *das können die Produzenten selbst sehr gut*. Das Geheimnis ist, dass jeder Betrieb, geleitet und verwaltet von seiner Betriebsorganisation, als "selbständige" Einheit auftritt, gerade wie im Kapitalismus.

⁵⁸ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 22f

»Auf den ersten Blick wird man vermuten, dass jede einzelne Produktionsstätte ziemlich selbständig ist, sieht man aber näher zu, wird man den Nabelstrang ganz deutlich sehen, durch den der einzelne Betrieb mit der übrigen Wirtschaft und mit ihrer Leitung verbunden ist.«⁵⁹

Jede "selbständige" Einheit hat ein "Endprodukt" und durch die Anwendung der Formel $(p+r)+a$ kann sie jederzeit berechnen, wieviel Arbeit für ihr Produkt notwendig ist. Schließlich, wenn der "Endbetrieb" sein "Endprodukt" fertig gestellt hat, damit es in den Verbrauch übergehen kann, wissen wir sofort, wie viel Arbeit er "von Anfang an bis zum Endprodukt, einschließlich Transport und andere Nebentätigkeiten", aufgewendet hat. So wie die Produktion aus Teilprozessen aufgebaut ist, so wird auch die Berechnung der Arbeitszeit aufgebaut, eine Kalkulation, die vollständig in den Händen der Produzenten liegt und daher keine Funktion der wirtschaftlichen Zentrale von Kautsky ist.

Kautsky erkennt also sehr wohl die Notwendigkeit, die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit der Produkte zu berechnen, aber er sieht keine Möglichkeit, diesen Begriff konkret zu fassen. Kein Wunder, dass er von den verschiedenen Problemen, welche sich um

⁵⁹ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 100f

diese Kategorie bewegen, nichts, aber auch nicht das Geringste zu begreifen imstande ist. So läuft er sich z. B. schon fest in der Verschiedenheit der Produktivität der Betriebe, in der Frage des Fortschrittes der Technik und beim "Preis" der Produkte.

Obwohl es, nachdem wir seine prinzipiellen Fehler aufgedeckt haben, überflüssig sein mag, sich noch näher mit seinen Beschwerden zu beschäftigen, wollen wir für die konkrete Fassung der Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit seine Betrachtungen weiter verfolgen.

d. Der Unterschied in der Produktivität der Betriebe

Zu diesem Zweck konzentrieren wir uns zunächst auf die "Preise" der Produkte. Er weist darauf hin, dass nicht alle Betriebe gleich produktiv sind. Ein Betrieb hat einen besseren Standort als ein anderer, oder er hat eine bessere Organisation der Produktion, oder es gibt bessere Maschinen: Kurz gesagt, die Produktionskosten unterscheiden sich geringfügig in allen Betrieben, die das gleiche Produkt herstellen, vielleicht sogar erheblich. Beispielsweise kann eine Schuhfabrik die Schuhe in 3,125 Stunden, eine andere in $3\frac{1}{2}$ Stunden und eine andere in 3 Stunden pro Paar herstellen. So bekommt jeder Betrieb eine andere Produktionszeit, jeder Betrieb hat seinen eigenen *Betriebsdurchschnitt*.

Bei der gesellschaftlichen Produktion geht es jedoch darum, den *gesellschaftlichen Durchschnitt* zu bestimmen, d.h. wie viel Arbeit in ein Paar Schuhe investiert wird, berechnet über die gesamte gesellschaftliche Schuhproduktion. Es ist daher nicht anders als der Durchschnitt aller Schuhfabriken im Bezirk. So wäre es beispielsweise in den von uns genannten Beispielen durchaus möglich, dass der *gesellschaftliche Durchschnitt* 3,3 Stunden pro Paar beträgt.

Es ist also ein bemerkenswerter Sachverhalt. In unserem Beispiel könnte der gesellschaftliche Durchschnitt 3,3 betragen, während es keinen Betrieb gibt, der nach diesem Durchschnitt arbeitet! Es besteht daher ein Widerspruch zwischen dem tatsächlichen Arbeitsaufwand in jedem einzelnen Betrieb, dem Betriebsdurchschnitt und dem gesellschaftlichen Durchschnitt.

Dieser Widerspruch wird *immer* bestehen, auch wenn das kommunistische Wirtschaftsleben vollkommen organisiert ist. Denn zwei Betriebe werden selten völlig gleich sein. Schon der technologische Fortschritt führt dazu, dass es immer wieder Unterschiede geben wird, denn wenn ein neuer Maschinentyp eingeführt wird, wird er nicht überall gleichzeitig in Betrieb genommen.

Es ist dieser Widerspruch, der Kautsky vor unüberwindliche Schwierigkeiten stellt und ihn dazu bringt,

die "Unmöglichkeit" der Arbeitszeitrechnung zu behaupten. Er fragt:

»Und welche Arbeit sollte man berechnen? Doch nicht diejenige, die jedes Produkt wirklich gekostet hat. Da würden die verschiedenen Exemplare gleicher Art verschiedene Preise aufweisen, die unter ungünstigeren Bedingungen erzeugten höhere als die anderen. Das wäre aber absurd. Sie müssten alle den gleichen Preis haben, und der wäre zu berechnen, nicht nach der wirklich aufgewendeten, sondern der gesellschaftlich notwendigen Arbeit.«⁶⁰

Kautsky verlangt hier mit Recht, dass die "Preise" der Produkte (wir werden seine Terminologie für einen Moment verwenden) übereinstimmen müssen mit der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, das ist also *nicht* die Arbeit, welche in jedem einzelnen Betrieb tatsächlich für das Produkt verausgabt wurde, denn die tatsächlich verausgabte Zeit liegt einmal über, dann wieder unter dem Durchschnitt.

Die Lösung des Problems besteht jedoch wieder einmal darin, dass die Produzenten *selbst*, d.h. ihre *Buchhaltungs*abteilung, diesen gesellschaftlichen Durchschnitt berechnen und nicht Kautsky! Was die Führer

⁶⁰ Karl Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm, Edition Dietz, Stuttgart, 1922, S. 319. Hervorhebung durch GIK

des "Generalkartells von Hilferding" nicht können, *können die Produzenten selbst sehr gut!*

Also, worum geht es eigentlich?

Es geht darum, den Durchschnitt der gesamten Schuhindustrie zu bestimmen. Wir sehen daraus, dass die Forderung nach der Bestimmung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit direkt zu einer *buchhalterischen Verbindung* zwischen gleichartigen Betrieben, der horizontalen Zusammenführung, führt. In der allerersten Übergangsperiode wird es nicht weit über diese buchhalterische Zusammenführung hinausgehen, aber im Laufe der Zeit müssen die Ergebnisse der Rechnungslegung zu einer gegenseitigen technischen Durchdringung führen. Diese horizontale Zusammenführung ist jedoch kein "Kartell", das der Staatsbeamtenapparat vollstreckt und in dem die Produzenten von der Steuerung des Produktionsprozesses ausgeschlossen werden, sondern die Zusammenführung wächst *aus den Betrieben selbst* heraus. Das *Wie* und *Warum* ist für jeden Arbeiter völlig klar, "durchsichtig einfach", denn erstens verstehen die Arbeiter sehr gut, dass sie nicht gegeneinander "konkurrieren" können, und zweitens erfahren sie bald, dass eine *planmäßige* Produktion nur auf der Grundlage des gesellschaftlichen Durchschnitts möglich ist.

Die Verbindung der einzelnen Betriebe zu *Industriebranchen* ähnelt daher der kapitalistischen "Kartellbildung". Die kapitalistischen Unternehmen schließen sich jedoch zusammen, um die Gewinne zu maximieren: Sie legen die Preise so fest, dass das *schlechtesten* Unternehmen immer noch mit Gewinn arbeiten kann, wodurch die gut ausgestatteten Fabriken einen zusätzlichen Gewinn erzielen. Der kommunistische Industriesektor bestimmt jedoch den Durchschnitt aller Betriebe.

Zusammen haben die Betriebe die gesellschaftlich durchschnittliche Produktivität.

Gerade *weil* der gesellschaftliche Durchschnitt aus allen diesen Betrieben berechnet ist, müssen die Unter- und die Überproduktivitäten einander ausgleichen. Die Abweichungen nach unten und oben sind daher immer Null. Wenn alle Betriebe, sowohl die unter- als auch die überproduktiven, ihr Produkt entsprechend der *gesellschaftlichen* Produktionszeit an die Gesellschaft weitergeben, müssen die Buchhaltungen des Industriesektors *immer* aufgehen.

Die Beseitigung des Widerspruchs zwischen der tatsächlich in jedem einzelnen Betriebe geleisteten Arbeit und dem gesellschaftlichen Durchschnitt ist daher eine Angelegenheit, die *innerhalb* der Branche gelöst wird. Es handelt sich um eine Frage der Buchhaltung.

Die Art und Weise, *wie* diese Konten geführt werden, fällt nicht in den Rahmen allgemeiner theoretischer Überlegungen, da diese Verarbeitung je nach Art der Betriebe variiert. Es gibt viele Möglichkeiten, das Ziel hier zu erreichen.

Im Prinzip handelt es sich jedoch um folgendes:

Schuhbranche

Betrieb Nr. 1 produziert 40.000 Paar Schuhe in 3,125 Stunden, das sind 125.000 Stunden.

Betrieb Nr. 2 produziert 65.000 Paar Schuhe in 3,5 Stunden, das sind 227.500 Stunden.

Betrieb Nr. 3 produziert 100.000 Paar Schuhe in 3 Stunden, das sind 300.000 Stunden.

Die gesamte Branche produziert 205.000 Paar Schuhe in 652.500 Stunden.

Das sind pro Paar: $652.500 / 205.000$ gleich 3,18 Stunden.

Die Betriebsdurchschnitte liegen bei 3,125, 3,5 und 3 Stunden. Der gesellschaftliche Durchschnitt liegt bei 3,18 Stunden. Der Betrieb Nr. 1 hat eine Produktionszeit, die unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt

liegt und damit eine überdurchschnittliche Produktivität aufweist. Der Betrieb Nr. 3 ebenso. Betrieb Nr. 2 arbeitet aufwendiger als der gesellschaftliche Durchschnitt und ist daher unterdurchschnittlich produktiv. Wenn die Schuhe mit 3,18 Stunden im Konsum verrechnet werden, dann haben die Betriebe 1 und 3 in der Buchführung Stunden "über", die der "Unterdeckung" in den Konten von Betrieb 2 entsprechen.

e. Der Fortschritt der Technologie

Aber Kautsky hat noch mehr Pfeile im Köcher, um die "Unmöglichkeit" der Arbeitszeitrechnung zu beweisen. Nachdem er aufgezeigt hat, was für ein "gigantisches Werk" es wäre, die Arbeitsmenge vom Anfang bis zum fertigen Endprodukt zu berechnen, sagt er:

»Und wäre man fertig, müsste man wieder von vorne anfangen, da sich inzwischen die technischen Verhältnisse in manchen Branchen geändert hätten.«⁶¹

Ja, es ist traurig! Nachdem Kautsky von seiner hohen Warte aus, wo die Drähte der Produktion zusammenlaufen, alle Teilprozesse genau beobachtet hat, berechnet er, wieviel Arbeitszeit schließlich in dem gesellschaftlichen Endprodukt enthalten ist. Das ist dann

⁶¹ Karl Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm, Edition Dietz, Stuttgart, 1922, S. 318f

"Gott sei Dank" fertig! Aber dann kommt die teuflische Technik und wirft alle seine Berechnungen wieder über den Haufen!

Wir müssen uns jedoch beeilen, um Kautsky zu beruhigen. Die Menge an Arbeit, die das Produkt benötigt, nachdem es alle Teilprozesse durchlaufen hat, erscheint nicht plötzlich unter dem krampfhaften Schreiben seines Bleistifts, sondern die Produzenten bestimmen die Arbeitszeit für jeden Teilprozess. Beim Fortschritt der Technik oder einem anderen Zuwachs der Produktivität sinkt die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit *für diesen Teilprozess*. Ist das betreffende Produkt zufälligerweise Endprodukt für den individuellen Konsum, dann geht es mit reduziertem Durchschnitt in den Konsum über, und damit Schluss. Soll es jedoch als p oder r (als Produktionsmittel oder als Rohstoff) an einen anderen Betrieb *weitergegeben* werden, werden die "Kosten" für diesen anderen Betrieb reduziert, so dass dieser auch "billiger" arbeiten kann. So verbreitet sich die Verkürzung der gesellschaftlichen Produktionszeit in einem Sektor auf die gesamte Branche, ohne die Berechnungen anderer zu stören.

Kautskys Einwände gegen die Arbeitszeitrechnung resultieren alle aus seiner verrückten Sicht auf die gesellschaftliche Produktion. Er steckt im "Generalkartell"

fest und spricht daher von "gesellschaftlich notwendiger Arbeit", sieht aber keine Möglichkeit, diesem Begriff eine konkrete Form zu geben. Das ist kein Wunder. Die konkrete Form erhält sie erst durch Leitung und Verwaltung der Produktion in den Händen der Produzenten durch die "Assoziation freier und gleicher Produzenten".

Aus der Praxis des revolutionären Klassenkampfes, welche das Räte-system schuf, wurde zugleich die konkrete Fassung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit geboren.

9.

Die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitsstunde als Grundlage der Konsumtion

a. Konsumtion als Funktion der Produktion

Während die Arbeiterbewegung sich schon sehr wenig mit den Bewegungsgesetzen der kommunistischen Produktion beschäftigt hat, hängt ein viel größerer Nebel über dem Verhältnis der Produzenten zu den gesellschaftlichen Konsumgütern. Dies ist jedoch nicht verwunderlich. Es war gerade der große Fortschritt im Verständnis in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens, dass Marx veranschaulichte, wie Produktion, Verteilung und Konsum nicht unabhängig voneinander sind, sondern dass sie ihre Formen wechselseitig bestimmen. Es schien daher "überflüssig", "utopisch" und damit "unwissenschaftlich", das Thema des kommunistischen Konsums näher zu betrachten.

Die "wissenschaftliche" Denkweise war daher aus unserer heutigen Sicht sehr primitiv. Die Frage war:

Die proletarische Revolution bringt die Produktionsmittel in den Besitz der Gemeinschaft, und

damit gehen wir über in das kommunistische Betriebsleben.

Dann müssen aber absolut *notwendig* die Bewegungsgesetze für den individuellen Konsum damit in Übereinstimmung kommen, gerade *weil* sie untrennbar mit den Bewegungsgesetzen der Produktion verbunden sind. Mit dem Übergang zum kommunistischen Betriebsleben regelt sich diese Angelegenheit also "von selbst".

In der Tat ist das absolut richtig!

Nur – der Übergang zum "gemeinschaftlichen Besitz an den Produktionsmitteln" muss keineswegs zum kommunistischen Betriebsleben führen!

Es gibt einen unbestreitbaren Drang zum Staatskapitalismus und mit seiner Umsetzung wird der Konsum durch die Bewegungsgesetze des Staatskapitalismus geregelt!

b. Die Aufgabe der Revolution

Ganz typisch kommt dies bei den Vertretern des, sagen wir mal, Staatskommunismus zum Ausdruck. Sie denken nicht daran, ein festes Verhältnis zwischen Produzent und Produkt zu etablieren, sie wollen nicht, dass der Arbeiter durch seine Arbeit *unmittelbar* sein Verhältnis zum gesellschaftlichen Produkt bestimmt, auch wenn dies "jede Ausbeutung ausschließen" und jede Vormundschaft einer Regierung verhindern

würde (Siehe Kap. 8a). Vielmehr soll es von den Herren abhängen, die über den Produktionsapparat **und** das Produkt verfügen, wie viel der Arbeiter aus dem gesellschaftlichen Produkt erhält. **Sie** werden eine "Preispolitik" verfolgen, d.h. **sie** werden die Preise für Produkte festlegen, und **sie** werden auch Tarifverträge mit den Gewerkschaften abschließen, um die Löhne festzulegen.

Wie wichtig es ist, dass die Arbeiter sich der Pläne bewusst werden, die in den Köpfen der Herren sind, die hoffen, morgen die "kommunistische" Wirtschaft anführen zu können, möge aus unseren folgenden Überlegungen ersichtlich werden. Es zeigt, wie *absolut notwendig* es ist, sich dafür einzusetzen, das genaue Verhältnis von Produzent zu Produkt zur *Forderung der Revolution* zu machen.

c. Das Verbrauchsgeld

Das Ziel der Revolution ist die wirkliche Abschaffung des Arbeitslohns. Die soziale Revolution, die die Lohnarbeit tatsächlich abschafft, muss das Verhältnis der Arbeiter zum gesellschaftlichen Produkt auf neuen Grundlagen regeln. (siehe Kap. 3a)

Mit anderen Worten, *der individuelle Konsum muss nach neuen Prinzipien organisiert werden.*

Die Aufhebung der Lohnarbeit hat unmittelbar die Aufhebung des Arbeitslohns zur Folge. Der Kommunismus kennt keinen Arbeitslohn. Hier gibt es nur die miteinander verbundenen Produzenten, die **gemeinsam** gegen die Natur kämpfen, um Konsumgüter herzustellen, um sie dann gleichmäßig unter sich zu verteilen. Die Festlegung der Arbeitszeit als Maß für den Verbrauch ist nichts anderes als eine technisch notwendige Maßnahme, um planmäßig verbrauchen und produzieren zu können. Die technische Organisation des Konsums verlangt daher, dass die Arbeiter im Betrieb ein "Arbeitszertifikat" (Marx) erhalten, das angibt, wie viele Arbeitsstunden sie der Gesellschaft gegeben haben. Diese "Arbeitszertifikate" oder das "Arbeitsgeld" (Owen), oder diese "Verbrauchszertifikate" oder das "Verbrauchsgeld" sind daher nur ein Hinweis auf die Konsumgüter, die die Arbeiter frei aus den gesellschaftlichen Vorräten beziehen können.

»Hier sei noch bemerkt, dass z. B. das Owensche "Arbeitsgeld" ebenso wenig "Geld" ist, wie etwa eine Theatermarke. ... Das Arbeitszertifikat konstatiert nur den individuellen Anteil des Produzenten an der Gemeinarbeit und seinen individuellen Anspruch des zur Konsumtion bestimmten Teils des Gemeinproduktes.«⁶²

⁶² Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, Fußnote 50, S. 109f

d. Das Verbrauchsgeld bei Leichter

Aber – wenn zwei dasselbe sagen, dann ist das noch lange nicht dasselbe. Diese alte Weisheit wird von Leichter noch einmal bestätigt. Er führt in seinem Produktionsapparat mit Arbeitszeitrechnung auch das "Arbeitsgeld" für den individuellen Konsum ein und erweckt so den Eindruck, dass die Arbeit der Maßstab für diesen Konsum sein würde. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. In seinem "Gesellschaftsbild" werden die Arbeiter wie im Kapitalismus nach dem Wert der Arbeitskraft bezahlt. Er verwendet das Wort "Arbeitsgeld" nur, um kapitalistische Lohnbeziehungen zu verschleiern. Sehr albern, sagt er:

*»In Wahrheit liegt ... dem hier dargestellten Gesellschaftsplan der Gedanke der naturalen Zuteilung der Güter **im Verhältnis der von jedem Einzelnen geleisteten Arbeit zugrunde**. Das Arbeitsgeld ist nur eine aus wirtschaftstechnischen Gründen gewählte Form der Anweisung auf den Anteil am Nationalprodukt.«⁶³*

Es scheint, als ob Leichter hier dasselbe sagt wie Marx, aber in Wirklichkeit ist da eine giftige Schlange im Gras. Dies zeigt sich in der eigentümlichen Auffassung, die Leichter von der "von jedem einzelnen geleisteten

⁶³ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 75, Hervorhebung durch GIK

Arbeit" hat (siehe Kap. 7e). Für ihn bedeutet dies, dass die kapitalistischen Lohnverhältnisse aufrechterhalten werden müssen, und er verwendet den Begriff *Arbeitsgeld* nur, um die Aufrechterhaltung der Lohnverhältnisse zu verschleiern. Die Produzenten erhalten *nicht* so viele Arbeitsstunden für Konsumgüter zurück, wie sie der Gesellschaft gegeben haben, sondern die Regelung des Konsums erfolgt nach Normen, die nichts mit der Arbeitszeitrechnung zu tun haben.

Aber was sind das für Normen?

Die "Ernährungsphysiologen" bestimmen, wie viele und welche Lebensmittel »*gewissermaßen das Existenzminimum darstellen*« (Leichter, S. 64), mit denen dann »*die normale, wissenschaftlich berechnete und ausbalancierte Lebensration*« bestimmt wird. Und das ist die Grundlage für die Bezahlung. Was hat das mit der Arbeitszeitrechnung in der Produktion zu tun?

Dieses Minimum ist dann für die Ungelernten, während der Lohn der angelernten und gelernten Arbeiter durch "*kollektive Vereinbarungen*" etwas höher festgesetzt wird. Die kollektiven Vereinbarungen bestimmen den Grundlohn, während "*der sozialistische Betriebsleiter*" das Entgelt für die einzelnen Arbeiter je nach ihrer Fähigkeit festsetzt.

Es ist klar, dass die Produzenten ihren Betrieb nie als einen Teil von sich selbst empfinden können, wenn es solche Gegensätze zwischen ihnen gibt. Sie können daher nie die Verantwortung für den Gang der Produktion tragen, was die Staatskommunisten auch nicht beabsichtigen. Bei Leichter sind daher auch nicht die Produzenten selbst verantwortlich, nicht die Betriebsorganisation als Ganzes, sondern *der Direktor*.

Er sagt, dass der

»irgendwie eingesetzte Leiter des Betriebes die persönliche Verantwortung für ihn trägt; er kann ohne weiteres entfernt werden, so wie ein kapitalistischer Betriebsleiter, der nicht den an ihn gestellten Anforderungen entspricht. Er erhält dann nur das von der Gesellschaft garantierte Mindesteinkommen, falls er "arbeitslos" ist, oder er wird in einer entsprechend niedrigeren und daher schlechter dotierten Stellung verwendet. Auf diese Weise kann die sogenannte "Privatinitiative" der kapitalistischen Betriebsleiter und Direktoren und ihr Verantwortungsgefühl, das auch durch ihre persönlichen Interessen gegründet ist, ersetzt und für die sozialistische Wirtschaft erhalten werden.«⁶⁴

⁶⁴ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 101. Hervorhebung durch GIK

Es spricht für Leichter, es als eine der schwersten Strafen zu bezeichnen, wenn jemand auf das Existenzminimum auf ernährungsphysiologischer Grundlage gebracht wird.

e. Der Arbeitslohn bei Leichter

Obwohl aus den Ausführungen klar hervorgeht, dass die Lohnarbeit der Eckpfeiler des Leichterschen Sozialismus ist, wollen wir die Löhne genauer untersuchen. Dazu ist es aber auch notwendig, auf die "Preispolitik" aufmerksam zu machen. Man könnte der Meinung sein, dass wenigstens hier die "gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit" als "Preis" der Produkte gelten sollte, so ist dies doch keineswegs der Fall. Leichter ist in diesem Punkt sehr dunkel, aber doch zeigt sich deutlich, dass die Produkte gegen einen höheren "Preis" in die Gesellschaft übergehen. Er spricht z. B. von dem "Gewinn", welcher aber nicht dem Betrieb, sondern der Allgemeinen Kasse zufließt (Russland!). Aus diesen "Gewinnen" werden dann durch die allgemeine Kasse die Mittel zur Ausdehnung der Betriebe zur Verfügung gestellt.

Dieser "Gewinnfonds" zeigt sich also als "Akkumulationsfonds". Wir werden später auf die Erweiterung zurückkommen, stellen jetzt aber fest, dass die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit in diesem Pro-

duktionsapparat mit Arbeitszeitrechnung *auch nicht* ihren Ausdruck findet in den "Preisen" der Produkte. Die Wahrheit ist denn auch, dass die "Leitung der Produktion" die Preise feststellt, so wie es ihr nützlich und notwendig erscheint. Sie führt also eine "Preispolitik" durch.

Damit werden die kapitalistischen Lohnverhältnisse unwiderruflich wiederhergestellt.

Wie wir wissen, kennt die Marxsche Ökonomie bei kapitalistischer Produktion in Bezug auf den Arbeitslohn drei Kategorien:

1. den nominalen Arbeitslohn,
2. den reellen oder wirklichen Arbeitslohn und
3. den relativen Arbeitslohn.

Der Nominale Arbeitslohn ist der *Geldpreis* der Arbeitskraft. Im ernährungsphysiologischen Kommunismus ist das also so zu verstehen, wieviel Arbeitsstunden der Arbeiter für z.B. 40 tatsächliche Arbeitsstunden ausbezahlt erhält.

Der wirkliche Arbeitslohn ist das Quantum Produkt, welches für den nominalen Arbeitslohn realisiert werden kann. Obwohl der nominelle Arbeitslohn gleichbleiben kann, wird der wirkliche Arbeitslohn höher,

wenn die Preise der Produkte sinken. So wirken beispielsweise sinkende Preise in einer Wirtschaftskrise wie eine Lohnerhöhung für diejenigen mit "festem Einkommen". Obwohl ihre Löhne gleich bleiben, steigen ihre Reallöhne. Mit dem Beginn eines neuen Produktionszyklus steigen die Preise meistens wieder an und senken so die Reallöhne derjenigen, die ein "festes Einkommen" haben.

Im Zukunftsbild bei Leichter verfolgen die Leiter eine "Preispolitik", selbstverständlich (!) im Interesse der Konsumenten. Aber das ändert nichts daran, dass **sie** in Wirklichkeit den realen Arbeitslohn bestimmen, trotz aller "kollektiven Vereinbarungen", die sich nur auf den nominellen Lohn beziehen können. Produzenten und Konsumenten mögen durch "Demokratie" ein Mitspracherecht in dieser Preispolitik haben, aber die tatsächlichen Verhältnisse, die reale Preispolitik, werden dennoch von den Herren der "Statistik" bestimmt.

Der relative Arbeitslohn ist das Verhältnis des realen Lohnes zum Unternehmergeinn. So ist es z. B. möglich, dass der reale Lohn gleichbleibt, während doch der relative sinkt, weil der Profit größer wird.

Leichter legt in seinem "Gesellschaftsbild" den größten Wert auf die Rationalisierung der Betriebe, d.h. auf

mehr Produktivität, d.h. die Schaffung von mehr Produkten in derselben oder kürzeren Arbeitszeit. Die gesellschaftlich durchschnittliche Zeit, die für die Herstellung von Produkten benötigt wird, nimmt somit ständig ab. Allerdings: das sachliche Verhältnis von Produzent zu Produkt ist bei Leichter nicht in den Dingen festgelegt. Leichter kennt nur auf ernährungsphysiologischer Grundlage genährte Arbeitsmaschinen mit Verstand, welche mit dem Zuwachs der von ihnen geschaffenen Produktenmasse nicht noch extra Kalorien zugeführt erhalten müssen. Vielleicht erhalten auch die Arbeiter noch etwas von dem größeren Reichtum, aber es gibt dafür nicht die geringste Sicherheit.

So zeigt es sich, dass die Einführung der Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit im Betriebsleben sinnlos ist, wenn wir sie nicht zugleich als Grundlage der Konsumtion nehmen. Ist das Verhältnis der Produzenten zum Produkt unmittelbar in den Dingen selber festgelegt, dann ist kein Raum für "Preispolitik", dann fällt das Resultat jeder Verbesserung des Produktionsapparates unmittelbar allen Konsumenten **automatisch** zu, ohne dass jemand etwas **z u w e i s t**.

f. Der Kommunismus in Sowjet-Ungarn

Leichter ist nicht der Einzige, der sein Heil in der Preispolitik sucht. Im Gegenteil, sie ist der zentrale Punkt *aller* Überlegungen zum kommunistischen Wirtschaftsleben. Wichtiger als all diese Überlegungen ist jedoch die praktische Erfahrung, und deshalb wollen wir näher untersuchen, wie die Praxis der Preispolitik und des kommunistischen Betriebslebens in Sowjet-Ungarn stattgefunden hat. (Wir nehmen Russland nicht als Beispiel, denn das ist auf so kleinem Raum nicht möglich. Im Prinzip läuft es jedoch auf dasselbe hinaus).

Der ehemalige sowjet-ungarische Volkskommissar Varga hat in »*Wirtschaftsprobleme der proletarischen Diktatur*« seine Erfahrungen und theoretischen Betrachtungen bezüglich der ungarischen Räterepublik erläutert. Für das Studium der kommunistischen Wirtschaft ist die Geschichte Ungarns durchaus wichtig, weil hier die Theorie des Staatskommunismus zur Praxis und die Praxis zur Theorie umgeschmiedet wurde. In Ungarn wurde der Kommunismus nach den Regeln der staatskommunistischen Kunst aufgebaut und wohl unter solch günstigen Bedingungen, dass die »*Umwandlung*

*und der organisatorische Umbau in Ungarn rascher und energischer vor sich ging als in Russland*⁶⁵

Das Land ist viel kleiner und dichter besiedelt, dadurch »konnte vieles zentral organisiert werden, was bei der riesigen Ausdehnung Russlands dezentralisiert werden muss.«⁶⁶

Der Aufbau vollzog sich nach der Hilferdingschen Vision des "Generalkartells" (Siehe Varga, S. 122), wo der Staat als allgemeiner Leiter und Verwalter von Produktion und Verteilung das volle Verfügungsrecht über alle Produkte hat. Das noch im "freien" kapitalistischen Betrieb Erzeugte wurde vom Staat aufgekauft, womit dieser tatsächlich *das Gesamtprodukt* beherrschte.

g. Die Verteilung der Produktionsmittel

Wenn die Führungskräfte Zugriff auf das gesamte gesellschaftliche Produkt haben, müssen sie es verteilen, zunächst indem sie den Betrieben neue Produktionsmittel und Rohstoffe zur Verfügung stellen. Dazu wurden vom Obersten Ökonomischen Rat verschiedene *Robstoffzentralen* eingerichtet, welche den Betrieben dann soviel Rohstoffe usw. "zuwiesen", als ihnen nützlich und notwendig erschien. *Diese Zentralen waren*

⁶⁵ Eugen Varga, Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, S. 78

⁶⁶ Eugen Varga, Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, S. 78

aber keinesfalls nur Verteilungsorgane, sie fungierten zugleich als politische und ökonomische Machtmittel gegenüber der Arbeiterklasse. Diese Zentralen mussten die Konzentration der Betriebe bewirken, was sehr einfach war, indem sie Betriebe, welche man "von oben" zum Stillstand bringen wollte, einfach von der Materialienzufuhr abschnitt, womit dann die Belegschaft des betroffenen Betriebes aufs Pflaster flog. Es liegt auf der Hand, dass die Arbeiter sich gegen solch einen Konzentrationsprozess, der für sie in seinen ökonomischen Konsequenzen ebenso verhängnisvoll war wie im Kapitalismus, widersetzen.

Praktisch wurde ihnen beigebracht, dass die Produzenten nicht das Verfügungsrecht über den Produktionsapparat hatten. Dieses Recht beruhte bei den Staatsbeamten des Obersten Wirtschaftsrates, welcher in unlösbar Widerspruch zu den Produzenten kam. (Siehe Varga S. 71.)

Dazu möchten wir bemerken, dass die Konzentration "von oben herab" sich wahrscheinlich schneller vollzieht als "von unten auf", aber der Preis, den diese Beschleunigung kostet, ist das Verfügungsrecht der Produzenten über den Produktionsapparat –, d. h. der Kommunismus selbst!

h. Die Preispolitik in Ungarn

Kommen wir nun zum Bereich des Konsums, so ist anzumerken, dass Varga grundsätzlich für eine gleichmäßige Verteilung des Produkts ist. Diese Verteilung würde dann ohne eine Rechnungseinheit "in Naturalien" erfolgen (siehe Kap. 2d). Varga weist jedoch darauf hin, dass die Arbeiter selbst zunächst eine gleichmäßige Verteilung des Sozialprodukts ablehnten und dass wir eine »*kapitalistisch korruptierte in einer habgierig-egoistischen Ideologie erzeugte Arbeitergeneration*«⁶⁷ berücksichtigen müssen.

Wir kennen diese Ideologie, die die Fachkräfte verächtlich auf die Unqualifizierten blicken lässt, während es gleichzeitig ihrem Rechtssinn zuwiderläuft, dass die Träger der intellektuellen Berufe wie Ärzte und Ingenieure keinen größeren Anteil am Sozialprodukt erhalten sollten. Es gibt zwar eine gewisse Überzeugung, dass der Unterschied heutzutage zu groß ist, aber – ein Arzt ist kein Müllsammler. Inwieweit die Arbeiter diese Ideologie im Zuge der Revolution verändern, muss sich zeigen. Soviel steht fest, dass dieser Wandel nach der Revolution rasch vollzogen werden muss,

⁶⁷ Eugen Varga, Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, S. 42

denn eine ungleiche Verteilung des Produkts führt immer wieder zu Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterklasse selbst.

Für den Vertrieb der Produkte wurden nun die Rationen für jedes Produkt festgelegt, die dann in den Genossenschaften angeschafft werden konnten. »*Da aber vorläufig noch Geldlöhne und Geldpreise bestehen*«, müssen wir uns jetzt dem Problem »*der staatlichen Preisfestsetzung*« (Varga, S. 147) zuwenden. Varga gibt zunächst die "prinzipielle Lösung" an, die jedoch keine Anwendung finden konnte. Dies wird dann wie folgt formuliert:

»Wie hoch soll der Preis der staatlichen Erzeugnisse festgesetzt werden? Würden die staatlich erzeugten Güter zum Selbstkostenpreis verkauft werden, so blieben keine Einnahmen zur Erhaltung der oben erwähnten unproduktiven Bevölkerungsschichten übrig. (Gemeint sind Soldaten, Beamte, Lehrer, Arbeitslose, Kranke, Invaliden - GIK) Auch gäbe es keine Möglichkeit einer realen Akkumulation von Produktionsmitteln, welche im Proletarierstaate noch dringender nötig ist zum Zwecke der Erhöhung der Lebenshaltung der Einwohner als im kapitalistischen. Prinzipiell müssen daher alle staatlichen Güter zum "gesellschaftlichen Selbstkostenpreis" verkauft werden. Wir verstehen darunter den Selbstkostenpreis plus einem zur De-

ckung der Erhaltungskosten der Nichtarbeitenden genügenden Zuschlag, plus einem Zuschlag zur Ermöglichung der realen Akkumulation. (Sperrdruck von Varga.) Anders ausgedrückt: Die Verkaufspreise müssen so festgestellt werden, dass der Staat nicht nur kein Defizit hat, sondern noch einen Überschuss zur Errichtung neuer produktiver Betriebe. Dies ist die prinzipielle Lösung.⁶⁸

Wir werden uns diese "prinzipielle Lösung" später näher ansehen. Wir weisen jetzt nur darauf hin, dass es nicht möglich war, die "gesellschaftlichen Produktionskosten" zu ermitteln, so dass man sich auf eine normale Preispolitik stützte. Mit anderen Worten, für verschiedene Produkte wurde eine indirekte Steuer erhoben.

Ohne Zweifel will Varga, dass diese Preispolitik eine **Klassenpolitik** sein soll, indem die Arbeiterklasse privilegiert wird, warum er denn auch die Produkte, welche für die Arbeiter von überwiegender Wichtigkeit sind, wie Brot und Zucker, wenig, die "Luxus"-Produkte aber hoch besteuern will. Übrigens legt er dieser Verschiedenheit in der Besteuerung mehr propagandistische als ökonomische Bedeutung bei, weil er

⁶⁸ Eugen Varga, Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, S. 147

schließlich ganz gut weiß, dass die ungeheuren Beträge, welche der Staat verschlingt, am Ende doch von den Massen, d. h. vom Proletariat, kommen müssen.

Diese Klassenpolitik, so gut sie gemeint sein mag, **offenbart die ganze Fäulnis der staatskommunistischen Verteilung**. *Sie demonstriert sehr deutlich*, dass der *Produzent mit seiner Arbeit nicht* zugleich seinen Anteil am gesellschaftlichen Produkt bestimmt hat, sondern dass dieser Anteil in den "höheren Regionen" durch persönliche Entscheidung festgelegt wird.

Damit wird der alte politische Kampf um die Regierungsposten in neuer Form fortgesetzt.

Es zeigt sich ganz klar, dass, wer über die politische Macht im Staate verfügt, zugleich das gesamte gesellschaftliche Produkt in seiner Gewalt hat und durch die "Preispolitik" die Verteilung des Volkseinkommens beherrscht. Es ist der alte Kampf um Machtpositionen, welcher auf dem Rücken der Konsumenten geführt wird. Bemerken wir noch dazu, dass auch *die Löhne* durch den Obersten Wirtschaftsrat festgelegt werden (Varga, S. 75), dann ist das Bild staatskommunistischer Massenversklavung vollendet.

Die zentrale Leitung der Produktion hat es vollkommen in der Hand, eine erzwungene Lohnerhöhung durch ihre Preispolitik unmittelbar nichtig zu machen.

Es zeigt sich also, dass die Arbeiterklasse bei dem Aufbau des Staatskommunismus einen Produktionsapparat schafft, der sich über die Produzenten erhebt und so zu einem Unterjochungsapparat auswächst, der noch schwieriger zu bekämpfen ist als der Kapitalismus.

Dieses Verhältnis von Herrschern und Beherrschten findet seine Verschleierung in den demokratischen Formen der Verteilungsorganisationen. In Russland wurde am 20. März 1919 ein Dekret erlassen, das die ganze russische Bevölkerung verpflichtete, sich in Konsumgenossenschaften zusammenzuschließen. Alle diese Genossenschaften, welche innerhalb ihrer Wirkungskreise eigene Beweglichkeit haben, wurden dann zu einem organischen Ganzen zusammengeschiedet, während die Konsumenten durch das Abhalten von Versammlungen und Kongressen den Gang der Verteilung bestimmten: Sie waren "Herr im eigenen Hause". Obwohl der Staat die stimulierende Kraft der Genossenschaftsbildung und Zusammenschließung war, wurde nach Gründung der Organisation die Verteilung des Produkts der Bevölkerung selbst überlassen.⁶⁹

⁶⁹ 'Russische Korrespondenz', 20. Jan. 1920. Siehe Varga, Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, S. 126

Nach der "Russischen Korrespondenz" sollte diese organisatorische Arbeit des Staates schon in fünf Monaten den ungeheuren Verteilungsapparat zustande gebracht haben.

Soviel ist sicher, dass die Diktatur der Kommunistischen Partei in Russland in dieser Beziehung eine Riesenarbeit geleistet und ein glänzendes Beispiel gegeben hat, wie in kurzer Zeit die Konsumenten ihren Verteilungsapparat errichten können. Aber obwohl die Konsumenten "Herr im eigenen Hause" sind, so wird die Frage, um was es im Kommunismus geht, und zwar die Bestimmung des Verhältnisses der Produzenten zum Produkt, *nicht dort entschieden*. Diese Entscheidung fällt in den zentralen Regierungsbüros. Die Konsumenten dürfen dann das Produkt selbständig verteilen, aber nach den von der Preispolitik bestimmten Normen.

i. »Gerechte« Verteilung?

In der kommunistischen Produktion fordern wir demgegenüber, dass die Arbeitszeit das Maß des Verbrauchs sein wird. Jeder Arbeiter bestimmt durch seine Arbeit gleichzeitig seinen Anteil an den gesellschaftlichen Vorräten von Konsumgütern. Oder wie Marx sagt:

»Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln so viel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.«⁷⁰

Dies wird fälschlicherweise als »gerechte« Verteilung des Sozialprodukts interpretiert. Und das stimmt insofern, als niemand mit Müßiggang essen kann, so wie die Aktionäre die Dividende kassieren. Aber damit ist die Gerechtigkeit auch schon erschöpft.

Auf den ersten Blick erscheint es sehr gerecht, dass alle Lohnunterschiede aufgehoben werden und dass alle Funktionen im gesellschaftlichen Leben, ob Kopf oder Handarbeit, die gleichen Rechte auf die gesellschaftlichen Reichtümer erhalten sollten. Bei näherer Betrachtung funktioniert dieses gleiche Recht jedoch sehr ungerecht.

Nehmen wir zwei Arbeiter, die beide der Gesellschaft ihre besten Kräfte geben. Aber einer ist unverheiratet, während der andere eine Familie mit fünf Kindern hat. Ein anderer ist verheiratet, während Ehemann und

⁷⁰ Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 20

Ehefrau beide arbeiten, so dass sie ein 'doppeltes' Einkommen haben. Mit anderen Worten: Das gleiche Recht auf gesellschaftliche Reichtümer wird im praktischen Konsum zu einer großen Ungerechtigkeit.

Die Güterverteilung nach dem Maßstab der Arbeitszeit kann daher nie aus der Gerechtigkeit abgeleitet werden. An dem Maßstab der Arbeitszeit kleben die gleichen Unvollkommenheiten wie an jedem anderen Maßstab. Das heißt: Es gibt keinen gerechten Maßstab, und er kann nie existieren. Welchen Maßstab man auch immer wählt, es muss immer ungerecht sein. Denn die Verwendung eines Maßstabes bedeutet, die individuellen Unterschiede in den Bedürfnissen zu ignorieren. Einer hat wenige Bedürfnisse, der andere hat viele. Der eine kann also seine Bedürfnisse mit seinen Anweisungen auf die Vorräte decken, während der andere sich alle möglichen Dinge versagen muss. Sie geben ihr ganzes Potential der Gesellschaft und doch kann der eine seine Bedürfnisse befriedigen und der andere nicht.

Das ist die Unvollkommenheit, die jedem Maßstab eigen ist. Das Anlegen eines Maßstabes an den Konsum wird somit zum Ausdruck der Ungleichmäßigkeit des Konsums. Der Forderung nach gleichem Recht auf die gesellschaftlichen Reichtümer hat daher nichts mit

Gerechtigkeit zu tun. Es ist vielmehr eine *politische Forderung* schlechthin, die wir als *Lohnarbeiter* stellen. Für uns ist die *Aufhebung der Lohnarbeit* der zentrale Punkt der proletarischen Revolution. Solange die Arbeit nicht der Maßstab für den Konsum ist, solange gibt es einen "Lohn", mag er hoch oder niedrig sein.

Auf jeden Fall gibt es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Reichtum der produzierten Güter und diesem Lohn. Daher müssen die Produktionsleitung, die Verteilung der Güter und damit auch der geschaffene Mehrwert auf die "höheren Instanzen" übergehen. Wenn die Arbeitszeit der Maßstab für den individuellen Konsum ist, bedeutet dies nichts anderes, als dass die Lohnarbeit abgeschafft wurde, dass es keine Mehrwertschöpfung gibt und dass daher keine "höheren Instanzen" zur Verteilung des "Volkseinkommens" erforderlich sind.

Der Anspruch auf gleiche Rechte an den gesellschaftlichen Reichtümern gründet daher keineswegs auf "Gerechtigkeit" bzw. irgendeiner Art von moralischer Bewertung. Er basiert auf der Überzeugung, dass nur so die Arbeiter die Kontrolle über das Betriebsleben *behalten* können. Auf der "Ungerechtigkeit" des gleichen Rechts beginnt sich die kommunistische Gesellschaft sich zu entwickeln.

10.

Die allgemein gesellschaftliche Arbeit

a. Zwei Formen der Verteilung

In den vorangegangenen Kapiteln haben wir uns bereits mit der allgemeinen Grundlage der Verteilung beschäftigt. Solange sich die Güter noch im Produktionskreislauf befinden, werden sie also *weitergegeben*, "verteilt" auf der Grundlage der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit. Wenn sie diesen Zyklus verlassen, um zum individuellen Konsum überzugehen, erfolgt die Verteilung auf der gleichen Grundlage, wobei die Arbeitszeit der Maßstab für den individuellen Konsum ist. Ein einziges Wirtschaftsgesetz regelt daher das gesamte Betriebsleben, sowohl die Produktion als auch die Konsumtion. Dasselbe ökonomische Gesetz regelt sowohl jeden Teil des Betriebslebens als auch das Gesamtgeschehen. Oder, wie wir auch sagen können:

Das eine allgemeine Gesetz, das das gesamte Betriebsleben beherrscht, drückt sich in jeder einzelnen Erscheinungsform des gesellschaftlichen Stoffwechselprozesses aus.

Jetzt müssen wir jedoch die Aufmerksamkeit auf eine Gruppe von Betrieben lenken, die gegen dieses allgemeine Gesetz zu verstoßen scheinen. In erster Linie geht es um jene Betriebe, die nicht in den Bereich der Produktion fallen, aber dennoch für das gesellschaftliche Leben unverzichtbar sind. Dazu gehören beispielsweise alle Arten von wirtschaftlichen und politischen Räten, die Wirtschaftsorganisationen für die allgemeine gesellschaftliche Buchhaltung, das Gesundheitswesen, die Bildung, die Einrichtung und Pflege von Parks, alle Arten von kulturellen und sozialen Institutionen und so weiter. Die Besonderheit dieser Betriebe besteht darin, dass sie nicht tatsächlich ein Produkt herstellen, sondern eine "Dienstleistung" für die Gesellschaft erbringen. Alle diese Wirtschaftsorganisationen verbrauchen Produktionsmittel, Rohstoffe und Lebensmittel für die betroffenen Arbeiter, aber für einige ist es unmöglich, für andere unerwünscht diese "Dienstleistung" gegen Arbeitszertifikate an den Verbraucher weiterzugeben. Die Art dieser Betriebe bedeutet, dass sie ihr "Produkt", ihre "Dienstleistung", *ohne* wirtschaftlichen Maßstab in den Konsum geben. Auf diese Weise arbeiten sie "kostenlos" für die Konsumenten, **während gleichzeitig hier die Entnahme des Produkts nach ihren Bedürfnissen durchgeführt wurde.** Wir haben also eine Gruppe von Betrieben, deren "Produkt" die Arbeitszeit als Maß für den Verbrauch *nicht* berücksichtigt.

In Bezug auf den Vertrieb von "Konsumgütern" unterscheiden wir daher zwei Arten von Betrieben. Die erste Art, die ihr Produkt gegen Arbeitszertifikate in den Konsum gibt, nennen wir **produktive Betriebe**. Die anderen, die "kostenlos" arbeiten, die nach dem Prinzip "Nehmen nach Bedarf" arbeiten, werden als **öffentliche Betriebe** oder als **Betriebe der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit** (abgekürzt als AGA-Betriebe) bezeichnet.

b. Das AGA-Budget

Es versteht sich von selbst, dass dieser Unterschied in der Verteilung Komplikationen im gesellschaftlichen Betriebsleben mit sich bringt. "Dienstleistungen" wie Gesundheitsversorgung, Bildung usw. verbrauchen alle Arten von gesellschaftlichen Gütern, aber sie ergänzen die gesellschaftlichen Bestände nicht um ein neues Produkt. Folglich ist die Konsequenz, dass die Arbeiter der Produktionsbetriebe "die Erlöse ihrer Arbeit" nicht alleine verbrauchen können, sondern dass sie auch die Arbeiter der öffentlichen Betriebe unterstützen müssen, ja, dass sie auch die Produktionsmittel und Rohstoffe für diese "Dienstleistungen" produzieren müssen.

Das ist die besondere Herausforderung.

Wenn die Arbeiter zum Beispiel 40 Stunden pro Woche in ihrem Betrieb gearbeitet haben, könnten sie

keine 40 Stunden Arbeitsgeld bekommen, denn dann wäre nichts für den öffentlichen Dienst verfügbar! Sie müssen also einen Teil des Erlöses ihrer Arbeit an diese Dienste abgeben. Die Frage ist jedoch, welchen Teil? Wie viel Arbeit müssen sie den öffentlichen Betrieben zur Verfügung stellen?

Glücklicherweise kann diese letzte Frage nun sehr schnell beantwortet werden. Die Abrechnung der öffentlichen Dienstleistungen erfolgt auf die gleiche Weise wie die der produktiven Betriebe. Sie berechnen auch ihren Verbrauch an Produktionsmitteln, Rohstoffen und lebender Arbeit, so dass die Gesellschaft genau weiß, wie viel Arbeit von Bildung, Gesundheitsversorgung und so weiter verbraucht wird. Im Grunde genommen geschieht also genau das Gleiche wie im Kapitalismus: Die verschiedenen Zweige der AGA-Betriebe stellen jeweils ein Budget auf, wie viel Arbeit sie für die verschiedenen Formen von p , r und a im laufenden Jahr einsetzen wollen. Es ist der Arbeitsaufwand, den die Gesellschaft den öffentlichen Betrieben für das laufende Jahr zur Verfügung stellen will.

Um diesem Budget eine übersichtliche Darstellung zu geben, verwenden wir die gleiche Produktionsformel wie bei den produzierenden Betrieben. Wir setzen jedoch den Index o an den Fuß der Buchstaben, um darauf hinzuweisen, dass es sich um öffentliche Betriebe handelt.

Die Produktionsformel für jeden Betrieb wird so:

$$(p_o + r_o) + a_o$$

Zählen wir die "Ausgaben" aller öffentlichen Betriebe zusammen, haben wir einen Überblick über den Gesamtverbrauch aller öffentlichen Betriebe, den wir dann einfach mit folgender Formel ausdrücken können.

$$(P_o + R_o) + A_o$$

Ersetzen wir die Buchstaben durch fiktive Zahlen, könnte das allgemeine Budget für öffentliche Dienste wie folgt aussehen:

$$P_o + R_o + A_o = \text{AGA-Budget}$$

$$8 \text{ Millionen} + 50 \text{ Millionen} + 50 \text{ Millionen} = 108 \text{ Millionen Arbeitsstunden}$$

Die Frage ist nun, wie diese "sozialen Kosten" getragen werden.

c. Die übliche Lösung

Die übliche Lösung im Kapitalismus besteht darin, dass sich der Staat durch die Erhebung aller Arten von direkten und indirekten Steuern mit den notwendigen Ressourcen versorgt, d.h. dem Verbraucher das Recht auf einen Teil seiner Konsumgüter entzieht. Russland

löst das Problem, indem es den größten Teil der Gewinne staatlicher Unternehmen in die Staatskasse fließen lässt und indirekte Steuern erhebt. So hat sich Russland mit der Wiedereinführung von Wodka (Schnaps) die notwendigen Ressourcen verschafft, da dies mehrere Millionen in die Kassen gebracht hat. Sowjet-Ungarn verwendete die gleichen Methoden: Es erhielt die notwendigen Ressourcen durch seine "Preispolitik", d.h. aus den Monopolgewinnen der Betriebe und dem Mehrwert der Arbeitskraft.

Das ist die praktische Lösung.

Die Theorie kennt jedoch noch zwei weitere Lösungen. Erstens die Lösung für das "Generalkartell" von Hilferding. In dieser fantastischen Fantasie stellt das Thema überhaupt kein Problem dar. Die zentrale Steuerung der Produktion bestimmt, wohin die Produktionsmittel und Rohstoffe gehen sollen, und teilt gleichzeitig den Konsumenten zu, wie viel für den individuellen Verbrauch zur Verfügung steht. Es ist wahr: Diese Theorie ist ziemlich ärmlich, aber wir können das nicht ändern.

Die zweite Lösung ist die der Berechnung der "gesellschaftlichen Produktionskosten", die sogenannte "prinzipielle Lösung" von Varga. Er will die "gesellschaftlichen Kosten" in den Preis der Produkte einbe-

ziehen. Das kann man aber nicht als "Preispolitik" bezeichnen, denn er will, dass *jedes* gesellschaftliche Produkt um einen festen Prozentsatz erhöht wird. Von einer "Politik" bezüglich der Preise kann daher keine Rede sein. Leider geht Varga nicht auf seine "prinzipielle Lösung" ein, so dass wir mit diesem dürftigen Hinweis zufrieden sein müssen. Diese Theorie kann jedoch mit Leichter weiter verfolgt werden. Wir haben sofort den Vorteil, dass wir dadurch zu einem Autor kommen, der genau weiß, wie man das Problem erfasst. Später werden wir jedoch sehen, dass Leichter seine exakte Lösung aufgibt und sich wiederum an der "Preispolitik" ergötzt. Schließlich sollten wir die Lösung von Marx (in den Randglossen) erwähnen, die sich nicht mit der "Preispolitik" beschäftigt, die die sozialen Kosten nicht in die Produktpreise einbezieht, sondern den Arbeitern weniger Anweisungen auf das gesellschaftliche Produkt gibt.

Wenn wir sowohl die theoretischen als auch die praktischen Lösungen zusammenfassen, besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass die Kosten auf den Preis der Produkte aufgeschlagen werden sollten (außer bei Marx).

Theoretisch ist diese Methode jedoch sehr fragwürdig, da sie uns nie einen guten Überblick darüber gibt, »*wie viel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf.*« (siehe Kap. 7b) Sie behindert daher den richtigen

Einblick in die Rationalität der verschiedenen Betriebsverfahren. Darüber hinaus muss der Prozentsatz der Preise jedes Jahr festgelegt werden, was zu "problematischen Preisschwankungen" führt. Im Übrigen werden die Theoretiker, die den Preis aller Produkte erhöhen wollen, dies nicht tun, sondern auf die übliche "Preispolitik" zurückgreifen. Daher kann es nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung zur kommunistischen Wirtschaft keine genaue Beziehung von Produzent zu Produkt geben. Was die Konsumenten davon haben, bleibt immer eine Ungewissheit: Wir müssen abwarten, was uns "zugeteilt" wird.

Wir können jedoch nicht genug Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass dieses Problem eines der wichtigsten Themen des Kommunismus ist. Deshalb müssen sich die Arbeiter angesichts all der Zukunftsphantasien, die ihnen von verschiedenen Seiten präsentiert werden, immer wieder die Frage stellen: Wie soll das Problem der sozialen Kosten gelöst werden?

Denn das ist eine der hauptsächlichen Wurzeln des Staatskommunismus. Hier findet sich eine der hauptsächlichen Wurzeln der Beherrschung der Arbeiterklasse.

Die privilegierten Klassen werden sich als letzte Position, um ihre Privilegierung aufrechtzuerhalten, auf die Festung der Preispolitik zurückzuziehen.

d. Die Lösung bei Leichter

Der erste, der die Lösung für dieses Problem vorangebracht hat, ist Otto Leichter, und zwar, weil er der erste war, welcher die kommunistische Wirtschaft auf den exakten Boden der "Arbeitszeitrechnung" stellte.

Die erste "Einnahmequelle" für die gesellschaftlichen Kosten liegt in den "Gewinnen" der Unternehmen. Eigentlich ist dies bei Leichter eine merkwürdige Sache. Obwohl es für ihn "am naheliegendsten" ist, den Produktstrom entlang des Weges der "dafür aufgewendeten gesellschaftlichen Arbeitszeit" zu führen (Leichter, S. 38) setzt er dies nicht um. Zwar fasst er die ähnlichen Unternehmen zu einer "Gilde" zusammen, aber er nutzt dies nicht, um den Widerspruch zwischen den verschiedenen Betriebsdurchschnitten und dem gesellschaftlichen Durchschnitt zu lösen. (Siehe hierzu Kapitel 8a.) Die Produktionszeit des schlechtesten, d.h. des "teuersten" Betriebes, gilt als der "Preis" des Produktes, so dass die besser ausgestatteten Betriebe, wie im Kapitalismus, einen "zusätzlichen Gewinn" erzielen können. Von diesen "profitablen" Betrieben sagt er:

»Diese werden dann mit einer Differenzialrente - oder kapitalistisch gesprochen - mit einem Surplusprofit abschneiden, der natürlich nicht dieser Fabrik allein zukommen darf, sondern -

*wiederum kapitalistisch gesprochen - weggesteuert werden muss.*⁷¹

Natürlich sind diese "Einnahmen" nicht ausreichend und für Leichter auch nicht prinzipiell. Wenn er das Thema weiter untersucht, versucht er, es exakter zu erfassen, – was gegenüber allem, was wir auf diesem Gebiet haben, einen wesentlichen Fortschritt darstellt. Erstens will er alle allgemeinen Ausgaben aufaddieren, wie wir es in unserem fiktiven AGA-Budget machten, und dann auch bestimmen, wie viele Arbeitsstunden pro Jahr von *allen* Arbeitern zusammen gearbeitet werden. (Es versteht sich von selbst, dass dafür eine allgemeine gesellschaftliche Buchführung notwendig ist). Indem man diese beiden Zahlen miteinander ins Verhältnis setzt, glaubt Leichter, eine Zahl gefunden zu haben, die angibt, wie viel Arbeitszeit jeder Arbeiter pro Stunde an die Gesellschaft abgeben muss, um alle gesellschaftliche Kosten zu decken. Diesen "Abzug" schafft er dann, indem er die Produktionszeit der Produkte entsprechend der Anzahl der dafür verbrauchten Stunden erhöht. Bevor wir dies näher erläutern, werden wir zunächst wörtlich darlegen, was er dazu gesagt hat:

⁷¹ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 31

*»Jede Produktionsstätte wird also mit einem jährlich bei Aufstellung der Gesamtbilanz, oder - sozialistisch gesprochen - des Wirtschaftsplanes festzustellenden Satz für Verwaltungskosten der Gesamtfabrik rechnen müssen. ... Die Gesamtsumme der Verwaltungskosten, die dadurch auf der gesamten Produktion lasten, werden zu irgendeiner Größe in Beziehung gesetzt, wahrscheinlich am besten zu der Gesamtzahl der in der Produktion und Verteilung geleisteten Arbeitsstunden, und die sich ergebende Verhältniszahl wird bei Berechnung der Gesteungskosten auf die verausgabten Lohnsummen aufgeschlagen werden, **so dass in den Kostenpreis der Ware auch die Kosten der Gesellschaft eingehen.**«⁷²*

Weil Zahlen immer besser sprechen als Worte, wollen wir das Vorhaben von Leichter in fiktiven Zahlen ausdrücken.

Leichter stellt die Frage so:

Das AGA-Budget beläuft sich auf 108 Millionen Arbeitsstunden. Die Gesamtzahl der von allen Arbeitern geleisteten Arbeitsstunden soll 650 Millionen betragen. Pro Stunde und pro Kopf ergibt dies eine gesellschaftlichen Aufwand von $108/650 = 0,166$ Stunden.

⁷² Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 65f. Hervorhebung GIK

Jetzt muss der soziale Aufwand in den Güterpreis einbezogen werden. Zu diesem Zweck nehmen wir wieder unser Beispiel aus der Schuhfabrik (Siehe Kap. 7d). Der Preis bei Leichter sieht nun wie folgt aus:

$$p + r + a + AGA = \text{Preis}$$

$$1.250 + 61.250 + (62.500 \times 1,166) = 135.375$$

Das sind durchschnittlich 3,384 Stunden pro Paar.

Die "Produktionskosten" sind jetzt höher als in unserer Berechnung, was selbstverständlich ist. Die "zusätzlichen Einnahmen" müssen nun von allen Betrieben an die allgemeine Kasse gezahlt werden, womit tatsächlich alle Kosten gedeckt sind.

Wir haben diese weitere Darlegung des Leichterschen Prinzips nicht vorgenommen, weil wir damit einverstanden sind. Im Gegenteil. Die Formulierung ist falsch. Das zeigt sich darin, dass mit dieser Berechnungsmethode sogar mehr als die sozialen Kosten generiert würden. Wir wollen diese "Unsauberkeit" jedoch nicht beseitigen, weil wir das ganze Prinzip ablehnen. Der Fehler ist darauf zurückzuführen, dass Leichter eigentlich keine klare Vorstellung davon hat, was tatsächlich passiert. Dies geht aus der Tatsache hervor, dass er sagt, dass die sozialen Kosten *wahr-*

scheinlich am besten mit der Arbeit ins Verhältnis gesetzt werden können. Die Realität ist jedoch, dass es keine andere Möglichkeit gibt!

e. Die praktische Lösung bei Leichter

Die oben genannten Überlegungen von Leichter sind für ihn jedoch nicht mehr als eine theoretische Spielerei. Er nimmt es aber nicht so ernst. Und für diejenigen, die es nicht verstehen, ist es überhaupt kein Problem, denn Leichter wendet es in der Praxis sowieso nicht an. In der Praxis stört er sich überhaupt nicht an seiner Verhältniszahl. Ja, er schaut sie sich nicht einmal an! Es ist sogar ein Rätsel, warum er will, dass sie berechnet wird. Diese Verhältniszahl ist nur dann sinnvoll, wenn alle Produkte nach diesem Maßstab preislich erhöht werden. Und wie wendet Leichter es an? Nun, wie folgt:

»Es wäre freilich eine Ungerechtigkeit und würde fast wie eine indirekte Steuer wirken, wollte man auf alle Güter, auf die primitivsten wie auf die luxuriösesten, auf die einfachsten wie auf die kompliziertesten auf die unbedingt erforderlichsten wie auf die überflüssigsten den gleichen Generalunkostensatz aufschlagen. Es wird zu den wichtigsten Aufgaben des Wirtschaftsparlamentes oder der Obersten Leitung der Wirtschaft gehören, für jeden Industriezweig oder für jedes Erzeugnis den Generalunkostensatz fest-

zusetzen, immer jedoch so, dass die gesamten Unkosten der Gesellschaft hereingebracht werden. So wird man auch die Möglichkeit haben, die Preispolitik von zentralen Gesichtspunkten aus zu beeinflussen ...»⁷³

Zu unserem Bedauern müssen wir hier feststellen, dass in Leichters Fall die Rede offensichtlich dazu dient, den Gedanken zu verbergen. Um den Vorwurf der "indirekten Steuern" zu vermeiden, will er nicht, dass alle Mitglieder der Gesellschaft die Kosten für Bildung, Gesundheit usw. gleichermaßen tragen, sondern sich scheinbar auf diejenigen mit einem "höheren Einkommen" stützen, nicht auf diejenigen, die von den Ernährungsphysiologen glücklich gemacht wurden. Wir müssen jedoch feststellen, dass dies für uns **tatsächlich** den Charakter der indirekten Besteuerung trägt. Es geht hier um die Kosten der **allgemeinen gesellschaftlichen Einrichtungen**. Warum sollten die Reichen hier mehr beitragen als die physiologisch-wissenschaftlich Ernährten?

Ist das vielleicht Leichters schlechtes Gewissen wegen seiner antagonistischen Verteilung des gesellschaftlichen Produkts?

⁷³ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 66. Hervorhebung durch GIK

Übrigens glauben wir mit Leichter, dass es in der Tat eine der wichtigsten Aufgaben des "Wirtschaftsparlaments" sein wird, zu bestimmen, *welche Produkte* und *wie viel* indirekte Steuern erhoben werden. Natürlich! Das ist ein Kampf um die Verteilung des "Volkseinkommens" und wie diese Verteilung letztendlich zustande kommt, das wird durch **die Kräfteverhältnisse in der Leichterschen Klassengesellschaft** entschieden!

Es wird davon abhängen, wie viel Macht die Arbeiterklasse gegen die "oberste Führung" entwickeln kann.

f. Die marxistische Lösung

Wenn wir von der "marxistischen Lösung" für das Problem sprechen, meinen wir keineswegs, dass Marx sie uns gegeben hat. Ob er sich zu diesem Thema geäußert hat oder nicht, hat nichts damit zu tun. Um das klarzustellen, sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass wir das wichtigste Dokument von Marx zu diesem Thema, die "Randglossen", bei unserer Recherche zu den Problemen der kommunistischen Wirtschaft nicht kannten. Zur Lösung des Problems der "sozialen Kosten" mussten wir uns von der marxistischen Denkweise leiten lassen, die uns direkt mit allen kommunistischen Ökonomen konfrontierte. Erst später, nach Abschluss unserer Untersuchung, haben wir die "Randglossen" in die Hände bekommen, und es stellte

sich heraus, dass unsere Ansichten *völlig* im Einklang mit denen von Marx standen.

Bei der Erforschung der Bewegung des kommunistischen Wirtschaftslebens muss uns bewusst sein, dass jede Gesellschaftsform ihre eigenen wirtschaftlichen "Bewegungsgesetze" hat. Als zentrale Kategorie, die sowohl die Wirtschaft als Ganzes als auch jeden Teil für sich regelt und ordnet, haben wir die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit gefunden.

Dieses Bewegungsgesetz beinhaltet auch eine Lösung für das Problem der "gesellschaftlichen Kosten". Es ist sicherlich "denkbar", dass die Kosten *über den Umweg von "Preiserhöhungen"* gefunden werden können. Aber dann wird das Gesetz der durchschnittlichen Produktionszeit gebrochen, was zu allen möglichen Verwicklungen in der "internationalen" Güterbewegung führt und auch (wie wir später sehen werden) *das Wachstum des Kommunismus behindert*. Die regelnde Funktion der durchschnittlichen Produktionszeit muss **vollständig** beibehalten werden, so dass die "sozialen Kosten" nur durch einen direkten Abzug des Verbrauchergeldes erzielt werden können. **Das ist die grundlegende Lösung**. Ob dieser Abzug direkt im Betrieb erfolgt oder auf andere Weise abgerechnet wird, ist unerheblich.

g. Der Auszahlungsfaktor

Nach dieser prinzipiellen Lösung können wir zu einer konkreteren Betrachtung übergehen. Dazu müssen wir genau verfolgen, was bei der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts tatsächlich passiert. Das ist dann folgendes:

Stellen wir uns zum Beispiel vor, dass alle in einem Jahr hergestellten Güter in einem großen Lager zusammengeführt werden. Aus diesem gesellschaftlichen Bestand nehmen zunächst die sogenannten "produktiven" Betriebe ihre verbrauchten Produktionsmittel und Rohstoffe, um eine neue Produktionsperiode beginnen zu können. Dann nehmen die "öffentlichen" Betriebe so viele Produktionsmittel und Rohstoffe wie in ihrem Budget vorgesehen. *Der Rest wird von allen Arbeitern zusammen* verbraucht.

Das ist die Essenz dessen, *was* tatsächlich passiert. Aber die Art und Weise, *wie* die Verteilung erfolgt, ist natürlich nicht so. In Wirklichkeit findet sie nicht nach einem Jahr statt, sondern zu jeder Minute des Tages. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass das Hauptmerkmal von "produktiven" Betrieben darin besteht, dass sie nicht "kostenlos" arbeiten und sich daher selbst reproduzieren. Sie müssen jedoch überhaupt kein tatsächliches "Produkt" liefern. Zum Beispiel Transportbetriebe, solange sie keine "öffentlichen"

Betriebe sind. All diese Nebenwirkungen *verdunkeln* den wesentlichen Ablauf der Dinge.

Wir werden diese Schleier vorerst so belassen, wie sie sind, und wir wollen anhand von Zahlen den wesentlichen Prozess, wie er oben formuliert wurde, noch einmal veranschaulichen. Zu diesem Zweck gehen wir davon aus, dass das Budget für die "produktiven" Betriebe wie folgt ist:

$(P + R) + A = \text{Produktmasse}$

100 Millionen + 600 Millionen + 600 Millionen =
1.300 Millionen Arbeitsstunden

Aus dieser Produktmasse von 1.300 Millionen Arbeitsstunden erneuern diese Betriebe zunächst ihre Produktionsmittel und Rohstoffe *und hinterlassen eine Produktmasse, welche 600 Millionen Arbeitsstunden verkörpern.*

Aus diesem Rest müssen die Erfordernisse der öffentlichen Betriebe gedeckt werden. Damit wird deutlich, dass die "sozialen Kosten" *allein von der lebendigen Arbeitskraft getragen werden können.*

Wenn wir mit der Verteilung des gesamten gesellschaftlichen Produktes fortfahren, müssen wir das Budget für die sozialen Betriebe aufstellen, wie bereits erwähnt wurde.

Das war:

$(P_o + R_o) + A_o = \text{"Dienstleistungen"}$

8 Millionen + 50 Millionen + 50 Millionen = 108 Millionen Arbeitsstunden

Gemäß diesem Budget benötigen die öffentlichen Betriebe Produkte 58 Millionen an Arbeitsstunden, um ihre Produktionsmittel und Rohstoffe zu erneuern. Diese werden daher von den verbleibenden 600 Millionen abgezogen, so dass 542 Millionen Arbeitsstunden an Produkten verbleiben. Diese 542 Millionen entsprechen dem individuellen Verbrauch *aller Arbeiter*.

Die Frage ist nun: Wie viel ist das für jeden Arbeiter? Um eine Antwort auf diese Frage zu geben, müssen wir feststellen, *welchen Teil* jeder vom Produkt erhält. Damit ist dann das Problem gelöst.

Alle Arbeiter zusammen leisten 650 Millionen Arbeitsstunden. (In den "produktiven" Betrieben 600 Millionen und in den "öffentlichen" Betrieben 50 Millionen.) Es stehen jedoch nur noch 542 Millionen Arbeitsstunden für die Konsumtion zur Verfügung. Jeder bekommt also nur den $542 : 650 = 0,83$ Teil.

Die auf diese Weise erhaltene Zahl, die angibt, welchen Teil ihrer Arbeit die Arbeiter als Arbeitsgeld

empfangen, nennen wir, kurz gesagt, *den Auszahlungsfaktor*, obschon es besser wäre von dem "*Faktor des individuellen Konsums*" zu sprechen. In unserem Beispiel ist er 0.83, woraus hervorgeht, dass ein Arbeiter, der 40 Stunden gearbeitet hat, davon nur $0,83 \times 40 = 33,2$ Arbeitsstunden an Arbeitsgeld für den Konsum erhält.

Jetzt werden wir uns zum dritten Mal mit dem gleichen Thema befassen. Zuerst gaben wir die "prinzipielle Lösung", dann diese Lösung in Zahlen und jetzt werden wir sie in eine allgemeine Form bringen. Es ist also immer genau dasselbe, aber anders ausgedrückt. Was ist die allgemeine Form für den Auszahlungsfaktor?

Das Problem ist die Verteilung von A. Davon wird abgezogen ($P_o + R_o$), so dass $A - (P_o + R_o)$ übrig bleibt.

Der Rest wird verteilt über $A + A_o$ Arbeitsstunden, woraus hervorgeht, dass für jeden zur Verfügung steht:

$$\frac{A - (P_o + R_o)}{A + A_o}$$

Ersetzen wir jetzt der Deutlichkeit halber die Buchstaben der Formel mit den konkreten Zahlen unseres Beispiels und nennen wir den Auszahlungsfaktor *Faktor individueller Konsum* (FIK), dann ist:

$$\text{FIK} = \frac{600 - 58}{600 + 50} = \frac{542}{650} = 0,83$$

Diese Berechnung, die sehr einfach ist, ist möglich, weil alle Betriebe genau Buch führen über ihren Verbrauch an Produktionsmitteln, Rohstoffen und lebendiger Arbeit. Die allgemein gesellschaftliche Buchhaltung, welche durch einfaches "Übertragen" den Strom der Produkte registriert, verfügt auf einfache Weise über alle Daten, welche für die Feststellung des Auszahlungsfaktors notwendig sind. Sie ergeben sich aus einer einfachen Summierung im Giroamt.

Bei diesem Gang von Produktion und Distribution wird von niemand etwas "zugewiesen". Es ist keine Verteilung durch Personen, sondern diese erfolgt durch die sachliche Produktion selber. Das Verhältnis der Produzenten zum gesellschaftlichen Produkt liegt in den Dingen selbst. Das ist dann auch die Erklärung des Geheimnisses, dass ein Staatsapparat in der Produktion nichts zu suchen hat. Das ganze Betriebsleben steht auf einem sehr realen Boden, weil die Produzenten und Konsumenten den ganzen Prozess selbst leiten und verwalten können, und es zugleich keinen Nährboden für Ausbeutung und Unterdrückung gibt. Nur auf dieser Grundlage werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Staat "abstirbt" und seinen Platz im Museum der Altertümer erhält, neben dem Spinnrad und der bronzenen Axt.⁷⁴

⁷⁴ F. Engels, MEW 19, S.224

h. Der Wachstumsprozess des Kommunismus

Bei unseren Überlegungen zum Auszahlungsfaktor ist es wichtig, auch hier den Wachstumsprozess im Blick zu haben, da dieser eng damit verbunden ist.

Als charakteristisches Merkmal öffentlicher Betriebe haben wir erwähnt, dass hier "Nehmen nach Bedürfnissen" erreicht wurde, so dass hier das Maß der Arbeitszeit für den individuellen Verbrauch keine Rolle mehr spielt. Mit dem Wachstum des Kommunismus wird dieser Betriebstyp wahrscheinlich immer mehr ausdehnt werden, so dass auch Lebensmittelfürsorge, Personentransport (dies ist auch individueller Konsum!), Wohnungsfürsorge usw., kurz: die Befriedigung der *allgemeinen Bedürfnisse*, auf diesen Boden zu stehen kommen. Natürlich muss immer im Voraus überlegt werden, ob eine solche Verteilung für eine bestimmte Branche nicht zu große Opfer für die Gesellschaft mit sich bringt. In jedem Fall handelt es sich bei dieser Entwicklung um einen *Prozess*, der sich, soweit es sich um die technische Seite der Aufgabe handelt, schnell vollziehen kann. Je mehr die Gesellschaft in dieser Richtung wächst, je mehr Konsumgüter nach diesem Prinzip verteilt werden, desto weniger wird die individuelle Arbeit das Maß für die individuelle Konsumtion sein. Obwohl die Arbeitszeit die Rolle spielt, das Maß

für die individuelle Verteilung zu sein, *wird dieses Maß im Laufe der Entwicklung vernichtet!*

In diesem Zusammenhang erinnern wir an das, was Marx von der Verteilung sagte (siehe Kap. 3b):

»Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten. Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit.«⁷⁵

Was wir in unseren Betrachtungen zeigen, ist, dass der Weg der Vergesellschaftung der Verteilung von Konsumgütern klar und deutlich bestimmt ist. Die Arbeitszeit ist immer nur das Maß für den **noch** individuell zu distribuierenden Teil des gesellschaftlichen Produkts.

Dieser Prozess von der Vergesellschaftung der Verteilung vollzieht sich nicht automatisch, sondern ist gebunden an die Initiative der Arbeiter. Aber es gibt dann auch Raum für diese Initiative. Ist die Produktion so weit geordnet, dass eine gewisse Branche, welche ein Endprodukt für den individuellen Bedarf schafft, "glatt" verläuft, dann steht nichts im Wege,

⁷⁵ K. Marx, Das Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 93

diesen Betrieb bei den öffentlichen Betrieben einzugliedern. *Alle Berechnungen in diesen Betrieben bleiben doch dieselben.*

Hier brauchen die Arbeiter nicht zu warten, bis es den Herren Staatsangestellten passt, bis diese Herren die Branche genügend in der Hand haben. Weil jeder Betrieb oder Komplex von Betrieben in der Rechnung eine geschlossene Einheit ist, können die Produzenten selbst die Vergesellschaftung vollziehen. Gerade durch die eigene Verwaltung ist die Produktion sehr beweglich.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass das Wachsen des Kommunismus an verschiedenen Orten verschieden schnell verlaufen wird. In dem einen Betrieb wird der Bedarf an "kulturellen" Einrichtungen sich kräftiger geltend machen als, wie in dem anderen. Durch die Beweglichkeit der Produktion ist diese Differenz im Wachstum auch möglich. Wenn die Arbeiter in dem einen Bezirk z. B. noch mehr öffentliche Lesehallen einrichten wollen, so können sie das ohne weiteres. Es kommen dann neue Institutionen hinzu, welche eine mehr lokale Bedeutung haben, so dass die benötigten Kosten auch von dem betreffenden Bezirk getragen werden müssen. Für diesen Bezirk wird der Ausbezahlungsfaktor abgeändert, was sich wie eine „lokale Steuer“ auswirkt. So können

die Arbeiter das Leben in seiner tausendfachen Schattierung selber gestalten.

Gerade dieser Wachstumsprozess des Kommunismus macht es notwendig, dass die "sozialen Kosten" über einen Auszahlungsfaktor und nicht über den Umweg von "Preiserhöhungen" ermittelt werden, da dies die Selbstaktivität und die Gestaltung des eigenen Lebens direkt einschränken würde.

Der Wachstumsprozess des "Nehmens nach Bedürfnissen" bewegt sich in festen Grenzen und ist eine bewusste Handlung der Gesellschaft, während die Geschwindigkeit des Wachsens in der Hauptsache bestimmt wird von der "Entwicklungshöhe" der Verbraucher. Je schneller sie lernen, sparsam mit dem gesellschaftlichen Produkt zu wirtschaften, d. h. es nicht unnötig zu verbrauchen, desto schneller wird die Verteilung vergesellschaftet werden können.

Für die Berechnungen in der Gesamtproduktion macht es wenig aus, ob es viele oder wenige öffentliche Betriebe gibt. Sobald ein Betrieb, der früher sein Produkt gegen Arbeitsgeld in den individuellen Verbrauch gab, zum öffentlichen Typ übergeht, wird das Gesamtbudget für öffentliche größer und das der "produktiven" Betriebe immer kleiner. Der Auszahlungsfaktor wird also immer kleiner in dem Maße, wie der Kommunismus wächst. Ganz verschwinden kann

er wahrscheinlich nie, weil es in der Natur der Sache liegt, dass nur solche Betriebe zum öffentlichen Typ übergehen können, welche die *allgemeinen Bedürfnisse* versorgen. Die mannigfachen Bedürfnisse, welche der besonderen Eigenart der verschiedenen Menschen entspringen, werden wohl kaum in die gesellschaftliche Verteilung aufgenommen werden können. Wie dies aber auch sei, es ist nicht prinzipiell. Die Hauptsache ist, dass der allgemeine Wachstumsprozess des Kommunismus fest vorgezeichnet ist, während die besonderen Schattierungen durch die Praxis des Lebens gebildet werden.

i. Gemischte Betriebe

Um Missverständnisse zu vermeiden, ist es jedoch notwendig, auf eine Komplikation hinzuweisen, die die Vergesellschaftung der Verteilung für die Bestimmung des Auszahlungsfaktors mit sich bringt. Der Punkt ist, dass diese Vergesellschaftung auch Betriebe in den öffentlichen Bereich bringt, die nicht ausschließlich für den individuellen Konsum arbeiten. Zum Beispiel ein Elektrizitätswerk. Soweit es Licht und Strom an Haushalte liefert, arbeitet es für den individuellen Verbrauch. Soweit der Strom jedoch an die verschiedenen Betriebe übertragen wird, fungiert er als *Robstoff*. Entsprechend sollte dies bei der Berechnung

der Produktionszeit der Produkte berücksichtigt werden. Mit anderen Worten, die Elektrizitätswerke **dürfen** hier **nicht** "kostenlos" liefern. Aus diesem Grund sollte die Beförderung von Gütern niemals in die Kategorie "Nehmen nach Bedarf" aufgenommen werden, da ein Endprodukt erst am Bestimmungsort ein Verbrauchsartikel ist.

Diese Betriebe, die "Nehmen nach Bedarf" für den individuellen Konsum realisieren und ihr Produkt andererseits als Produktionsmittel oder als Rohstoff im Produktionsprozess verbrauchen, werden als *gemischte* Betriebe bezeichnet. Es versteht sich von selbst, dass ihre Zahl mit zunehmender Vergesellschaftung der individuellen Verteilung zunehmen wird.

Es ist nun aber die Frage, welche Komplikationen dies für den Auszahlungsfaktor mit sich bringt, da der Verbrauch von den gemischten Betrieben nicht vollständig durch die "gesellschaftlichen Kosten" gedeckt ist, sondern nur für den Teil, der "kostenlos" arbeitet.

Sobald das AGA-Budget auch gemischte Unternehmen umfasst, enthält es zum einen eine Aussage darüber, wie viele Produktionsmittel und Rohstoffe der Gesellschaft entzogen werden, und zum anderen, wie viele Produktionsmittel und Rohstoffe von ihnen im Produktionsprozess weitergegeben werden. Durch einen einfachen Abzug ermitteln wir dann, wie viele

Produktionsmittel und Rohstoffe noch durch die "sozialen Kosten" gedeckt sind.

Für diejenigen, die Formeln lieben, möchten wir das oben Gesagte im Auszahlungsfaktor zum Ausdruck bringen. Und wer keine Lust dazu hat, kann es überspringen, weil es genau dasselbe sagt, aber nur in einer anderen "Sprache".

Betrachtet man den Verbrauch von Produktionsmitteln und Rohstoffen im AGA-Budget ($P_o + R_o$) und den in der Produktion weitergeleiteten Betrag ($P'_o + R'_o$), so wird das AGA-Budget nur mit folgenden Beträgen belastet

$$(P_o + R_o) - (P'_o + R'_o)$$

Dementsprechend wird der Auszahlungsfaktor:

$$FIK = \frac{A - \{(P_o + R_o) - (P'_o + R'_o)\}}{A + A_o}$$

11.

Die Buchführung als ideelle Zusammenfassung des Produktions- und Distributions- prozesses

a. Die Bedeutung der Buchhaltung im Allgemeinen

Die Buchführung eines kapitalistischen Betriebs hat im Allgemeinen den Sinn, dass sie dem Unternehmer einen Einblick geben muss, ob er *gewinnbringend* oder mit *Verlust* gearbeitet hat, wozu er alle seine Einnahmen und Ausgaben oder seine Vermögenswerte und Schulden erfasst. Neben diesem allgemeinen Überblick geben ihm die einzelnen Teilbereiche in den Büchern einen Einblick in alle Bewegungen seines Vermögens. Wenn der Kapitalist in seinem Büro seine Firmenbücher überprüft, findet er dort eine Zusammenfassung des Produktions- und Vertriebsprozesses seines Betriebes. Er sieht, was und wie viel in den Betrieb eingebracht wurde und was und wie viel wieder herausgegangen ist. Es ist wichtig zu beachten, dass die Buchhaltung eine völlig *passive* Funktion ist: Die Buchhaltung ist nichts anderes als eine Art Foto dessen, was

im Betrieb passiert ist. Es ist eine Art Verkleinerungsspiegel, der die Ereignisse der riesigen Fabrikanlagen in prägnanter Form wahrheitsgemäß wiedergibt. *Die Buchhaltung ist die ideelle Zusammenfassung des Betriebes.*

Die kommunistische Gesellschaft hat auch ihre ideelle Zusammenfassung in ihren Büchern. Auch hier finden wir eine *genaue Aufzeichnung des Güterverkehrs*, der durch den Betrieb fließt. Einerseits erhalten wir einen Überblick über den Umfang der gesellschaftlichen Arbeit, die in Form von Rohstoffen und Produktionsmitteln *in den Betrieb fließt*, andererseits sehen wir die gelieferten Produktmengen, die wieder *herausströmen*.

Darüber hinaus finden wir hier eine genaue Angabe darüber, wie viele Arbeitsstunden für den Umwandlungsprozess vom Rohstoff zum Produkt benötigt wurden. Oder, um es mit dem oben genannten konkreten Beispiel zu veranschaulichen:

$$(p + r) + a$$

Maschinen + Rohstoffe + Arbeit = 40.000 Paar Schuhe

$$1.250 \text{ Arbeitsstunden} + 61.250 \text{ Arbeitsstunden} + 62.500 \text{ Arbeitsstunden} = 125.000 \text{ Arbeitsstunden}$$

b. Der Giroverkehr als "Verrechnung"

Sobald jedoch Güter in den Betrieb ein- oder ausgelagert werden, tritt er in Kontakt mit anderen Betrieben.

Und da es sich um eine der "Laienvorstellung" des Kapitalismus wie auch des Kommunismus handelt, wenn man glaubt, dass Güter ohne Verrechnung transferiert werden können, muss der empfangende Betrieb die eingehenden Güter gegen den liefernden Betrieb "verrechnen". Die Frage ist, *wie dies geschieht*. Im Kapitalismus geschieht dies entweder durch direkte Zahlung in bar oder (und das ist die übliche Art der "Verrechnung") durch Auszahlung des Betrages über eine Bank oder ein Girokonto. In diesem Fall handelt es sich lediglich um eine Übertragung oder einen Transfer. Die Zahlungen erfolgen, ohne dass das Geld in Umlauf gebracht wird, es handelt sich um einen "bargeldlosen" Verkehr.

Leichter ist der Meinung, dass die Lebenspraxis entscheiden muss, ob diese beiden Verrechnungsformen auch im Kommunismus erhalten bleiben sollen. Er sagt dazu:

»Alle sachlichen Voraussetzungen der Produktion, alle halbfertigen Materialien, alle Rohstoffe, alle Hilfsmaterialien, die von anderen Produktionsstätten an die verarbeitende geliefert werden, werden ihr ja berechnet, fakturiert. Die Frage, ob es dabei

zur Barzahlung mit Arbeitsstunden oder zu buchmäßigen Belastungen, also zu "bargeldlosem" Verkehr kommt, wird am besten die Praxis lösen.»⁷⁶

Tatsächlich wird die Praxis ein entscheidendes Wort mitsprechen. Im Prinzip ist aber eine Zahlung mit Arbeitsstundengeld in Umgehung des Giroamtes grundfalsch. Deshalb lehnen wir dies hier, wo es doch um eine theoretische Studie geht, entschieden ab. Im Laufe der Entwicklung müssen alle Verrechnungen von einer zentralen Girozentrale durchgeführt werden. Denn so wie jeder einzelne Betrieb eine ideelle Abbildung seines Produktionsprozesses braucht, so viel mehr ist diese für das gesamte Betriebsleben der Gesellschaft notwendig. Verlaufen *alle Verrechnungen* über das Giro, dann haben wir hier *eine vollständige Erfassung des Güterverkehrs durch die gesamte Gesellschaft*. Es ist die allgemeine gesellschaftliche Buchführung des Produktions-/Verteilungsprozesses. Wenn jedoch einige der Verrechnungen außerhalb dieser Konten stattfinden, haben wir diese Registrierung nicht, d.h. es kann nicht von einem allgemeinen gesellschaftlichen Verrechnungssystem gesprochen werden!

⁷⁶ Otto Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, S. 68

Das ist einer der Gründe, warum der Kommunismus die direkte Verrechnung in Arbeitsstundengeld ablehnen muss, und deshalb verwenden wir nicht den Begriff Arbeitsgeld, sondern sprechen von *Verbrauchsgeld*. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass diese "Anweisungen auf Produkte" nur für den Kauf einzelner Konsumgüter und *nicht* für die Abrechnung zwischen Betrieben verwendet werden können.

c. Begriffsumwandlung: Keine "Einnahmen" - keine "Ausgaben"

Nach diesen Vorbemerkungen können wir uns die kommunistische Buchführung der einzelnen Betriebe genauer ansehen. Obwohl es für viele wie "Haarsplaterie" erscheinen mag, wollen wir es tun, weil es unser Verständnis *für das Wesen* des Kommunismus vertieft. Wir werden sehen, dass die Rechnungslegungsbegriffe – Gewinn und Verlust, Einnahmen und Ausgaben, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – im Kommunismus ihre Gültigkeit verlieren. Auch wenn ein Großteil dieser Begriffe im Kommunismus im Sprachgebrauch weiterleben wird, ist es notwendig zu verstehen, dass sie *einen ganz anderen Inhalt* angenommen haben.

Um den Charakter der Begriffsänderungen zu erkennen, müssen wir von den neuen gesellschaftlichen Beziehungen, d.h. *der neuen Rechtsordnung* ausgehen. Das

heißt, weder der Betrieb noch das hergestellte Produkt sind Eigentum der Betriebsorganisation: Es handelt sich um Gemeinschaftsgüter, die sie "im Namen der Gesellschaft" verwaltet. Die Vorgänge im Betrieb können daher nicht als Veränderung der Vermögenswerte und Schulden des Betriebes angesehen werden und sind daher nicht mit tatsächlichen "Erträgen" und "Aufwendungen" verbunden. Der Betrieb kann von der Menge der Güter sprechen, die er *aus* der Gesellschaft genommen hat und die er an die Gesellschaft *weitergibt*.

Sobald ein Betrieb Produkte geliefert hat, wird dies in der Betriebsbuchhaltung vermerkt und dieser Betrag wird vom Girokonto der empfangenden Firma auf das Konto der liefernden Firma gebucht. Das bedeutet aber nur, dass die Gesellschaft diesen Güterverkehr registriert hat. Der Betrag erscheint somit in den Geschäftsbüchern, hat aber nicht den Charakter von "Einkommen". Es handelt sich um eine einfache Registrierung.

Dasselbe gilt, wenn der Betrieb Produktionsmittel oder Rohstoffe von einem anderen Betrieb bezieht. Dabei wird zwar festgestellt, wie viele Arbeitsstunden für dieses Produkt von der Gesellschaft in Anspruch genommen wurden, und obwohl das allgemeine Giroamt diesen Betrag auf ein anderes Konto überweist, handelt sich jedoch keineswegs um "Ausgaben", so

wie es für den anderen Betrieb keine "Einnahmen" sind. Auch hier handelt es sich lediglich um eine Registrierung des Güterverkehrs. Anstelle von Soll und Haben in der heutigen Buchhaltung sollten daher die Bezeichnungen verwendet werden:

Aus der Gemeinschaft herausgenommen

Was als Produktionsmittel oder als Rohstoff in den Betrieb gelangt, ausgedrückt in Arbeitsstunden. Ebenso der Verbrauch von Verbrauchsgeld

In die Gemeinschaft weitergegeben

Die Menge des gelieferten Produkts.

d. Begriffsumwandlung: Kein "Gewinn" - kein "Verlust"⁷⁷

So wie der Betrieb nicht über "Einnahmen" oder "Ausgaben" verfügt, so auch nicht über "Gewinne" oder "Verluste". Die Betriebsorganisation erfasst nur, wie viel gesellschaftliche Arbeit sie der Gesellschaft in Form von p , r und lebender Arbeit abgenommen hat, und gibt *denselben Betrag* an die Gesellschaft zurück,

⁷⁷ In dieser Betrachtung gehen wir wie immer davon aus, dass das Betriebsleben "planmäßig" verläuft und es keine zusätzlichen Störungen gibt. Nur so kann man *das Wesen* der Sache verstehen und so zu einem klaren Verständnis kommen.

aber *in anderer Form*, in Form des von ihr produzierten Produkts. *Sie kann* daher keine "Überschüsse" oder "Defizite" aufweisen. Wir können dasselbe Phänomen auch anders ausdrücken: Wir können auch sagen, *dass die Rentabilität unbekannt ist!*

Aber auch wenn die Rentabilität unbekannt ist, ist die Rationalität des Betriebs sehr bekannt. Es kann durchaus sein, dass die Gesellschaft der Meinung ist, dass die Menge der gelieferten Produkte zu gering ist. Dies würde nicht bedeuten, dass der Betrieb mit einem "Defizit", mit einem "Verlust" arbeiten würde, aber es würde zeigen, dass in diesem Betrieb die Produktionszeit des Produkts zu hoch über dem sozialen Durchschnitt liegen würde.

Die Gesellschaft oder im Namen der letzteren die Betriebsorganisationen des gesamten Industriesektors könnten diesen Betrieb *zur Rechenschaft* ziehen, so dass er erklären sollte, *warum* seine Produktionszeit so viel höher ist als in anderen ähnlichen Betrieben.

e. Die Bedeutung der kommunistischen Buchhaltung

Und das bringt uns zu dem charakteristischen Unterschied zwischen kapitalistischer und kommunistischer Buchführung. Beide geben eine ideelle Zusammenfas-

sung des Betriebes wieder, aber im Falle des Kapitalismus ist es wichtig, festzustellen, ob Gewinn oder Verlust gemacht wurde, während es im Falle des Kommunismus neben der Selbstkontrolle über die Produktion im Betrieb auch um die *verantwortungsvolle Verwaltung der gesellschaftlichen Güter* geht, die an die Gesellschaft weitergegeben werden.

f. Die allgemeine gesellschaftliche Buchhaltung

Die ideelle Zusammenfassung des Betriebslebens in der allgemeinen gesellschaftlichen Buchführung ist keine "imaginäre" oder konstruierte Maßnahme, sondern das "natürliche" Ergebnis der strikten Einführung der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitszeit als tragende Kraft von Produktion und Verteilung. Dadurch wird das gesamte Betriebsleben zu einer Einheit, während die Erfassung des Gütertransfers "automatisch" einen Gesamtüberblick über das gesamte gesellschaftliche Handeln gibt. Auf diese Weise entsteht also die allgemeine Buchhaltung über die Produktion und den Konsum der Gesellschaft als Ganzes. Hier finden wir einen Überblick über das gesamte gesellschaftliche "Inventar" (siehe Kap. 3b) sowie eine Beschreibung, wie es verwendet wird.

Natürlich gibt es in diesem "Inventar" keine Informationen wie beispielsweise: so viele Bohrer, so viele

Drehmaschinen, so viele Spitzhacken usw. usw. Es zeigt sich jedoch, mit wie vielen Produktionsmitteln jeder Industriezweig arbeitet, wie viel Rohstoffe und lebendige Arbeit er verbraucht. Mit anderen Worten, es zeigt, wie die gesellschaftliche Arbeit in fester Form (Produktionsmittel und Rohstoffe) und in fließender Form (lebendige Arbeit) auf die verschiedenen gesellschaftlichen Aktivitäten verteilt ist. Das bedeutet dann aber auch, dass alle Elemente für eine so genannte "planmäßige" Produktion hier zu finden sind.

Diese Buchhaltung ist Buchhaltung im wahren Sinne des Wortes, sie ist *nicht mehr* als Buchhaltung. Allerdings ist sie der zentrale Punkt, wo alle Strahlen des Betriebslebens zusammenfließen, aber diese ökonomische Zentrale hat nicht die Führung, nicht die Verwaltung und auch nicht die Verfügungsmacht über Produktion und Verteilung. Die "Betriebsorganisation der allgemein gesellschaftlichen Buchhaltung" hat nur in einem Betrieb etwas zu sagen, in ihrem eigenen. Das ergibt sich aber nicht aus diesem oder jenem Dekret des Rätekongresses, ist auch nicht abhängig vom guten Willen der Arbeiter des Verrechnungsamtes, sondern wird bestimmt vom Gang der Produktion selbst.

12.

Die Aufhebung des Marktes

a. Bei den Bolschewiki: Der Oberste Volkswirtschaftsrat verteilt das gesellschaftliche Produkt.

Die Russische Revolution hat uns nicht nur gezeigt, dass die Produktion ohne Recheneinheit ein kindliches Hirngespinnst naiver Fantasten ist, sondern auch eine lebhaftere Aufklärung über die geheimnisvolle, viel diskutierte Frage der "Abschaffung des Marktes" gegeben. Das war schon immer ein sehr schwieriges Thema. Ja, Marx hatte gut reden! Er konnte sagen, dass im Kommunismus der Markt aufgehoben würde, aber wie würden die Betriebe an ihre Produktionsmittel und Rohstoffe kommen, wenn sie sie nicht mehr auf dem Markt erhalten könnten? Und wie würden die Arbeiter ihre Lebensmittel bekommen, wenn der Markt nicht als Vermittler zwischen Produzenten und Konsumenten fungieren würde?

Die Bolschewiki versuchen, das Problem zu lösen, indem sie das "Generalkartell" von Hilferding umsetzen. Die gesamte Produktion und Verteilung würde ohne Geld, ohne Markt und ohne Produktpreise wie ein riesigen Monsterbetrieb funktionieren. Die Entwicklung zur Auflösung des Marktes verlief sehr schnell, da der

Wert des Rubels so schnell fiel, dass die Güterpreise stundenweise stiegen. Für Geld war bald fast nichts mehr verfügbar, so dass die gesamte Nahrungsmittelversorgung fast vollständig in die Hände des Staates überging.

Sinowjew schreibt dazu:

»Wenn bei uns in Russland der Geldwert sinkt, so ist das gewiss sehr schwer für uns zu ertragen ... Aber wir haben einen Ausweg, eine Hoffnung. Wir gehen der völligen Aufhebung des Geldes entgegen. Wir naturalisieren den Arbeitslohn, wir führen kostenlose Straßenbahnbenutzung ein, wir haben freien Schulunterricht, kostenloses, wenn auch einstweilen schlechtes Mittagessen, freie Wohnung, Beleuchtung usw. Wir führen das sehr langsam durch, unter äußerst schwierigen Umständen, wir müssen ununterbrochen kämpfen, aber wir haben einen Ausweg, eine Hoffnung, einen Plan ...«⁷⁸

In der Tat wurde das gesamte Wirtschaftsleben in den Städten auf diese Weise reguliert (die Bauern waren ausgeschlossen), so dass das Kommissariat für Lebensmittelversorgung (das Narcomprod) 38 Millionen Menschen betreute. Berücksichtigt man, dass Telefon, Wasserversorgung, Gas, Strom, Miete, Verkehrsmittel und Treibstoff kostenlos bereitgestellt wurden, kann

⁷⁸ G. Sinowiew, "Zwölf Tage in Deutschland", S. 74. Zitiert bei F. Pollock "Planwirtschaftliche Versuche in der Sowjetunion 1917 – 1927, S. 73

man mit Recht sagen, dass der "Markt" in den Städten abgeschafft wurde.

Es scheint daher, dass wir hier eine ausgezeichnete Grundlage für die Untersuchung im Hinblick auf die Frage der Aufhebung des Marktes haben. Dies ist jedoch nur in sehr begrenztem Umfang der Fall, da diese "Vergesellschaftung der Verteilung" unter sehr ungünstigen Bedingungen durchgeführt werden musste. Russland wurde von Bürgerkriegen erschüttert, was bedeutete, dass das Produktionssystem weitgehend auf die Kriegsproduktion ausgerichtet sein musste und ein erheblicher Teil der Industriearbeiter aus der Produktion genommen wurde. Infolgedessen konnten die Bauern überhaupt nicht mit Industrieprodukten versorgt werden, so dass sie ihr Getreide liefern mussten, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten. Unter diesen Umständen ist es naheliegend, dass sich die Bauern geweigert haben, ihr Land zu bewirtschaften, so dass es immer weniger zu verteilen gab.

Wir geben diese Informationen, um zu zeigen, dass die russische Vorstellung von der Aufhebung des Marktes sehr schlechte Chancen hatte, realisiert zu werden. Das Fiasko welches das Konzept schließlich erlitt, könnte daher von den Anhängern dieser Position aus den Umständen erklärt werden. Eine Beurteilung der Möglichkeit eines solchen Systems wäre nur dort möglich, wo es tatsächlich vollständig umgesetzt werden

konnte. Wir könnten daher die Probleme der Abschaffung des Marktes in Russland in der Praxis nur dann untersuchen, wenn wir in der Lage wären, den Bauern *doch* alle möglichen Produkte zu liefern. Leider war dies nicht der Fall, und so ist das einzige Ergebnis, dass wir eine klare Vorstellung davon haben, was die Russen mit der Aufhebung des Marktes meinen. Dies an sich ist jedoch von großer Bedeutung.

Die russische Sichtweise sieht wie folgt aus:

Die Bolschewiki wollten den Markt durch Produktions- und Verbrauchsstatistiken ersetzen. Der Oberste Volkswirtschaftsrat würde in Verbindung mit dem Narcomprod statistisch die Mengen an Brot, Zucker, Fleisch, Textilwaren usw. bestimmen, die zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung benötigt werden. Dementsprechend würde der Oberste Volkswirtschaftsrat dann den Betrieben Produktionsaufträge erteilen. Der Oberste Volkswirtschaftsrat hatte einen Überblick über die Bedürfnisse, er kannte die Produktivkräfte und würde nun die Produktion für die Bedürfnisse der Menschen einrichten. Voraussetzung für eine solche Produktionssteuerung war, dass die Führung und Leitung des gesamten Betriebslebens in den Händen des Obersten Volkswirtschaftsrats konzentriert war.

Tatsächlich liefert die Untersuchung, soweit wir das bisher getan haben, keinen Anlass zu neuen Einschätzungen. Es ist die Verwirklichung einer alten Theorie, die wir bereits bei der Diskussion über Sebastian Faures "libertären Kommunismus" angetroffen haben.

Die Praxis hat jedoch bereits gezeigt, dass es in einem solchen System in der Realität keine Produktionskalkulation geben kann (siehe Kap. 2d), so dass auch keine geplante Produktion stattfinden kann.

b. Der Oberste Volkswirtschaftsrat "verteilt" die Arbeitskraft

Diese praktischen Erfahrungen mögen für die Arbeiter jedoch nicht von überzeugender Bedeutung sein. Wir werden daher die Praxis jetzt aus einem ganz anderen Blickwinkel sprechen lassen! Die Praxis hat bereits gezeigt, dass die Produzenten in diesem System nichts anders als der Spielball derer sind, die über die Produktionsmittel und das gesellschaftliche Produkt verfügen. Der Oberste Volkswirtschaftsrat ist für die Verteilung des "Volkseinkommens" zuständig. Er entscheidet, welcher Teil des Produkts für den Verbraucher bestimmt ist, wie viel zur Erweiterung des Produktionsapparates verwendet wird – und mit welchem Teil er seine beherrschende Stellung im Staatsapparat stärkt.

Möge es daher für die Arbeiter noch nicht überzeugend sein, dass eine solche Produktion unmöglich ist, die politische Bedeutung ist viel wichtiger.

In der immer größeren Konzentration des Produktionsapparates in den Händen des Staates **sehen wir die Formen, worin die Diktatur des Proletariats in die Diktatur über das Proletariat übergeht!!!**

Das ist die politische Lehre, die wir aus der russischen "Aufhebung des Marktes" ziehen müssen. Und diese wird dringend benötigt! Denn unter den revolutionären Arbeitern finden wir immer noch die weit verbreitete Meinung, dass die ersten Jahre der russischen Revolution eine Entwicklung in Richtung Kommunismus zeigten, aber dass mit der Einführung der NÖP, mit der Wiedereinführung des Marktes, diese in kapitalistische Bahnen umgeleitet wurde. Unsere Untersuchung zeigt, dass diese Ansicht *falsch* ist. Die Entwicklung der ersten Jahre war eine Entwicklung hin zu einer immer stärkeren Versklavung der Arbeiterklasse, einer Versklavung, die mit der Konzentration der Produktivkräfte, mit dem Wachstum des "Kommunismus" Schritt hielt. Jeder weitere Schritt in Richtung Versorgung in "Naturalien" bedeutete eine stärkere Abhängigkeit vom Zentralapparat. Schließlich war die Situation so, dass die Produktionsleiter über eine riesige Armee von Sklaven verfügten und *sie* festlegten,

wie viel Produkt sie dieser Armee als Lohn zuweisen würden.

Vielleicht werden viele Leser diese Formulierung für übertrieben halten. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Wir werden es beweisen! Diese Versklavung kam nicht, weil Lenin, Trotzki usw. so machtbesessen waren, sondern *weil es keinen anderen Weg gab*. Wenn die Verwaltung und Kontrolle des riesigen Produktionsapparates in den Händen eines Obersten Volkswirtschaftsrates liegt, **dann müssen sie auch Zugriff auf das menschliche Material haben!**

Die Praxis der Russischen Revolution hat das bewiesen. Wir wollen nun zeigen, wie in diesem System jede *individuelle* Freiheit aufgehört hat und jeder nur den Anweisungen der Produktionsleiter folgen muss.

Trotzki nimmt normalerweise kein Blatt vor den Mund, und so erklärt er:

»Wenn wir ernsthaft von einer planmäßigen Wirtschaft sprechen wollen, wenn die Arbeitskraft in Übereinstimmung mit dem Wirtschaftsplan im gegebenen Entwicklungsstadium verteilt werden soll, darf die Arbeiterklasse kein Nomadenleben führen. Sie muss ebenso wie die Soldaten verschoben, verteilt, abkommandiert werden.«⁷⁹

⁷⁹ L. Trotzki, Russische Korrespondenz 1920, Nr. 10, 5. 12

Das Hauptkomitee für die allgemeine Arbeitspflicht beschloss daher im Dezember 1919 unter dem Vorsitz von Trotzki,

»dass der aus der Armee kommende Facharbeiter mit dem Arbeitsbuch in der Hand, im Namen des Produktionsplans des Landes, dorthin gehen muss, wo seine Anwesenheit notwendig ist.«⁸⁰

Darüber hinaus entschied das Komitee für Arbeitspflicht, dass Arbeitnehmer gezwungen werden können, ihre Heimarbeit aufzugeben, um in staatlichen Unternehmen arbeiten zu können, während es ebenfalls

»den Transfer von Arbeitskräften von einem Betrieb zum anderen in Übereinstimmung mit dem Produktionsplan ...« (wie oben)

gebieten konnte.

Für die Einführung des Produktionsplans wurden die Arbeiter daher einfach zur Arbeit abkommandiert, während sie häufig gezwungen waren, ohne jegliche Vergütung zu arbeiten. Dies galt insbesondere für den Holzeinschlag, wo die Bauern unter der Spitze des Bajonetts gezwungen waren, das Holz aus den Wäldern

⁸⁰ L. Trotzki, Russische Korrespondenz, Nr. 8/9, S. 39

unentgeltlich zu fällen. Die "Herrendienste" wurden unter dem "Kommunismus" wieder eingeführt!

Kein Wunder, dass die Arbeiter für diese Art von Kommunismus nicht allzu viel empfanden. So beklagt sich Trotzki, dass Hunderttausende von Arbeitern "desertieren".

Er sagt:

»In den wichtigsten Industriezweigen sind bei uns 1.150.000 Arbeiter verzeichnet, in Wirklichkeit aber arbeiten nur 850.000 ... Wo sind die 300.000 geblieben? Sie sind fortgegangen. Wohin? Ins Dorf, vielleicht in andere Industriezweige, vielleicht beschäftigen sie sich mit Spekulation.«⁸¹

Wir schließen daraus, dass die Praxis bereits entschieden hat, dass die Aufhebung des Marktes durch eine zentralisierte Produktions- und Verteilungsordnung auch eine zentralisierte Ausrichtung des "menschlichen Materials" bedeutet, das als Soldaten "transportiert, verteilt und abkommandiert werden muss". Damit stellt sich auch die Frage, ob dies tatsächlich die "Aufhebung des Marktes" im kommunistischen Sinne ist.

⁸¹ L. Trotzki, Russische Korrespondenz, 1920, Nr. 10, S. 12. Die Daten über die Militarisierung der Arbeit stammen aus Pollock, S. 57 und 58

Bevor wir das näher betrachten, möchten wir noch etwas näher auf die bolschewistische Sichtweise eingehen, wenn auch nicht an Hand der Praxis.

c. Die Verbrauchsstatistiken

Die eigentliche Absicht der Bolschewiki war es, wie wir wissen, für die Bedürfnisse der Arbeiter zu produzieren. Jetzt ist das einfacher gesagt als getan. Denn wie wird der Oberste Volkswirtschaftsrat die Bedürfnisse der Arbeitnehmer erfahren? Welchen *Maßstab* für den Bedarf hat er? Sicherlich kann er mehr oder weniger bestimmen, wie viel Brot, Fleisch usw. von allen Arbeitern zusammen benötigt werden, so dass es relativ einfach ist, eine Produktions- und Verbrauchsstatistik für diese Angelegenheiten zu erstellen. Dies hat jedoch seine Unzulänglichkeiten, denn es ist sehr kompliziert, die Schattierungen der Bedürfnisse bei der Statistik zu berücksichtigen. Dadurch wird es noch schwieriger, über das Einheitsbrot, die Einheitskonfektion und die Einheitswurst hinauszukommen. Die Einwände werden jedoch noch gravierender, wenn wir uns die Produkte ansehen, die nicht von allen verwendet werden, die aber auf die besondere Eigenart der verschiedenen Menschen zurückzuführen sind. Wie groß ist der Bedarf an diesen Gütern? Sicherlich kann der Statistiker einen Versuch unternehmen – das ist aber gerade **nicht**, die Produktion auf die Bedürfnisse der Menschen auszurichten. Und nicht zuletzt gibt es

den großen Einwand, dass, wenn man nach Statistiken produziert, man das Wirtschaftsleben erstarren lässt. Wenn die Betriebe die Produkte nach der Verbrauchsstatistik hergestellt haben, ist es sehr wahrscheinlich, dass sich der Bedarf bereits wieder verändert hat, und daher ist der Apparat nicht bedarfsgerecht.

Die Sache ist daher die, dass es nicht möglich ist, den Fluss des Lebens in die Formeln der Verbrauchsstatistik zu pressen, und dass es daher keinen Sinn macht, den Bedarf statistisch ermitteln zu wollen. Statistiken gehen nicht über das sehr Allgemeine hinaus: Sie können das Besondere nicht ergründen. Wir können daher sagen, dass die Produktion nach Verbrauchsstatistik keineswegs eine Produktion nach Bedürfnissen ist, sondern eine Produktion nach bestimmten Standards, die für uns durch das zentrale Leitungsorgan des Betriebslebens bestimmt wird.

Aber wie wir bereits gesagt haben, ist dies eigentlich eine akademische Frage. Schließlich interessieren wir uns nicht dafür, ob eine Produktion auf der Grundlage von Statistiken möglich ist oder nicht. In jedem Fall lässt sie sich nur durchführen, wenn es eine zentrale Verfügungsgewalt über das "Menschenmaterial" gibt, und das möchten wir nicht.

d. Bei den bürgerlichen Ökonomen. Der Markt als Maßstab der Bedürfnisse

Für die bürgerlichen Kritiker des Kommunismus ist die "Aufhebung des Marktes" der zentrale Punkt ihres Kampfes und zugleich ihre stärkste Waffe. Es ist kein Zufall, dass dies ihre stärkste Waffe ist. Im Kampf gegen den Kommunismus können sie sich nur gegen die bisher vorherrschende Auffassung des Kommunismus wenden, die nichts anderes ist als die Ersetzung des Marktes durch einen statistischen Apparat. Die Kritiker weisen zu Recht darauf hin, dass es sich hierbei um hohle Phrasen handelt, die den Mangel an klaren Konzepten verschleiern.

Die bürgerlichen Kritiker sind sich alle einig, dass der Markt, so viel Schattenseiten er auch haben mag, auf jeden Fall ein *Maß für die Bedürfnisse* ist. Der Markt löst "spielerisch" die Frage nach der Anpassung des Produktionsapparates an die Bedürfnisse. Der "Marktmechanismus" stellt sicher, dass eine Änderung der Anforderungen sofort und ohne Verwendung von Statistiken sofort auf das Produktionssystem übertragen wird. Wenn der Bedarf an einem bestimmten Produkt steigt, steigt die Nachfrage auf dem Markt, die Preise steigen und die Kapitalisten erweitern die Produktion für diesen Artikel. Wenn der Bedarf an einem be-

stimmten Produkt sinkt, führt dies über den Markt sofort zu einer Verringerung der Produktion, um sie an den reduzierten Bedarf anzupassen. Aus ihrer Sicht kann der "Marktmechanismus" sehr gut das leisten, was die Verbrauchsstatistik *nicht* leisten kann, und deshalb erklären sie den Kommunismus für unmöglich, solange nicht angegeben werden kann, was diesen "Mechanismus" ersetzen soll.

Der Ökonom H. Block formuliert dies wie folgt:

»Ist der individuelle Austausch aufgehoben, so ist die Produktion notwendigerweise gesellschaftlich, also sind auch die Produkte notwendig gesellschaftlich. Über die Methoden, wie die gesellschaftliche Notwendigkeit erzielt und festgestellt werden soll, zerbrach sich Marx nicht weiter den Kopf. ... Solange nicht gezeigt werden kann, wodurch der Marktmechanismus ersetzt werden soll, ist eine Wirtschaftsrechnung in der Gemeinwirtschaft, also ein rationaler Sozialismus nicht denkbar.«⁸²

Bevor wir uns mit diesem Thema befassen, müssen wir den Unterschied im Charakter zwischen kapitalistischer und kommunistischer Verteilung betrachten. Es ist wahr, dass der Markt ein Gradmesser für die Bedürfnisse ist – aber nur im kapitalistischen Sinne. Die Sache ist die, dass die Arbeitskraft eine "Ware" ist, die man auf dem Markt kaufen kann, während der Preis

⁸² H. Block, Die Marx'sche Geldtheorie, S. 121-122

sich um das Existenzminimum dreht. Das Sozialprodukt kann immens wachsen, aber der Arbeiter erhält nicht mehr als die Menge, die durch den Wert seiner Arbeitskraft bestimmt wird. Ohne Zweifel sind seine Bedürfnisse viel größer; sie werden gerade geweckt von der großen Masse Produkt, die für ihn unerreichbar ist.

Der Kapitalismus möge mit einer schönen Geste auf seinen Marktmechanismus hinweisen, der ein Gradmesser für den Bedarf sein soll; *in Wahrheit kennt er die Bedürfnisse nicht* bzw. noch viel weniger als diejenigen, welche den Markt durch einen statistischen Apparat ersetzen wollen. Es ist für den Kapitalismus auch gar nicht nötig, die Bedürfnisse zu kennen, *eben weil er nicht für den Bedarf, sondern für den Profit schafft*. Der Kapitalismus funktioniert am besten, er ist am "gesündesten", wenn richtig große Gewinne erzielt werden, d.h. wenn den Arbeitern so wenig wie möglich gegeben wird. Der ganze famose Marktmechanismus bewegt sich für das Proletariat nur innerhalb der engen Grenzen, die die kapitalistische Profitproduktion der „Ware“ Arbeitskraft lässt, wobei von einem Kennen der Bedürfnisse in kommunistischem Sinne gar keine Rede ist.

e. Die Aufhebung des Marktes im marxistischen Sinne

Bislang sind wir in der Frage der Aufhebung des Marktes noch nicht weiter gekommen. Wir werden daher die marxistische Sichtweise der "Aufhebung des Marktes" untersuchen.

Der Markt ist der Ort, an dem sich die Eigentümer der Produkte treffen, um ihre "Waren" auszutauschen. Über den Markt vollstreckt sich somit der Güterverkehr zwischen Betrieben und vollstreckt sich die Verteilung von Konsumgütern. Diese Güterbewegung und diese Verteilung müssen *auch* im Kommunismus stattfinden, so dass es sich nicht um ein spezifisch kapitalistisches Phänomen handelt. Darin kann also nicht die Aufhebung des Marktes bestehen.

Der Markt sorgt jedoch *nicht allein* für die Güterverteilung, sondern drückt *gleichzeitig* die sozialen Verhältnisse aus, in denen wir leben. Er ist Ausdruck davon, dass sich die *Güter* in Privatbesitz befinden. Der Markt ist zugleich Ausdruck der Eigentumsverhältnisse. **Das** ist das Wesentliche des Marktes.

Im Kommunismus ist der Markt daher schlicht und einfach aufgehoben, weil

»unter den veränderten Umständen niemand etwas anderes geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum des Einzelnen übergeben kann außer individuellen Konsumtionsmitteln.«⁸³

Das ist die berühmte Aufhebung des Marktes! Die Aufhebung des Marktes ist im marxistischen Sinne nichts anderes als das Ergebnis der *neuen Rechtsverhältnisse*. Sie sagt kein Wort über die Organisation von Produktion oder Konsum oder darüber, wie die Produktion mit den Bedürfnissen verknüpft ist. Der Bolschewismus betrachtet die Aufhebung des Marktes als eine organisatorische Frage: Wie kann man alle Betriebe in einer Hand vereinen? Der Marxismus drückt mit der Aufhebung des Marktes *einzig und allein* die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Veränderung der Eigentumsverhältnisse aus.

Wie bereits erwähnt, bleibt die Güterbewegung natürlich auch im Kommunismus. Der Preis der Güter wird jedoch nicht von Angebot und Nachfrage bestimmt, sondern bewegt sich auf der Grundlage ihrer Produktionszeit.

In der "Assoziation freier und gleicher Produzenten" müssen daher die verschiedenen Betriebsorganisationen miteinander in Verbindung treten, wenn sie Güter

⁸³ K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 20

beziehen wollen. Da es eine "Verrechnung" zwischen den Betrieben gibt, *sieht es so aus*, als ginge es um Kauf und Verkauf, und somit *scheint* der Markt immer noch präsent zu sein.

Gleiches gilt für die Verteilung von Konsumgütern. Die Verbraucher beziehen ihre Produkte in ihrer Kooperative gegen Verbrauchsgeld und haben völlige Freiheit bei der Wahl der Waren. Auch hier *scheint* es also, als würden sie kaufen und verkaufen, obwohl es nichts anderes ist als das Einlösen von Verbrauchergutscheinen gegen Produkte. Man kann auch sagen, dass der Verbraucher eine Anzahl von Gutscheinen hat, mit denen er die Güter seiner Wahl abholen kann.

Die Aufhebung des Marktes kann daher so verstanden werden, dass er *nach seinem äußeren Erscheinungsbild* auch im Kommunismus weiterbesteht. Der gesellschaftliche **Inhalt** der Güterbewegung hat sich jedoch grundlegend verändert: *Die Weitergabe* von Gütern auf der Grundlage der Produktionszeit ist Ausdruck der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Tatsächlich handelt es sich hier um eine Begriffsumwandlung, wie wir sie bereits zuvor in Bezug auf Wert, Einnahmen und Ausgaben usw. gesehen haben. Und so wie die Sprache all diese alten Namen vorerst bewahren wird, wird sie auch den Namen "Markt" bewahren, denn *»es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das*

den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist«, aber »*Inhalt und Form sind verändert ...*«⁸⁴

f. Die Ausrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse

Der Ökonom Block ist jedoch mit einer solchen Erklärung der Aufhebung des Marktes nicht zufrieden, denn sie löst das Problem nicht, wovon er eigentlich spricht. Er will wissen, was den "Marktmechanismus" ersetzen wird, was das Maß für die Bedürfnisse im Kommunismus ist, d.h. wie der Produktionsapparat an die Bedürfnisse angepasst wird. Unsere Antwort ist, dass der Kapitalismus *kein* Maß für Bedürfnisse hat und wir daher überhaupt nichts "ersetzen" müssen. Der Kommunismus kann dies nur schaffen, indem er die Verteilungsorganisationen direkt mit der Produktion verbindet, so dass die Bedürfnisse zur direkten Leitlinie der Produktion werden.

Dank des dreifach heilig erklärten Marktmechanismus, der die Produktion angeblich an die Bedürfnisse angepasst hat, ist das Proletariat bei der Übernahme der Macht belastet mit einem Produktionsapparat, der mindestens die Hälfte der Arbeitskraft unproduktiv verschleudert, während er *nicht* nach den Bedürfnissen

⁸⁴ K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 20

der Millionen eingerichtet ist, sondern nach der Kaufkraft.

»Von den Arbeitern, die sich überhaupt mit der Produktion von Konsumartikeln befassen, die zum Verbrauch des Einkommens dienen, wird ein größerer Teil solche Artikel erzeugen, die dem Konsum der Kapitalisten, Grundbesitzer und ihres Trosses (Staatsbeamte, kirchliche Personen usw.) dem Verbrauch ihres Einkommens dienen; nur ein kleiner Teil wird solche Artikel erzeugen, die zum Verbrauch des Einkommens der Arbeiterschaft bestimmt sind. ... Mit der Änderung des sozialen Verhältnisses zwischen Arbeiter und Kapitalist, mit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse würde sich das sofort ändern. ... Ist die Arbeiterschaft am Ruder, hat sie die Macht, für sich zu produzieren, so wird sie das Kapital (mit den Vulgär-Ökonomen zu reden) sehr schnell und ohne viele Mühe auf die Höhe der eigenen Bedürfnisse heben.«⁸⁵

Die Einrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse bringt also eine ganze Umbildung des Produktionsapparates mit sich. Die ausschließlich für die Luxus-Bedürfnisse der Bourgeoisie arbeitenden Betriebe kommen zum Stillstand oder müssen so schnell wie möglich auf die Bedürfnisse der Arbeiter gerichtet werden. Wie schnell so eine Umbildung vor sich gehen kann,

⁸⁵ K. Marx, Theorien über den Mehrwert, Bd. II, S. 376 zit. bei Varga S.49

haben wir während des Krieges und in den folgenden Jahren zur Genüge in allen Ländern beobachten können. Erst wurde der ganze Produktionsapparat auf die Erzeugung von Kriegsmaterial eingestellt, um nach 1918 wieder für die "Produkte des Friedens" umgeformt zu werden. Nebenbei sei noch bemerkt, dass der Kapitalismus selbst seinen berühmten "Marktmechanismus" ausschaltete, als er die Produktion tatsächlich auf **seine** Bedürfnisse, den Kriegsbedarf, einrichtete.

Der organisatorische Umbau zur kommunistischen Wirtschaft kann sich der gewaltigen Schwierigkeiten zum Trotz schnell vollziehen, wobei die Bedürfnisse an Kleidung, Nahrung und Wohnung richtunggebend für den Umbau sind. Die Lebensmittel- und Getränkeindustrie wird so verändert, dass die Produkte, die bisher ausschließlich für die Bourgeoisie hergestellt wurden, nicht mehr hergestellt werden, weil man sich voll und ganz der Befriedigung der Bedürfnisse des Proletariats widmet. Der Wohnungsbau ist ein brennendes Thema für die Arbeiterklasse. Ein großer Teil der Produktion muss daher auf die Herstellung von Materialien für den Wohnungsbau ausgerichtet sein. Kurz gesagt: Die ganze Produktion erfährt eine gründliche Umformung nach den neuen Bedürfnissen.

Das erste Stadium kommunistischer Produktion wird also gekennzeichnet sein von einem kräftigen Aus-

wachsen einzelner Branchen und dem Zusammenschrumpfen anderer. Es ist ein Transformationsprozess, der sicherlich nicht ohne Probleme und Unannehmlichkeiten verläuft. Es muss daher auch betont werden, dass dieser Aufbau nicht einfach unkontrolliert stattfinden kann, sondern dass er "systematisch" durchgeführt werden muss. In dieser Hinsicht liefern die verschiedenen Anstrengungen, die zu diesem Zweck in Russland unternommen wurden und werden, zweifellos wertvolles Material. Es ist zwar richtig, dass die russische Wirtschaft auf der Rentabilität des staatlichen Kapitals und **nicht** auf den Bedürfnissen der Arbeiter beruht, aber es ist die einzige praktische Erfahrung, die wir auf diesem Gebiet haben, und wir müssen von dem, was wir haben, Gebrauch machen.

g. Die Kooperativen und der "Maßstab" der Bedürfnisse

Die Bedürfnisse sind daher die treibende Kraft und die Richtlinie der kommunistischen Produktion. Oder, wie wir auch sagen können, die Produktion ist auf die "Nachfrage" ausgerichtet. Aber nicht die "Nachfrage" in freier Wildbahn, wie der Kapitalismus sie kennt. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass Produktion und Verteilung keineswegs voneinander unabhängig sind, sondern dass sie sich gegenseitig bestimmen. Deshalb erfordert die "Vereinigung freier und gleicher

Produzenten" auch die "Vereinigung freier und gleicher Verbraucher". So wie die Produktion kollektiv von den Betriebsorganisationen durchgeführt wird, so wird auch die Distribution gemeinsam durch *alle Arten von Kooperativen* durchgeführt. In diesen Kooperativen werden die individuellen Wünsche der Verbraucher gemeinsam zum Ausdruck gebracht. Und weil im Kommunismus die "Zwischenhändler" verschwinden und die Kooperativen direkt mit den Betrieben verbunden sind, werden die Bedürfnisse, wie sie sich in den Kooperativen zeigen, *direkt* auf die Produktion übertragen.

Zweifellos, da das derzeitige Produktionssystem so schlecht an die Bedürfnisse angepasst ist, wird es in den ersten Tagen des Kommunismus sicherlich nicht möglich sein, die Bedürfnisse zu befriedigen. Die Betriebe sollen die Produktion jetzt nicht mehr eigenmächtig ausweiten, um schnell auf eingehende Bestellungen reagieren zu können, denn sie können nicht über den im allgemeinen Produktionsplan festgelegten allgemeinen Rahmen hinausgehen. Sie können sich frei bewegen, aber innerhalb des Plans, sonst werden andere Branchen in Schwierigkeiten geraten, so dass eine gezielte Umstellung nicht möglich ist.

Diese Verbindung zwischen dem Produktionsapparat und den Bedürfnissen ist eine Frage, die nur durch den

Fluss des Lebens gelöst werden kann, wobei der Produktionsplan die Richtschnur für die Eigeninitiative und Eigenaktivität der Produzenten ist.

So wie die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, so ist auch selbstverständlich, dass der organisatorische Zusammenhang zwischen Produktion und Bedürfnissen nur das Werk der Produzenten-Verbraucher sein kann.

13.

Die Erweiterung der Produktion

a. Die einfache Reproduktion als Ausgangspunkt

Die Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse bringt jedoch ein eigenes Thema ins Blickfeld, das wir hier berücksichtigen müssen. Es geht darum, alte, bestehende Unternehmen zu vergrößern und neue zu gründen; mit anderen Worten, es geht um die *Erweiterung* des Produktionsapparates, oder "Akkumulation". Diese Erweiterung wirft verschiedene Probleme für die Verteilung des gesellschaftlichen Produktes auf, die wir bisher nicht berücksichtigt haben.

Um das Studium der Bewegungsgesetze des kommunistischen Betriebslebens zu ermöglichen, sind wir von einer gesellschaftlichen Situation ausgegangen, die in der Praxis nie vorkommen wird. Wir gingen davon aus, dass alle Betriebe jedes Jahr auf der gleichen Basis produzieren. Mit anderen Worten, wir gingen davon aus, dass der Produktionsapparat **nicht** erweitert wird. Als Ausgangspunkt wurde angenommen, dass jedes Jahr nur die Abnutzung wieder ausgeglichen wird und der Rest des gesellschaftlichen Produkts für den Konsum verwendet wird.

Unser Beispiel war folgendes:

Der Gesamtverschleiß aller Produktionsmittel betrage 108 Millionen Arbeitsstunden, die Rohstoffe 650 Millionen Arbeitsstunden und die Arbeit aller Arbeiter zusammen auch 650 Millionen Stunden. Das Gesamtprodukt wird dann:

$(P_t + R_t) + A_t = \text{Gesamtprodukt oder}$

108 Millionen + 650 Millionen + 650 Millionen =
1.408 Millionen Arbeitsstunden

Diese Produktmasse wird nun wie folgt auf Betriebe und Verbraucher verteilt (Siehe Kap. 10g):

1. Die produktiven Betriebe nutzen für ihren Verschleiß und ihre neuen Rohstoffe 700 Millionen.
2. Öffentliche Betriebe entnehmen für ihren Verschleiß und ihre neuen Rohstoffe 58 Millionen.
3. Verbraucher verbrauchen so viel wie ihre geleisteten Arbeitsstunden, 650 Millionen.

Gesamtbestand an Gütern 1.408 Millionen.

(HINWEIS!)

In Hinblick auf diesen Güterbestand dürfen wir nicht nur an "materielle" Dinge denken. Dazu gehören auch "immaterielle Konsumgüter" (Theateraufführungen, Ausstellungen). Auch diese Produktion erfolgt nach

der normalen Berechnung des Verbrauchs an Arbeitszeit $(p + r) + a =$ Theateraufführung. Die Arbeiter, die an einer solchen Vorstellung teilnehmen, können sie gegen eine Einlösung ihres Verbrauchsgeldes "konsumieren", zumindest soweit diese Art von Dienstleistung noch nicht unter das "Nehmen nach Bedarf" fällt. Unser Begriff des "Güterbestandes" beinhaltet daher das Ergebnis aller gesellschaftlichen Arbeit.

Die Aufteilung des "Volkseinkommens" auf die drei von uns genannten Verbrauchsgruppen (1, 2, 3) ist nicht das Ergebnis eines zentralen bürokratischen Apparats, der den Produktionsapparat und die gesellschaftlichen Güter verwaltet und kontrolliert, sondern diese Verteilung kommt "von selbst", da die Betriebsorganisationen ihre Abnutzung und ihre Rohstoffe wieder auffüllen. Gleiches gilt für den Verbrauch. Da die Arbeitszeit der Maßstab für die Verteilung der gesellschaftlichen Produkte ist, fällt die gesamte Verteilung außerhalb jeder "Politik". Infolgedessen haben die Gewerkschaften im Kommunismus keine Funktion: Der Kampf um die "Verbesserung der Arbeitsbedingungen" ist beendet. *Der sachliche Gang* des Betriebslebens entscheidet **selber**, wie viel Produkt in das Produktionssystem zurückgeführt wird und wie viel jeder Arbeiter für den Konsum erhält. Es ist die Selbstbewegung des Betriebslebens.

Nachdem wir uns dessen bewusst geworden sind, nämlich was durch die Festlegung der Arbeitszeit als Maßstab für den Konsum tatsächlich passiert, können wir zur Frage der *Erweiterung* des Produktionsapparates übergehen. Wir müssen uns daher nun von unserer vorläufigen Annahme lösen, dass alle Betriebe die Produktion auf der gleichen Grundlage fortsetzen werden. Ein expandierender Betrieb muss **nicht nur** seine Verschleißteile und Rohstoffe nachfüllen, sondern auch **zusätzlich mehr** Produktionsressourcen und Rohstoffe aufnehmen.

b. Die Ausweitung der Produktion geht immer zu Lasten des Konsums

Aus dem obigen Produktionsplan geht jedoch hervor, dass die für die Erweiterung des Apparates benötigten Güter nicht vorhanden sind!

Das gesamte gesellschaftliche Produkt ist bereits verbraucht. Daher ist es notwendig, zusätzlichen Aufwand für die Erweiterung zu betreiben. So müsste beispielsweise die Arbeitszeit um 5 Stunden pro Woche verlängert werden, die dann ausschließlich für die Betriebserweiterung genutzt würde. Mit anderen Worten, wir können den "vollen Ertrag unserer Arbeit" nicht ausschöpfen, sondern müssen einen Teil davon "sparen". Die Betriebserweiterung geht daher immer zu

Lasten des gesellschaftlichen Konsums. Die Geschwindigkeit der Betriebserweiterung wird daher einer der Hauptdiskussionspunkte im Kommunismus sein, da diese Geschwindigkeit die Länge des Arbeitstages bestimmt, oder mit anderen Worten: Diese Geschwindigkeit bestimmt, wie viel Produkt für den Konsum übrig bleibt. Es kommt jetzt darauf an, wie diese Verringerung des Verbrauchs zustande kommt und wie diese "Kosten" für die Betriebserweiterung ermittelt werden können.

c. Die allgemeine Regel für die Betriebsausweitung

Die allgemeine Regel, die in Russland und in Sowjet-Ungarn gilt, ist, dass die Preise für die Produkte so hoch festgelegt werden, so dass die Betriebe genügend Gewinn erzielen, um die Erweiterungen durchführen zu können. Zudem tragen direkte und indirekte Steuern dazu bei. Russland ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie das Betriebsleben nicht von den Entscheidungen der Arbeiter selbst beeinflusst wird, sondern vollständig in den Händen der herrschenden bürokratischen Kaste liegt. Soweit wir uns diese Methode der "Preispolitik" im Umgang mit der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit bereits angesehen haben, brauchen wir jetzt nicht noch einmal darauf einzugehen.

Aber wie findet die "Assoziation der freien und gleichen Produzenten" eine Lösung für das Problem der "Akkumulation"? Diese Lösung wird durch die wesentliche Aufgabe der sozialen, proletarischen Revolution bestimmt.

Nach unserer (und wir sagen marxistischen) Auffassung liegt die eigentliche Aufgabe der proletarischen Revolution in der Umsetzung **allgemein geltender Regeln**, nach denen sich die Produzenten und Konsumenten, Produktion und Verteilung selbständig organisieren. Was die Produktion betrifft, so haben wir als allgemeine Regel festgestellt, dass **alle** Betriebsorganisationen die Produktionszeit ihres Produkts berechnen sollten. Für den Verbrauch haben wir als allgemeine Regel festgestellt, dass die Arbeitszeit das Maß für den Verbrauch sein wird. Da die Verwaltung des Betriebs eine Funktion der Erzeuger selbst ist, ist die dritte hinzukommende allgemeine Regel eine feste Regel für die Erweiterung des Betriebs. Mit der Umsetzung dieser Regeln werden sich alle Produzenten unter *gleichen wirtschaftlichen Bedingungen* am Produktionsprozess beteiligen und sind somit zu **gleichen** Produzenten geworden.

Betrachten wir nun die allgemeine Regel zur Betriebs-erweiterung genauer, sollte eingangs angemerkt werden, dass wir uns bei der Behandlung dieses Themas

nicht primär von wirtschaftlichen, sondern von politischen Überlegungen leiten lassen. Die Lösung **aller** Fragen der kommunistischen Wirtschaft muss unter dem Gesichtspunkt behandelt werden, dass die Arbeiter selbst die Kontrolle über die Wirtschaft haben. Sicherlich kann es oft genug einen Widerspruch zwischen dieser unabhängigen Verwaltung und einer rationaleren Produktion geben. In solchen Fällen arbeiten wir weniger "rationell" und nehmen dann eine langsamere Entwicklung des Betriebslebens in Kauf. Wenn wir von unserer Forderung nach einer unabhängigen Betriebsführung abweichen, wird bald eine bürokratische Kaste die Betriebsführung übernehmen, die bald zu einer ihrer Meinung nach "gerechteren" Verteilung des "Volkseinkommens" übergehen wird. Deshalb muss auch die Frage der Betriebserweiterung unter dem Gesichtspunkt der selbständigen Leitung behandelt werden.

Um die Bedürfnisse der Arbeitnehmer direkt auf die Produktion zu übertragen, war es notwendig, die Verbraucherorganisationen direkt an die Produktion anzubinden. Das bedeutet aber auch, dass Betriebsorganisationen die Möglichkeit haben müssen, ihre Betriebe zu erweitern, wenn dies zur Deckung der Bedürfnisse notwendig ist. Sie sollten daher das **Recht**

haben, ihre Bestände zu erweitern. Die Transformation der gesellschaftlichen Beziehungen führt daher auch hier zu neuen **Rechtsverhältnissen**.

Die Betriebsenerweiterung kann jedoch nicht willkürlich erfolgen, da in diesem Fall von einem gesellschaftlichen Produktionssystem keine Rede sein kann. Der Generalkongress der Betriebsräte wird daher einen bestimmten allgemeinen Standard festlegen müssen, innerhalb dessen sich die Erweiterung bewegen muss. So kann der Kongress beispielsweise festlegen, dass der Betrieb nicht um mehr als 10% der Produktionsmittel und Rohstoffe erweitert werden darf.

Diese einfache Entscheidung regelt dann das gesamte Wirtschaftsleben, was die Erweiterung der Betriebe betrifft,

ohne dass die Produzenten von einer zentralen wirtschaftlichen Behörde abhängig werden. Jede Betriebsorganisation weiß jetzt genau, wie weit sie gehen kann, ohne die gesellschaftliche Kalkulation der Produktion zu stören. Betrachtet man das bereits benutzte Beispiel der Schuhfabrik, so wird die Produktion folgendermaßen berechnet:

$$(p + r) + a = 40.000 \text{ Paar Schuhe}$$

$$1.250 \text{ Arbeitsstunden} + 61.250 \text{ Arbeitsstunden} + 62.500 \text{ Arbeitsstunden} = 125.000 \text{ Arbeitsstunden.}$$

Das sind durchschnittlich 3,125 Stunden pro Paar.

Für den Betrieb stehen nun 10 % der Produktionsmittel und Rohstoffe für die Betriebserweiterung zur Verfügung, d.h. 10 % von 62.500 entspricht 6.250 Arbeitsstunden.

Im folgenden Jahr erscheint in den Betriebskonten und in den Konten der Allgemeinen Gesellschaftlichen Buchführung unter der Rubrik "aus der Gemeinschaft entnommen" ein Betrag von $62.500 + 6.250$ Arbeitsstunden.

Wenn alle Betriebe ihre Rechte jetzt nutzen, werden sie alle um 10% erweitert, was bedeutet, dass das gesamte Produktionssystem um 10% erweitert wurde.

Dies ist der Produktions-Vergleich für das laufende Jahr:

$(P_t + R_t) + A_t =$ die Gesamtproduktion,

dann wird sie es für das nächste Jahr sein:

$1,1 \times (P_t + R_t) + A_t =$ die Gesamtproduktion.

d. Die Anwendung der allgemeinen Regel

Ein derartiger Beschluss, beispielsweise eine allgemeine Ausweitung um höchstens 10 % vorzusehen, bezweckt nur, Produktion und Verbrauch in groben

Zügen zu regeln, um im Großen und Ganzen zu bestimmen, wie viel Produkt aus dem Verbrauch genommen werden kann, ohne Störungen zu verursachen. Das hat nur den Sinn, die Beweglichkeit der Betriebe sicherzustellen, damit die Produzenten die Produktion tatsächlich an ihre Bedürfnisse anpassen können. Es ist jedoch klar, dass nicht jede Betriebsorganisation von ihrem Recht Gebrauch machen muss, ihre Aktivitäten auszuweiten, da mehrere Branchen in der Lage sein werden, alle Anfragen zu erfüllen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch andere Industriezweige (Wohnungsbau, Lebensmittelindustrie), die vorerst noch weit davon entfernt sind, ihren Bedarf zu decken. Solche Industrien erfordern eine weitaus größere Expansion als 10 % des Verbrauchs an Produktionsmitteln und Rohstoffen. Sie dürfen jedoch nicht über die allgemeinen Vorgaben hinausgehen, da dies zu Versorgungsproblemen führen könnte. Es ist jedoch durchaus möglich, dass gerade in der Anfangsphase mehrere Betriebe ihr Expansionsrecht auf solche "bedürftigen" Branchen übertragen und ihnen damit einen größeren Erweiterungsfonds zur Verfügung stellen.

Auf jeden Fall ist es *entscheidend*, dass die Betriebsorganisationen sicherstellen, dass sie das **Recht** haben, den Geltungsbereich der Richtlinie **zu erweitern**, wenn

dies zur Deckung des Bedarfs erforderlich ist. Auf dieser Basis sind viele organisatorische Formen möglich, die einen regelmäßigen Produktionsablauf gewährleisten. *Wie* das ökonomische Prinzip organisatorisch gestaltet wird, kann nur durch die Praxis gelöst werden; es hängt von den Umständen ab, unter denen die Arbeiterklasse an die Macht kommt, *und* von der Art der Betriebe. Die Organisation des Betriebslebens und insbesondere eine rationelle Produktion stehen nicht am Anfang der Revolution, sondern nehmen im Entwicklungsprozess Gestalt an. Die Revolution zerstört die alten gesellschaftlichen Beziehungen und schafft neue Bewegungsgesetze für die Güterbewegung. Die organisatorische *gesellschaftliche* Kontrolle des Betriebslebens wächst mit den neuen Bewegungsgesetzen. Die Organisationen sind die sich ständig verändernden Erscheinungsformen, in denen sich die allgemeine gesellschaftliche Basis immer wieder widerspiegelt.

e. Der Einfluss auf den Auszahlungsfaktor

Wir haben bereits oben gesehen, dass unserer Meinung nach die Kosten für die Expansion der Betriebe nicht durch "Gewinne" der Betriebe, also durch irgendeine Art von indirekter Besteuerung, gewonnen werden können. Die Grundlage für den Güterverkehr ist und bleibt die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit der Produkte. Die Reduzierung des Verbrauchs kann daher nicht auf dem Umweg der

"Preispolitik" gefunden werden, sondern muss durch eine *direkte* Kürzung des Verbrauchsgeldes erreicht werden.

Wie viel muss jeder Arbeiter zu dieser Betriebserweiterung beitragen?

Für diejenigen, die unsere Überlegungen zum Auszahlungsfaktor aufmerksam verfolgt haben, ist die Lösung sehr einfach.

Für die Gesamtproduktion hatten wir angenommen:

$$(P_t + R_t) + A_t = \text{Gesamtproduktion}$$

108 Millionen Arbeitsstunden + 650 Millionen Arbeitsstunden + 650 Millionen Arbeitsstunden

Die Kosten für die Betriebserweiterung betragen nun 10 % von $(P_t + R_t)$ 10 % von 758 Millionen Arbeitsstunden gleich 75,8 Millionen Arbeitsstunden. Dieser Betrag muss von allen Arbeitnehmern zusammen getragen werden, so dass $75,8 / 650 = 0,12$ ihres Verbrauchs.

Nach unserer Berechnung betrug der Auszahlungsfaktor *ohne* Betriebsexpansion 0,83 (Siehe Kap. 10g). Dieser beträgt nun $0,83 - 0,12 = 0,71$ *mit* Betriebserweiterung. Für eine Arbeitswoche von 40 Stunden erhält jeder $0,71 \times 40 = 28,4$ Stunden Verbrauchsgeld.

f. Besondere Akkumulation

Außer der gewöhnlichen Akkumulation wollen wir noch die besondere Betriebsausweitung betrachten. Wir meinen damit die Realisierung von größeren Werken, die mehrere Jahre dauern, wie Brücken- und Eisenbahnbau, Vervollständigung der Verkehrswege, Bau von Seewehren, Urbarmachen von Ödland usw. Diese Arbeiten dauern meistens mehrere Jahre. Solche Tätigkeiten verringern auch die Menge des Produkts für den individuellen Verbrauch. Solange zum Beispiel eine Eisenbahn gebaut wird, werden alle Arten von Werkzeugen und Rohstoffen verwendet, aber vorerst kommt kein neues Produkt an deren Stelle. Darüber hinaus sind die Arbeiter, die daran arbeiten, aus der normalen Produktion genommen, so dass auch sie verbrauchen, aber in diesen Jahren keine Produkte zurückgeben. Diese Art der Erweiterung der Produktion absorbiert nicht wenig vom gesellschaftlichen Produkt, woraus schon folgert, dass ein wichtiger Teil der Beratungen auf den ökonomischen Kongressen der Betriebsräte sich mit den Fragen befassen muss, in *welcher Maße* diese Arbeiten angefasst werden sollen und welche am dringendsten sind. Je höher die Produktivität des Arbeitsprozesses ist, desto leichter können wir unsere Bedürfnisse befriedigen bzw. die besondere Akkumulation in größerem Umfang realisieren.

»Denken wir die Gesellschaft nicht kapitalistisch, sondern kommunistisch, so fällt zunächst das Geldkapital ganz fort, also auch die Verkleidungen der Transaktionen, die durch es hineinkommen. Die Sache reduziert sich einfach darauf, dass die Gesellschaft im Voraus berechnen muss, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die, wie Bau von Eisenbahnen z.B., für längere Zeit, ein Jahr oder mehr, weder Produktionsmittel noch Lebensmittel, noch irgendeinen Nutzeffekt liefern, aber wohl Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel der jährlichen Gesamtproduktion entziehen. In der kapitalistischen Gesellschaft dagegen, ... können und müssen so beständig große Störungen eintreten. Einerseits Druck auf den Geldmarkt, während umgekehrt die Leichtigkeit des Geldmarkts ihrerseits solche Unternehmungen in Masse hervorruft, also gerade die Umstände, welche später den Druck auf den Geldmarkt hervorrufen.«⁸⁶

Wenn es daher wünschenswert erscheint, eine neue Eisenbahn zu bauen, muss zunächst ein Budget erstellt werden, wie viel gesellschaftliches Produkt (d.h. wie viele Arbeitsstunden) dies insgesamt in Anspruch nehmen wird und über wie viele Jahre es verteilt wird. Der Charakter dieser Arbeit besteht darin, dass sie zum Typ "öffentlich" gehört, d.h.: sie belastet das Budget für die allgemeine gesellschaftliche Arbeit (AGA). Dadurch wird der Auszahlungsfaktor zwar reduziert,

⁸⁶ K. Marx, Das Kapital Bd. 2, S. 316f

aber die Kosten einer solchen Betriebserweiterung werden von der Gesellschaft als Ganzes getragen, ohne die Verbindung von dem Produzenten zu dem gesellschaftlichen Produkt zu durchbrechen. Nach Abschluss der Arbeiten kann sie auf die Verwaltung und die Leitung der Betriebsorganisation übertragen werden, die nun die normale Betriebskalkulation durchführt. Damit kann sie z.B. bei Bedarf an den "produktiven" Betriebstyp übergehen.

g. Der allgemeine Fonds

Abschließend weisen wir auf einen Umstand hin, der auch den Auszahlungsfaktor beeinflusst. Das ist die Notwendigkeit für die Gesellschaft, die Bevorratung verschiedener Produkte durchzuführen, um im Falle von Naturkatastrophen oder technischen Katastrophen Unterstützung leisten zu können. Wir denken hier an große Überschwemmungen, Wirbelstürme, Torfbrände usw., bei denen die Opfer auf die Hilfe einer "privaten Wohltätigkeitsorganisation" angewiesen sind. Im Kommunismus wird diese Art von Härtefall von der gesamten Gesellschaft getragen werden müssen, so dass es selbstverständlich ist, dass mit Hilfe des Auszahlungsfaktors ein "allgemeiner Fonds" eingerichtet werden muss. Die Geschwindigkeit, mit der diese Bevorratung erfolgt, liegt in den Händen der Räte, die auf den Kongressen den Betrag für diesen Fonds festlegen müssen.

14.

Die Kontrolle des Betriebslebens

a. Die Anfänge der Arbeiterkontrolle in der Kerensky-Zeit

Die russische und ungarische Revolution haben auch die Frage der Produktionskontrolle in der Praxis aufgeworfen. Wenn wir uns nun ansehen, was mit "Produktionskontrolle" gemeint war, wird sofort deutlich, dass sehr unterschiedliche Dinge zusammengefasst wurden, so dass wir uns erst einmal ansehen müssen, was die Bedeutungen dahinter waren.

Für die Bolschewiki war neben der Forderung nach Frieden die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter der zentrale Programmpunkt, mit dem sie die Revolution begannen. Das Betriebsleben, das durch den Krieg zunehmend gestört wurde, konnte von der sozialdemokratischen Regierung Kerenskys nicht in normale Bahnen gebracht werden. Die Inflation des Geldes hatte verheerende Auswirkungen auf die Kaufkraft der Massen, es fehlte an Rohstoffen für die verschiedenen Betriebe, während Hamsterer und Speku-

lanten das allgemeine Chaos nutzen konnten, um beispiellose Gewinne auf Kosten des werktätigen Volkes zu erzielen.⁸⁷

Unter diesen Umständen entstand eine Bewegung unter den Arbeitern, insbesondere in Petrograd, die sich nicht einfach den Entscheidungen der Unternehmer ausliefern wollte. Die Betriebsräte bekämpften oft die Entlassung von Arbeitern oder die Schließung von Fabriken. Im Juni 1917 forderten sie erstmals, die Bücher einer Firma einsehen zu können, um sicherzustellen, dass die Rohstoffe den Betrieb "nicht ohne Grund" verließen. Im Oktober wollte eine Metallfabrik die Größe des Betriebs "aus Materialmangel" reduzieren, woraufhin der Betriebsrat sich das Recht nahm, die Bücher zu überprüfen, während jeder Auftrag von der Geschäftsleitung und auch vom Vertreter des Betriebsrats unterzeichnet werden musste. Im Allgemeinen kann man sagen, dass diese Bewegung das Recht auf Mitbestimmung bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern, bei der Festlegung der Preise und in vielen Fällen die Einbeziehung der Arbeiter in die tägliche Geschäftsführung des Betriebes verlangte. Manchmal forderten sie auch die Entlassung eines besonders gehassten Direktors oder bestimmten Beam-

⁸⁷ Siehe: W. I. Lenin, *Wie die Herren Kapitalisten ihre Gewinne verschleiern (Zur Frage der Kontrolle)*, Werke, Bd. 25, S. 133f

ten. Kurz gesagt, man kann sagen: *Sie forderten Mitbestimmung*. Dabei ist zu betonen, dass die Gewerkschaften, die eigentlich erst im Laufe des Jahres 1917 gegründet wurden, dieser Bewegung überhaupt nicht angehörten. Die Forderung nach Mitbestimmung war das Ergebnis der tatkräftigen Initiative, der Selbstbestimmung der Arbeiter, und eine solche Bewegung konnte natürlich nicht von Gewerkschaftsbeamten durchgeführt werden. Andererseits ist jedoch anzumerken, dass es im Kampf *nicht* um die Enteignung der Besitzer ging, d.h. um die Aufhebung des Kapitalismus: Die Kontrolle der Produktion bedeutete nur *das Unter-Kontrolle-Stellen der Kapitalisten*.

Um dies zu veranschaulichen, geben wir im Folgenden eine Statistik über die Anzahl der Direktoren und Beamten an, die unter dem Druck der Arbeiter 1917 entlassen werden mussten.⁸⁸

März	59
April	5
Mai	–
Juni	4
Juli	5

⁸⁸ [Quelle: Friedrich Pollock, Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjet-Union 1917 – 1927, S. 25]

August 17

September 21

Der menschowistische Arbeitsminister Skobolew konnte natürlich nicht zulassen, dass diese Bewegung weitergeführt wurde, und so erteilte er die Anweisung, dass sich die Betriebsräte nicht in die Betriebsführung einmischen sollten. Das war für die Bolschewiki Wasser auf die Mühlen. Sie benutzten die elementare Bewegung für die Betriebskontrolle in ihrer Propaganda, um die Betriebsräte in einem föderativen Kontext zu organisieren. Die Tatsache, dass bei der Machtübernahme in dem revolutionären Petrograd nur 30% der Betriebsräte in den Gewerkschaften organisiert waren, zeigt, wie wenig diese Betriebsräte mit den Gewerkschaften übereinstimmten. Später, als die Bolschewiki an die Macht gekommen waren, wurde der Umfang der Betriebskontrolle durch das Dekret vom 14. November festgelegt, in dem die verschiedenen Maßnahmen der Arbeiter, die zuvor als illegal galten, nun als *gesetzliche Rechte* festgelegt wurden. (Wir werden später darauf zurückkommen).

b. Die "Arbeiterkontrolle" bei Marx

Es ist eines von Lenins großen Verdiensten, dass er (vor dem bolschewistischen Staatsstreich am 7. November 1917) in seiner Broschüre "Staat und Revolu-

tion" deutlich auf die Veränderungen der Vorstellungen vom Kommunismus hinwies, die Marx im Laufe der Jahre durchlaufen hatte. Im Manifest der Kommunistischen Partei (1847) sieht Marx die Entwicklung zum Kommunismus in einem immer weiter greifenden Staatskapitalismus, wie wir ihn heute in Russland sehen können.⁸⁹

Die Arbeiterklasse übernimmt den Regierungsapparat der Bourgeoisie und die neue(n) Regierungspartei(en?) werden dann mit Hilfe dieses alten Apparats ein radikales *Reformprogramm* durchführen. Im »Kommunistischen Manifest« ist die Umsetzung des Kommunismus *nicht* die Aufgabe der revolutionären Massen, sondern die Enteignung der Eigentümer wird von der neuen Regierung herbeigeführt, die »*der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital*« entreißt. Das Grundeigentum wird abgeschafft, aber die Bauern müssen wie in der Vergangenheit die Grundrente aufbringen, die dann dem Staat zusteht. Das private Kapital funktioniert vorerst noch, aber die Eigentümer müssen »*schwere progressive Abgaben*« zu tragen haben. Die nationale Kreditbank bekommt das *Kreditmonopol*, und es wird auch ein staatliches Verkehrsmonopol eingeführt. Dann wird der Staat dazu übergehen, immer mehr Unter-

⁸⁹ Siehe hierzu: K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 481f

nehmen zu enteignen, um sie in den staatlichen Betrieb zu nehmen, während gleichzeitig eine rasche Zunahme der Zahl der "nationalen Fabriken" stattfinden muss. (In Russland, der Fünfjahresplan.)

Die revolutionären Bewegungen von 1848 und insbesondere die Pariser Kommune (1871) haben scharfe Kritik an diesem radikalen Reformplan geübt. Marx selbst kam daher zu dem Schluss, dass die Praxis des Klassenkampfes gezeigt hatte, dass diese Ansichten für die entwickelten kapitalistischen Länder falsch waren. Insbesondere 1871 zeigte sich, dass die revolutionären Massen nicht nur die alten Herrscher vertreiben mussten, sondern auch den militärisch-bürokratischen Staatsapparat zerstören mussten. So kommt Marx in seinem »Bürgerkrieg in Frankreich« zu dem Schluss, dass die Arbeiterklasse den Staat nicht von der Bourgeoisie übernehmen kann, sondern dass sie ihn "*zerstören*", "*zerschlagen*" muss.

Was ist das für eine "Zerschlagung" des Staates? Der Staat ist keine Porzellanvase, die man zerbrechen kann. Wenn man den Staat zerschlagen will, muss man die militärische bürokratische Kaste neutralisieren, die sich wie ein tausendköpfiges Monster über die Massen erhebt. Die Pariser Kommune tat dies, indem sie eine vollständige *Selbstverwaltung* einführte. Sie erkannte die von der Zentralstaatsregierung ernannten Beamten

nicht an, sondern behielt sich das Recht vor, *alle* Beamten selbst zu ernennen und zu entlassen. Infolgedessen waren sie nicht mehr der zentralen staatlichen Behörde gegenüber verantwortlich, sondern nur noch denen, die sie delegiert hatten. Dabei hatten die revolutionären Massen die legislative **und** die exekutive Gewalt übernommen. Es gab keine von der Masse abgeschnittene bürokratische Kaste mehr, sondern die Beamten waren selbst zu einem lebendigen Teil der Masse geworden. Das Recht auf Ernennung und Entlassung durch die Mitglieder der Kommune selbst stellte *alle* Beamten *unter die Kontrolle* der Massen: Sie wurden zu den eigentlichen Exekutivorganen der Massen. Die Kommune:

»erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andre Arbeiter empfangen.«⁹⁰

Die generelle Einführung des Prinzips der "Rechenschaftspflicht nach unten" ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Tatsache, dass die *direkte* Führung und die direkte Ausrichtung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in die Hände der Arbeiter übergegangen

⁹⁰ F. Engels Einleitung zu Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich (Ausgabe 1891) in MEW Bd. 22, S. 198

ist, ohne den Umweg über den Staat zu nehmen. Die generelle Umsetzung dieses Prinzips steht auch in direktem Gegensatz zu den staatskapitalistischen Vorstellungen von der "Verstaatlichung" von "reifen" Betrieben. Aus dieser Konzeption geht hervor, dass die Gesellschaft *als Ganzes* in der marxistischen Denkweise "reif" für den Kommunismus ist und daher *als Ganzes* zur neuen Produktionsweise übergeht.

Die Propaganda, die die kommunistischen Parteien betreiben, um die schrittweise Übernahme von Betrieben durch den Staat als Wachstum in Richtung Kommunismus auszugeben, ist äußerst destruktiv für die Entwicklung der *kommunistischen Orientierung* der Arbeiterklasse. Sie legt den Schwerpunkt nicht auf das Bewusstsein, dass die Arbeiterklasse die direkte Kontrolle über das gesellschaftliche Leben übernehmen muss, sondern dient nur als Instrument, um den kommunistischen Parteien zu helfen, die Macht in der Regierung zu erlangen. Dann wird der "Kommunismus" schrittweise von den Regierungsstellen aus unter der Diktatur der Kommunistischen Partei durchgeführt.

In den hochkapitalistischen Ländern kann eine echte proletarische Revolution jedoch nicht in diese Bahnen gehen. Die Durchsetzung einer Revolution bedeutet, dass die revolutionären Energien der Massen freigesetzt werden. Und diese Massen sind so zahlreich (anders als in Russland), dass die zerstörerischen und

konstruktiven Kräfte nicht innerhalb der Dekrete der Regierungsparteien gehalten werden können. In einer echten proletarischen Revolution kann sich eine Parteidiktatur nicht behaupten. Eine Parteidiktatur kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Revolution *nicht* weitergeht, wenn sie auf halbem Weg stecken bleibt. Eine Parteidiktatur bekommt nur eine Chance als Produkt einer unerfüllten Revolution, an die sich die Bourgeoisie als letztes Mittel anschließt, "um Schlimmeres zu verhindern", denn eine Parteidiktatur kann bestenfalls Staatskapitalismus erreichen, d.h. sie lässt den Kapitalismus fortbestehen, wenn auch in veränderter Form.

c. Die Arbeiterkontrolle bei den Bolschewiki

Der Verlauf der russischen Revolution zeigt praktisch die Unvereinbarkeit zwischen dem "Kommunistischen Manifest" und dem "Bürgerkrieg in Frankreich". Oder anders ausgedrückt: *die Praxis* hat gezeigt, dass die Grundsätze der Pariser Kommune, die "Verantwortlichkeit nach unten", also die Herrschaft der Arbeiterklasse, mit dem Staatskapitalismus unvereinbar sind. Die Bolschewiki wollten beides vereinen, was sich als unmöglich erwies: Sie mussten den Arbeitern zunehmend die Führung des gesellschaftlichen Lebens aus den Händen nehmen, um sie auf die alte Bourgeoisie und die zentralen Regierungsstellen zu übertragen.

Als die Bolschewiki an die Macht kamen, setzten sie die im Kommunistischen Manifest dargelegten Maßnahmen um. Nur die Banken und der Verkehrssektor sollten vom Staat übernommen werden, während die Industrie noch in Privatbesitz bleiben müsse.

»Ein Muster des Staatskapitalismus haben wir in Deutschland. ... Wenn Sie aber nur ein wenig darüber nachdenken, was in Russland, in Sowjetrußland, die Schaffung der Grundlagen eines solchen Staatskapitalismus bedeuten würde, so wird jeder, der nicht den Verstand verloren hat ..., sagen müssen, dass der Staatskapitalismus für uns eine Rettung wäre.«⁹¹

In der KPR gibt es nur Meinungsverschiedenheiten über das Tempo, mit dem dieser Staatskapitalismus umgesetzt wird. Die "Linken", angeführt von Radek und Bucharin, drängen darauf, dass die Industrie unverzüglich auf den Staat übertragen wird, aber Lenin kann dies bis Ende Juni stoppen.

Dass es tatsächlich *nicht* die Absicht war, die Bourgeoisie zu enteignen, geht aus Lenins Broschüre "Die drohende Katastrophe" hervor. Diese Broschüre wurde einen Monat vor der Revolution geschrieben. Hier befasst sich Lenin mit der Frage der *Verstaatlichung der Banken* und sagt dazu:

⁹¹ W. I. Lenin, Tagung des gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees 29.4.-1918 (11.5.1918), in Lenin Werke Bd. 27, S.284/285

»Wenn die Nationalisierung der Banken sooft mit der Konfiskation der Privatvermögen verwechselt wird, so trägt die Schuld an der Verbreitung dieser Begriffsverwirrung die bürgerliche Presse, in deren Interesse es liegt, die Öffentlichkeit zu betrügen. Das Eigentum an den Kapitalien, mit dem die Banken operieren und die in den Banken konzentriert sind, wird durch gedruckte und schriftliche Urkunden bescheinigt, die man Aktien, Obligationen, Wechsel, Quittungen u. dgl. m. nennt. Keine einzige derartige Bescheinigung würde durch die Nationalisierung der Banken, d.h. durch die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen Staatsbank, verfallen oder ihren Charakter ändern. Wer auf einem Sparkassenbuch 15 Rubel besessen hat, bleibt auch nach der Nationalisierung der Banken der Besitzer dieser 15 Rubel, und wer 15 Millionen hatte, dem verbleiben auch nach der Nationalisierung der Banken 15 Millionen in Gestalt von Aktien, Obligationen, Wechseln, Warenzertifikaten und dergleichen mehr.«⁹²

Die Verstaatlichung der Banken (27. Dezember 1917) erfolgte dann auch in diesem Sinne, was sich darin zeigt, dass die Industrie bis Ende Juni 1918 in Privatbesitz blieb und die Unternehmer die Betriebe nach der Verstaatlichung der Industrie weiterhin mit "freiem Miet- und Nutzungsertrag" hielten.

Den Bolschewiki zufolge wäre dieses System jedoch kein gewöhnlicher Staatskapitalismus, wie wir ihn in

⁹² W. I. Lenin, Die drohende Katastrophe, Werke Bd. 25, S. 339

Westeuropa kennen. *Dieses System würde durch die Grundsätze der Pariser Kommune, durch die "revolutionär-demokratische Kontrolle" der Betriebsarbeiter betrieben.*

*»Damit die Kontrolle über die Industrie wirklich durchgeführt werde, muss es eine **Arbeiterkontrolle** sein (Lenins Hervorhebung), muss in allen verantwortlichen Institutionen eine Mehrheit aus Arbeitern bestehen und muss die Verwaltung den maßgeblichsten Arbeiterorganisationen über ihre Handlungen Rechenschaft ablegen.«⁹³*

Dementsprechend sah das erste Dekret über die Arbeiterkontrolle (14. November 1917) vor, dass die Betriebsräte mit der Kontrolle der Produktion, der Preisgestaltung, dem Einkauf von Rohstoffen und der Finanzpolitik des Betriebes betraut wurden. Sie durften sich jedoch nicht in die *tägliche* Geschäftsführung des Betriebes einmischen oder an deren Stelle treten, während eine "Enteignung" verboten war. Diese Bestimmungen galten sowohl für öffentliche als auch für private Unternehmen. Wenn man bedenkt, dass im ersten Dekret sofort eine nationale Verbindung aller Kontrollausschüsse beschlossen wurde, so würde das gesamte gesellschaftliche Leben unter der Kontrolle der Arbeiter stehen. Bei der Umsetzung dieses Dekrets

⁹³ W. I. Lenin, Rede auf der 1. Petrograder Konferenz der Betriebskomitees, Prawda, Nr. 72, 16. (3.) Juni 1917, Werke Bd. 24, S. 562

wären die Führer des Wirtschaftslebens und der Beamtenapparat nach unten verantwortlich. Sie würden sich nicht von der Masse abkoppeln, sondern die Exekutivorgane der Arbeiter sein. Unter diesen Umständen wäre nicht der Geschäftsführer des Betriebes für den Produktionsprozess verantwortlich, sondern die Arbeiter des Betriebes als Ganzes. Es gäbe keine individuelle Verantwortung, sondern eine *kollektive*.

In der Praxis ist aus diesem Dekret jedoch nichts geworden. Mit anderen Worten, die Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit, worauf es sich gründete, konnte nicht eingeführt werden. Die Eigentümer weigerten sich, unter dieser Kontrolle zu arbeiten – und sabotierten die Produktion ... oder schlossen die Betriebe. Die Bourgeoisie und ihr Beamtenapparat ließen sich nicht unter die Kontrolle der Arbeiter stellen.

»Das Dekret der Rätewacht verpflichtete die Unternehmer, in allen Bereichen die Kontrolle der Arbeiter einzuführen. Indes erwies sich die Arbeiterkontrolle als halbe Maßnahme und darum auch als nicht durchführbar. Als eine Lösung bedeutet die Arbeiterkontrolle die wachsende und zugleich noch unzureichende Macht des Proletariats, das heißt, sie war Ausdruck der noch nicht überwundenen Schwäche der Bewegung.«⁹⁴

⁹⁴ Larin und Kritzman, Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Russland, 1917 bis 1920, Zitat von A. Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, S. 114

Damit standen die Bolschewiki vor der Wahl, die Kontrolle der Arbeiter abzuschaffen oder den Arbeitern die Führung des Wirtschaftslebens zu übertragen, indem sie ihre staatskapitalistischen Pläne aufgaben. In Wirklichkeit gab es jedoch keine Wahl: Die Arbeiterklasse war viel zu schwach, ideologisch und zahlenmäßig, um die Führung des Wirtschaftslebens übernehmen zu können. Es gab nur 2 Millionen Industriearbeiter mit Familie, von denen die meisten noch auf dem Bauernhof waren, verglichen mit 120 Millionen Bauern (einschließlich Familie). Und so beschlossen die Bolschewiki, die Arbeiterkontrolle abzuschaffen.

Vom Staatskapitalismus unter revolutionär-demokratischer Kontrolle blieb nur der Staatskapitalismus übrig!

d. Die Zerstörung der Arbeiterkontrolle durch die Bolschewiki

Wir wollen jetzt damit fortfahren, in aller Kürze die Entmachtung der Arbeiterklasse durch die Bolschewiki aufzuzeigen. Dafür müssen wir uns auf das Verhältnis zwischen den Arbeiterräten und der Gewerkschaftsbewegung konzentrieren.

Während der Kerenski-Periode gab es zwei Organisationen der Industriearbeiter nebeneinander: die Gewerkschaften und die Arbeiterräte. Die Arbeiterräte

waren die *direkten* Vertreter der Arbeiter in den Fabriken, sie standen selber auch im Betrieb. Die Arbeiterräte waren die eigentliche Waffe der "direkten Aktion". Ein revolutionärer Kern von Arbeitern aus einem Betrieb rief die gesamte Belegschaft zu einer Betriebsversammlung zusammen und dort wurde die Haltung in den verschiedenen Fragen festgelegt. Hier wurde nicht gefragt: Zu welcher Partei oder Gewerkschaft gehörst du? Das war völlig gleichgültig. **Als Betriebseinheit** wurden die Entscheidungen getroffen, die Klasseneinheit ging über den fragmentierten Geist der Mitgliedskarten hinaus. Die Aktionen der Massen wurden so aus dem Rahmen der *Führungspolitik* der verschiedenen Parteien und Gewerkschaften herausgenommen und zu einer *Klassenpolitik* gemacht.

Natürlich waren die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten heftige Gegner der Arbeiterräte. Nur die Bolschewiki unterstützten sie sofort und organisierten sie in einem nationalen Kontext, da diese lebendige Aktivität der Massen eine wichtige Rolle im Kampf um die Macht für die Bolschewiki spielen würde.

Das dauerte jedoch nur so lange, bis die Massen den Bolschewiki geholfen hatten, die Regierungsmacht zu erlangen. Danach strangulierten sie die Arbeiterräte und gingen zur Gewerkschaftsfront über. Bereits am 22. Dezember 1917 lösten die Bolschewiki die Arbeiterkontrolle der Murmansk-Eisenbahn auf, und an

ihre Stelle trat ein vom Volkskommissariat für Verkehr ernannter Direktor. Dies war das Zeichen für den weiteren Verlauf der Revolution.

Die Bolschewiki gingen nun daran, die Revolution in "geordnete" Bahnen zu führen, und um ihre Führungspolitik durchzusetzen, war es vor allem wichtig, die unangenehmen Arbeiterräte loszuwerden. Sie taten dies auf die gleiche Weise, wie es die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung ein Jahr später in Deutschland taten: Sie nahmen sie in die Zentralverwaltung der Gewerkschaftsbewegung auf! (rechtliche Betriebsräte in Deutschland). Es war eine schmerzhaft, aber kurze Operation.

Im Januar 1918 (als die Bolschewiki 2 Monate lang an der Macht waren) organisierten sie einen gemeinsamen Kongress von Gewerkschaften und Betriebsräten, um zu einer "Kooperation" der oft gegensätzlichen Bewegungen zu gelangen. Weil nach Ansicht der Bolschewiki die Gewerkschaften zusammen mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat die Führung des Betriebslebens übernehmen sollten, mussten die Gewerkschaften einerseits in Industrieverbände umgewandelt werden und die Betriebsräte andererseits der zentralen Leitung folgen. Die Betriebsorganisationen sollten die untersten "Zellen" der Industrieverbände sein. So wurde es beschlossen. Dies geschah jedoch erst nach heftigem Widerstand der Arbeiterräte. Das

war völlig verständlich, denn jede unabhängige Bewegung, das eigentliche Lebensprinzip der Räte, war aufgegeben; alle Geldmittel wurden in die Hände der Zentralverwaltungen gelegt. Alle unabhängigen Kassen in den Betrieben (Streikkassen, Unterstützungskassen) wurden verboten, was die Eigenbewegung der Betriebsräte erheblich einschränkte. Nach Ansicht der Bolschewiki war diese Eigenbewegung auch völlig überflüssig, da sie auf dem folgenden Gewerkschaftskongress (20. April 1918), wo sie die Mehrheit hatten, die folgende Resolution verabschiedeten:

»Konflikte zwischen Arbeitern und Betriebsleitung sind unverzüglich der Zentralverwaltung des Gewerkschaftsbundes zur Entscheidung vorzulegen. Wenn sich die Arbeiter weigern, sich den Entscheidungen der Gewerkschaftsorgane zu unterwerfen, müssen sie sofort aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden und alle daraus resultierenden Konsequenzen tragen.«⁹⁵

Eine zweite Folge der gemeinsamen Sitzung von Gewerkschaften und Betriebsräten (Januar 1918) war das

⁹⁵ Kurier der Arbeitsminister, 1918 Nr. 5/7. Blatt des Volkskommissariat für Arbeit. Da es eine Zwangsmitgliedschaft in der Gewerkschaft gab, bedeutete der Ausschluss gleichzeitig die Entlassung aus dem Betrieb. Da die Gewerkschaften für die Verteilung der Lebensmittel zuständig waren, bedeutete die Entlassung sofort die Zurückhaltung der Lebensmittelkarten. So wurde die *Diktatur des Proletariats* bereits im Januar 1918 zur Diktatur der Gewerkschaftsbürokratie gemacht, was dann im April weiter bestätigt wurde.

enorme Wachstum der Gewerkschaftsbewegung. Neben der Einbeziehung der Betriebsräte, die größtenteils nicht gewerkschaftlich organisiert waren, wurde nun, wenn auch nicht rechtlich, eine praktisch verpflichtende Mitgliedschaft eingeführt. Durch die Parzellierung eines Betriebs wurde eine Betriebsversammlung einberufen, auf der vorgeschlagen wurde, der Gewerkschaft gemeinsam beizutreten, was dann durch Handzeichen entschieden wurde. War der Betrieb auf diese Weise zur Gewerkschaft übergegangen, wurden alle neu eingestellten Arbeiter automatisch als Mitglieder registriert, während zugleich der Beitrag vom Lohn abgezogen wurde. Das Wachstum der Gewerkschaftsbewegung war daher keineswegs das Wachstum des "Klassenbewusstseins" der Arbeiter, sondern die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft war zu einer "offiziellen Verpflichtung" (Tomski) geworden.

»Die Arbeiter akzeptierten die Einbehaltung von Beiträgen als einen von oben kommenden Befehl, der völlig unabhängig von ihrem Willen war.«⁹⁶

Die dritte und *wichtigste* Konsequenz der gemeinsamen Sitzung von Gewerkschaften und Betriebsräten (Januar 1918) war jedoch von ganz anderer Art. *Nur die vom Zentralrat der Gewerkschaften anerkannten Arbeiterorga-*

⁹⁶ Tomski - Prinzipien der Gewerkschaft, S. 69

nisationen waren gesetzlich zugelassen. Da die Mitgliedschaft in der offiziellen Gewerkschaft eine "*offizielle Verpflichtung*" war, bedeutete dies nicht mehr oder weniger, als dass der Arbeiterklasse das Recht auf Organisation entzogen wurde. Man "durfte", nein, man *musste* Mitglied des Verbündeten der Regierungspartei sein. In Wirklichkeit durfte (und darf!) sich die Arbeiterklasse nicht organisieren, um ihre Interessen zu verteidigen.

e. »Das Recht, die Gemeindemitglieder selbst zu ernennen und zu entlassen, unterstellte alle Beamten der Kontrolle der Massen, sie wurden die eigentlichen Exekutivorgane der Massen ...«⁹⁷

Da der Arbeiterklasse bereits in der ersten Periode der Revolution das Recht auf Organisation entzogen wurde (die Regierungspartei würde ihre Interessen vertreten!), liegt es auf der Hand, dass es mit der Leitung der Produktion durch die Arbeiter, der Verantwortung "nach unten" aller Beamten, umso trauriger aussehen musste. Dies ist in der Tat der Fall. Wir haben bereits auf den Widerspruch zwischen dem

⁹⁷ Die in der holländischen Ausgabe angegebene Quelle des Zitates – Marx, Bürgerkrieg in Frankreich, S. 40 – ist in den MEW nicht wörtlich belegbar. Wahrscheinlich hat die GIK aus einer ungenauen Übersetzung zitiert. Siehe MEW Bd. 17, S. 339ff.

Obersten Volkswirtschaftsrat und den Betriebsorganisationen hingewiesen, zum Beispiel, wie die Stärkefabrik "Jivilov" "verstaatlicht" wurde, aber der Betriebsrat sich weigerte, die Fabrik an einen Vertreter der OVWR zu übergeben. Der OVWR führte ein System von Inspektoren ein, um die Petrograder Metallunternehmen unter ihre Kontrolle zu bringen, aber es kam zu schweren Konflikten zwischen den Inspektoren und den Betriebsräten. Es ist auch kein Zufall, dass der Verband der Arbeitervertreter, der die "Autonomie der Betriebsräte" verteidigte, in den Eisenbahnwerkstätten entstanden ist, denn hier begann zuerst die Verdrängung der Arbeiterräte (Murmansk'sche Eisenbahn). Der eigentliche Kampf wurde jedoch auf dem bereits erwähnten Gewerkschaftskongress vom 20. April 1918 ausgetragen. Die Bolschewiki schlugen vor, die Rechenschaftspflicht "nach unten" abzuschaffen, indem sie vorschlugen, die *individuelle Verantwortlichkeit* des Direktors von nun an umzusetzen. So wurde es entschieden. Der Direktor war also nicht mehr den Arbeitern des Betriebes gegenüber rechenschaftspflichtig, *sondern* gegenüber den "höheren Instanzen", eine Verantwortung, die natürlich nur möglich ist, wenn er den Betrieb "individuell" leitet, ohne die Arbeiter. Die Arbeiter wurden so aus der Betriebsleitung verdrängt und die "Arbeiterkontrolle" wurde auf die Überprüfung der Einhaltung der Arbeitsgesetze und der tariflichen Verträge mit den Gewerkschaften

durch den Direktor reduziert, was der Funktion der gesetzlichen Betriebsräte in Deutschland entspricht. Nach der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik im März 1921 wurden auch die Gewerkschaften aus der Produktionsleitung verdrängt, die dem Namen nach auf den Obersten Volkswirtschaftsrat, aber in Wirklichkeit auf die zaristische Bourgeoisie und ihre "Spetzen" (Spezialisten) überging. Dass diese Situation auch heute noch besteht, zeigt der so genannte **"Ramsin-Prozess"** von 1930; alle Phrasen über die Diktatur des Proletariats in Russland können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die alte Bourgeoisie für die Produktion verantwortlich ist. Diese "roten Direktoren" sind natürlich nicht gegenüber den Arbeitern verantwortlich – weil sie auch nicht von ihnen ernannt werden. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die früher schon von uns veröffentlichte Resolution, die am 7. September 1929 vom Zentralkomitee der KPR verabschiedet wurde, Maßnahmen, die darauf abzielen, die Produktionsleitung neu zu organisieren und die diktatorischen Rechte der Betriebsleitung zu definieren.

Unter dem Gesichtspunkt der "Zerschlagung des Staates", der Vernichtung der alten Bürokratie, der Unterwerfung aller Beamten unter die Kontrolle der Massen, rückt die russische Revolution damit *immer weiter vom Kommunismus ab*. Die Trennung der Massen von

der Produktionsleitung ist zur Tatsache geworden und damit wurde die alte Situation der bürokratischen Herrschaft in neuer Form wiederhergestellt. Die Bolschewiki mussten sich letztlich der Rückständigkeit der gesellschaftlichen Struktur in dem Agrarland Russland beugen und waren gezwungen, die *proletarischen Elemente, die in der russischen Revolution vorhanden waren, zu "zerschlagen"* und den alten Beamtenapparat zu übernehmen.

*»Wir haben den alten Staatsapparat übernommen und das war unser Unglück. Der Staatsapparat arbeitet oft sehr gegen uns. Die Sache war die, dass uns der Staatsapparat 1917, nachdem wir die Macht ergriffen hatten, sabotierte. Wir erschraken damals sehr und baten: „**Bitte schön, kommen Sie zu uns zurück.**“ Und alle kamen zurück. Das war unser Unglück.«⁹⁸*

⁹⁸ W. I. Lenin, Referat auf dem IV. Kongress der Komintern, 13. Nov. 1922, Werke Bd. 33, S.414. Hervorhebung durch GIK

Die Kontrolle des Betriebslebens II

a. Die Kontrolle im Staatskapitalismus

Wenden wir nun die Aufmerksamkeit auf die Kontrolle des Betriebslebens im buchhalterischen Sinne, so ist offensichtlich, dass die Form dieser Kontrolle eng mit der Rechtsgrundlage der Gesellschaft zusammenhängt. Die Art der Kontrolle wird daher durch die neuen Eigentumsverhältnisse bestimmt. Wenn die Produktionsmittel in staatliches Eigentum übergehen, wird auch die Regulierung von Produktion und Verteilung zu einer staatlichen Funktion, und die Kontrolle erscheint als eine von oben nach unten gerichtete Überwachung der Einhaltung staatlicher Dekrete. Der Staat ernennt eine Armee von Inspektoren, Buchhaltern usw., die für die finanzielle Steuerung verantwortlich sind. Es ist ein unproduktiver Apparat, der allein dem Staat dient, um die Aneignung von Gütern zu gewährleisten. Soweit der Staat hierbei von einer "Arbeiterkontrolle" Gebrauch machen will, kann es nur darum gehen, die Einhaltung der von der Betriebsleitung festgelegten Bestimmungen zu überwachen. Im Staatskapitalismus kann "Arbeiterkontrolle" daher niemals über die sogenannte "Arbeiterbeteiligung" in Betrieben hinausgehen.

Varga beschreibt uns die Kontrolle unter dem Staatskapitalismus wie folgt:

»Zu dem Funktionsbereich der organisatorisch-zentralen Leitung gehört die Kontrolle der Betriebsführung und des Geschäftsbarens in Bezug auf das Staatsvermögen, ein Problem, welches in Russland besonders große Schwierigkeiten bereitete ... Das leichtfertige Umgehen mit dem Staatsgut, mit dem enteigneten Vermögen der Bourgeoisie entspringt vor allem der kapitalistisch-habgierigen Tendenz der ganzen Gesellschaft, deren Moral durch den langandauernden Krieg noch besonders untergraben wurde. Es spielt hierbei aber auch eine gewisse Unklarheit über die neuen Eigentumsverhältnisse mit. Die Proletarier, welche die enteigneten Betriebe verwalten, fallen zu leicht in den Glauben, dass die Betriebe ihr Eigentum sind, nicht das der ganzen Gesellschaft. Dies macht eine gut funktionierende Kontrolle besonders wichtig, da es zugleich ein ausgezeichnetes Erziehungsmittel ist ... Das Problem der Kontrolle war in Ungarn sehr gut gelöst. (Hervorhebung von Varga.) Die Revisoren, die früher den Kapitalisten dienten, wurden durch die Ausbildung von Advokaten und Mittelschullehrern zu diesem Beruf vermehrt und als Angestellte des Staates zu einer besonderen Sektion des Volkswirtschaftsrates zusammengefasst. Die Sektion war nach Berufsgruppen gegliedert, sodass dieselben Revisoren ständig die Betriebe gewisser Industriezweige kontrollierten. Die Kontrolle erstreckte sich nicht nur auf das Geld und Materialgebühren, sondern auch auf die richtige Verwendung

der Arbeitskräfte, auf Nachprüfung der Ursachen der schlechten Arbeitsleistung oder des ungünstigen Ergebnisses überhaupt. Der zuständige Revisor überprüfte in bestimmten Intervallen an Ort und Stelle Betrieb und Buchhaltung und verfasste einen Bericht, welcher nicht nur die Fehler aufdeckte, sondern auch Vorschläge zu Reformen enthielt. Die Revisoren hatten selbst keinerlei Verfügungsrecht in den von ihnen revidierten Betrieben, sie unterbreiteten nur ihre Berichte den zuständigen Organisationsbehörden. Indessen bildete sich bald eine Kooperation zwischen dem Revisor, dem Produktionskommissär und dem Betriebsrat heraus. Die Ratschläge des Revisors wurden oft spontan befolgt. Auch wurde eine Zeitschrift "Das Blatt der Revisoren" gegründet, welche allen enteigneten Betrieben zugeschiedt wurde und viel dazu beitrug, die organisatorischen Fragen der Betriebsleitung im Kreise der Arbeiter zu klären. Die systematische Kontrolle erstreckte sich nicht nur auf die Betriebe, sondern auch auf das Gebaren aller Volkskommissariate.«⁹⁹

Was Varga hier die Kontrolle der Produktion nennt, ist die Verwechslung von zwei sehr unterschiedlichen Dingen. Das eine bezieht sich auf die Kontrolle im buchhaltungsmäßigen Sinne – die Kontrolle der Betriebsbücher; also eine Frage der Einnahmen und Ausgaben. Das andere ist die technische Kontrolle. Es geht um die Rationalisierung der Produktion. Die Kombination dieser verschiedenen Funktionen ist

⁹⁹ E. Varga, Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur, S. 67/68

kein Zufall für den Staatskapitalismus. Sie sind Ausdruck der Grundlage, auf der die Produktion steht: der Rentabilität. Kontrollkartensystem, Stempeluhren, Taylorsystem und laufendes Band sind Wegweiser dieser Rationalisierung, die zugleich Kontrolle ist; – aber es ist Kontrolle einer übergeordneten Gewalt über die ihr dienstbar gemachte Arbeit. Kontrolle der Produktion heißt hier, die Produzenten daraufhin zu kontrollieren, ob sie auch rentabel genug arbeiten, genügend Überschuss für das Wirtschaftskommando abwerfen. Die Kontrolle trägt den Charakter der Herrschaft über die Produzenten.

b. Die Kontrolle im Kommunismus

In der Assoziation freier und gleicher Produzenten auf der Grundlage der Arbeitszeitrechnung ist die Kontrolle von einem ganz anderen Charakter, **denn wir haben es hier mit anderen Rechtsverhältnissen zu tun**. Die Arbeiter erhalten die Gebäude, Maschinen und Rohstoffe von der Gemeinschaft, um neue Güter für die Gemeinschaft zu produzieren. Jeder Betrieb bildet somit eine kollektive rechtliche Einheit, die der Gemeinschaft gegenüber für ihre Verwaltung verantwortlich ist. Die öffentliche Rechnungslegung für alle Betriebe ist eine natürliche Folge davon.

Wie wir gesehen haben, kennt der Betrieb keine "Einnahmen und Ausgaben", er kann niemals mit "Überschüssen oder Defiziten" arbeiten, mit anderen Worten, die Rentabilität existiert im Kommunismus nicht. Geld existiert nicht. Alle Gütertransfers sind nichts anderes als eine Übertragung über das Girokonto, während niemand jemals etwas anderes als einzelne Konsumgüter erhalten kann. Niemand kann ein "Einkommen" haben, das größer ist als die Produkte, die er für seine geleisteten Arbeitsstunden vom Verbrauch nehmen kann.

Wenn wir über die Kontrolle der Wirtschaft im Kommunismus sprechen, dann wollen wir uns nicht verschiedene Ausschüsse ausdenken, die diese Kontrolle durchführen. Nicht, dass es solche Einrichtungen nicht geben wird, sondern sie fallen außerhalb des Rahmens der Möglichkeiten der theoretischen Forschung. Wir wollen daher nur untersuchen, welche Formen der Kontrolle direkt in den Betriebsprozess der Wirtschaft eingebettet sind. Wir meinen die Art und Weise, wie sich das Betriebsleben selbst kontrolliert, ohne jeglichen "Kontrollleur".

In der Assoziation freier und gleicher Produzenten geschieht die Kontrolle der Produktion nicht durch Personen oder Instanzen, sondern sie wird geführt durch die öffentliche Registration des sachlichen Verlaufs des Betriebslebens. Das

heißt, die Produktion wird kontrolliert durch die Reproduktion.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Kommunismus nicht zufällig produziert, sondern nach einem vorgegebenen Produktionsplan arbeitet, innerhalb dessen sich das Wirtschaftsleben weitgehend bewegen wird. Dieser Produktionsplan ist nichts anderes als das Festlegen des Umfangs der verschiedenen Produktionsbereiche. Er bestimmt daher den Umfang der Arbeit, die die Gesellschaft für die Produktion von Produktionsmitteln, Rohstoffen, Lebensmitteln, Unterhaltung usw. aufwenden will. Diese Pläne werden nicht von den Ökonomen "ausgedacht", sondern entstehen aus der Gesellschaft heraus. Dadurch, dass der Verbrauch durch alle Arten von Verbraucherorganisationen direkt mit der Produktion verbunden ist, wissen die Betriebe genau, inwieweit sie die Anforderungen an ihre Produkte erfüllen können. Sollte sich herausstellen, dass die Textilindustrie nicht in der Lage ist, alle Anforderungen zu erfüllen, wird sie bei der Erstellung des nächsten Produktionsplans Vorschläge für eine überdurchschnittliche Expansion vorlegen. Auf diese Weise "wächst" der Produktionsplan aus der Praxis des Lebens. Sobald dieser Plan angenommen ist, müssen sich jedoch auch die verschiedenen Betriebsorganisationen in diesem Rahmen bewegen und dürfen

ihre Produktionsbudgets nicht überschreiten. Dies gehört zu den **allgemeinen Regeln**, worüber die Wirtschaft geführt wird.

In der Allgemeinen Gesellschaftlichen Buchführung des Giroamtes, in diesem Verkleinerungsspiegel des Betriebslebens, haben wir bereits einen unmittelbaren Überblick darüber, ob sich jeder Sektor innerhalb des Produktionsplans bewegt. Ist jeder Betrieb Teil des Giroverbandes, so unterliegt jeder einzelne Betrieb dieser buchhalterischen Kontrolle. Wenn der gesamte Produktionssektor (z.B. die Zuckerindustrie als Ganzes) angeschlossen ist, dann fällt die buchhalterische Prüfung der einzelnen Betriebe in den Bereich dieser Produktionsgemeinschaft.

Wie kontrolliert sich das Betriebsleben **selbst**? Es ist die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit, die dies tut. In Kapitel 8 haben wir ein Beispiel dafür gegeben, wie die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit ermittelt werden kann. Wir haben dort gesehen, dass nicht alle Betriebe gleich produktiv sind, sondern dass der eine unter und der andere über dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegt. Wenn die Produktion zeigt, dass ein Betrieb mit seiner Produktionszeit weit über dem Durchschnitt liegt, dann deutet die sachliche Produktion selbst darauf hin, dass eine Untersuchung der Ursachen erforderlich ist.

Es ist auch möglich, dass die gesellschaftliche Produktionszeit selbst falsch berechnet wurde. War sie zu hoch, wird in der Buchhaltung eine größere Anzahl von Stunden in die Gesellschaft "weitergegeben", als in Form von p , r und a im Betrieb verbraucht wurde. Wo jedoch Eingangs- und Ausgangsstrom immer gleich sein müssen, stellt eine solche Situation einen Rechenfehler dar. Der gesellschaftliche Durchschnitt kann auch zu niedrig berechnet werden. In diesem Fall spiegelt sich dies in den Konten wider, da die Eingangsmenge größer ist als die Ausgangsmenge. Für den Betrieb oder die Branche ist dies schmerzhaft, da sich die Betriebe nicht selbst reproduzieren können. Das heißt, die Produktion kommt zum Stillstand. Dies zeigt also, dass die gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit ein unerbittlicher "Kontrollleur" ist, der sich jedes Mal bemerkbar macht, wenn die Betriebe sie freiwillig oder unfreiwillig durchbrechen. Oder wie man sagen kann: Die Produktion wird durch die Reproduktion gesteuert. Es sind die Bewegungsgesetze des Betriebslebens **selbst**, die die Kontrolle ausüben und einen Verstoß sofort anzeigen.

Die Kontrolle öffentlicher Betriebe bietet nicht so viele Formen der automatischen Kontrolle, da das Produkt "kostenlos" in den Verbrauch gelangt. Hier gibt es in der Regel keine gesellschaftlich durchschnittliche Produktionszeit und in den Betriebsbüchern

wird in der Regel nicht angegeben, wie viel Produkt "weitergegeben" wurde.

Diese Betriebe arbeiten nach der Formel $p + r + a =$ "Dienstleistung". Auch der Reproduktionsprozess wirkt hier nicht als Kontrollfaktor. In diesem Fall kann die gesellschaftliche Buchhaltung nur prüfen, ob sich die "Dienstleistung" weiterhin *innerhalb ihres Produktionsbudgets* bewegt, d.h. ob sie ihren Verbrauch von p , r und a nicht überschreitet. Ob die "Dienstleistung" ausreichend produktiv ist, lässt sich hier nicht erkennen. Daher müssen andere Mittel eingesetzt werden. Beispielsweise wie viele Arbeitsstunden für einen Kilometer Straßenbahnverkehr aufgewendet werden, oder der Vergleich der "Kosten" der Bildung in den verschiedenen Kommunen pro Kopf etc. Aber diese Art der Kontrolle fällt nicht in den Rahmen der Untersuchungen in dieser Schrift.

15.

Die Einführung des Kommunismus in der Landwirtschaft

a. Die Entwicklung zur Warenproduktion

Es ist ein bekannter Satz, dass jede neue Gesellschaft im Schoße der alten geboren wird. Der Kapitalismus schafft in seiner rasend schnellen Entwicklung einen immer mächtigeren, in steigendem Maße konzentrierten Produktionsapparat, wodurch einerseits die Zahl der Bourgeois, welche die Verfügung über den Apparat haben, sich verringert und andererseits das Heer der Proletarier ins Unermessliche sich steigert. Diese Entwicklung schafft zugleich die Bedingungen, die den Kapitalismus zu Fall bringen. Die notwendige Bedingung dieses Wachstums des Proletariats ist eine immer intensivere Ausbeutung, während die Unsicherheit der Existenz damit gleichen Schritt hält. (Siehe Marx, Lohnarbeit und Kapital.) Bei diesen Bedingungen gibt es für das Proletariat nur einen Ausweg: Den Kommunismus.

Betrachten wir neben dieser industriellen Entwicklung die der Landwirtschaft, dann erhalten wir ein anderes Bild. Ungeachtet aller Prophezeiungen, dass auch die

Landwirtschaft sich konzentrieren müsse, dass der kleinere und mittlere Bauer von großen Agrarkonsortien verdrängt werde, ist von dieser Entwicklung wenig zu merken. Nicht nur der mittlere, sondern auch der kleine Bauer hat sich behauptet, während keine Rede ist von einer Entwicklung im obengenannten Sinne. Ja, es ist sogar eine kräftige Zunahme des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft festzustellen.

In den Augen der Theoretiker des Staatskommunismus ist diese Entwicklung sehr enttäuschend. Die Arbeit in der Industrie bekommt einen immer stärkeren gesellschaftlichen Charakter, während die des Bauern ihrer Meinung nach noch einige Zeit abgeschottet bleibt. In der Industrie werden die Betriebe immer "reifer" für den Kommunismus, oder was sie darunter verstehen, und im landwirtschaftlichen Betrieb dagegen wollen sie nicht für die zentrale staatliche Verwaltung "reifen".

Aus dem Blickwinkel des Staatskommunismus ist und bleibt die Landwirtschaft daher ein Hindernis zu der Einführung des Kommunismus. Unserer Meinung nach hat der Kapitalismus aber auch die objektiven Bedingungen für den Kommunismus in der Landwirtschaft glänzend durchgeführt. Es hängt nur davon ab, wie man die Dinge sieht; ob man die Verwaltung der

Produktion in die Hände der zentralen Regierungsbüros legen will oder ob man sie von den Produzenten selber vollzogen denkt.

Um zu zeigen, dass die Landwirtschaft bereits vollständig "reif" für den Kommunismus ist, wollen wir einen kurzen Überblick über die Situation der Betriebe geben, wie sie in Westeuropa, Amerika und Australien sind. (Für weitere Ausführungen verweisen wir auf unsere Broschüre: Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebs).¹⁰⁰ Wir werden dann sehen, dass die Landwirtschaft durch und durch kapitalistisch geworden ist und dass die Produktion genauso ist wie in der Industrie.

Eines der Merkmale der kapitalistischen Produktion ist, dass es sich um eine **"Waren"**-Produktion handelt. "Waren" sind Gebrauchsgegenstände, die der Produzent *nicht* für sich selbst, sondern für andere, für die Gesellschaft, herstellt, und seine Arbeit ist daher gesellschaftliche Arbeit. In dem gesellschaftlichen Prozess des Stoffwechsels sind daher alle Warenproduzenten untereinander verbunden, sie leben in vollkommener gegenseitiger Abhängigkeit und bilden damit in Wirklichkeit ein geschlossenes Ganzes.

¹⁰⁰ Veröffentlicht in: De Nieuwe Weg – Jahrgang 1930
[<https://www.aaap.be/Pages/Pamphlets-GIC-1930-De-Ontwikkeling-Van-Het-Boerenbedrijf.html>]

Der alte Bauernbetrieb kannte die Warenproduktion nur als Nebensächlichkeit. Er war eine Welt für sich, in der er fast alles, was er produzierte, selbst konsumierte. Der Bauer war sein eigener Schneider, Maurer, Textilhersteller und Lebensmittellieferant. Der Bauer arbeitete also nicht für andere, für die Gesellschaft, sondern *für seinen eigenen Familienkreis*. Der Bauer brachte nur sehr wenig auf den Markt, was bedeutete, dass er nur sehr wenig Geld in der Hand hatte, wodurch er aber zumindest eine "unabhängige" Existenz hatte.

Die industrielle Warenproduktion hat diese Geschlossenheit durchbrochen. Auf der einen Seite wusste sie einen Strom billiger Produkte über die Erde zu streuen, auf der anderen Seite wurde durch die Wirkungen des Kapitalismus der Pachtzins erhöht, während auch der Staat immer höhere Steuern verlangte. Es ist hier nicht unsere Aufgabe, den Zerschlagungsprozess der geschlossenen Hauswirtschaft zu verfolgen. (Siehe R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals.) Wir wollen nur das Resultat feststellen, das für jeden deutlich zutage tritt. *Der Bauernbetrieb brauchte immer mehr Geld, um seinen Verpflichtungen gerecht zu werden.* Geld kann er aber nur erhalten dadurch, dass er als Warenproduzent auftritt, dass er mehr Produkt auf den Markt bringt. Hierzu lagen zwei Wege offen. Entweder, der Bauer musste bei gleicher Produktivität

selbst weniger verbrauchen, oder er musste die Produktivität seiner Arbeit steigern. Noch weniger verbrauchen, als ein Bauer vom alten Schrot und Korn gehört aber zu den Unmöglichkeiten. Die Steigerung der Produktivität erschien damit als einzige Lösung.

Hier liegt nun der Punkt, wo die Ökonomen sich bis jetzt in ihren Zukunftsspekulationen geirrt haben. *Sie nahmen für den agrarischen Betrieb dieselbe Entwicklung an wie für die Industrie.* In der Industrie wurde eine immer größere Produktivität erreicht, durch das Zusammenfließen von Kapitalien, durch immer neue, mehr produktive Maschinen, welche nur in Riesenbetrieben angewandt werden konnten. Diesbezüglich meinten sie, dass derselbe Konzentrationsprozess sich in der Landwirtschaft vollziehen müsste. Damit musste der kleinere und mittlere Bauer in der Hauptsache verschwinden, während die Agrarkonsortien die entscheidende Rolle in der Landwirtschaft spielen würden. Die kleinen und mittleren Landwirte würden alle zu Lohnarbeitern des Aktienkapitals in der Landwirtschaft gemacht.

Unsere Ökonomen haben sich also in dieser Beziehung sehr geirrt. Es ist jedoch bemerkenswert, dass die industrielle Entwicklung, welche die Konzentration in der Landwirtschaft herbeiführen sollte, selbst den Boden für eine ganz andere Entwicklung der Agrikultur bereitete. Es waren insbesondere der **Motor**, der

künstliche Dünger und die **Agrarwissenschaft**, welche die Produktivität der Arbeit gewaltig zu steigern wussten, ohne zu dieser großen Kapitalkonzentration zu führen. Durch die moderne Düngung spielte die Beschaffenheit des Bodens eine untergeordnete Rolle, der Ertrag per Hektar wuchs gewaltig, wodurch der Bauer viel mehr Waren auf den Markt bringen konnte als früher, während **der moderne Verkehr** einen allseitigen Transport versorgen konnte.

Gleichzeitig mit der Steigerung des Ertrages per Hektar vollzog sich eine Erscheinung von gewaltiger Bedeutung. Sobald die Produktion auf wissenschaftliche Grundlage kommt, tritt die Erscheinung der Spezialisierung mit zwingender Kraft auf. »Der *Spezialist ist ein Höhlenmensch, er sieht nur einen kleinen Lichtstreifen des Weltraumes, aber den sieht er sehr scharf*«, sagt Multatuli irgendwo. So sehen wir, wie der Bauer sich einrichtet, nur ein bestimmtes Produkt zu liefern, aber um hier denn auch das Höchste zu erreichen, was bei dem heutigen Stand der Wissenschaft und – seinen finanziellen Mitteln nur möglich ist. Nach dieser Spezialisierung richtet er dann seinen Betrieb ein, d. h., er beschafft sich gerade die Werkzeuge, welche er für das spezielle Produkt braucht.

So ist gegenwärtig der Zustand der Landwirtschaft in Westeuropa, Amerika und Australien. *Der Bauer ist damit Warenproduzent geworden im vollen Sinne des Wortes!!* Er

bringt jetzt nicht mehr seinen Überschuss auf den Markt, wenn er für seine eigenen Bedürfnisse gesorgt hat, sondern sein ganzes Produkt. Er schafft dasjenige, was er selber nicht verbraucht, und er verbraucht gerade das, was er selber nicht verfertigt. Er arbeitet also nicht für den Kreis seiner Familie, sondern für andere, für die Gesellschaft, und damit ist seine Arbeit jetzt gesellschaftliche Arbeit. Die geschlossene Hauswirtschaft ist durch die Spezialisierung vernichtet, der Bauernbetrieb ist zur "industriellen Produktion" übergegangen.

Obwohl der Landwirt der "Besitzer" seines Landes geblieben sein mag, hat sich seine Position enorm verschlechtert. Sicherlich kann er bei günstiger Konjunktur gute Geschäfte machen, aber er ist jetzt völlig abhängig von den Wechselfällen des Marktes. Seine Unsicherheit hielt mit seiner Spezialisierung Schritt. Dies blieb den Bauern natürlich nicht verborgen und sie versuchten, sich den fatalen Tendenzen ihrer Spezialisierung zu entziehen. Dazu gründeten sie Bauerngenossenschaften, wodurch sie die Preisgestaltung besser in der Hand hatten und auch auf kollektivem Wege Maschinen beschaffen konnten für die Bearbeitung der Felder und die Verarbeitung der Ernte. Infolgedessen ist der gesamte Agrarbetrieb stark konzentriert, auch wenn von einer industriellen Zusammenfassung der Betriebe keine Rede sein kann.

b. Die Bedeutung dieser Entwicklung für die proletarische Revolution

Der oben skizzierte Entwicklungsgang verhindert, dass ein zahlreiches Landproletariat gebildet wurde. Wenn es auch noch immer viel größer als die Zahl der besitzenden Bauern ist, so doch lange nicht in dem Verhältnis wie bei der städtischen Bevölkerung. Es kommt noch hinzu, dass die Klassengegensätze auf dem Lande nicht so stark in den Vordergrund treten, gerade weil der kleine Bauer mit seinen Familienangehörigen selbst mitarbeitet. Hat der Besitz in den Städten zum reinen Parasitismus geführt, bei dem kleinen und mittleren Bauernbetrieb ist das nicht der Fall. Dadurch ist eine kommunistische Revolution auf dem Lande viel schwieriger als in den Städten.

Doch liegen die Verhältnisse nicht so hoffnungslos, wie das auf den ersten Blick erscheint. Sehr sicher gibt es auf dem Lande eine verhältnismäßig große Zahl "Besitzende", aber diese wissen ganz gut, dass sie im Grunde nicht viel mehr sind als die Geschäftsbesorger des Anleihekaptals, während die Last der Existenzunsicherheit schwer auf sie drückt. Ohne Zweifel bleibt es richtig, dass der "besitzende" Bauer nie ein Vorkämpfer des Kommunismus sein wird, aber er freut sich über den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital. *Wie* die Haltung des Klein- und Mittelbauern in

einer proletarischen Revolution sein wird, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Die einzige Möglichkeit, dies herauszufinden, besteht darin, die Haltung der Bauern in den proletarischen Bewegungen in Deutschland in den Jahren 1918-1923 zu untersuchen. Mehr Erfahrungsmaterial haben wir noch nicht. Wir werden später darauf zurückkommen.

Die Tatsache, dass der Bauer Warenproduzent geworden ist, ist für die proletarische Revolution von größter Bedeutung. Das wird innerhalb der Arbeiterklasse immer noch zu sehr übersehen. Infolgedessen hören wir alle möglichen Vorbehalte in Bezug auf die Opposition, die die Bauern gegenüber einer siegreichen Arbeiterklasse stellen würde, die in Wirklichkeit keinen Sinn mehr ergeben. Sie basieren immer noch auf einer Situation, wie sie früher *war*. So wird z. B. fortwährend darauf hingewiesen, dass die Arbeiterklasse den Bauern überzeugen soll, weil die Städte für ihre Lebensmittelversorgung vom Land abhängig sind.

Das ist zweifellos richtig. Aber auch die Bauern sind heute von der Stadt abhängig. Liefern die Bauern ihr Produkt nicht in die Städte, dann sind sie ebenso dem Hunger ausgeliefert wie die Arbeiterklasse, so paradox dies auch klingen mag. Trotz allem *muss* der Bauer sein Produkt verkaufen, weil er sonst nicht in der Lage wäre, sich selbst zu ernähren, weil er nur produziert, was er selber nicht verbraucht, und verbrauchen muss,

was er selber nicht produziert. Man hört auch viel die Bemerkung, dass der Bauer lieber sein Produkt den Tieren verfüttert, als es der revolutionären Arbeiterklasse zu liefern. Auch dies ist ein Missverständnis, welches auf die veraltete Ansicht von der geschlossenen Hauswirtschaft zurückzuführen ist. Der Viehbauer hat nur Vieh (abgesehen von den Nebenprodukten) und weiter nichts. Der Ackerbauer hat wohl Getreide, aber kein Vieh, der Hühnerbauer etliche hundert Hühner, der Gemüsebauer nur eine bestimmte Anzahl Gemüsesorten. Sie sind alle Spezialisten.

Dazu hört man auch noch die Befürchtung, dass der Bauer verweigern wird, sein Land weiter zu beackern, d. h., dass er zur geschlossenen Hauswirtschaft zurückzukehren versucht. Aber auch das kann er nicht. Selbst ein Bauer kann nicht ein Jahrhundert zurückgehen und alles Erforderliche selbst verfertigen, weil er weder über die erforderlichen Fähigkeiten noch über die dazu notwendigen Werkzeuge verfügt. Mit der einmal vollzogenen Vergesellschaftung der Arbeit kann niemand sich mehr derselben entziehen, ein Zurück ist unmöglich geworden. Wie man die Sache auch wendet oder dreht, die Bauern sind auf dem gesellschaftlichen Schiff und müssen mit.

c. Das landwirtschaftliche Proletariat und die Klein- und Mittelbauern in der deutschen Revolution

Wir wollen nun die Haltung der Bauern in der Deutschen Revolution genauer betrachten. Dafür ist es jedoch notwendig, kurz die allgemeine Situation im November 1918 zu beschreiben.

Als im November 1918 in Deutschland die kaiserliche Gewalt zusammenstürzte, geschah dies sicher *nicht* durch die proletarisch-revolutionäre Aktivität der Massen. Die Kriegsfront brach zusammen, die Soldaten desertierten zu Tausenden. In dieser Situation wollte die deutsche Marine noch eine letzte große Kraftanstrengung versuchen, durch einen hartnäckigen Schlag gegen die Engländer. Die Matrosen dachten zu Recht oder zu Unrecht, dass sie hierbei alle den Tod finden würden, und dies wurde der Anlass zur Massendienstverweigerung auf den Kriegsschiffen. Einmal auf dieser Bahn, *mussten* die Matrosen weiter, weil sonst die meuternden Schiffe von den "getreuen" Truppen in den Grund geschossen worden wären. Sie hissten darum die rote Flagge, was zum Aufstand der anderen Kriegsschiffe führte. Hiermit war die erlösende Tat getan. Die Matrosen müssten nun weiter, wenn sie nicht von der Landarmee erschossen werden wollten. Mit eiserner Notwendigkeit entwickelte sich

die eine Tat aus der anderen. Sie marschierten also nach Hamburg, um die Hilfe der Arbeiter anzurufen. Wie würden sie hier empfangen werden? Würden sie zurückgeschlagen werden?

Es war keine Rede von irgendwelchem Widerstand. Zu Hunderttausenden erklärten sich die Arbeiter mit den Matrosen solidarisch, wobei die revolutionäre Aktivität in den Arbeiter- und Soldatenräten ihren Ausdruck fand. Damit begann der Siegeszug der Revolution in ganz Deutschland. Und dies war das Merkwürdige. Obwohl die Militärzensur alle Berichte über die russische Revolution von 1917 unter ihrer Kontrolle hatte, obwohl also gar keine Propaganda für den Rätegedanken gemacht worden war, ja obwohl die russische Rätestruktur den deutschen Arbeitern völlig unbekannt war, hatte sich in der Zeitspanne von einigen Tagen ein ganzes Netz von Räten über Deutschland gezogen.

Der Bürgerkrieg, der jetzt folgte, stand im Zeichen des Sozialismus. Einerseits die Sozialdemokratie, welche den Sozialismus auffasste als eine einfache Fortsetzung des Konzentrationsprozesses des Kapitalismus, mit der legalen Nationalisierung der großen Industrie, wobei sie die Rätebewegung als Verkörperung der Selbstaktivität der Massen vernichten musste. Andererseits der neugeborene Kommunismus, welcher die

"Nationalisierung" nur auf illegalem Wege für erreichbar erachtete. *Das Ziel war dasselbe*, aber der Weg dahin nicht.

Obwohl die Besetzung der Betriebe durch das Proletariat während der ganzen revolutionären Periode allgemein durchgeführt wurde, kam es doch nirgends zu einer "Inbesitznahme im Namen der Gesellschaft". Die Betriebe blieben immer Eigentum der alten Besitzer, sei es auch hier und da unter einer sehr primitiven Kontrolle der Arbeiter. Dass es nicht weiterging, ist auf das mangelnde Selbstvertrauen der deutschen Arbeiterklasse zurückzuführen. Die Arbeiter hörten auf die deutsche Konterrevolution, die unter der Führung der Sozialdemokratie die Arbeiter von einer "eigenmächtigen" Enteignung abhalten wollte. Auf der anderen Seite war der revolutionäre Teil der Arbeiterklasse, der zur direkten Enteignung übergehen wollte, noch viel zu schwach. Das Proletariat selbst schien in den Fragen des Kommunismus gespalten zu sein und folglich war die Revolution sehr schwach. Die revolutionäre Arbeiterklasse musste alle ihre Kräfte bündeln, um sich gegen die Konterrevolution zu verteidigen, und konnte noch nicht an eine Enteignung ihrer Besitzer denken. Es versteht sich von selbst, dass deshalb die großen Mittelschichten in der Gesellschaft, die in

der Revolution gezwungen werden, zum Sieger überzulaufen, von selbst in die Konterrevolution getrieben wurden.

Dies gilt in erster Linie für die Bauern. Wenn der Kommunismus im deutschen Proletariat noch so schwach war, wie viel schwächer musste er bei den Bauern sein? In der Tat sehen wir, dass die Bauern kein wesentlicher Faktor in der Revolution waren. Zu einer selbständigen Organisation, die eine eigene Stellung einnahm, kam es nicht, mit Ausnahme von Bayern, als dort die Diktatur des Proletariats erklärt wurde. Hier mussten die Bauern sich aussprechen, wobei dieselbe Erscheinung hervortrat wie beim Proletariat; sie traten nicht als geschlossene Einheit auf. Ein Teil der Bauern wählte die Seite der Revolution, ein anderer Teil stellte sich dagegen. (Soweit wir wissen, gibt es keine Daten bezüglich des Charakters der Bauernbetriebe, welche sich an die Seite der Revolution stellten. Es fehlt auch an genaueren Zahlenverhältnissen).

Außer in Bayern beteiligten sich die Bauern kaum an der Revolution. Von einer direkten Unterstützung war keine Rede, und die allgemeine Stimmung war deutlich antipathisch. Die Parole: "Das Land den Bauern" hatte in Deutschland keinen Sinn, weil Klein- und Mittelbetrieb stark vertreten sind. Obwohl es in Deutschland

noch sehr viel Großgrundbesitz gibt, haben die Bauern auch hier keine Bereitschaft gezeigt, diese Güter zu verteilen. Während der primitive Slogan "Das Land den Bauern" in rückständigen landwirtschaftlichen Gebieten so enorme psychologische Kräfte entfesseln konnte, erwies sich dieser Slogan in Deutschland mit seinen auf wissenschaftlicher Agrikultur basierenden landwirtschaftlichen Großbetrieben als einflusslos.

Die Erklärung dafür muss in der Natur des westlichen Großkonzerns liegen, der direkt als "Industrie" funktioniert. Die großen Getreideländereien werden mit modernen Maschinen bearbeitet, das Getreide in großen Scheunen gelagert. In den Viehzuchtgebieten sind ausgedehnte Wiesen mit Stallungseinrichtungen für hunderte von Kühen, während die Milch in eigenen Molkereien zubereitet wird. Die großen Kartoffelfelder im Norden sind ganz auf diese Kultur spezialisiert und die Schnapsfabrik ist direkt darauf gepfropft. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Provinz Sachsen, wo alles spezialisiert ist auf Zuckerrübenbau für die angeschlossenen Zuckerfabriken in Magdeburg usw.

In diesen Verhältnissen kann die Parole: "Das Land den Bauern" im Sinne der Landaufteilung nach russischem Muster keinen Nährboden finden. Die landwirtschaftlichen Arbeiter würden nicht wissen, was mit dem Land anfangen. Im Viehgebiet könnten sie

sich allerdings ein Stück Land und ein paar Kühe beschaffen, aber weil ihre Wohnungen nicht als Bauernhof eingerichtet sind, können sie den Betrieb von Viehzüchtern oder Milchbauern doch nicht ausüben. Obendrein fehlen noch die Werkzeuge, um ihren Besitz zu exploitiern zu können.

Diese Verhältnisse haben für den ganzen deutschen Großgrundbesitz Geltung und darum können wir sagen, dass der hochentwickelte Stand der Landwirtschaft eine Aufteilung des Bodens verhindert. Die dort schaffenden Arbeiter stehen vor demselben Problem wie die Industriearbeiter, vor der "Übernahme als Ganzes im Namen der Gesellschaft". Das Agrarproletariat kam in der deutschen Revolution aber nicht einmal zur Problemstellung. Die agrarischen Produktionsverhältnisse bestimmen, dass Tausende von Proletariern nicht innerhalb eines kleinen Gebietes ihre Solidaritätsbedingungen finden, wodurch eine gemeinschaftliche Kampffront schwerlich zustande kommt. Das deutsche landwirtschaftliche Proletariat kam denn auch nicht oder kaum zur Rätebildung und es spielte in der deutschen Revolution keine Rolle.

Eigentümlich war die Haltung des sogenannten "Halbproletariats" auf dem Lande. Insbesondere in Deutschland gibt es dort sehr viel Industrie, eine Erscheinung, die sich auch in den Niederlanden immer mehr geltend macht. Das mag zusammenfallen mit

den billigeren Arbeitskräften, wie auch mit den niedrigeren Bodenpreisen und anderen Lasten. Weil die benötigten Arbeiter aus der Bauernbevölkerung der Nachbarschaft rekrutiert werden und diese in ihrer freien Zeit noch ein ziemlich großes Stück Land bearbeiten, nehmen sie eine Zwischenstellung ein, welche wir als Halbproletariat bezeichnen. Der Charakter ihrer Landwirtschaft ist der der geschlossenen Hauswirtschaft. Was von ihnen auf den Markt kommt, spielt keine Rolle.

Das eigentümliche ist nun, dass dieses Halbproletariat eine vor nichts zurückschreckende Kraft in der Revolution war. Mehrere Male gingen sie voran in der Bewegung; sie traten in den Ausstand und marschierten zu den umliegenden Städten, um den Kampf auf breitere Grundlage zu bringen. Thüringen ist hiervon ein sprechendes Beispiel. Außerdem haben diese Arbeiter aber auch vorzügliche Arbeit geleistet bei der Nahrungsversorgung der Städte. Im Anfang der Revolution, als die Räte noch die Macht in den Händen hatten, hielten die Bauern die Lebensmittel fest, um die Preise hochzuschrauben. Die Räte in der Stadt setzten sich hierauf mit den Räten der Fabriken auf dem Lande in Verbindung und die Halbproletarier, welche dort mit der Situation völlig vertraut sind, *zwangen* die Bauern, ihr Produkt zu festgesetzten Preisen abzuliefern. (Hamburg)

Zusammenfassend können wir sagen, dass sich im Allgemeinen weder das deutsche landwirtschaftliche Proletariat noch der deutsche Bauer an der Revolution beteiligten. Mögen beim Agrarproletariat auch schon kommunistische Reflexionen vorhanden gewesen sein, sie waren jedenfalls noch außerordentlich schwach, wodurch sie noch nicht zum Ausdruck kommen konnten. Es hat denn auch den Anschein, dass die Bauern bei einer proletarischen Revolution eine abwartende Haltung einnehmen. Diese wird im Allgemeinen bestimmt werden von der Kraft der Revolution und von der Tatsache, ob die landwirtschaftlichen Großbetriebe sich bei der kommunistischen Produktion einschalten.

16. Die ökonomische Diktatur des Proletariats

Abschließend müssen wir noch ein paar Worte zur Diktatur des Proletariats sagen. Diese Diktatur ist für uns eine Selbstverständlichkeit, die eigentlich nicht besonders behandelt werden muss, denn die Einführung des kommunistischen Betriebslebens *ist* nichts anderes als die Diktatur des Proletariats. Die Einführung des kommunistischen Betriebslebens bedeutet nichts anderes als die Abschaffung der Lohnarbeit, die Umsetzung *des gleichen Rechts* aller Produzenten auf die gesellschaftlichen Vorräte. Das ist die Aufhebung aller Privilegien bestimmter Klassen. Das kommunistische Betriebsleben gibt niemandem das Recht, sich auf Kosten der Arbeit anderer zu bereichern. Diejenigen, die nicht arbeiten, werden nicht essen. Die Einführung dieser Grundsätze ist keineswegs "demokratisch". Die Arbeiterklasse führt sie im intensivsten, blutigsten Kampf durch. Von einer "Demokratie" im Sinne einer Zusammenarbeit der Klassen, wie wir sie derzeit im parlamentarischen und gewerkschaftlichen System kennen, kann dabei keine Rede sein.

Wenn wir diese Diktatur des Proletariats jedoch aus der Sicht der Transformation der sozialen Beziehungen, aus der Sicht der gegenseitigen Beziehungen der Menschen betrachten, dann ist diese Diktatur die eigentliche Eroberung der Demokratie. Kommunismus bedeutet nichts anderes, als dass die Menschheit auf eine höhere kulturelle Stufe vordringt, da alle gesellschaftlichen Funktionen unter die direkte Leitung und Kontrolle aller Arbeiter gestellt werden und diese damit ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Das heißt: Die Demokratie ist zum Lebensprinzip der Gesellschaft geworden. Darum entspricht eine substantielle Demokratie, die in der Verwaltung des gesellschaftlichen Lebens durch die arbeitenden Massen verwurzelt ist, genau der Diktatur des Proletariats.

Es war erneut Russland vorbehalten, diese Diktatur in eine Karikatur zu verwandeln, indem die Diktatur der bolschewistischen Partei für die Diktatur der proletarischen **Klasse** ausgegeben wurde. Dadurch wird die Tür zu einer wirklichen proletarischen Demokratie, der Verwaltung und Leitung des gesellschaftlichen Lebens durch die Massen selbst, geschlossen. Die Diktatur einer Partei ist die Form, worin die Diktatur des Proletariats in Wirklichkeit verhindert wird.

Neben der sozialen Bedeutung der Diktatur betrachten wir auch ihren wirtschaftlichen Inhalt. Auf wirtschaftlichem Gebiet wirkt die Diktatur darüber, dass

sie die neuen gesellschaftlichen Regeln, denen das Betriebsleben unterliegt, allgemein zur Geltung bringt. Die Arbeiter können *alle* gesellschaftlichen Tätigkeiten selbst in das kommunistische Betriebsleben einbringen, indem sie ihre Prinzipien akzeptieren, indem sie die Produktion für die Gemeinschaft unter der Verantwortung der Gemeinschaft durchführen. Alle zusammen führen die kommunistische Produktion durch.

Es liegt auf der Hand, dass verschiedene Teile der landwirtschaftlichen Betriebe nicht direkt den Regeln des kommunistischen Betriebslebens entsprechen werden, d.h. sich nicht der kommunistischen Gemeinschaft anschließen werden. Es ist auch wahrscheinlich, dass einige Arbeiter den Kommunismus so interpretieren werden, dass sie die Betriebe selbstständig, aber nicht unter der Kontrolle der Gesellschaft führen wollen. Anstelle des privaten Kapitalisten der Vergangenheit agiert die Betriebsorganisation als "Kapitalist".

Die Wirtschaftsdiktatur hat hier die besondere Funktion, die Wirtschaft nach den allgemeinen Regeln zu organisieren, in denen die gesellschaftliche Buchhaltung im allgemeinen Giroamt eine bedeutende Funktion erfüllt. In der gesellschaftlichen Buchhaltung finden wir die Erfassung des Güterstroms innerhalb der kommunistischen Wirtschaft. Dies bedeutet nichts an-

deres, als dass diejenigen, die nicht Mitglied der gesellschaftlichen Buchführung sind, auch keine Rohstoffe erhalten können. Denn im Kommunismus wird nichts "gekauft" oder "verkauft". Produzenten können nur Güter und Rohstoffe aus der Gemeinschaft zur weiteren Verteilung oder Verarbeitung erhalten. Wer seine Arbeit jedoch nicht in den gesellschaftlich geregelten Arbeitsprozess einbeziehen will, schließt sich selbst aus der kommunistischen Gemeinschaft aus. Auf diese Weise führt die Wirtschaftsdiktatur zu einer *Selbstorganisation* aller Produzenten, unabhängig davon, ob es sich um kleine oder große Betriebe, ob es sich um Industrie oder Landwirtschaft handelt. Diese Diktatur hebt sich in der Tat sofort auf, sobald die Produzenten ihre Arbeit in den gesellschaftlichen Prozess einbeziehen und nach den Grundsätzen der Abschaffung der Lohnarbeit und der gesellschaftlichen Kontrolle arbeiten. Es handelt sich also um eine Diktatur, die in der Tat von selbst "stirbt", sobald das gesamte gesellschaftliche Leben auf die neuen Grundlagen der Abschaffung der Lohnarbeit gestellt wird. Es ist auch eine Diktatur, die nicht über das Bajonett durchgeführt wird, sondern durch die ökonomischen Bewegungsgesetze des Kommunismus. Es ist nicht "der Staat", der diese Wirtschaftsdiktatur durchführt, sondern etwas Mächtigeres als der Staat: die ökonomischen Bewegungsgesetze.

17.

Abschließende Überlegungen

a. Der Fortschritt in unserem Klassenziel

In den vorangegangenen Kapiteln haben wir kurz die Grundprinzipien des kommunistischen Betriebslebens dargelegt. Wir haben gezeigt, was freie und gleiche Produzenten sind, was die Abschaffung des Geldes, des Marktes und der Lohnarbeit bedeutet; wir haben gesehen, was es bedeutet, dass kommunistische Betriebe keine wirklichen Einnahmen und Ausgaben, kein Vermögen und keine Schulden kennen, und wir haben auch die neuen Rechtsbeziehungen für den kommunistischen Aufbau aufgezeigt.

Damit sind wir als Arbeiter im Selbstbewusstsein sehr stark gewachsen. Denn wenn man die Dinge genauer betrachtet, zeigt sich, dass die Arbeiter *selbst* nie auf eine kommunistische Zielsetzung gekommen sind. Bislang hat die Arbeiterklasse im Gefolge der Intellektuellen und Beamten mitgemacht, die den Kommunismus aus *ihren* Interessen heraus betrachten. Sie sprechen zwar von der sozialen Revolution, die neue soziale Beziehungen schaffen wird (das sind sofort neue Rechtsbeziehungen), aber sie weigern sich hartnäckig, diese neuen Rechtsbeziehungen weiter zu entwickeln.

Das ist völlig verständlich. In ihrem Gedankengang werden doch *sie* es sein, die die eigentliche Führung des Betriebslebens übernehmen müssen. Aus ihrer Sicht ist daher eine genauere Betrachtung der Bewegungsgesetze des Kommunismus, der Abschaffung der Lohnarbeit, völlig unnötig, ja sogar schädlich.

Es ist also kein Zufall, dass diese "Grundprinzipien", die den Kommunismus gerade aus der Sicht des Lohnarbeiters betrachten, aus dem Herzen des Proletariats geboren wurden. Als gewöhnliche Proletarier, die normalerweise die Drecksarbeit machen, haben wir uns gefragt, wie die Interessen *unserer* Klasse gewahrt werden. Deshalb haben wir uns nicht mit der Formel zufrieden gegeben, dass die soziale Revolution neue Rechtsbeziehungen schafft, sondern wir werden den Inhalt dieser neuen Beziehungen *selbst* bestimmen. Es versteht sich von selbst, dass der Sozialismus der Intellektuellen diesen Ansichten widersprechen wird.

b. Von der Geldrechnung zur Arbeitszeitrechnung

Inwieweit die Arbeiterklasse in der Lage sein wird, diesen Widerstand zu brechen, das kann gegenwärtig nicht weiter untersucht werden, weshalb wir diese Frage ruhen lassen. Wir müssen jedoch noch ein Wort zum Übergang von der kapitalistischen Geldrechnung zur Arbeitszeitrechnung sagen.

Wie erfolgt die Abschaffung des Geldes? Wie wird das Betriebsleben auf die Arbeitszeitrechnung überführt?

Um dieses Thema zu beleuchten, wenden wir die übliche Methode an, indem wir untersuchen, was uns die Praxis des Kapitalismus auf diesem Gebiet bereits gelehrt hat. Wir werden also keine Lösung "ausdenken", sondern der Geschichte eine Frage stellen. In der Tat haben wir bereits einen praktischen Unterricht erhalten, denn mehrere Länder haben nach dem Krieg damit begonnen, eine neue Rechnungseinheit einzuführen.

Wie bekannt ist, verzeichneten die meisten Länder nach dem Krieg eine enorme Inflation. Russland und die europäischen Staaten verschafften sich das notwendige Staatsgeld, indem sie immer mehr Papiergeld drucken ließen, wodurch der Wert des Geldes von Tag zu Tag sank, d.h. die Preise für die Produkte stiegen jeden Tag an. Das gesamte Wirtschaftsleben wurde immer mehr gestört, und schließlich war das Geld in einigen Ländern völlig wertlos geworden. In dieser Situation war es notwendig, den Wert des Geldes zu stabilisieren, was mit der Einführung einer neuen Rechnungseinheit erfolgte. Zum Beispiel bekam Russland sein Tschernowetz anstelle des alten Rubels, Deutschland bekam seine Goldmark, Österreich seinen Schilling, Belgien seinen Belga.

Vor allem gab Deutschland Anschauungsunterricht in Bezug auf die Einführung einer neuen Recheneinheit. Hier wurde einfach festgesetzt, dass von einem gewissen Datum ab eine Billion Papiermarken (Millionen mal Millionen) gleichgestellt sei mit dem Wert einer Goldmark. Das gesellschaftliche Leben passte sich wunderbar an, an diese »größte und schwierigste finanzielle Operation, die jemals versucht wurde« (The New Statesman).

Sicherlich wurden dadurch mehrere tausend kleine Eigentümer enteignet, aber das Großkapital war gerettet und die Wirtschaft konnte wieder in feste Bahnen der Berechnung kommen.

Im Falle einer proletarischen Revolution werden sich dieselben Phänomene zweifellos wiederholen. Die proletarische Diktatur braucht in ihrer ersten Existenzperiode ungeheuer viel Geld, das sie sich über die Banknotenpresse beschaffen muss, wie die kapitalistischen Staaten von 1918 bis 1923. Für das Proletariat ist dies jedoch kein Mittel, um das Geld abzuschaffen, um in die geldlose Gesellschaft zu gelangen, wie die Russen glaubten. Sicherlich würde eine Räteregierung die Geißel der Inflation, die vor allem die Arbeiterklasse trifft, möglichst vermeiden wollen. Aber hier gibt es keine Wahl. Wie die Revolution nun auch verläuft, ob sie zum Staatskommunismus führt oder zur

Assoziation freier und gleicher Produzenten, ob es einer Partei gelingt, die Diktatur an sich zu reißen, oder ob die proletarische Klasse als solche durch ihre Räte sie ausübt, auf jeden Fall tritt die Inflation ein.

Dadurch würde das bereits gestörte Betriebsleben völlig ins Stocken geraten, so dass die Arbeiterklasse vor der Frage der "Stabilisierung", vor der Einführung einer neuen Recheneinheit steht. Wenn der Arbeiterklasse die Kraft fehlt, den Kommunismus umzusetzen, wird es zu einer neuen Währung, zu einer neuen Art von Geld kommen. Wenn die Arbeiter die Betriebe so stark im Griff haben, dass sie die Lohnarbeit abschaffen können, dann geht es zur Abschaffung des Geldes, indem sie die Arbeitszeiten als Recheneinheit einführen. Die Umrechnung von Geld in Arbeitsstunden erfolgt dann auf die gleiche Weise wie in der Vergangenheit die Umrechnung von Papiermark in Goldmark. Es ist eine einfache Operation, die jeder ausführen kann und mit der alle Betriebsorganisationen die Produktionszeit für ihr Produkt berechnen können.

c. Die "Schlüsselzahl"

Natürlich ist es schwierig, genau zu bestimmen, wie viele Arbeitsstunden beispielsweise einer Mark entsprechen. Wir können nicht willkürlich davon ausgehen, dass ein Gulden einer Arbeitsstunde oder zwei

Arbeitsstunden entspricht. Deshalb muss diese Zahl so gut wie möglich berechnet werden. Es ist daher notwendig zu überprüfen, wie lange die Produktionszeit für ein bestimmtes Produkt gedauert hat. Die besten Branchen für solche Berechnungen sind diejenigen, die ein Massenprodukt wie Kohle, Strom, Eisen oder Kalium liefern. Aus den Betriebsbüchern ist zu sehen, wieviel **Tonnen Produkt** in einer bestimmten Zeit produziert wurden, wieviel der eigentliche Selbstkostenpreis war. Daraus ist dann, lässt man Kapitalzins usw. wegfällen, festzustellen, wieviel **Arbeitsstunden** dabei verbraucht werden. Aus diesen Daten lässt sich der Geldwert berechnen für eine Eisenstunde, Kohlenstunde oder Kalistunde, wonach man den Durchschnitt von all diesen Industrien als vorläufigen allgemeinen Durchschnitt annehmen kann.

Stellt sich so heraus, dass dieser Durchschnitt auf 0,80 Mark pro 1 Arbeitsstunde liegt, dann kann jeder Betrieb eine vorläufige Produktionszeit für sein Produkt berechnen. In allen Betrieben ist es nun möglich, den gesamten Bestand in Arbeitsstunden umzurechnen, indem alle in Mark ausgedrückten Geldbeträge mit $1\frac{1}{4}$ multipliziert werden. Diese Ziffer ist die Schlüsselzahl.

Die Rechnung eines Schuhbetriebes würde also lauten:

p = gebrauchte Werkzeuge, Gebäude usw.: Mark
1.000 = 1.250 Arbeitsstunden

r = Leder und so weiter: Mark 49.000 = 61.250 Arbeitsstunden.

a = geleistete Stunden 62.500

p + r + a sind 125.000 Arbeitsstunden

Nach unserer früheren Annahme wurden damit 40.000 Paar Schuhe gefertigt, so dass die durchschnittliche Produktionszeit 3,125 Stunden pro Paar Schuhe beträgt.

Wir wollen nicht behaupten, dass die Schlüsselnummer oder der "Index" auf die oben angegebene Weise ermittelt werden *muss*, wir sagen nur, dass sie auf diese Weise gefunden werden kann. Hier gibt es viele Möglichkeiten, das Ziel zu erreichen. Es ist zwar nicht möglich, die erste Schlüsselzahl exakt zu berechnen. Wir können nur versuchen, sie so genau wie möglich abzuschätzen. Sobald die Rechnung im Allgemeinen umgesetzt wurde, werden die tatsächlichen Produktionszeiten sehr schnell angezeigt.¹⁰¹

¹⁰¹ Ein ähnliches Problem gab es auch in Russland. Während des so genannten "Kriegskommunismus" kalkultierten die Unternehmen nicht mehr mit Geld. Als 1921 das wertbeständige Geld wieder eingeführt wurde, wussten die Betriebe nicht, wie viel ihr Produkt tatsächlich kostete. Sie haben daher die Preise willkürlich

d. Utopismus

Damit wollen wir unsere Studie vorerst abschließen. Sicherlich ist das Thema nicht erschöpft, aber wir wollen nicht mehr, als die Diskussion über den Kommunismus auf eine neue Grundlage stellen, um so zu einem gemeinsamen proletarischen Ziel in der Arbeiterbewegung zu gelangen. Um diese Diskussion zu vertiefen, wiesen wir auf den utopischen Charakter der Konstruktionen des Sozialismus hin, wie wir sie im Gildensozialismus von Cole und in den Sozialisationsberichten kennen. Man macht Projekte, wie die verschiedenen Industrien zu organisieren seien, wie durch bestimmte Kommissionen und Räte der Gegensatz Produzent-Konsument aufgehoben werden soll, durch welche Organe die Macht des Staates gebändigt werden soll usw. Gerät so ein Autor bei seinen phantastischen Purzelbäumen in die Klemme, entsteht bei seinen theoretischen Betrachtungen eine Schwierigkeit in Bezug auf das Zusammenarbeiten der verschiedenen Industrien – die Lösung ist bald da. Es wird eine neue Kommission oder ein besonderer Rat "ins Leben

festgelegt, in der Regel auf der Grundlage der Vorkriegspreise. So sehen wir 1922-23 einen Durchschnitt der Großhandelspreise von 122 (22% über denen von 1913), aber diese Preise erwiesen sich bald als völlig falsch. Sie stiegen sehr schnell und erreichten im folgenden Jahr durchschnittlich 170.

gerufen". Dies trifft vor allem bei dem Gildensozialismus von Cole zu, demzufolge alle diese Überlegungen nur Quatsch sind.

Der organisatorische Aufbau des Produktions- und Distributionsapparates ist funktionell verbunden mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, wonach er sich bewegt. Alle Betrachtungen über diesen Aufbau sind darum utopisches Zeug, solange nicht die ökonomischen Kategorien dargestellt sind, welche zu diesem Aufbau gehören. Es ist Utopie und lenkt die Aufmerksamkeit von den wirklichen Grundproblemen ab.

In unseren Überlegungen haben wir uns konsequent an die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten gehalten. Soweit der organisatorische Aufbau berührt wurde, haben wir nur auf die Betriebsorganisationen und Genossenschaften hingewiesen. Wir waren dazu berechtigt, weil *die Geschichte* diese Formen schon angegeben hat. Die Organisation der Bauern haben wir mit der größten Zurückhaltung behandelt, gerade weil Westeuropa auf diesem Gebiete ganz wenig Erfahrung hat. Darum wurde für den Bauernbetrieb nur gezeigt, wie der Kapitalismus auch hier die Bedingungen zur Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit der Erzeugnisse entwickelt hat.

Bei der weiteren Organisationsentwicklung sind wir nicht zu sehr ins Detail gegangen. Wie die Betriebsorganisationen sich verbinden, welche Organe sie ins Leben rufen zum "glatten Verlauf" der Produktion, das sind alles Probleme, die von den besonderen Verhältnissen bestimmt werden und daher nicht im Voraus untersucht werden können.

e. Zusammenfassung

Fassen wir unsere Betrachtungen kurz zusammen, dann gibt es folgendes Bild:

Grundlage dieser Untersuchungen ist das empirisch Gegebene, dass bei Übernahme der Macht die Produktionsmittel in den Händen der Betriebsorganisationen sind. Die Stärke der kommunistischen Gesinnung, welche wieder mit der klaren Einsicht, was mit den Produktionsmitteln anzufangen ist, zusammenhängt, wird bestimmen, ob sie sie auch *behalten* werden. Behalten sie diese aber nicht, dann geht es zum Staatskommunismus, der jedoch die Lohnarbeit nicht abschaffen kann. Behalten sie die Produktionsmittel, dann können sie Produktion und Konsum nicht anders ordnen als auf der Grundlage der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit, unter Abschaffung des Geldes. Möglich ist ja auch, dass so kräftige syndikalistische Tendenzen vorhanden sind, dass die

Arbeiter versuchen wollen, die Betriebe in eigene Verwaltung zu nehmen, sie als ihren "Besitz" zu betrachten, um den "vollen Erlös der Arbeit" unter den Mitarbeitern des Betriebes zu verteilen. Diese Art von "Kommunismus" kann das Geld nicht abschaffen und führt vom Gildensozialismus zum Staatskapitalismus. Der Schwerpunkt der proletarischen Revolution liegt unseren Erachtens darin, ein exaktes Verhältnis des Produzenten zum Produkt herzustellen, und das ist nur bei allseitiger Durchführung der Arbeitszeitrechnung in Produktion und Konsum möglich. Es ist die höchste Forderung, welche das Proletariat stellen kann –, aber zugleich auch die grundlegendste. Eine entscheidende Machtfrage, welche das Proletariat allein durchzukämpfen hat, weil es in keinem Fall auf die Hilfe anderer gesellschaftlicher Gruppen rechnen kann.

Das *Behaupten* der Betriebsorganisationen bezieht sich also auf selbständige Verwaltung und Leitung. Dies ist somit die einzige Grundlage, worauf sich die Arbeitszeitrechnung wirklich durchführen lässt. Ein wahrer Strom von Literatur aus Amerika, England und Deutschland bringt den Beweis, wie die Berechnung der gesellschaftlich durchschnittlichen Produktionszeit vom Kapitalismus vorbereitet wird. (Die moderne Kostenrechnung). Im Kommunismus geht die Berechnung von $(p + r) + a$ ebenso gut weiter als jetzt,

nur mit anderer Recheneinheit; in dieser Beziehung trägt die alte kapitalistische Gesellschaft die neue kommunistische in ihrem Schoß. Im Kommunismus geht die Verrechnung zwischen Betrieben über die allgemeine gesellschaftliche Buchhaltung, über das Giroamt, – genauso wie im Kapitalismus. Auch hier gebärt der Kapitalismus die neue Ordnung. Die Zusammenfassung der Betriebe ist ein Prozess, der sich auch heute vollzieht. Wohl ist es wahrscheinlich, dass die künftige Gruppierung eine andere sein wird, weil sie sich nach anderen Gesichtspunkten richtet. Die Betriebe, die wir als AGA-Typ bezeichneten, die sogenannten "öffentlichen" Betriebe, sind auch heute vorhanden, aber als Instrumente des Klassenstaates fungierend. Sie werden vom Staate losgelöst und nach kommunistischen Gesichtspunkten der Gesellschaft eingereiht. Es gibt immer noch einen Staat, weil die Bourgeoisie besiegt wurde, aber noch nicht verschwunden ist. Aber der Staat ist jetzt für alle deutlich sichtbar als Organ zur Unterdrückung der Konterrevolution, – aber er hat nichts mit Produktion oder Verteilung zu tun. Hier sind dann gleichzeitig die Bedingungen vorhanden, unter denen der Staat tatsächlich "sterben" kann.

Die Trennung der öffentlichen Betriebe vom Staat, ihre Einfügung in das Wirtschaftsgefüge, erfordert die Feststellung desjenigen Teils des gesellschaftlichen

Produkts, welcher noch individuell verteilt werden muss, wofür wir den Faktor individueller Konsum (FIK) fanden.

Wenn wir hier den Staatskommunismus bzw. den Staatskapitalismus gegenüberstellen, dann wird sofort klar, dass es hier kein exaktes Verhältnis von Produzent zum gesellschaftlichen Produkt geben kann. Der Arbeiter ist ein Staatsarbeiter und erhält seinen Lohn vom Staat. Die Höhe dieses Lohnes wird durch die Tarifverträge mit den Gewerkschaften bestimmt. Die Verwaltung der Produktion liegt in den Händen der staatlichen Bürokratie, wobei den Produzenten durch die Gewerkschaften eine "Mitbestimmung" garantiert wird. Damit wird die Demokratie zum *Deckmantel*, wovon sich, wie im Kapitalismus, die wirkliche Beherrschung der Millionen verbirgt.

f. Zentralismus - Föderalismus

Wenn wir also die Vorstellungen ablehnen, wonach die Industrie zentral verwaltet und gesteuert wird, bedeutet das keineswegs, dass wir uns auf einer rein föderativen Grundlage bewegen werden. Wo die Verwaltung und Steuerung der Produktion in die Zuständigkeit der Massen fällt, gibt es zweifellos starke föderalistische Tendenzen. Aus der Sicht der allgemeinen gesellschaftlichen Buchhaltung ist das Wirtschaftsle-

ben jedoch ein ununterbrochenes Ganzes, und wir haben ein Zentrum, von dem aus die Produktion, wenn auch nicht beherrscht und geleitet wird, so doch zweifellos überwacht werden kann. Die Tatsache, dass alle Umwandlungen der menschlichen Energien im Betriebsleben in einem Organismus erfasst werden, stellt die höchste Zusammenfassung der wirtschaftlichen Ereignisse dar. Ob wir es föderalistisch oder zentralistisch nennen wollen, hängt nur davon ab, von welcher Seite wir dasselbe sehen. Es ist sowohl das eine als auch das andere, wodurch diese Begriffe ihre Bedeutung für den Produktionsprozess als Totalität verloren haben. Der Gegensatz zwischen Zentralismus und Föderalismus wurde in einer höheren Einheit aufgehoben, der Produktionsorganismus wurde zu einer organischen Einheit.

Anhang

Die folgenden Notizen haben wir während unserer Forschung zur Entwicklung in Russland gemacht. Wir drucken sie hier ab, weil der Leser davon profitieren könnte.

Der Verlauf der Verstaatlichung in Sowjet-russland von November 1917 bis 1921

7. November 1917

Die Bolschewiki übernehmen die Regierung. Pia-takow wird Direktor der Staatsbank.

14. November 1917

Dekret über die Arbeitskontrolle. Die Arbeiter dürfen Unternehmen nicht von sich aus enteignen und die tägliche Geschäftsführung des Unternehmens nicht beeinträchtigen.

30. November 1917

Gründung des Rates für Arbeit und Verteilung (STO).

5. Dezember 1917

Gründung des Obersten Volkswirtschaftsrates. (OVWR)

Bestehend aus Gewerkschaften, Betriebskomitees, Fachleuten und Regierungsmitgliedern. Die Bergbau-gesellschaft von Sergief und die Putilov-Werke werden verstaatlicht.

19. Dezember 1917

Internationale Schlafwagengesellschaft verstaatlicht.

27. Dezember 1917

Dekret über die Verstaatlichung von Banken.

3. Januar 1918

Dekret über die Verstaatlichung von Unternehmen. Sie können nur vom OVWR verstaatlicht werden, und zwar:

- 1.) Wenn sie für den Staat von großer Bedeutung sind.
- 2.) Wenn die Unternehmer die Maßnahmen zur Arbeiterkontrolle nicht einhalten wollen.
- 3.) Wenn die Unternehmer den Betrieb schließen oder verlassen.

26. Januar 1918

Verstaatlichung von Wassertransport- und Getreidelagern.

28. Januar 1918

Dekret zur Streichung der Staatsschulden.

17. Februar 1918

Verstaatlichung der Elektrizitätswerke.

18. Februar 1918

Kongress der Betriebsräte und Gewerkschaften.

Es wird beschlossen, dass die Bewegung der Betriebsräte den Gewerkschaften untergeordnet wird.

27. Februar 1918

Verstaatlichung der Chaudoir-Company.

2. März 1918

Frieden von Brest-Litovsk.

3. März 1918

Verstaatlichung eines Bergbauunternehmens in Novorossisk und eines Walzwerks in Yuzovka.

April 1918

Staatsmonopol für Streichhölzer, Kaffee, Gewürze und Garn.

23. April 1918

Staatsmonopol für den Außenhandel.

Mai 1918

1. Kongress der Wirtschaftsräte. Es wird noch einmal betont, dass "willkürliche" Verstaatlichung verboten ist. **Die Zuckerindustrie wird von dem OVWR verwaltet.**

Juni 1918

Die Ölindustrie wird von dem OVWR verwaltet.

28. Juni 1918

Dekret über die Verstaatlichung aller Unternehmen mit mehr als 1 Million Grundkapital. Darüber hinaus alle **Bergwerke, Eisenbahnen, Gummi- und Zellstofffabriken.** Dieses Dekret steht im Gegensatz zum 1. Kongress der Wirtschaftsräte, der die Einbringung in den Staat sehr langsam umsetzen wollte. Die Verstaatlichung war jedoch vorerst rein formal, da die Eigentümer die Betriebe in "freiem Pacht- und Nießbrauchsrecht" hielten. Zum ersten Mal werden die Spezialisten "Diener der Republik" genannt. Sie bleiben an ihren alten Positionen und auf ihrem alten Gehalt.

Juli 1918

Beginn der Konterrevolution. Tatsächlich begann die Konterrevolution etwas früher. 29. Mai - Aufstand der Tschechoslowaken im Ural. 30. Mai - Belagerungszustand in Moskau. 6. Juli - Bewaffneter Aufstand der Linken [Sozial-] Revolutionäre in Moskau. 29. Juli -

Beginn der Intervention der Alliierten in Murmansk.
30. Juli - Die Tschechoslowaken erobern Kasan. 5.
September Attentat auf Lenin. Beginn des Roten Ter-
rors.

21. August 1918

Der private Handel wird aufgehoben. Der Nar-
comprod muss sich um die Beschaffung und den Ver-
trieb von Konsumgütern kümmern. Damit wird diese
Funktion dem OVWR entzogen, der nur noch für die
Produktionsmittel und Rohstoffe verantwortlich ist.

Dezember 1918

Die Industrie ist fast vollständig verstaatlicht.

Oktober 1919

Anzahl der Unternehmen in der Endverbraucherin-
dustrie/Anzahl der Arbeiter: 6.675 / 1.185.000

Oktober 1919

verstaatlicht 2.522 / 750.000; April 1920 - verstaatlicht
4.141 / 983.000

20. November 1920

Der OVWR verstaatlicht alle Unternehmen mit me-
chanischen Kraftquellen mit 5 oder mehr Arbeitern
und alle Unternehmen ohne mechanische Kraftquel-
len mit 10 oder mehr Arbeitern.

Der Verlauf der Bauernbewegung in Russland von 1917 bis 1921

Der Verlauf der Bauernbewegung bis März 1921 lässt sich in vier Perioden einteilen. Dies sind: die 1. Bauernrevolution, die 2. Bauernrevolution, Versuche, die Landwirtschaft durch Sowjets und Kolchosen zu sozialisieren, und schließlich der staatliche Produktionsplan.

In der ersten Bauernrevolution teilten die Bauern das Land auf, wobei die ärmsten Bauern das wenigste nahmen. Dies war eine völlig "natürliche" Verteilung, da der arme Bauer keine Werkzeuge hatte, um das Land zu bebauen. Diejenigen, die Pferde, Pflüge und Lager-einrichtungen hatten, konnten mehr Land bearbeiten. Es stellte sich jedoch heraus, dass die bessergestellten Bauern kein Getreide an die Regierung für die Nahrungsmittelversorgung in den Städten abgeben wollten. Sie versteckten die Vorräte. Deshalb gingen die Bolschewiki dazu über, die armen Bauern einzuschalten. Sie gründeten die Komitees der Dorfarmut, die die Vorräte beschlagnahmen mussten. Damit begann die 2. Bauernrevolution. Das Ergebnis war, dass die Erträge der Landwirtschaft noch weiter zurückgingen. Das führte zu Bauernhöfen, die keinerlei Ertrag brachten. Die Komitees der Dorfarmut lieferten auch kein

Getreide. Unter diesen Umständen wurden die Komitees der Dorfarmut bereits nach kurzer Zeit abgeschafft und der Schwerpunkt wieder auf die "Mittelbauern" verlagert. Damit beginnt die dritte Periode. Die Versuche der Sozialisierung durch Kolchose und Sowchose scheiterten jedoch vollständig. Ossinski schlug daher eine neue Bauernpolitik vor, wonach alle Betriebe unter zentraler staatlicher Kontrolle und nach staatlichen Vorschriften betrieben werden sollten. Dies führte in drei Monaten zu schweren Bauernaufständen und damit zu einem vollständigen Fiasko des staatlichen Produktionsplans.

Hier sind einige Details, die sich auf die Bauernbewegung beziehen.

Erste Bauernrevolution

7. November 1917

Die Bolschewiki übernehmen die Regierung.

9. November 1917

Dekret über die Enteignung von Grundbesitzern.

Dies war die Grundlage für die sogenannte "Smytschka", das Bündnis der Bauern mit dem Proletariat der Städte. *»Die Bauern teilen den Boden auf, wobei nicht die*

ärmsten, sondern die wohlhabendsten Bauern den größeren Anteil erhielten.»¹⁰²

19. Februar 1918

Bodenverfassung. Das Programm der Sozialrevolutionäre wird verabschiedet.

9. Mai 1918

Die Narcomprod (Rat für Lebensmittelversorgung) **bekommt das Recht, Getreidebestände von den Bauern zu beschlagnahmen**, was sie bereits am 13. Mai durchführt.

13. Mai 1918

Das Getreidemonopol wird eingeführt.

Zweite Bauernrevolution

11. Juni 1918

Dekret über die Organisation der Komitees der Dorfarmut. Sie erhalten das Recht von Staatsorganen und dürfen die Vorräte der wohlhabenden Bauern beschlagnahmen, um sie im Austausch für Industrieprodukte in die Städte zu liefern. Sie können auch die rei-

¹⁰² Eugen Varga, Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur, S. 103

chen Bauern enteignen und die Produktionsmittel verteilen. Dies führt zur weiteren Zerstörung der produktiven Betriebe.

21. August 1918

Der private Handel ist vollständig verboten.

Dezember 1918

Die Komitees der Dorfarmut werden abgeschafft.

Sie haben das Ziel nicht erreicht, da sie wie die reichen Bauern kein Getreide an die Stadt geliefert haben. Deshalb muss von nun an das Getreide mit "75 Mann und 3 Maschinengewehren" beschlagnahmt werden.

Fruchtlose Versuche mit Sowchosen und Kolchosen

März 1919

8. Parteitag. Die Politik der Dorfarmut wird aufgegeben. Der Mittelbauer wird zur "zentralen Figur" (Lenin).

Von 1919 bis 1920

Die Versuche der Sozialisierung durch Kolchosen und Kollektive. Im Jahr 1919 wurden 2.500 Bauernhöfe in Sowjet-Betriebe (Sowchosen) umgewandelt. Sie lieferten jedoch nicht viel, da sie fast alle Einnahmen selbst verwendeten.

Dezember 1919

Die konterrevolutionären Armeen sind endgültig besiegt.

26. Januar 1920

Die Entente hebt die Blockade auf.

Februar 1920

Trotzki fordert, dass die Beschlagnahmen durch eine Naturalsteuer ersetzt werden. Abgelehnt, weil man hierin eine Konzession an die Kulaken (wohlhabenden Bauern) und einen Schritt zurück zum Freihandel sah.

Staatlicher Produktionsplan für die Landwirtschaft

November 1920

Der 8. Sowjetkongress beschließt die allgemeine Sozialisierung der Landwirtschaft. Die 18 Millionen Bauernbetriebe werden unter eine zentrale Verwaltung gestellt, die einen Produktionsplan erstellt, der festlegt, was, wie viel und wo gesät werden soll. Osinsky war die treibende Kraft hinter diesem Plan, denn seiner Meinung nach war der sozialistische Aufbau der Landwirtschaft auf dem Weg der Sowchosen

und Kolchosen unmöglich. Ossinski erlässt die entsprechende Verordnung. Der Plan endete in einem kompletten Fiasko. Die Bauern reagierten mit schweren Aufständen, die in der Rebellion von Kronstadt gipfelten.

21. März 1921

Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP)

Einige Hinweise zum Güterverkehr

7. Mai 1918

Beginn der "Kommunistischen Samstage".

8. August 1918

Dekret über den Warenaustausch mit den Bauern. Die gelieferten Industrieprodukte müssen zu mindestens 85 % in landwirtschaftlichen Erzeugnissen bezahlt werden, während maximal 15 % in bar erlaubt sind. Die Preise sind festgelegt.

Januar 1919

Abschaffung des Briefportos.

20. Februar 1919

Dekret über den Güterverkehr zwischen Staatsunternehmen ohne Banküberweisung oder Verrechnung.

8. März 1919

8. Parteitag - die Bevölkerung wird gezwungen, sich Konsumgenossenschaften anzuschließen.

Bislang gab es in jeder Stadt zwei Genossenschaften: eine bürgerliche und eine proletarische. Diese wurden nun zu "Konsumkommunen" vereinigt, die im Centrosojus (Zentral-Kooperative) zusammengefasst und von der Narcomprod geleitet wurden.

1. Juni 1919

Einführung des kostenlosen Schienengüterverkehrs.

Literatur

H. Block, Die Marxsche Geldtheorie.

G. D. H. Cole, Selbstverwaltung in der Industrie,
Berlin 1921.

H. Cunow, Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts-
und Staatstheorie, Band 1, Vorwärts, Berlin 1920.

M. Dobb, Russian economic development, G.
Routledge, London 1929.

S. Faure, Het Universele Geluk, Roode Bibliotheek,
Zandvoort 1927.

Groep van Int. Communisten, Ontwikkelingslijnen in
het boerenbedrijf. – In der Zeitschrift De Nieuwe
Weg 1930.

A. Goldschmidt, Wirtschaftsorganisation Sowjet-
Russlands, Rowohlt Verlag, Berlin 1920.

R. Hilferding, Das Finanzkapital, 2. Auflage, Wien
1920

E. Horn, Die ökonomische Grenzen der Gemein-
wirtschaft, Halberstadt 1928.

K. Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm, Dietz, 1922.

O. Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gemeinschaft, Wien 1923.

W. I. Lenin,

Staat und Revolution, Werke Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1960

Die nächste Aufgaben der Sowjetmacht, Werke Bd. 27, Dietz Verlag, Berlin 1960

Die drohende Katastrophe, Werke Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1960

K. Marx

Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, Dietz Verlag, Berlin 1974

Das Kapital Bd. 1-3, Dietz Verlag, Berlin 1971

Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, Dietz Verlag, 1972

L. Mises, Die Gemeinwirtschaft, Untersuchungen über den Sozialismus, 2. Auflage, Fischer, Jena 1932

A. Müller Lehning, Anarcho-Syndikalisme, Gem. Synd. Verb., 1927

O. Neurath, Wirtschaftsplan und Naturalrechnung, Berlin 1925.

F. Pollock, Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927, Hirschfeld 1929.

E. Varga, Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, Carl Hoym.

La Révolution prolétarienne, Juli 1931.



Die meisten Marxisten mögen Marx nicht. Zumindest mögen sie die ökonomischen Prinzipien der kommunistischen Gesellschaft nicht, die Marx aus seiner Kritik am Kapitalismus abgeleitet hat. Aber die meisten Marxisten kritisieren Marx auch in dieser Hinsicht nicht, sie ziehen es vor, ihn zu interpretieren.

Die "*Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung*", die 1930 erschienene, inzwischen legendäre Schrift der *Gruppe Internationaler Kommunisten*, war sowohl eine detaillierte Darstellung der kommunistischen Produktionsweise, die Marx und Engels nur skizziert hatten, als auch eine fundamentale Kritik gegenüber den verschiedenen Theorien und Praktiken, die sich auf den Marxismus, den Anarchismus oder ganz allgemein den Sozialismus berufen.

Die nebenstehenden Bücher enthalten eine Auswahl von Artikeln, die von den Mitgliedern der Gruppe Internationaler Kommunisten zwischen 1925 und 1940 in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht wurden und deren Kritik bis heute nichts von ihrer ursprünglichen Aktualität verloren hat.

Die Gruppe der Internationalen Kommunisten
Die Gruppe setzt sich zusammen aus alten Genossen
GRUPPE INTERNATIONALER KOMMUNISTEN
(HOLLAND)

P. I. K.

**PRESEEDIENST DER
INTERNATIONALEN
KOMMUNISTEN-HOLLAND**
DEUTSCHE AUFLAGE

1928 - 1933

Wenige Jahre vor dem Beginn
des Zweiten Weltkriegs war die Arbeit
der Propaganda, andere als die KPD, weniger auf die
Bekämpfung der II. und III. Internationale, sondern
vielmehr auf alle die klar und dort besonders anti-
sozialistischen Tendenzen zu richten und zu klären.
In diesem Stadium der Entwicklung der Arbeiterbewegung
erweitert sich diese Arbeit wichtiger und dabei können
dann die parteipolitische Diskussionen vor selbst vor
Bekämpfung der Teilzeit nach auch gleichzeitig durch
das Abhalten öffentlicher Versammlungen, wozu wir in
der Hauptstadt des Landes „Amsterdam“ und
„Kommunistische Wirtschaft“ kennen. Das heißt dann:
die Probleme werden von diesem Standpunkt aus
durchgenommen, ferner geben wir einen kritischen
und eine deutlichen Freundschaften heraus und inter-
nationalen Freundschaftlichen Beziehungen mit allen
Organisationen, die sich zum Klassenprinzip bekennen.

Smolnik

GRUPPE INTERNATIONALER KOMMUNISTEN
(HOLLAND)

kapitalistische Entwicklung

**Internationale
Rätekorrespondenz**

1934 - 1937

Die Internationale Rätekorrespondenz
wurde als erste internationale
Zeitung gegründet, deren Haupt-
sitz in Moskau lag.

Die Internationale Rätekorrespondenz
wurde als erste internationale
Zeitung gegründet, deren Haupt-
sitz in Moskau lag.

Die Internationale Rätekorrespondenz
wurde als erste internationale
Zeitung gegründet, deren Haupt-
sitz in Moskau lag.

ALLE MACHT DEN ARBEITERN!
DIE PROLETARIAT EN WAARDEN DEUR
REVOLUTIEWAALSTRIJDING!

1938 bis 1940 - 16 Ausgaben

**MARXISTISCH MANDSCHRIFT
VOOR ZELFSTANDE
KLASSEBEWEGING**

**RADEN
COMMUNISME**

1938-1940

Die Internationale Rätekorrespondenz
wurde als erste internationale
Zeitung gegründet, deren Haupt-
sitz in Moskau lag.

Die Internationale Rätekorrespondenz
wurde als erste internationale
Zeitung gegründet, deren Haupt-
sitz in Moskau lag.

Die Internationale Rätekorrespondenz
wurde als erste internationale
Zeitung gegründet, deren Haupt-
sitz in Moskau lag.

**UITGAVE VAN GROEPEN
RADENCOMMUNISTEN**

In der Arbeiterbewegung gab es immer kritische Stimmen, die im Gegensatz zur Diktatur über das Proletariat durch eine kommunistische Partei die Selbstorganisation der Arbeiter im Sinne von Marx und Engels forderten. Herausragender Vertreter dieser Richtung kommunistischer Kritik war in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts die Gruppe Internationaler Kommunisten.

Im Pressedienst der Internationalen Kommunisten-Holland, von 1928 bis 1933, in ihrem theoretischen Diskussionsorgan für die Rätebewegung, von 1934 bis 1937 und schließlich in der marxistischen Monatschrift "Radekommunismus", die von 1938 bis 1940 auf Niederländisch erschien, wurde das gesamte Spektrum der rätekommunistischen Weltansicht dargelegt.

Transkribiert 2020 / 2021 von:

www.raetekommunismus.de und www.aaap.be



Kapitalismuskritik und die
Frage nach der Alternative
Band 1

Red & Black Books 2020
ISBN: 978-3-9822065-1-6
239 Seiten, 13,50 €



Kapitalismuskritik und die
Frage nach der Alternative
Band 2

Red & Black Books 2020
ISBN: 978-3-9822065-2-3
343 Seiten, 13,50 €



Kapitalismuskritik und die
Frage nach der Alternative
Band 3

Red & Black Books 2018
ISBN: 978-3-9822065-3-0
103 Seiten, 10,00 €

Fehler in der Erklärung der Ursache einer störenden Wirkung setzen sich gewöhnlich in einem falschen Lösungsvorschlag fort. Wer sich Armut als Folge von Marktversagen erklärt, sucht nach Alternativen der Marktregulierung. Wer sich Armut als notwendige Folge des marktwirtschaftlichen Produktionsverhältnisses erklärt, will den Markt abschaffen. Jede Alternative zur kapitalistischen Wirklichkeit ist daher nur so gut wie die ihr zugrundeliegende Erklärung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, zu denen sie eine Alternative sein soll. In den nebenstehenden Büchern geht es entsprechend nicht darum, sich unabhängig von den Gründen für die weltweite Verarmung und Verelendung weiter Teile der Bevölkerung eine bessere Welt auszumalen, sondern darum, aus der Erklärung des Kapitalismus die Grundprinzipien einer Ökonomie jenseits vom Kapitalismus abzuleiten. Kritik und Alternative werden so zusammengebracht. Die Frage der Machbarkeit erledigt sich dabei von selbst.